

Mario Candeias
Rainer Rilling (Hrsg.)



Krise

Neues vom
Finanzkapitalismus
und seinem Staat

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 55

Rosa-Luxemburg-Stiftung

MARIO CANDEIAS, RAINER RILLING (HRSG.)

Krise

Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat

Karl Dietz Verlag Berlin

Mario Candeias, Rainer Rilling (Hrsg.):
Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 55)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2009

ISBN 978-3-320-02184-9

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2009

Satz: Elke Sadzinski
Umschlag: Heike Schmelter (unter Verwendung eines Fotos von Sean Locke)
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort: Die Krise schlägt im Zentrum zu 7

Die Krise und der Neoliberalismus

Mario Candeias

»This party is so over...« – Krise, neuer Staatsinterventionismus
und grüner New Deal 10

Alex Demirović

Krise und Kontinuität.
Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus 38

Jörg Huffs Schmid

Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem.
Vom »normalen« Funktionieren von Umverteilung und Instabilität 53

Joachim Becker

Krisenregion Ost- und Mitteleuropa – der IWF als »Retter« 74

Leo Panitch

»Rückkehr« des Staates. Zur Rolle der USA in der Krise 84

Debatte: Nach Bush – Profitabilität, Krise und Obama

Robert Brenner

Der Fall der Profitraten als Kern der Krise 96

Bill Tabb, Jörg Huffs Schmid

Profitabilität auf Kosten der Nachfrage? Wandel mit Obama? 99

Richard Wolff

Nach dem Neoliberalismus.
Szenarien der Krisenbearbeitung und sozialistische Strategie 106

Politik und Transformation

Philipp Hersel, Axel Troost

Keynes global – Neuordnung der Finanzmärkte.

Die Idee einer International Clearing Union

119

Peter Wahl

Radikaler Realismus. Positionierung emanzipatorischer Politik
in der kommenden Reformperiode

130

Zu den Autoren

143

Die Krise schlägt im Zentrum zu

Kapitulation an der Wall Street. Seit Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 ist nichts mehr wie es war. Der Kapitalismus wird von einer der tiefsten Krisen seiner Geschichte erschüttert. Anders als bisher ereignete sich das Beben nicht an den Rändern, sondern im Zentrum des globalen Finanzkapitalismus, den USA. In der Folge droht nicht nur die Kernschmelze des Finanzsystems, vielmehr naht eine Weltwirtschaftskrise. Wo liegen tiefere Ursachen jenseits der Überspekulation mit Hypothekenkrediten?

Nun kommt die Frage nach der Rolle des Staates zurück in die Debatte. Das Kapital fleht um staatliche Hilfen, alte Glaubenssätze werden über Bord geworfen, Banken verstaatlicht. Der Staat rettet den Kapitalismus. Doch welchen Charakter nimmt der neue Staatsinterventionismus jenseits des Krisenmanagements an? Markiert er bereits den Anfang vom Ende des Neoliberalismus? Sind wir jetzt alle wieder Keynesianer? Von welchem neoliberalen Finanzmarktkapitalismus und welchem Staat wird dabei ausgegangen? Welche globalen und sozialistischen Strategien sind dagegenzusetzen?

Bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung begannen wir, uns diesen Fragen kurz nach Ausbruch der Krise 2007 zu stellen und organisierten im Frühjahr 2008 eine Reihe von Veranstaltungen mit dem Titel *Krise? Welche Krise? Das Stottern von Finanzmarktkapitalismus und American Empire*, u. a. mit Leo Pantich, Rick Wolff, Trevor Evans, Dieter Klein u. Philipp Hersel (dokumentiert unter www.rosalux.de/cms/index.php?id=va_archiv). Die Reaktionen waren für uns überraschend. In Zeiten eines scheinbar robusten Aufschwungs wurden uns übertriebene Aufregung und Zusammenbruchillusionen vorgeworfen. Der öffentliche Diskurs setzte auf Verdrängung der Krise als US-amerikanisches Problem. Noch im Oktober 2007 verkündete der IWF, dass, trotz der seit dem Sommer schwelenden Hypothekenkrise, das globale Wachstum in eine stabilere Ära gemündet sei als in den »goldenen« 1960er Jahren. Im April 2008 übertraf er alle negativen Meldungen und warnte vor über einer Billion US-Dollar Verlusten in Folge der ausgeweiteten Finanzkrise. Ursache sei ein »kollektives Versagen« der Finanzinstitutionen (FAZ 8.04.08). Inzwischen haben die Verluste das befürchtete Maß weit überschritten.

Noch im September 2007 verkündete Deutsche Bank Chef Ackermann, dass seine Bank alle Kreditrisiken »stets unter Kontrolle« habe und nicht wesentlich bei sog. Subprime-Krediten engagiert sei (FAZ 20.09.08). Die Deutsche Bank galt vielmehr als einer der Gewinner der Krise: 8,4 Mrd. Euro Gewinn wurden für 2008 angepeilt. Doch als der Markt für sog. »strukturierte Produkte«, den komplizierten Paketen von Krediten, Anleihen, anderen Vermögenswerten und eben

»Ramsch«-Krediten sowie unterschiedlichen Risikostufen, zusammenbricht und in Folge der Vertrauenskrise die Liquidität vieler Banken gefährdet wird, verliert Ackermann seinen »Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes«. Schließlich musste die Deutsche Bank 2008 Milliarden Verluste hinnehmen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Der Chefvolkswirt der Bank, Norbert Walter, rechnet bereits im dritten Quartal 2008 mit einem Abrutschen Deutschlands in die Rezession. Das kommende Jahr werde »konjunkturell schief gehen«, erst 2010 sei mit einer Erholung zu rechnen (focus-online 07.08.08) – keine guten Aussichten für die Bilanzen der Bank.

Die Bundesregierung ist seit Herbst 2007 bemüht, die Folgen der Finanzkrise klein zu reden und nur schreibchenweise die Prognosen zu »korrigieren«, wenn die Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und offizieller Stellungnahme zu deutlich wird: So waren noch im August 2008 aus Sicht von Finanzminister Steinbrück »keine negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft« zu befürchten (spiegel-online 21.08.08). Die Bundesregierung halte an der Wachstumsprognose von plus 1,7 Prozent für das Jahr 2008 fest. Für ein »staatliches Eingreifen« bestehe noch kein Anlass. Die deutsche Konjunktur sei gesund, während die Probleme bekanntlich von außen kämen, aus den USA. Tatsächlich rutschte die deutsche Ökonomie bereits 2008 in die Rezession, und für das Jahr 2009 wird von den sonst eher optimistischen Konjunkturforschungsinstituten ein Rückgang der Wirtschaftsleistung von drei Prozent und mehr prognostiziert.

Die Korrektur der Irrtümer und die Blamage der »Herrschenden« sind frappierend. Doch was bedeutet diese Große Krise: Markiert sie den Anfang vom Ende des Neoliberalismus? In dieser Hinsicht besteht auf Seiten der Linken unterschiedlichste Auffassungen und Unsicherheiten. Angesichts des parallel verlaufenden Endes der Regierung von George W. Bush und der Wahl von Barack Obama zum neuen Präsidenten der USA organisierten wir zeitgleich Debatten und Konferenzen wie *After Bush*, mit Robert Brenner, Harold Mayerson, Barbara Epstein, Harried Fraad, Stephan Gill, Stanley Aronowitz u. v. a. (dokumentiert auf www.rosalux.de), um den Charakter des Wandels und die Chancen der Linken zu diskutieren. Auf diesen Debatten im Frühjahr und Herbst 2008 beruhen einige der hier veröffentlichten Beiträge. Wir haben versucht, den Debattencharakter beizubehalten, daher sind hier sehr unterschiedliche Textformen versammelt, von kurzen Interventionen (Robert Brenner) über fundierte Analysen (Jörg Huffschmid) bis zu zukunftsgerichteten Alternativen (Hersel/Troost, Peter Wahl).

Der geschichtliche Moment ist denkbar ungeeignet für die Publikation eines Buches, eines langsamen Mediums, das mit der sich überschlagenden Geschwindigkeit der realen Entwicklung kaum mithalten kann. Die Beiträge markieren daher eine Art Zwischenstand der Krise, versuchen durch ihre strategische Ausrichtung auf zukünftige Entwicklungen und alternative Politiken jedoch, über den analytischen Moment hinausgehende Anregungen zu liefern. Denn die Krise bestätigt zahlreiche Analysen und Befürchtungen der Linken. Auf das Eintreten der

Krise war sie dennoch nicht ausreichend vorbereitet, ebenso überrascht wie Banker, Analysten und Regierende. Wir wollen mit diesem Buch dazu beitragen, etwas mehr Klarheit in die Debatte zu tragen und strategisch nach vorne in Richtung sozialistischer Transformation und entsprechender Einstiegsprojekte zu orientieren. In den nächsten Jahren werden wir diese Arbeit am neu eingerichteten Institut für Gesellschaftsanalyse und dem Rat für radikale Realpolitik – der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung – weiter verfolgen.

Mario Candeias, Rainer Rilling

Die Krise und der Neoliberalismus

Mario Candeias

»This party is *so* over ...«

Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal

Die Periode kapitalistischer Entwicklung unter neoliberaler Hegemonie gelangt an ihr Ende. Ähnlich wie in der Krise des Fordismus ab 1968 verdichten sich unterschiedliche Krisenmomente, denen mit einer Intensivierung der alten Regulationsmechanismen begegnet wird, während bereits Neues am Entstehen ist: Der Keynesianismus kam erst im Moment der Krise zu seiner vollen Entfaltung, während von neoliberaler Seite bereits das Ende des »embedded liberalism« und seiner Institutionen (Regime der festen Wechselkurse, Kapitalverkehrskontrollen etc.) vorbereitet und der alte Klassenkompromiss aufgekündigt wurde. In ähnlicher Weise werden nun die Folgen von über 30 Jahren Liberalisierung und Umverteilung von »unten« nach »oben« mit einer Intensivierung dieser Umverteilung durch die Rettung der Banken und die Sozialisierung von Schulden und Risiken bekämpft. Zugleich zeichnet sich noch im Krisenmanagement ein neuer Staatsinterventionismus ab, der bereits das Konfliktfeld um »post-neoliberale« Regulationsformen eröffnet, denn das Krisenmanagement innerhalb des Neoliberalismus kommt an seine Grenzen.

Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg geraten die USA, Europa und Japan gleichzeitig in eine Rezession, nachdem die fortschreitende Transnationalisierung zur Synchronisation der Zyklen geführt hat. Selbst China gerät in die Krise: Eigene Aktien-, Kredit- und Immobilienblasen und die Abschwächung der globalen Nachfrage bremsen das Wachstum und verdeutlichen die Abhängigkeit des US-Konkurrenten vom »globalen Konsumenten« (Candeias 2008b). Besonders betroffen sind wie immer die Länder der Peripherien. Doch diesmal ist es nicht gelungen, die Folgen dieser Zusammenbrüche mit flexiblem Krisenmanagement zu begrenzen oder (wie oft erprobt) auf periphere Märkte auszulagern. Die Krise schlägt im Zentrum des globalen Finanzmarktkapitalismus zu – mit globalen Auswirkungen. Denkwürdige Dialektik – die vielgepriesenen Finanzinnovationen, die zur Absicherung von Kreditrisiken und zur Steigerung der Renditen erfunden wurden, haben nun eine Krise noch unbekanntes Ausmaßes verursacht. Bei so viel selbstverschuldeter Unmündigkeit kehrt mit Macht die Frage nach der Rolle des Staats zurück. Die neoliberale Litanei, es sei »kein Geld da« und die Staatshaushalte bedürften der »Konsolidierung«, ist über Nacht vergessen. Weltweit werden milliardenschwere Konjunkturprogramme aufgelegt. In Schiefelage geratene Banken werden verstaatlicht, faule Kredite aufgekauft, Ausfallgarantien in

astronomischer Höhe gewährleistet. Der Skandal an der Wall Street im September war, dass Lehmann Brothers *nicht* verstaatlicht wurde.

Entscheidend ist: Trotz Anhebung des Ausbeutungsgrades seit Ende der 1970er Jahre und der vollen Eingliederung Chinas in den Weltkapitalismus gelingt es über die Krisen hinweg immer weniger, die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter zu garantieren. Die gigantische Aneignung von immer größeren Anteilen des produzierten Mehrwerts von Seiten des Kapitals, exponentiell vorangetrieben durch die finanzielle Akkumulation auf den globalen Finanzmärkten, produziert wachsende »Plethora-Kapitale« (MEW 25, 261), die keine ausreichend profitträchtigen Investitionsmöglichkeiten mehr finden und daher weniger für die Produktion weiteren Mehrwerts eingesetzt werden, als vielmehr für die Abschöpfung bereits produzierter Werte. Selbst zu Zeiten des New Economy Booms blieb die Weltinvestitionsrate hinter dem Niveau der 1990er und 1980er Jahre zurück (IWF 2005). Die Überakkumulation von Kapital konnte auch in den Krisen nicht ausreichend abgebaut bzw. in neuen Anlagefeldern absorbiert werden. Entsprechend erwächst auch von Kapitalseite die Notwendigkeit neuer Formen der Regulation und Akkumulation: Die Erneuerung öffentlicher Investitionen und ein »grüner New Deal« bieten sich an, um eine neue Periode kapitalistischer Entwicklung anzustoßen.

Überakkumulation und der Mythos ökonomischer Erholung

Die Heftigkeit der Krise 2007/8 überraschte. Sie löste in den USA Entsetzen und Ratlosigkeit aus. Führende Ökonomen und Politiker – zumindest die intelligenteren unter ihnen – rechneten zwar durchaus mit möglichen Krisen, kaum einer jedoch mit einer derart fundamentalen Bedrohung des Systems durch Bankenpleiten und abreißende Kreditketten. Der genaue Zeitpunkt der Krise bleibt unkalkulierbar – doch Unsicherheit gehört zum Geschäft, wurde selbst durch bewusste Kalkulation des Risikos zum Gegenstand der Spekulation. Dann allerdings kam es zu kumulativen Effekten, als Verpflichtungen nicht eingelöst werden konnten und das Kartenhaus einzustürzen beginnt, weil, wie Marx sagt, »an hundert Stellen die Kette der Zahlungsobligationen an bestimmten Terminen« zu brechen droht und das ganze Kreditsystem in Gefahr gerät, was »zu heftigen akuten Krisen, [...] wirklicher Stockung und Störung des Reproduktionsprozesses« (MEW 25, 264 f.) führt. Daher brechen Krisen regelmäßig »zuerst aus auf dem Gebiet der Spekulation« und greifen dann erst über auf die Produktion – daher erscheint nicht »die Überproduktion, sondern die Überspekulation, die selbst nur ein Symptom der Überproduktion ist, [...] der oberflächlichen Betrachtung als Ursache der Krise« (MEW 7, 421).

Doch »Überakkumulation von Kapital« (MEW 25, 261), für welches es an ausreichenden Investitions- und Verwertungsmöglichkeiten mangelt, ist die Grund-

lage der Krise. Dieser Überfluss an Kapital heizte seit der Krise des Fordismus und dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems in den 1970er Jahren das Wachstum der Finanzmärkte an und suchte in immer neuen Finanzinstrumenten profitable Anlagemöglichkeiten. Gleichzeitig verschärfte das Wachstum der Finanzmärkte durch Abschöpfung immer größerer Summen von Mehrwert die monetäre Überakkumulation. Die neoliberale Liberalisierung und die globale Integration sind ebenso Ausdruck dieses Problem wie die Erfindung von Derivaten.¹ Diese »Verfeinerung« der Finanzinstrumente bot in den letzten Jahrzehnten immer wieder neue Anlagemöglichkeiten. Die Kapitale werden durch die Überakkumulation »auf die Bahn der Abenteurer gedrängt: Spekulation, Kreditschwindel, Aktienschwindel, Krisen« (ebd.). Dann wird »Gewinnen und Verlieren durch Preisschwankungen von Eigentumstiteln sowie deren Zentralisation [...] mehr und mehr Resultat des Spiels, das an der Stelle der Arbeit als die ursprüngliche Erwerbsart von Kapitaleigentum erscheint« (495) – fiktive Akkumulation.

Marx erkennt eine Tendenz zur »Verallgemeinerung der Börsenspekulation«, die dazu führt, dass massenhaft Nicht-Kapitalisten in die Spekulation hinein gerissen werden, in ihr ihre Ersparnisse aufs Spiel setzen (MEW 12, 78). Die Aktualität dieser Einsicht wird durch die schrittweise Privatisierung der Rentenversicherung seit den 1980er Jahren bestätigt (vgl. Huffs Schmid in diesem Band). Auch börsennotierten Unternehmen bleibt nichts anderes übrig als mitzuspekulieren, um sich gegen die Spekulation abzusichern bzw. um sich gegen die Enteignung durch Spekulanten zu schützen. Durch das Kreditwesen erweitert sich der Kreis der »Mitspieler« – immer häufiger treten sog. Hedge- oder Private-Equity-Fonds auf, die mit geringen Eigenmitteln und einem Vielfachen an Krediten über rein spekulative Aktivitäten enorme Renditen erwirtschaften (vgl. MEW 25, 531 ff.). In der überwältigenden Mehrheit nimmt die Bevölkerung jedoch nicht direkt Teil am Spiel – vielmehr sind die auf Finanzmärkten gehandelten »Werte« stärker in der Hand Weniger konzentriert als jemals zuvor. Lohnabhängige stehen mehr denn je unter dem Druck von Finanzinvestoren und werden einer zunehmenden Ausbeutung unterworfen, noch verstärkt durch die Erhebung von Steuern, die für den Schuldendienst der Regierungen bestimmt sind.

Doch durch Veränderungen in den Verteilungsrelationen werden neue Wege der Kapitalakkumulation möglich. Die Profitabilität der Unternehmen wird gesteigert, das Zur-Ware-Werden weiterer gesellschaftlicher Bereiche befördert.

1 Auf dem Markt für Derivate geht es um den Handel mit Finanzprodukten, die sich auf die künftige Entwicklung der vorgenannten Finanzierungsinstrumente, z. B. den Kurs von Anleihen oder Aktien oder einer Währung beziehen, also von diesen abgeleitet sind. Derartige Geschäfte werden getätigt, »um ein Basisgeschäft abzusichern, also z. B. den Erlös eines Exportgeschäftes, der erst nach einer bestimmten Zeit fällig wird, gegen Wechselkurschwankungen abzusichern (Hedging); um bestehende Ertragsdifferenzen zwischen verschiedenen Geldanlagen (an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten) auszunutzen (Arbitragegeschäfte); [oder] um von einer erwarteten Veränderung (von Kursen, Zinsen oder Wechselkursen) zu profitieren (Spekulation)« (Huffs Schmid 1997, 74). Das Volumen des Derivatehandels schätzt die BIZ auf 1,6 Billionen US-Dollar, der Bestand liegt bei etwa 345 Bio. Dollar (www.bis.org).

Durch die Spekulation werden enorme Finanzmittel zur Finanzierung neuer Branchen und Produkte bereitgestellt, die Umwälzung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Übergang zur informationstechnologischen Produktionsweise beschleunigt. Letzteres drückt aus, was auch Marx als Funktion eines modernen Finanzsektors betrachtet: Neben der Konkurrenz der Kapitale betrachtet er das Kreditsystem als entscheidenden Hebel kapitalistischer Entwicklung (MEW 25, 560): Ein modernes Kreditsystem sammelt die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale, stellt sie den Produzenten bereit und treibt die Akkumulation, Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie die Herstellung des Weltmarktes voran. Dadurch wird das Bank- und Kreditwesen »das kräftigste Mittel, die kapitalistische Produktion über ihre Schranken hinauszutreiben, und eines der wirksamsten Vehikel der Krisen« (620 f.). Es ist eben dieser »dem Kreditsystem immanente doppelte Charakter: einerseits die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zu entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken; andererseits aber die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden« (457), zuletzt der Übergang zum transnationalen Hightech-Kapitalismus (Haug).

Die Spekulation ist also entgegen verbreiteter bürgerlicher Vorstellungen keine unnötige Übertreibung, sondern fungiert – wie bereits Henryk Grossmann gesehen hat – in einer Situation der Überakkumulation von Kapital als Ausweg, eine Art »innerer Kapitalexport« (1929, 536 f.). Sie begegnet der Überakkumulation durch die ständige Verfeinerung der Finanzinstrumente, durch die weltwirtschaftliche Einbeziehung neuer Räume (v. a. Ostasien), durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder noch nicht zur Ware gewandelter Bereiche (z. B. Biodiversität) und durch Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmittel (z. B. in den Informationstechnologien). Dazu tritt die Tendenz, die Reproduktion der Arbeiterklasse immer umfassender zu einem unmittelbaren Bestandteil der Kapitalverwertung zu formen, immer neue (Konsum-)Bedürfnisse zu schaffen, vom Flachbildschirm bis zum Eigenheim. Nicht zuletzt Finanzinnovationen haben erheblich dazu beigetragen, die Arbeiterklasse in Kreditverhältnisse zu integrieren: über die Einführung und Ausweitung von Ratenzahlungen, Konsumentenkrediten, Hypotheken- und Bausparkrediten mit entsprechenden staatlichen Förderungen, der Verbreitung von Kreditkarten oder der Privatisierung der Rentenversicherung (auf Kapitalbasis) – oder eben die sog. Sub-Prime-Kredite.

Die spekulativen Blasen, die ab Mitte der 1990er Jahre die Finanzkrisen in Asien, Lateinamerika und Russland verursachten, hatten als reale Grundlage noch die Ausdehnung der Akkumulation in neue Verwertungsräume. Die dot.com-Blase, die 2001 platzte, finanzierte die Entwicklung, Verbreitung und Verwertung der Internet-Technologien, bevor die »Übertreibungen« korrigiert wurden. Die Immobilien- und Kreditblase, die sich nun entlädt, hat hingegen kaum noch trag-

fähige Akkumulationsfelder eröffnet, sondern fast ausschließlich die finanzielle Akkumulation vorangetrieben. Die Besonderheit der seit 2007 fortschreitenden Krise liegt daher nicht nur in der Tiefe des Einschnitts, sondern insbesondere im Mangel oder in der Begrenzung neuer Investitions- und Akkumulationsfelder begründet.

Die Eskalation der Finanzkrise im September 2008 ist dabei nur der Höhepunkt einer länger anhaltenden Entwicklung. Eine Studie der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zeigt, dass das Wachstum nach jeder Krise niedriger ausfiel als nach der letzten Krise. Beispielsweise wurde in den USA erst 2006 wieder die ökonomische Wirtschaftskraft erreicht, die vor der Krise der New Economy 2001 erzielt wurde. Die BIZ spricht vom »Mythos ökonomischer Erholung«: »Wenn die Wirtschaftsleistung sinkt, tendiert sie dazu, nach der Erholung weit unter ihrem vorherigen Niveau zu bleiben« (Cerra/Saxena 2007, 16). Insbesondere in Ländern mit starker Liberalisierung von Kapitalverkehr und Finanzmärkten vollzog sich die wirtschaftliche Erholung langsamer. Nach jeder Finanzkrise müsse mit langen Erholungsphasen gerechnet werden, oft zu lang, um zum alten Niveau zurück zu kehren, bevor die nächste Krise hereinbricht – die Akkumulation des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter ist nicht länger gesichert.²

Subprime-Krise und Ende des US-Wachstumsmodells

Wesentlich für den wirtschaftlichen Erfolg der USA und ihre Entwicklung zum »globalen Konsumenten« seit den 1990er Jahren ist die Verschuldung der privaten Haushalte: Entgegen dem neoliberalen Modell, dass hohe Sparraten zu erhöhten Investitionen und Wachstum führen, sank die Sparrate der US-Haushalte im Verhältnis zum BIP seit den 1990er Jahren kontinuierlich ab, rutschte 1999 sogar in den negativen Bereich – was seit dem Rezessionsjahr 1933 nicht mehr erreicht wurde – und schaffte seither nur vorübergehend den Sprung über die Nullmarke; 2007 lag sie bei minus einem Prozent (Steindl 2007). D. h., die amerikanischen Haushalte sparen nicht nur weniger als je zuvor, sie geben mittlerweile mehr aus, als es ihr Nettoeinkommen zulassen würde. Das mittlere Haushaltseinkommen ist seit 1990 nur um elf Prozent gestiegen, die Konsumausgaben um 30 Prozent. Spiegelbildlich dazu steigt der Anteil der Schulden im Verhältnis zu den Nettohaushaltseinkommen von ca. 70 Prozent in den 1970er Jahren auf immer neue historische Rekordniveaus von 110 Prozent und mehr (vgl. Wolff in diesem Band). Das hohe Konsumwachstum kompensierte Einbußen durch stagnierende

2 Die konjunkturbereinigten Investitionsraten sinken, der Wiederanstieg der Durchschnittsprofitrate im produzierenden Sektor fällt nach jedem Krisenzyklus geringer aus (trotz steigender Produktivität; vgl. auch Brenner in diesem Band). Eine immer weitere Steigerung der Renditen kann nur durch immer schärfere Profitatendifferenzierung erzielt werden, d. h. Abschöpfung des Mehrwerts durch einige wenige transnationale Kapitale zulasten der eher kleineren und national oder regional begrenzten Kapitalfraktionen, bzw. durch weitere Umverteilung zulasten der Lohnabhängigen und des Staates.

oder sogar zurückgehende Reallöhne. Die USA realisierten auf diese Weise nicht nur vergleichsweise hohe Wachstumsraten von durchschnittlich 4 bis 6 Prozent, sondern entwickelten sich auch zum unverzichtbaren »globalen Konsumenten«, der die Nachfrage auf den Weltmärkten stützte und sowohl in aufstrebenden Schwellenländern wie den Exportnationen Deutschland, China, Japan das Wachstum stabilisierte.

Trotz allem absorbierten die privaten Schuldner (Haushalte und Unternehmen) – nicht zuletzt aufgrund einer staatlichen Politik zur Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen bzw. Begrenzung von Defiziten – nicht in ausreichendem Maße die enorme Masse an zur Verfügung stehendem Kapital. Es gab eigentlich nur noch eine gesellschaftliche Gruppe in den USA, die unzureichend in das Kreditsystem integriert werden konnte: die schwarze Arbeiterklasse und die wachsende Anzahl an arbeitenden Armen (vgl. Panitch in diesem Band). Hier kam eine besondere Finanzinnovation im Bereich der Hypothekenkredite ins Spiel – die sog. Sub-Prime-Kredite. Mit ihnen wurden sogar Jenen Hypothekenkredite aufgedrängt, die mangels Einkommen oder unsicherer Jobperspektiven sich eigentlich keine Immobilien leisten können. Ein niedriges Zinsniveau – befördert durch den Vorsitzenden der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) Alan Greenspan, der durch historisch einmalige Zinssenkungen zur Linderung der Krise nach der sog. dot.com-Blase von 6,5 auf 1 Prozent beitrug – ermöglichte den Deal: die Hypothekenkredite kurbelten den Immobilienmarkt an, steigende Häuserpreise suggerierten höhere Vermögen der Hausbesitzer, der gefühlte Reichtum beförderte weiteren Konsum per Kreditkarte. In kaum einem anderen Land spielt der private Konsum, auf Pump finanziert, eine ähnlich große Rolle wie in den USA. Angesichts des hohen Ausfallrisikos der betreffenden Schuldner verknüpfte man die »Unterschicht«-Kredite mit anderen Krediten und Anleihen zu komplizierten Paketen, schichtete diese in unterschiedliche Risikokategorien und verkaufte einzelne Tranchen in dieser verbrieften Form weiter über den gesamten Globus. Um das Risiko weiter zu vermindern, wurde ein Art Kreditversicherung eingesetzt: Credit Default Swaps (CDS). Dies sind Kreditderivate, die ursprünglich zur Absicherung gegen Ausfallrisiken von Krediten und anderen Wertpapieren dienten, selbst handelbar sind und als Spekulationsobjekte mit einem Markt von ca. 62 Mrd. Dollar einen der größten Bereiche des außerbörslichen Handels darstellen (FTD 03.06.08). Der Markt dafür ist bislang völlig unreguliert, weder Preise noch Volumen werden veröffentlicht. Auch große Kreditnehmer, wie verarmte Kommunen, aber auch Unternehmen und Banken ließen ihre Zahlungen von spezialisierten Finanzdienstleistern versichern, um ihre Bonität zu verbessern und günstigere Zinsen zu ergattern. Verbriefung, Bündelung, Stückelung und Versicherung von Krediten ließen die Ratingagenturen überdurchschnittlich gute bis exzellente (Triple A) Bewertungen ausstellen, denn solange die Zinsen niedrig blieben, war dies ein sicheres Geschäft, und das (Rest)Risiko wurde von den Hypotheken- und anderen Banken auf den gesamten Finanzmarkt global verteilt und

damit für den individuellen Anleger geringer. Die Verbriefung war also ursprünglich eine Innovation, um das Risiko auf eine größere Anzahl von Anlegern zu verteilen und damit das individuelle Risiko zu vermindern und das Finanzsystem insgesamt stabiler zu gestalten. Ähnlich wie bei den Derivaten insgesamt, verstärken diese Finanzinvestitionen zur Absicherung von Risiken und Steigerung der Renditen letztlich aber selbst die Instabilitäten auf den Weltfinanzmärkten, wenn Kreditketten reißen und wie beim Domino der Fall des einen Instituts den nächsten Zusammenbruch nach sich zieht.

Denn wenn die Wirtschaft brummt, der Konsum surrt, Preise steigen, die Arbeitslosigkeit niedrig ist, dann steigen die Zinsen (von 1 Prozent in 2004 auf 5,25 Prozent in 2006). Seit Anfang 2007 häuften sich die säumigen Schuldner, die ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bedienen konnten. Die Bewertung der verbrieften Kreditpakete blieb aber exzellent und entfernte sich zusehends von der realen Zahlungsfähigkeit der Schuldner. Im August 2007 brach die Kreditkrise aus, in deren Folge 1,5 Million Menschen buchstäblich ihr Dach über dem Kopf verloren – bis zu weiteren sechs Millionen könnten folgen, schätzte die Ratingagentur Moody's (Wall Street Journal 23.10.08). Ganze Familien leben nun in Wohnwagenkolonien, Obdachlosenunterkünften oder tatsächlich auf der Straße. Der Immobilien-Boom hatte die Hypothekenbanken in die amerikanische Provinz gelockt. Im Süden und Westen oder in Staaten wie Connecticut ballen sich daher die Opfer der Krise. Ganze Nachbarschaften sind betroffen – die vielen Leerstände senken auch den Wert anderer Privathäuser und Immobilien. Das soziale Gefüge ganzer Regionen ist gefährdet. Vor allem aber wächst sich der American Dream, ein eigenes Haus zu besitzen, für die kleinstädtische weiße und insbesondere schwarze Arbeiterklasse zu einem amerikanischen Albtraum aus. Infolge der Überschuldung dehnt sich die Zahlungskrise auf andere Segmente aus, z. B. Kreditkarten und Autokredite. Das Vertrauen in eine Verbesserung der Lage – wenn schon nicht durch bessere Löhne, dann doch aber über einen Kredit auf die Zukunft – ist erschüttert (vgl. Wolff in diesem Band).

Dies trifft auch auf das angesparte Vermögen für die spätere Rente zu, angelegt bei Pensionsfonds und Betriebsrenten. Bereits die Betrugs- und Pleitenskandale von Enron und Co. 2001 und die damit verbundene Vernichtung der Altersversorgung der betroffenen Lohnabhängigen wirkten sich negativ auf den Alltagsverstand derer aus, die man eigentlich gewinnen will (Candeias 2004, 151 ff.). Der Sturz der New Economy hatte die Risiken dieser kapitalgedeckten Vermögensbildung für das Alter auf Basis von Aktien deutlich vor Augen geführt und jede Euphorie hinweggefegt. Pensionsfonds-Manager lernten daraus und setzten auf eine breitere Streuung und Diversifizierung und engagierten sich massiv bei den als mit AAA-Rating als sicher geltenden »strukturierten Produkten«, in denen Sub-Prime-Kredite mit anderen Papieren zusammen gebunden wurden. Pensionsfonds müssen nun in Folge der Krise Verluste von bis zu 16 Bio. Dollar hinnehmen. »Zwar dürften die direkten Verluste aus Zahlungsausfällen eher gering ausfallen«

(schätzungsweise zwei Bio.), die »indirekten Verluste auf Wertpapiere könnten« die genannte Höhe aber durchaus noch »übersteigen. Immerhin hatten die großen Banken und die Aufsichtsbehörden, die aus den nun zweifelhaften Krediten die strukturierten Anleihen gebastelt haben, immer Kapitalsammelstellen wie Investmentfonds als wichtigste Kundengruppe genannt und immer angegeben, jeweils nur einstellige Prozentsätze dieser Anleihen in den Büchern behalten zu haben« (Sommer 2008, 2).

Die Vernichtung der Vermögen und Renten der Arbeiterklasse sowie der Verlust ihrer Häuser trifft zusammen mit dem Verlust der Jobs: Über drei Millionen zusätzliche Arbeitslose kamen im Jahr 2008 hinzu. Die Rezession stürzt die Wirtschaft in eine Schrumpfungskur, die nicht nur bei den drei großen Automobilkonzernen eine strukturelle Krise aufdeckt – der Konkurs kann nur mit Hilfe des Staates abgewendet werden. Alle Branchen und auch die erfolgreichsten Unternehmen wie Apple oder Wal Mart müssen mit tiefen Einschnitten bei Profiten zurecht kommen und ihre Erwartungen für die nächsten Jahre reduzieren – d. h. Investitionen verlangsamen, Kosten senken, Beschäftigte entlassen. Dies vor Augen, halten die Menschen wie die Unternehmen halten ihr Geld beisammen – entsprechend ist der Konsum eingebrochen. Auf breiter Front sind daher in den USA die Preise gefallen. Das US-amerikanische Wachstumsmodell, getrieben von Schulden und Kapitalimporten, ist am Ende. Regierung und Fed warnen öffentlich vor den Gefahren einer Deflation wie in den 1930er Jahren und begründen damit die besondere Verantwortung des Staates in der Krise.

China – abhängig vom globalen Konsumenten

In Europa hingegen wurde diese Verantwortung des Staates zunächst nicht so gesehen. Insbesondere die Bundesregierung und die Europäische Zentralbank (EZB) hielten an monetaristischer Geld- und Zinspolitik und einer Zurückhaltung des Staates auf den Märkten fest. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 wurde die Hoffnung verbreitet, die Folgen für die Wirtschaft würden in Grenzen gehalten durch das stabile Wachstum in Osteuropa, Lateinamerika und Asien. Vor allem die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sollten mit ihren hohen Wachstums- und Investitionsraten den Einbruch in den USA kompensieren. Insbesondere beim Exportweltmeister Deutschland wurde durch den kurzen Aufschwung seit 2006 noch lange die Illusion genährt, die Probleme betrafen nur die USA. Die Verdrängung der Folgen der Finanzkrise dominierte (Candeias 2008a). Die Konjunktur schien noch erstaunlich robust, insbesondere durch den weiterhin starken Export. Das lag v. a. an der jahrzehntelangen Lohnzurückhaltung, während überall sonst die Lohnstückkosten stiegen. Im Grunde genommen beruhte der deutsche Exporterfolg auf Lohndumping – im Niedriglohnssektor wurde amerikanisches Niveau erreicht. Der Konsum spielt als kon-

junkturrelle Stütze daher kaum eine Rolle, geradezu spiegelbildlich zu den USA. Zunächst gingen dann die Exporte in den Dollar-Raum zurück: Ihr Anteil am deutschen Export sank von 10 auf 7,6 Prozent. Auch wenn die USA nach Frankreich damit nach wie vor der zweitgrößte Exportmarkt für deutsche Unternehmen waren, der größte Teil der Exporte, über 75 Prozent, geht in europäische Länder (davon fast 65 Prozent in EU-Länder), dort besteht auch kein Wechselkursproblem zum US-Dollar, wenn der Kurs des Euro steigt). Auch als die Exporte in die Eurozone zurück gingen, weil Großbritannien und Spanien, später auch Frankreich und die BeNeLux-Staaten in den Finanzstrudel gezogen wurden und Italien ohnehin mit rezessiven Entwicklungen zu kämpfen hatte, wurde weiter auf jene zwei Regionen gesetzt, die zuletzt das größte Exportwachstum für Deutschland brachten: Osteuropa und China. Dabei hatten die neuen osteuropäischen EU-Staaten mit 13,9 Prozent übrigens einen höheren Anteil am deutschen Export als Asien mit ca. 11,2 Prozent. Osteuropa wurde allerdings besonders hart zu-nächst von der Finanzkrise, anschließend von der Automobilkrise und der Rezession in den westlichen EU-Ländern getroffen (vgl. Becker in diesem Band). Die Kombination von sinkender US-Nachfrage, Dollar-Verfall und Euro-Aufwertung bei gleichzeitig steigenden Öl- und Rohstoffpreisen verstärkte überall in Europa rezessive Tendenzen. Entsprechend sorgte sich die deutsche Regierung oder die EZB eher um Inflationsgefahren. Hier zeigt sich erneut, dass die Globalisierung der Märkte sich nicht immer günstig auf die Preisentwicklung auswirkt und das Wirtschaftswachstum zusätzlich dämpfte. Denn die Inflation ist vor allem auf die Verteuerung von Öl und Nahrungsmitteln zurück zu führen. Allein das Öl verteuerte sich in den letzten 10 Jahren von 10 auf fast 120 Dollar pro Fass. Die Steigerungen der Weltmarktpreise für Weizen, Mais und Reis wiederum führten in anderen Teilen der Welt sogar zu Hungerrevolten. Diese Preise werden auf internationalen Märkten ermittelt und auch durch spekulative Aktivitäten verändert, nicht zuletzt weil im Zuge der Finanzkrise liquides Kapital nach neuen Anlagemöglichkeiten sucht. Diese Preisentwicklungen sind auch durch hohe Zinsen von Seiten der Zentralbanken nicht zu beeinflussen. Sie sind als externen Faktoren daher aus der offiziellen Inflationsrate heraus zu rechnen, was auf dem Höhepunkt der Spekulation im Frühjahr 2008 etwa 1,6 Prozent weniger entsprochen hätte. Als die Spekulanten abzogen, weil die entsprechenden Summen zur Stützung der Verluste in Folge der Finanzkrise benötigt wurden und die Rezession den Verbrauch von Öl und Rohstoffen bremste, fielen auch die Preise wieder, diesmal mit Übertreibungen in die andere Richtung, was insbesondere ärmeren Rohstoffländern, aber auch Russland, den Golfstaaten oder Venezuela schwer zu schaffen macht.

Auch die Hoffnungen, wenigstens China möge den Exporteinbruch abfangen, wurden enttäuscht: Wenn der »globale Konsument« USA mit einem Weltimport-Anteil von 16,5 Prozent krisenbedingt ausfällt, wird auch die Dynamik in China beeinträchtigt. Die These von der Abkopplung der Weltkonjunktur von der Krise in den USA hat sich blamiert. Die Krise schlägt überall zu, am stärksten in den

exportorientierten Ökonomien – vorneweg eben China mit ganz eigenen Problemen. Der nachlassende Konsum in Europa und v. a. in den USA (letztere sind mit über 20 Prozent der größte Abnehmer chinesischer Exporte) lässt die Nachfrage nach billigen Massenprodukten zurückgehen. Die beginnende globale Rezession senkt die Nachfrage nach Rohstoffen, Kupfer oder Aluminium, die Preise fallen, die Produktion sinkt. Zudem drängen in den Bereichen Textil und Elektronik bereits billigere Anbieter wie Vietnam oder Kambodscha auf den Markt. Denn in China sind Lohnstückkosten in den letzten Jahren rasant angestiegen. Insbesondere Rohstoffe, Energie und Transportkosten sowie Kosten für Investitionsgüter verteuern die Produktion. Doch auch der Durchschnittslohn stieg in den letzten sechs Jahren um fast 150 Prozent (von 10 900 Yuan in 2001 auf 24 900 Yuan in 2007; FAZ 29.06.08). Und trotz des Überangebots an Arbeitskräften insgesamt mangelt es bereits an einer Million billiger, aber qualifizierter und »gefügiger« Arbeiter. Wer arm, aber jung und gut ausgebildet ist, meidet die Hyperausbeutung in den *sweatshops* und versucht sein Glück in anderen Regionen. Arbeitskräfte vom Land sind wiederum nicht qualifiziert genug, und es mangelt ihnen an der »nötigen Disziplin«.

Der Boom und steigende Löhne v.a. in den Küstenregionen beförderten die Entstehung urbaner Mittelschichten und einer entsprechenden Konsumweise. Zugleich führt dies in allen Bereichen zu einer steigenden Inflation, bei Nahrungsmitteln wie Energie und Kraftstoffen, aber auch bei Rohstoffpreisen für die Industrieproduktion. Im Durchschnitt beträgt die Inflation neun Prozent (der höchste Stand seit 1996). Bei Lebensmitteln liegt sie sogar bei 21 Prozent, Fleischprodukte verteuerten sich gar um 48 Prozent und wird für Viele zum Luxus. Insbesondere in den südlichen Regionen wie Guangdong kommt es zu Engpässen bei der Versorgung mit Kraftstoffen und Reis. Es bilden sich lange Schlangen vor Tankstellen und Reisdepots. Es kommt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Um die Versorgung zu gewährleisten, greifen die Behörden vorübergehend zum Mittel der Rationierung und stellen die Preise für Grundnahrungsmittel unter staatliche Kontrolle. Um die Inflation zu bremsen, wurde die Währung, der Yuan, stärker als bisher aufgewertet, was wiederum die Exporte verteuert.

Die Inflation bezieht sich allerdings nicht nur auf die benannten Bereiche: 150 Millionen Chinesen entdeckten in den letzten Jahren das Spiel an der Börse, den Traum von Reichtum ohne Arbeit, was zu einer regelrechten *asset-price-inflation* führte, zu einer Aktienblase. Doch wie bei jeder Blase verliert auch diese irgendwann an Luft – seit dem Hoch im Oktober 2007 verlor der Shanghai-Index über 60 Prozent. Vermögen (bzw. fiktives Kapital) von mehr als 2,5 Bio. Dollar wurde vernichtet, Millionen verloren ihre gesamten Ersparnisse. Die kleinen und großen Anleger machten die erste bittere Erfahrung mit einem Börsencrash.

Der chinesische Exporterfolg steht beispielhaft für die mit der Globalisierung verbundene »Zeit-Raum-Kompression« (Harvey), die »Vernichtung von Raum durch Zeit« (Marx) angesichts der Beschleunigung von Transport und Logistik

auf Basis billiger fossiler Energien. Doch mit der Verteuerung des Ölpreises – zwischenzeitlich um das 12-fache – erodiert ein wesentlicher Konkurrenzvorteil. Zum ersten Mal überhaupt gibt es kein Wachstum mehr bei frachtintensiven Gütern, die aus China kommen: Die Preise etwa für den Transport einer Tonne Eisenerz haben sich verdreifacht. Entsprechend gingen die Stahlexporte in die USA um 20 Prozent zurück – noch bevor die Finanzkrise auf die produzierende Industrie durchschlagen konnte. Auch bei billigen Massengütern wirken steigende Transportkosten überproportional auf die Gesamtkosten. Inzwischen sind die Ölpreise wieder gefallen, weil Spekulanten sich zurückzogen und die Rezession die Nachfrage drosselt. Doch der Oil-Peak in der Förderung ist bereits überschritten und trifft auf das Wachstum der neuen kapitalistischen Zentren, d. h. mittelfristig sind die Zeiten billigen Öls vorbei.

»Globalisierung ist nicht irreversibel«, folgert Jeff Rubin, Chefökonom der kanadischen Investmentbank CIBC (FAZ 29.06.08). Noch ist der Preisvorteil der chinesischen Produkte beträchtlich. Aber die strukturelle Verteuerung von Rohstoffen, Energie, Transportkosten, von Kosten für Investitionsgüter und Kapital (Zinsen) sowie Lohnstückkosten nagt am Erfolg. Finanzkrise und Rückgang der globalen Nachfrage, vor allem der US-Konsumenten, tun ihr Übriges: Der Außenhandelsüberschuss im ersten Halbjahr 2008 sank bereits auf 124 Mrd. Dollar und lag damit fast 10 Prozent unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraum. Insbesondere gegenüber den USA verringerte sich der Überschuss, während er gegenüber der EU sogar noch um ein Viertel zulegen konnte (87 Mrd. Dollar). Die weltgrößte Bank, die Schweizer UBS, schätzt, dass China »an das Ende einer langen Periode hohen Wachstums« gelangt sei (FR 16.08.08).

Nur für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Millionen von Menschen, die jedes Jahr zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen, benötigt China ein Wirtschaftswachstum von mindestens acht Prozent. Bereits im ersten Halbjahr 2008 brach das Wachstum um drei auf zehn Prozent ein (3 Prozent sind mehr als der Unterschied zwischen Rezession und Boom in Deutschland). Buchstäblich hunderttausende von Fabriken, insbesondere in den Sonderwirtschaftszonen des Südens, wurden bereits geschlossen. Jenseits der immer etwas zu hoch ausgewiesenen offiziellen Wachstumsrate wird von einem realen Wirtschaftswachstum von nur sechs Prozent für das Jahr 2008 ausgegangen. Aber nur solange individueller Aufstieg, eine Verbesserung der Lage und schnelles Wachstum aufrecht erhalten werden können, verfügt der Block an der Macht über ausreichend Legitimation, um die Mittelklassen zu binden und die »gefährlichen Klassen« (Wanderarbeiter, Bauern und Studenten) zu kontrollieren. Um dies zu gewährleisten, ist China angewiesen auf eine schnelle Erholung des vermeintlichen Konkurrenten und »globalen Konsumenten« USA. Auch die hohen Exportüberschüsse Chinas werden ganz überwiegend von transnationalen Konzernen in den Exportenklaven erbracht (über 60 Prozent), insbesondere von US-Konzernen wie Wal-Mart, und ein großer Teil der Profite fließt wieder in die kapitalistischen Metropolen ab. Chinas

»exportistisches Akkumulationsregime« (Sum 1997, 174) ist damit noch abhängig vom ständig prekären Gleichgewicht von Kapitalzuflüssen aus den Zentren sowie von deren Marktkapazitäten zur Aufnahme der Exporte aus den Peripherien. Mittelklassenkonsomption gewinnt zwar zunehmend an Bedeutung, bleibt jedoch prekär, ohne die Exogenität der erweiterten Reproduktion durch intensive Akkumulation im Innern ausgleichen zu können.

Gelingt es, die Akkumulationsdynamik zur Stärkung der Binnenkräfte, zur Schaffung einer allgemein zugänglichen sozialen Infrastruktur umzulenken sowie die Entwicklung unabhängiger Institutionen zur Artikulation von Klassen- und Gruppeninteressen zuzulassen, könnte in China von einer post-neoliberalen Entwicklung und Wachstumskonstellation gesprochen werden, die tatsächlich einen Nachfragesog erzeugt, der die Ungleichgewichte der globalen Ökonomie dämpft (auf Kosten sinkender chinesischer Exportüberschüsse). Dies wurde von der chinesischen Regierung zumindest in Ansätzen erkannt: Im November 2008 verabschiedete sie ein Konjunkturprogramm von ca. 460 Mrd. Euro, fast 15 Prozent des BIP für Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, den Aufbau von Sozialsystemen und das Vorantreiben grüner Technologien. So ungenau die Angaben über die tatsächlichen Summen und Maßnahmen sind, deuten Zeichen einer leichten Wachstumssteigerung positive Wirkungen des Programms an. Doch die Hoffnung, Chinas möge die USA als Wachstumsmotor ablösen, erweist sich vorerst als verfrüht, China wie der Rest der Welt bleibt fest vom Schicksal des »globalen Konsumenten« abhängig und umgekehrt. Die neue Produktionsweise ist eben transnational verwoben, mehr als je zuvor. Und der Staat gewinnt eine neue Bedeutung.

Neuer Staatsinterventionismus

Bereits vor den Ereignissen vom September und Oktober 2008 vermutete Trevor Evans das »Ende der Deregulierung«,³ und im Augenblick kann sich wohl niemand vorstellen, dass es ein Zurück zum Regime der freien Marktkräfte geben könnte. Nach den ersten großen Abschreibungen und Zusammenbrüchen bettelten Banken und bedrohte Unternehmen um staatliche Interventionen, um die Liquidität der Märkte zu sichern, den Zusammenbruch von Banken und damit von langen Kreditketten zu vermeiden. Die neoliberalen »Kernländer« USA und Großbritannien erwiesen sich als Avantgarde bei der Verstaatlichung bedrohter Banken. Und Institutionen wie der IWF drängen zumindest in Ansätzen auf eine Re-Regulierung der Märkte. Die Rolle des Staats scheint schlagartig verändert. Die Rede vom »Ende der Deregulierung« hat jedoch auch ihre Tücken. Sie passt

3 Auf der Veranstaltung »Krise des Finanzmarktkapitalismus« der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 08.05.08 in Berlin.

zur oberflächlichen Schuldzuweisung gegenüber »unverantwortlichen« Bankern und Finanzspekulanten und der damit verbundenen Unterstellung, ohne einen solchen »spekulativen Überbau« hätte es die Krise gar nicht gegeben. Und sie verdeckt die Tatsache, dass staatliche Regulierung seit jeher zur neoliberalen Form der Finanzmarktliberalisierung und Globalisierung gehört (vgl. Candeias 2004/2009, 105-62; Panitch in diesem Band). Dies betrifft nicht nur die staatliche Rolle bei der Schaffung und Durchsetzung globaler Finanzmärkte als relativ selbständige Verwertungssphäre für Kapital. Vielmehr ist der globale Finanzmarkt – vor allem im Bereich Banken- und Börsenregulierung – stärker reguliert als jemals zuvor (vgl. ebd. 136 ff.). Doch die keynesianische Form der staatlichen Regulierung, dort korrigierend oder kompensierend einzugreifen, wo die Marktkräfte versagen, wurde durch neue Formen der De- und Reregulierung ersetzt: »Eingreifen in genau der entgegengesetzten Richtung, als in der bisher eingegriffen worden ist, nämlich nicht entgegen den Marktgesetzen, sondern in Richtung der Marktgesetze ... Also sozusagen ein liberaler Interventionismus« (Rüstow 1932, 64 f.). Es gehört zu den globalisierungskritischen Kernsätzen, dass »Deregulierung« nicht etwa vollkommenen Rückzug des Staates bedeutet, sondern die staatliche Herstellung und Absicherung von »freien« Märkten. Kapitalverkehrskontrollen und das System fester Wechselkurse, die der Dynamik freien Kapitalverkehrs im Wege standen, wurden abgeschafft. Gleichzeitig wurden staatliche Regelungen durch informelle Übereinkünfte und Selbstverpflichtungen ersetzt, z. B. die *Codes of Conduct* der International Banking Federation oder Regelungen der BIZ, eines Zusammenschlusses der Zentralbanken in Form einer Aktiengesellschaft, die wesentliche Aufgaben der internationalen Bankenaufsicht inne hat (Basler Ausschuss). Enorme Teile der (staatlich hergestellten) globalen Finanzmärkte sind jedoch jeglicher Regulierung und Aufsicht entzogen, vom Derivatehandel *over the counter* (ca. zwei Drittel des Derivatehandels, einschließlich der CDS-Kontrakte), über die Aktivitäten von Hedgefonds bis zu den *off-shore*-Zentren für alle möglichen Formen unregulierter Finanztransaktionen und organisierter Steuerflucht.

Solche Lücken im System und die damit verbundenen Risiken und Instabilitäten gehören zum neoliberalen Programm. Daraus resultierende Krisen und Momente der Instabilität waren bisher im Sinne einer Desorganisation und Schwächung bestimmter gesellschaftlicher Kräfte durchaus beabsichtigt und ermöglichten erst die weitere Durchsetzung einer transnationalen Produktions- und Lebensweise unter neoliberaler Hegemonie. Der Neoliberalismus versuchte sich bis zur Jahrtausendwende an einer Entproblematisierung der lang anhaltenden Instabilität im Bewusstsein der Subjekte, um in einer Art permanenter Bewegung den Umbau der Gesellschaft voranzutreiben. Es ist ein Wesenszug des Neoliberalismus im Allgemeinen und des neuen Finanzsystems im Besonderen, dass die Beteiligten ein Interesse an seiner Instabilität haben – solange die krisenhaften Folgen unter Kontrolle gehalten oder externalisiert und sozialisiert werden kön-

nen. Mehr noch ist es Kennzeichen jeder Hegemonie, Krisen nicht etwa zu vermeiden, sondern Widersprüche und Krisentendenzen in einer Weise zu bearbeiten, dass bestandsgefährdende Zuspitzungen abgewendet werden.⁴

So war es nicht überraschend, dass sich die Krisenbearbeitung auch im Rahmen der klassisch-neoliberalen Ansätze bewegte – kaum anders, als anlässlich der Finanzkrisen in den 1990er Jahren auch. Die erste Reaktion auf die Krise war eine geldpolitische – ganz auf dem Boden der neoliberal-monetaristischen Wirtschaftstheorie. Die Fed senkte die Leitzinsen auf ein noch nie da gewesenes Niveau zwischen 0 und 0,25 Prozent. Faktisch ist der Realzinssatz damit im negativen Bereich gelandet, Geld steht kostenlos zu Verfügung. Die Fed wiederholt hiermit – allerdings in gesteigertem Maße – ihre Krisenpolitik nach der dot.com-Krise, die wesentlich zur heutigen, ungleich tieferen Krise beigetragen hat. Außerdem stellte die Fed seit Beginn der Krise im Jahr 2007 in Kooperation mit den anderen großen Zentralbanken der Welt immer wieder frisches Geld (Liquidität) in Höhe von mehreren Billionen Dollar bereit und verhinderte den plötzlichen Zusammenbruch des Kreditystems. Auch das Einspringen der Regierungen als *lender-of-last-resort* (als Kreditgeber in der Not) soll ein neoliberales Weiter-so ermöglichen. Dazu zählt die Absicherung von Verlustrisiken auf den Finanzmärkten ebenso wie das Auftreten der Regierungen überall in Europa als Bürge für private Einlagen und Sparguthaben in einem Ausmaß, das die Staatshaushalte um ein Vielfaches übersteigt. Auch die ersten großen Rettungspakete – die 700 Mrd. Dollar der US-Regierung oder die knapp 500 Mrd. Euro der deutschen Bundesregierung – sind im Wesentlichen eine staatliche Absicherung von Finanzmarktrisiken. Sie bedeuten somit zunächst keinen qualitativen Bruch mit einem neoliberalen Krisenmanagement. Die Erklärung der WTO-Mitgliedsstaaten auf dem Weltfinanzgipfel Mitte November, die aktuelle Handelsrunde möglichst schnell zu Ende zu bringen, spricht ebenso für ein neoliberales Weiter-so wie die Nominierung des Wirtschaftsteams des US-Präsidenten Barack Obama, das für eine Fortführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik unter Clinton steht.

Die im Verlauf der Krise ergriffenen Maßnahmen weisen jedoch über einen »liberalen Interventionismus« hinaus. Die Fed ist dabei, die größte Reform der Finanzmarktkontrolle seit 1945 zu organisieren.⁵ Die praktische Ersetzung des Interbankenmarktes durch unbegrenzte Bereitstellung von Liquidität zu Nied-

4 Während die Verluste aus den Krisen in der Regel sozialisiert wurden, nutzten Finanzmarktakteure die Situation, um geschwächte Konkurrenten oder die Anteile wichtiger Unternehmen und Branchen zu erwerben, auf weitere Liberalisierungen zu drängen und die Umverteilungen im gesellschaftlichen Maßstab voranzutreiben, besonders eindrücklich etwa anlässlich der Asienkrise.

5 Zur Beruhigung der Märkte werden zeitweise Wetten auf fallende Kurse – sog. Leerverkäufe – von Finanzaktien verboten sowie die Konzentration und Stärkung der Finanzmarktaufsicht bei der Fed vorgenommen, zulasten anderer Behörden wie der SEC (Börsenaufsicht), der FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation, dem staatlichen Einlagensicherungsfonds), dem Office of the Comptroller of the Currency (Bankenaufsicht) oder dem Office of Thrift Supervision (Aufsicht der Spar- und Bausparkassen). Zu diesem Zweck werden auch die wichtigsten privaten Akteure auf den Finanzmärkten (finanziell und organisatorisch) in die Pflicht genommen, dafür werden sie allerdings auch bei der Formulierung der Reformen einbezogen.

rigstzinsen und zu geringsten bzw. ohne Sicherheiten durch die Zentralbanken und das Aufkaufen der »toxic papers« zur Stabilisierung der Kredit- und Hypothekemärkte lassen den Staat als »market maker of last resort« auftreten (vgl. Panitch in diesem Band). Darüber hinaus war der Zusammenbruch des Baufinanziers IndyMac im Juli 2008 und der folgende *bank run*, bei dem Anleger innerhalb weniger Tage mehr als 1,3 Mrd. Dollar abhoben, der Auftakt einer Reihe von Teilverstaatlichungen in den USA. Es folgen die Hypothekenbanken Fanny Mae und Freddie Mac und die faktische Verstaatlichung des Versicherungskonzerns AIG im September 2008. Zur ersten vollständigen Verstaatlichung griff die Regierung Großbritanniens. Bereits im Februar 2008 gab sie die Verstaatlichung der viertgrößten britischen Hypothekenbank Northern Rock bekannt – die erste Verstaatlichung seit den 1970er Jahren, das erste Mal, dass im Königreich überhaupt eine Bank »deprivatisiert« wird. Andere Länder folgten dem Beispiel. Die Banken müssen drastische Eingriffe in ihre Geschäftspolitik hinnehmen mit Begrenzungen bei Gehältern, Bonus-Systemen sowie Dividenden, der Auflage, mehr Gewicht auf die Gewährung von Krediten für den Mittelstand und für hoch verschuldete Hausbesitzer zu legen, risikoträchtige Aktivitäten einzuschränken, höhere Eigenkapitalquoten zu erfüllen etc. – je nach Regierung mit abweichenden Vereinbarungen und mehr oder weniger Zwang.

Diese Ausweitung der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Funktion eines »owner-of-last-resort« ist nicht ungebrochen in das neoliberale Paradigma zu integrieren. Doch auch der kurzatmige »neue Staatsinterventionismus« (Candeias 2008c) reichte nicht aus, um die Panik auf den Märkten zu stoppen. Dies gilt auch für die umfangreichen nationalen Rettungspläne, die die Regierungen, angefangen bei der US-amerikanischen, nach anderthalb Jahren Krise im Herbst 2008 aufzulegen begannen. Angesichts der schon bald absehbaren globalen Rezession stellte sich zuerst im Falle des Autokonzerns General Motors die Frage, ob die Praxis der Verstaatlichung auch auf Unternehmen außerhalb des Finanzsektors ausgeweitet werden muss. Teile des 700-Mrd.-Dollar-Rettungspakets in den USA wurden bereits als Kredit in die Kassen der Automobilkonzerne umgeleitet. Und Präsident Sarkozy gründete einen französischen Staatsfonds mit Gesamtvolumen von 20 Mrd. Euro zur möglichen (Teil-)Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und forderte Gleiches für die EU.

Zusätzlich zu den Verstaatlichungen reagieren immer mehr Regierungen mit Konjunkturprogrammen auf die Krise. Bereits im Februar 2008 verabschiedete der US-Kongress ein Paket mit einem Gesamtvolumen von ca. 150 Mrd. Dollar. Jeder erwachsene US-Bürger erhielt eine einmalige Steuerrückzahlung in Höhe von 600 Dollar (für jedes Kind unter 17 Jahren gab es 300 Dollar zusätzlich). Das Konjunkturprogramm verpuffte, trotz Umverteilungskomponenten – für eine nachhaltige Konjunkturförderung waren die eingesetzten Summen zu gering. Spätestens aber das zweite US-amerikanische Konjunkturprogramm in Höhe von mehreren hundert Mrd. Dollar, das für den Regierungsantritt von Obama im

Januar 2009 angekündigt wurde, sowie die mehr als 100 Mrd. Euro, die die EU-Staaten zusammengenommen in die Stützung der Konjunktur investieren (wollen), markieren eine markante Verschiebung jenseits des neoliberalen Koordinatensystems. Neben Steuersenkungen und Hilfskrediten vor allem für kleine und mittlere Unternehmen fließen Mittel in eine klassische Nachfragepolitik mit Elementen einer Umverteilung nach »unten«. Auch China verabschiedete wie bereits erwähnt das größte Konjunkturprogramm seiner Geschichte,⁶ nachdem die japanische Regierung bereits das zweite Konjunkturprogramm seit Herbst 2008 aufgelegt hatte.

Die Finanzkrise brachte das Ende von Deregulierung und Liberalisierung und gibt der Staatsintervention eine andere Richtung und Bedeutung. Angesichts der drohenden »Kernschmelze« des Finanzsystems werden neoliberale Glaubenssätze reihenweise über Bord geworfen: Aufblähung der Geldmenge, Verstaatlichung von Banken, Staats- und Zentralbankkredite ohne Sicherheiten, antizyklische Konjunkturprogramme, Aufhebung aller staatlichen Verschuldungsgrenzen einschließlich des ehemals sakrosankten Stabilitätspaktes und der Maastricht-Kriterien, schärfere Kontrollen, Begrenzung von Managergehältern und Eingriff in die Bonussysteme, v. a. aber in Investitions- und Kreditpolitik, evtl. Teilverstaatlichung von Industrieunternehmen etc. Für harte Neoliberale ist dies gleichbedeutend mit Sozialismus. Tatsächlich handelt es sich eher um den Versuch des »ideellen Gesamtkapitalisten«, für den Kapitalismus einzuspringen. In den Worten der FAZ: »Der Staat rettet den Kapitalismus« (5.10.2008, 38 f.) – nicht ganz freiwillig, eher gezwungenermaßen durch den Druck von Märkten, Kapital und die Angst vor Legitimationsverlusten. Dieser Staatsinterventionismus funktioniert zwar nicht mehr im Sinne neoliberaler Dynamisierung der Märkte, aber doch in guter alter Manier eines flexiblen liberalen Keynesianismus, der Marktversagen kompensiert und die Umverteilung und Aneignung von Mehrwert für die Vermögenden (über die Sozialisierung von Schulden und Risiken) zunächst weiter befördert, zugleich aber in die Investitions- und Akkumulationsstrategien des Kapitals direkt eingreift, insbesondere über die Kapitalbeteiligungen.

Und die Finanzkrise ist noch keineswegs beendet: So schieben die Finanzinstitute noch einen Berg unsicherer Kreditversicherungen (CDS) vor sich her. Der Hedge-Fonds Bridgewater, weltweit der zweitgrößte, schätzte noch vor der Eskalation der Finanzkrise im September 2009, dass insgesamt Kredite in Höhe von 27 Bio. Dollar als gefährdet gelten müssen (SZ, 09.08.08). Allein die deutschen Banken sollen noch toxische Papiere von etwa einer Billion Euro in ihren Portfolios versteckt haben (FAZ, 18.01.09). Auf die direkten Zahlungsausfälle von sog.

6 Zum Vergleich: würden die USA den gleichen Anteil von 15 Prozent des BIP investieren, käme dies einer Summe von über 2,1 Bio. Dollar gleich. Zusammengenommen erreichen die Rettungspakete und das erste Konjunkturpaket unter Bush sowie das zweite, wesentlich größere von Obama tatsächlich annähernd diese Größe. Die Bundesrepublik, die als Exportweltmeister (noch vor China) hier besonders in der Pflicht stünde und es sich angesichts relativ ausgeglichener Haushaltslage auch leisten könnte, müsste 495 Mrd. Dollar zusätzliche staatliche Investitionen einsetzen (statt der geplanten 50 Mrd. Euro).

Subprime-Schuldern entfielen dagegen nur geschätzte 45 Mrd. Dollar (IWF 2008). Die Bezeichnung »Subprime-Krise« ist also irreführend: Das Volumen der Spekulationsblase ergibt sich aus der Bündelung und Verkettung der Kredite und ihrer Absicherung mit CDS-Kontrakten. Die Investmentbank Lehmann Brothers war eine der größten CDS-Emittenten. Die Fälligkeit solcher Kontrakte kann noch unkalkulierbare Folgen nach sich ziehen und ohnehin angeschlagene Versicherungsgesellschaften wie AIG oder Banken wie die IKB und die Commerzbank gefährden. Dies hätte eine weitere Kettenreaktion von Pleiten zur Folge. Daher leihen sich Banken untereinander kaum Geld und schränken angesichts unsicherer Investitionsaussichten die Kreditvergabe ein, egal wie sehr die Zentralbanken die Zinsen senken und unbegrenzt Geld bereitstellen – die Ökonomie gerät in eine Liquiditätsfalle (Keynes). Wenn nun zudem massenhaft Unternehmen in Schwierigkeiten geraten, ihre Schulden nicht mehr begleichen können, Beschäftigte entlassen, die wiederum ihre Hypotheken- und Konsumentenkredite nicht mehr bezahlen können, was geschieht dann mit den ohnehin angeschlagenen Banken? Bereits abgegebene staatliche Kreditgarantien würden wirklich fällig und belasten dann die Staatshaushalte. Insbesondere amerikanische Großbanken sind nicht zuletzt durch die Zentralisierung in Folge der Krise zu groß geworden, um sie wie Lehmann Brothers pleite gehen zu lassen, aber auch zu groß, um sie zu retten, ohne den Staatsbankrott zu riskieren. Mit einer möglichen Zerschlagung der US-Großbanken wird sich die nächste US-Regierung befassen müssen.⁷ Der nächste Schock könnte vom Zusammenbruch einiger Hedge Fonds herrühren, die mit einem Vielfachen ihres Eigenkapitals an Krediten arbeiten: jeder zweite von rund 9000 Hedge Fonds muss »um sein Überleben bangen« (FTD 30.12.08).

Intensivere transnationale Kooperation und ein neuer Rahmen auf globaler Ebene sind also notwendig geworden. Als Hauptverursacher der Krise haben jedoch die USA, aber auch die G7/G8, ihre Legitimation in diesen Fragen verloren. Für die Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur musste der Kreis der Beteiligten erweitert werden. Der scheidende US-Präsident George Bush lud daher die G20 zum Treffen nach Washington ein: Zu dieser Staatengruppe gehören Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei und die USA. Auch wenn es der G20 nach wie vor an einer demokratischen Legitimation (etwa durch die UNO) fehlt, ist dies gegenüber der kleinen Gruppe der G7/G8 doch ein erheblicher Fortschritt: Immerhin stellen die G20 nicht nur fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung, sondern vor allem 63 Prozent der Weltbevölkerung und ca. 50 Prozent der Armen dieser Welt.

7 Die Citigroup hat nach Meldung der FAZ vom 18.01.2009 bereits beschlossen, den Konzern aufzuspalten. Starökonom Nouriel Roubini, der frühzeitig auf die drohende Finanzkrise hingewiesen hatte, schätzt, dass die Verluste des realen (nicht des fiktiven) Kapitals des US-Finanzsektors 3,6 Bio. Dollar erreichen werden, Banken und Brokerhäuser verfügen aber nur 1,4 Bio. Dollar Eigenkapital, d. h. praktisch ist das US-Finanzsystem insgesamt insolvent« (FTD 21.01.09).

Klar scheint, dass die USA nach diesem Debakel nicht mehr länger allein die Regeln des »Spiels« dominieren können. Ökonomisch wird sich das Modell hoher Konsumraten, auf Pump finanziert durch massive Kapitalimporte aus aller Welt, nicht restaurieren lassen. Der »Washington Consensus« für freien Kapitalverkehr nach US-Vorbild ist diskreditiert. Die Europäer wiederum sind sich uneinig: Vor allem die Deutschen bleiben immer noch weitgehend den neoliberalen Vorstellungen verhaftet, während die Franzosen für autoritäre Staatseingriffe plädieren. Darüber hinaus werden nun die neuen kapitalistischen Zentren China, Indien, Brasilien und die arabischen Öl-Staaten ein Wort mitreden – sie alle plädieren auf unterschiedliche Art für offene, aber kontrollierte Finanzmärkte. Mit ihrer offiziellen Einbeziehung erkennt der Westen endlich die veränderten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse in der Welt an.

Ansonsten sind die »Beschlüsse« des Treffens bescheiden: Noch bevor ernsthafte Maßnahmen gegen die Krise ergriffen werden können, legt die G20 eine »Verpflichtung auf die Grundsätze des freien Marktes« ab und warnt vor »Überregulierung«. Eine Analyse und Anerkennung der Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsordnung fehlt dagegen. Stattdessen wird auf einen schnellen Abschluss der WTO-Doha-Runde zur weiteren Handelsliberalisierung gedrängt und ein »Verzicht auf Protektionismus« unterstrichen. Abgesehen davon bleibt es bei Appellen an eine »Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit« nationaler Aufsichtsbehörden, einer folgenlosen Befürwortung freiwilliger »fiskalischer Maßnahmen zur raschen Stimulierung der Binnennachfrage« und einer Absichtserklärung zur »Unterstützung« des Wachstums in den sog. Entwicklungsländern. Letzteres soll durch eine bessere Mittelausstattung der multilateralen Entwicklungsbanken (MDB) erfolgen. Alle darüber hinausgehenden Maßnahmen sind lediglich »Prüfaufträge« zur Änderung der Bilanzierungsregeln, Stärkung der Einlagensicherungsfonds, Erhöhung der Eigenkapitalvorschriften und des so genannten Selbstbehaltes bei der Verbriefung von Krediten, Verbesserung der Transparenz, Prüfung der Regulierung des außerbörslichen Geschäfts mit Kreditderivaten, von Abfindungspraktiken und Bonussystemen bei Managern, strengeren Regeln für Ratingagenturen und Finanzinnovationen, schärfere Kontrollen von Off-Shore-Zentren usw. Es bleibt abzuwarten, was davon beim Folgetreffen am 31. März 2008 tatsächlich in Angriff genommen wird.

Private-Equity- und Hedgefonds werden lediglich zur Selbstkontrolle aufgerufen in Form der »Entwicklung von einheitlichen empfohlenen Verfahrensweisen« – eine Regulierung soll hier offenbar vorerst vermieden werden. Deutlich wird, dass eine grundsätzliche Neuausrichtung der Finanzmärkte – weg von reinen Finanzgeschäften (finanzieller und fiktiver Akkumulation) hin zur Finanzierung produktiver Investitionen in Projekte ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit – nicht beabsichtigt scheint. Wesentliche Bereiche wie die Spekulation mit Währungen, Nahrungsmitteln und Rohstoffen werden nicht thematisiert. Auch Maßnahmen oder Empfehlungen im Bereich der Corporate Governance (Unternehmens-

führung), der Sicherung sozialer Infrastrukturen (etwa im Bereich der Ernährung, Renten- und Gesundheitssysteme) und der Rechte von Beschäftigten, Bauern und Natur bleiben außen vor. Lediglich die Millenniumsziele zur Bekämpfung von Hunger, Armut, Krankheit und Bildungsarmut bis 2015 wurden noch einmal bekräftigt. Deren voraussichtliche Verfehlung musste die UNO jedoch bereits konstatieren.

Besonders problematisch ist, dass über die Reaktionen auf die Krise erneut nur die Mächtigen entscheiden werden – also die Finanzminister und -beamten, die hochrangigen Banker und Ökonomen, die das Debakel zuvor verursacht haben. In der neuen Architektur der Märkte bekommen mit dem Financial Stability Forum und dem IWF ausrechnet zwei Institutionen eine zentrale makroökonomische und regulatorische Rolle zugewiesen, deren bisherige Aktivitäten zum Teil verheerende Wirkung hatten, deren Glaubwürdigkeit durch zahlreiche Krisen bereits verbraucht war und die nun re-legitimiert werden sollen, wogegen sich Länder wie China, Indien und Brasilien sperren. – Die Unwägbarkeiten der Weltwirtschaftskrise 2009 lassen allerdings erwarten, dass es nicht bei diesen ersten reservierten und tastenden Versuchen der G20 bleiben wird. Der Druck, die leichten Verschiebungen hin zur Re-Regulierung weiter voranzutreiben, wird zunehmen, ebenso wie die Widersprüche zwischen den beteiligten Staaten und Kapitalgruppen. Ob die neue US-Regierung dabei treibende oder getriebene Kraft sein wird, ist noch offen.

Grüner New Deal und das nahende Ende des Neoliberalismus

Auch wenn bisher die Strategien zur Einhegung der Krise an der Zirkulationsebene ansetzten – dem verunsicherten Block an der Macht ist bewusst: Diesmal geht es nicht einfach nur um eine »bereinigende Krise«, in der sich die verbliebenen Unternehmen günstig ihre angeschlagenen Konkurrenten einverleiben. Die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter und die gegenwärtige Funktionsweise der Märkte an sich sind gefährdet. In Verbindung mit anderen Krisenelementen – mittelfristig wieder zunehmenden Rohstoff- und Ölkrisen, der ökologischen Krise, der Verschiebung politischer und ökonomischer Macht auf dem Weltmarkt, mit Ernährungskrisen, Repräsentations- und Legitimationskrisen sowie wachsender gesellschaftlicher Desintegration und Revolten – steht eine längere Periode von ein bis zwei Dekaden der Suche und der Auseinandersetzung um »post-neoliberale« Formen der Stabilisierung der kapitalistischen Produktionsweise bevor.

Gegenwärtig zeichnen sich zwei Strategien der Krisenbearbeitung ab, die neue Räume für die Kapitalakkumulation öffnen und gleichzeitig über den neoliberalen High-Tech-Kapitalismus hinaus weisen. Zum einen der Ausbau der nach langen Jahren der Privatisierung und Haushaltsausterität gebeutelten öffentlichen Infrastruktur – von Investitionen im Bildungs- und Gesundheitswesen über den Aus-

bau von Verkehrswegen bis hin zu Investitionen in Forschung und Technologie als Antwort auf Finanz- und Wirtschafts- wie Reproduktions- und Jobkrise. Ob es angesichts der Schwäche von Gewerkschaften und Organisationen der Subalternen bspw. unter dem zukünftigen US-Präsidenten Obama zu einem lautstark geforderten »New New Deal« mit stärkeren Umverteilungskomponenten, umfassenden Steuerreformen und der Rekonstruktion und Expansion öffentlicher Gesundheits- und Bildungsstrukturen kommen wird, ist ungewiss (vgl. Tabellen in diesem Band).⁸ Dies wäre ein notwendiger (nationaler) Schritt zur Absorption überakkumulierter Kapitale, würde aber eine signifikante Linksverschiebung voraussetzen oder als quantitative Basis für einen neuen Akkumulationsschub nicht hinreichend sein.

Zum anderen zeichnet sich seit längerem die Vision eines »grünen Kapitalismus« ab, um neue Akkumulationsmöglichkeiten und Konsenspotenziale zu erschließen. Dafür gibt es seit der Explosion der Krise im Herbst 2008 verschiedene Indizien: Obama hat bereits ein Investitionsprogramm von 150 Mrd. Dollar über die nächsten zehn Jahre angekündigt, um privatwirtschaftliche Anstrengungen im Bereich erneuerbarer Energien zu unterstützen. Die OECD mahnt eine Umkehr der gesamten Wirtschaftspolitik an, hin zur Förderung grüner Technologien und den Einsatz von Verboten sowie schärferen Grenzwerten (FR, 11.11.2008). Geschätzt wird, dass der Markt für Investitionen in emissionsarme Energien in Deutschland bis 2050 auf 500 Mrd. Dollar anwachsen,⁹ der Markt für den globalen Handel mit Emissionszertifikaten bis 2020 über zwei Bio. Dollar umfassen wird,¹⁰ der Umsatz der Umweltindustrien sich bereits in 2005 über eine Bio. Dollar belaufen hat und sich bis 2020 mehr als verdoppeln wird (BMU 2007). Der Unternehmensverband BAUM¹¹, dem Konzerne wie Adidas und Unilever angehören, schlägt einen Investitionsfonds von 250 Mrd. Euro für ein »ökologisches Wirtschaftswunder« vor (FR 4.11.2008). Dieser Fonds soll eine Mindestverzinsung von fünf Prozent garantieren und auf diese Weise fünf bis sieben Prozent aller privaten Geldvermögen (insgesamt 4,8 Bio. Euro in Deutschland) auf sich vereinigen. Zins und Tilgung sollen allein durch die realisierten Energieeinsparungen aufgebracht werden. Der Staat soll die Einlagensicherung garantieren, um die Attraktivität zu steigern (und evtl. Fehlinvestitionen und Kreditausfälle doch zu kompensieren). Gleichzeitig würden so steuer- oder kreditfinanzierte Konjunkturprogramme vermieden. Investitionsschwerpunkte wären sowohl öffentliche Infrastrukturen wie privatwirtschaftliche Produktionsstrukturen – eine kapitalgetriebene grüne Modernisierung des Öffentlichen wie zugleich eine staat-

8 Wahrscheinlich ist auch, dass die Investitionen in Privat-Öffentlichen-Partnerschaften (PPPs) getätigt werden: der Staat finanziert, Private bauen und betreiben Autobahnen, Brücken, Schulen oder Krankenhäuser, der Staats wiederum garantiert die Rendite.

9 Deutsche Asset Management Report 2007, www.enn.com, 16.10.2008

10 www.reuters.com/article/pressRelease/idUS187544+22-May2008+BW20080522.

11 Bundesdeutscher Arbeitskreis für umweltbewusstes Management.

lich abgesicherte Ökologisierung der Wirtschaft insgesamt. Die Finanzmärkte sollen also wieder eine entscheidende Rolle bei der (Re-)Allokation der Ressourcen spielen, aber auch der Staat, seine Ver- und Gebote.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise senkt zwar vorübergehend die Emissionen und den Rohstoff- und Ölverbrauch, blockiert jedoch zugleich die ökologische Modernisierung durch fehlende Kredite, stornierte Börsengänge, Rücknahme von Investitionen gerade in den Bereichen von Umwelttechnologien, so sagte z. B. Toyota ausgerechnet den Bau einer Fabrik für Hybrid-Fahrzeuge in den USA ab und die Aktienkurse im Bereich der Öko-Energien fielen schneller als der Aktienmarkt insgesamt – vor allem aber durch Verzicht der Regierungen auf verschärfte Umweltgesetze und Rückfall in klassische Industrie- und Wachstumspolitiken. Doch die allgemeine Umorientierung von Investitionen in Richtung Energieeffizienz und Reduzierung von CO₂-Emissionen, die sich in den milliardenschweren Hilfsprogrammen für die Autoindustrie ebenso andeutet wie in (Konjunktur-)Programmen zur ökologischen Gebäudesanierung,¹² wäre die technologische und Akkumulationsbasis notwendig zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen und für einen neuen gesellschaftlichen Konsens, einen bereits lautstark geforderten »grünen New Deal«. Dieser wurde u. a. von der Green New Deal Group, einem Zusammenschluss von Publizisten, Partei- und NGO-Funktionären als Lösung einer »dreifachen Krise« vorgeschlagen, einer »Kombination aus kreditgetriebener Finanzkrise, dem beschleunigten Klimawandel und steigenden Energiepreisen vor dem Hintergrund von peak-oil«.¹³ Das Schlagwort des grünen New Deal bezeichnete in der BRD allerdings schon vor mehr als 15 Jahren den Versuch, »zu einer »nachhaltigen« ökonomischen Expansion zu kommen, ohne die kapitalistische Akkumulation [...] als solche aufzuheben« (Brüggen in HKWM 5, 1063). Anfang der 1990er Jahre hofften sowohl die Grünen als auch der sozialökologische Flügel der SPD, mit dem grünen New Deal eine reformpolitische Lösungsstrategie für die auch damals manifeste ökologische Krise zu entwickeln, die außerdem die Grundlage für ein »neues Bündnis zwischen verteilungspolitisch orientierter Arbeiterbewegung und eher lebensweltlichen Interessen von Mittelschichten« schaffen sollte (ebd., 1064). Zentral für damalige Entwürfe eines grünen New Deal waren neben ökologischen Investitionsprogrammen und Effizienzsteigerungen wachstumskritisch motivierte Vorschläge einer radikalen Arbeitsverkürzung. Heutige Entwürfe verzichten weitgehend auf solche Ansätze und konzentrieren sich auf Strategien der Kapitalisierung ökologischer Ressourcen zur Erschließung neuer Akkumulationsfelder und auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz in der Produktion zur Verringerung der Umweltzerstörung.

12 Nicht zuletzt China setzt mit seinen großen staatlichen Umweltprogrammen und dem Konjunkturprogramm vom November 2008 mittels Investitionen in öffentliche Infrastrukturen, Sozialsysteme und grüne Technologien neue Maßstäbe und stärkt auf diese Weise die Binnennachfrage, die Schaffung von Arbeitsplätzen und nebenbei auch die globale Konjunktur.

13 www.neweconomics.org/gen/greennewdealneededforuk210708.aspx

Während das Schlagwort des grünen New Deal in den 1990er Jahren hinter dem neoliberalen Reformprogramm der rot-grünen Regierung verblasste und letztlich verschwand, reifte es unter dem Einfluss des Stern-Reports zum Klimawandel 2006 und der Klimadiskussionen auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm 2007, vor allem aber im Zeichen der manifesten Krise, zum Rettungsanker. Verfechter sind nicht nur die europäischen Grünen Parteien – die deutschen Grünen fassten im November einen Parteitagsbeschluss, der einen grünen New Deal zur Überwindung der Finanzkrise forderte (SZ, 15.11.2008; Füchs/Steenbock 2007; zur Kritik des Konzepts vgl. Candeias 2007) –, große NGOs wie der WWF oder Friends of the Earth, transnationale Netze von Umweltwissenschaftlern und die UN – sondern auch Obama, der die drei Posten des Energieministers, der Umweltministerin und der Vorsitzenden des Umweltrates im Weißen Haus mit ausgewiesenen Bekennern einer ökologischen Wende besetzte. Dahinter stehen auch Kapitalgruppen wie Internet- und IT-Unternehmen (Google, MySpace oder Microsoft, die zu den wesentlichen Beratern des neuen Präsidenten in diesen Fragen zählen), Pharma-, Bio- und Gentech-Unternehmen, die Branche der regenerativen Energien (einschließlich der »grünen« Ableger der großen Energieversorger und des Maschinenbaus), die großen Versicherungskonzerne, Automobilkonzerne wie Toyota oder Renault, Nanotech- und Chemieunternehmen wie BASF (die neue, leichte und energie-effiziente Werkstoffe entwickeln), selbst Ölkonzerne wie BP (die sich in »Beyond Petrol« umbenannt haben) sowie Venture-Capital Fonds oder die kleine, aber wachsende Branche der ethischen Investoren (einschließlich großer Pensionsfonds und anderer Fondsgruppen).

Ein grüner New Deal könnte mehr sein als ein ökologisch konnotiertes, kurzfristiges Programm zur Einhegung der Krise. Er beinhaltet vielmehr einen staatlich initiierten und massiv subventionierten Übergang zu einer »ökologischen« Produktionsweise, die neue Akkumulationsfelder für das nach Investitionsmöglichkeiten suchende Kapital erschließt: das weitere Zur-Ware-Machen von natürlichen Ressourcen im Bereich von Biodiversität oder Gentechnologie; Technologien zur ökologischen Effizienzsteigerung in Produktion und Energieversorgung; die neuen Investitions- und Absatzmärkte im Zertifikats- bzw. Emissionshandel und im ökologischen Konsum (Bio-Lebensmittel, ökologischer Hausbau, umweltfreundlichere Autos usw.). An emissionsfreien Städten wird an den Küsten der arabischen Öl-Emirate und Chinas bereits gearbeitet. Die Carbon-Card individualisiert den »ökologischen Fußabdruck«: wie bei einer Pre-Paid-Kreditkarte erhält jeder ein begrenztes Guthaben an CO₂-Emissionen – sind diese verbraucht, muss das Guthaben gegen Geld neu aufgefüllt werden bzw. bei Emissionsbörsen oder Ebay ersteigert werden. Jeder hat das gleiche Recht – ein neues »Gerechtigkeits«-Prinzip, besonders für jene, die es sich leisten können. Natur und Umweltschutz werden zur Ware, was die Möglichkeiten zur Lösung der ökologischen Krise beschränkt.¹⁴

14 Die »Lösung« ist auch gar nicht beabsichtigt: das allgemeine Ziel der G8, den Anstieg der globalen Temperatur auf ein akzeptables Maß von 2 Grad zu beschränken, bedeutet laut Stern-Report allein in Afrika 40 bis 60 Millionen Opfer in Kauf zu nehmen – »Opfer mit minderem ökonomischen Wert« (Kaufmann 2008, 2)

Ein solcher »grüner Kapitalismus« wird nicht radikal mit neoliberalen Regulationsmechanismen brechen (Nuss 2007). Der Emissionshandel mit seiner Ausweitung der Marktlogik auf die Bekämpfung von Umweltverschmutzung zeugt ebenso von Kontinuitäten wie die Fortführung und Intensivierung einer »Akkumulation durch Enteignung« im Bereich natürlicher Ressourcen oder die Individualisierung von Umweltproblemen. Es gibt aber auch Brüche. Die Marktgläubigkeit, die noch die seit Rio 1992 institutionalisierte Nachhaltigkeits-Politik prägte, ist geschwunden. Stattdessen intendiert der grüne New Deal langfristig die Schaffung einer neuen technologischen Basis der Produktion, die Entwicklung einer neuen Konsumweise, ein neues Akkumulationsregime verbunden mit einer entsprechenden globalen Regulationsweise, die, getrieben von einem kollektiven, »kosmopolitischen Problembewusstsein« (Beck), wesentlich durch aktive staatliche Steuerung, massive Stärkung öffentlicher Investitionen und Infrastrukturen sowie Ge- und Verbote, aber auch Sicherheitspolitiken gekennzeichnet sein soll. Eine Umwälzung der gesamten Produktionsstruktur, der Praxis und Kultur des Konsumismus, der Ökonomie der Autogesellschaft, der Struktur unserer Städte, unser gesellschaftliches Verhältnis zur Natur, ohne die kapitalistische Produktionsweise als solche anzutasten, reproduziert deren Widersprüche.

Angesichts der zu bewältigenden Aufgaben, der schnellen Überwindung einer Weltwirtschaftskrise und der noch gewaltigeren Aufgabe für Industriestaaten, bis 2050 die Treibhausgasemission um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, wird dies außerdem nicht ohne Brüche und Krisen möglich sein. Daher ist zu erwarten, dass unter dem zeitlichen Druck die imperiale Absicherung der ungehinderten Aneignung von Öl und Ressourcen wesentliches Ziel der alten und neuen kapitalistischen Kernländer bleiben wird. Auch die ungleiche Verteilung der unvermeidlichen Folgen von Weltwirtschaftskrise wie insbesondere Klimawandel auf die gesellschaftlichen Klassen und Gruppen sprechen für eine Betonung von Sicherheitspolitiken von Seiten der »Herrschenden«. »Niemand hat eine Ahnung«, so Mike Davis (2008), wie »ein Planet voller Slums¹⁵ mit wachsenden Ernährungs- und Energiekrisen [...] sein reines Überleben sichern kann«, noch wie die Menschen in den Slums reagieren werden. Er geht eher von einer »selektiven Anpassung« aus, die »den Erdenbewohnern der ersten Klasse auch weiterhin einen komfortablen Lebensstil ermöglicht«, in »grünen, streng eingezäunten Oasen des permanenten Überflusses auf einem ansonsten öden und unwirtlichen Planeten« (ebd.). Der grüne Kapitalismus ist also nicht die Lösung der ökologischen Krise, als vielmehr ihre Bearbeitung im Sinne der Wiederherstellung von erweiterter kapitalistischer Akkumulation und Herrschaft.

15 In den nächsten 40 Jahren wird laut Prognosen die Hälfte der Weltbevölkerung in Slums leben, heute sind es bereits über eine Mrd. Menschen.

Die Reserven des nach wie vor dominierenden Neoliberalismus als organisierende Ideologie im Übergang zur informationstechnologischen transnationalen Produktionsweise sind jedenfalls erschöpft – weder ein neuer Akkumulationsschub, noch ein neuer gesellschaftlicher Konsens sind von ihm zu erwarten. Seine Institutionen werden noch lange fort wirken (ähnlich wie nach dem Ende des Fordismus), ihre Position ist nur noch eine »herrschende«, keine »führende« (Gramsci, Gef. 2, 354). Die Risse im Porzellan sind zum Bruch geworden, doch »die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann« (ebd.). Die Ablösung des Neoliberalismus wird durch heftigste globale gesellschaftliche Kämpfe geprägt sein (vgl. Candeias 2009).

Radikale Realpolitik

Gegenüber verkürzten Vorstellungen von Reform auf Ebene der Zirkulation des Geldes warnt Marx, es sei »unmöglich«, die »Verwicklungen und Widersprüche, die aus der Existenz des Geldes« hervorgehen, aufzuheben, »solange der Tauschwert die gesellschaftliche Form der Produkte bleibt. Es ist nötig, dies klar einzusehen, um sich keine unmöglichen Aufgaben zu stellen und die Grenzen zu kennen, innerhalb deren Geldreformen und Zirkulationsumwandlungen die Produktionsverhältnisse und die auf ihnen ruhenden gesellschaftlichen Verhältnisse neu gestalten zu können« (MEW 42, 80). Es genügt also nicht länger, nur eine wichtige und unverzichtbare Reregulierung der Finanzmärkte zu fordern.¹⁶ Auch die Ausweitung der Akkumulation in neue Räume, neue Branchen etc. hat in den vergangenen 30 Jahren nicht gereicht, um die Überakkumulation nachhaltig abzubauen. Ein marktförmiger und finanzgetriebener grüner Kapitalismus wird mit neuen Spekulationswellen einhergehen, vermutet Susan George. Auch das deutsche Wachstumsmodell immer weiter steigender Exporte bei dahin siechender Binnenachfrage wird sich ebenso wie das chinesische oder US-amerikanische nicht einfach restaurieren lassen. Hier bedarf es also deutlich weitergehender Projekte, mithin Schritte einer sozialistischen Transformation, um dem Problem von Überakkumulation und zahlreichen gesellschaftlichen Krisen zu begegnen.

Das Vertrauen der Bevölkerung in Märkte und Regierungen ist deutlich angekratzt, der Neoliberalismus diskreditiert, seine Dogmen zerbröckeln. Dies eröffnet diskursiven Raum für linke Alternativen im Sinne radikaler Realpolitik, die

16 Bei Fragen der Reregulierung ist die globalisierungskritische Linke inhaltlich am weitesten (vgl. Wahl in diesem Band): von der Beendigung weiterer Liberalisierungsvorhaben etwa im EU-Rahmen, der Verschärfung und Deprivatisierung von Banken- und Finanzkontrollen, der Schließung von Steuerparadiesen und off-shore-Zentren oder der Einführung von Börsenumsatzsteuern und Kapitalverkehrskontrollen bis zu der Etablierung einer Internationalen Clearing Union (Vgl. Hersel/Troost in diesem Band), Konzepten für zukunftsorientierte Konjunktur- und Investitionsprogramme oder einem neuen UN-basierten Bretton-Woods-Abkommen, das Kapital- und Technologietransfers, einen Ausgleich der Leistungsbilanzen, nachhaltige Entwicklung, soziale und politische Mindeststandards global gewährleistet.

bisher aber kaum genutzt werden konnten. Die Linke hat in den letzten Jahren von der sozialen Krise profitiert, von der Finanzkrise nicht. Ein weiter so mit den alten Forderungen kann es nicht geben.¹⁷ Die Forderung nach mehr Geld oder simpler Verstaatlichung trägt nicht, wenn sie nicht stärker inhaltlich gefüllt werden: z. B. mit einer Forderung nach Bindung der Rettungs- und Konjunkturpakete an ökologische Konversion, Ausweitung der Partizipation, Ausbau des Öffentlichen, Verbot von Entlassungen etc. Darüber hinaus muss die Linke sich strategisch neu ausrichten auf die veränderte Situation, die weitergehende Entwürfe und Fantasie verlangt und zugleich realisierbare Einstiegsprojekte benennt. Andernfalls, wie bereits geschehen, werden die Forderungen der Linken von den Regierenden überholt. Vor allem muss jenseits der Größenordnungen über inhaltliche Vorstellungen und Perspektiven in die öffentliche Debatte interveniert werden.

Sozialisierung der Investitionsfunktion: Wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem sammelt zwar noch die vereinzelt (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z. B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden.

Um- und Ausbau des Öffentlichen: Privatisierung als effiziente Form der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen hat sich als untauglich erwiesen. Sie bewirkte die Ausdünnung öffentlicher Beschäftigung, Umwandlung von regulären in prekäre Arbeitsverhältnisse, Verteuerung notwendiger, ehemals erschwinglicher öffentlicher Dienstleistungen, Einschränkung sozialer Rechte und demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten (vgl. Dickhaus/Dietz 2006; Candeias/Rilling/Weise 2009). Um der Reproduktionskrise zu begegnen, bedarf es daher des Ausbaus physischer und sozialer Infrastrukturen. Um einen Beitrag der Entprekarisierung von Beschäftigten und Arbeitslosen zu leisten, bedarf es der Ausdehnung öffentlicher Beschäftigung.

17 Noch vor kurzem diskutierte DIE LINKE heftig, ob ein 20 Mrd. Investitionsprogramm sinnvoll ist oder doch die Haushaltsdisziplin wichtiger. Nun sind die Neoliberalen, die heute keine mehr sein wollen, vorbei geprescht, haben quasi links überholt. Rhetorisch wie praktisch kann die Linke gar nicht so schnell etwas entgegenseetzen, wie von den Regierenden alles über den Haufen geworfen wird: restriktive Geld- und Hochzinspolitik – passé, Stabilitätspakt und Maastrichtkriterien – nicht so wichtig, Verstaatlichung von Risiken und Banken – warum nicht?, Bürgschaften höher als die Staatshaushalte – machen wir, Konjunkturprogramme – wie viel darf's sein?, ein neues Bretton-Woods – mindestens, europäische Wirtschaftsregierung – wird Zeit, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien – war das nicht irgendwie sozialistisch? Die Herrschenden präsentieren sich als Kapitalismuskritiker und beherzte Retter, scharen die von Job- und Vermögensverlust verängstigte Bevölkerung um sich und predigen eine globale soziale Marktwirtschaft oder eben den grünen New Deal.

Radikale Ökologisierung: Beim ökologischen Umbau der Produktion und Beschäftigungssicherung hat die private Wirtschaft versagt, insbesondere im Verkehrs- und Energiesektor. Daher bedarf es einer radikalen Ökologisierung der Produktions- und Lebensweise nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (public goods) und den Ausbau kollektiver kostenloser/kostengünstiger öffentlicher Leistungen (z. B. Ausbau eines kostenloser ÖPV statt einfacher Stützung der Autokonzerne).

Solidarische Care-Economy: Bildungsmisere und mangelnde Kindergartenplätze, wachsende Armut und ökologische Degradierung wurden weithin beklagt, aber über Jahrzehnte verschlimmert. Die bereits angedeutete Reorientierung auf Ausbau des Öffentlichen mit Blick auf Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Pflege, Naturschutz etc. ist zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), wie zur Bearbeitung der Krisen von Arbeit und Reproduktion, ihrer Dekommodifizierung und zur Zurückdrängung des Marktes, als auch zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen durch den zentralen Blick auf reproduktive Funktionen. Mit der damit verbundenen Binnenorientierung, der partiellen Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft wird auch zum Abbau der Exportfixierung sowie von Leistungsbilanzungleichgewichten beigetragen.

Solidarische Sozialversicherung und Globale Soziale Rechte: Die staatliche Rente im Umlagesystem ist ineffizient und teuer, daher muss auf Kapitaldeckung umgestellt und privat vorgesorgt werden (Riester-Rente), predigten die Neoliberalen – die Verluste der Pensionsfonds in den USA sind allerdings noch höher als zu Zeiten von Enron-Skandal und des New-Economy-Crash. In Deutschland hat ohnehin nur eine Minderheit privat vorgesorgt, und die Euphorie über »Volksaktien« wie Telekom oder Deutsche Bahn ist längst verflogen. Benötigt wird ein Rettungspaket für eine erneuerte solidarische Sozialversicherung für alle statt privater Eigenvorsorge, und zwar im Sinne einer umfassenden Idee eines sozialen Europa und transnationaler sozialer Rechte, nicht nur im nationalen Rahmen.

Demokratisierung des Staates: Der Ausbau des Öffentlichen muss zugleich eine partizipative Veränderung des Staates sein. Weder der wohlmeinende paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz realisieren (hin zur Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft, wie es bei Gramsci heißt). Die Entscheidungen über Haushalte und Finanzen müssen stärker demokratisiert werden, partizipative Haushalte sind ein möglicher Ansatz. Die Repräsentations- und Legitimationskrise des poli-

tischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Daher geht es um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit, sondern durch Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, dem Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Wofür wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen, was halten wir für eine unverzichtbare Grundlage, die jeder und jedem kostenlos oder preisgünstig zur Verfügung gestellt werden sollte, gemeinschaftlich genutzt werden müsste etc. – darüber sollte möglichst alltagsnah gemeinsam debattiert und entschieden werden.

Demokratisierung der Wirtschaft: Die Politik sollte sich aus der Wirtschaft weitgehend heraus halten, hieß es Jahre lang. Doch die »Leistungen« von Management und shareholder-value-Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristen, Skandalen um Managergehälter, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen in Zweifel geraten. Auch die klassische Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz, finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Die Umverteilung von Reichtum durch stagnierende Reallöhne und soziale Leistungen in Richtung Unternehmen und Vermögende hat erst die enorme Überakkumulation befördert, die zur Finanzkrise führte. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinaus gehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine echte Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette). Denn Unsicherheit und Kurzfristigkeit, mangelnde Mitsprache blockieren Produktivität, Kreativität und Entwicklung der Einzelnen und damit der Gesellschaft (vgl. Wolff in diesem Band).

Die Tiefe der Krise und der Kampf um die Form ihrer Bewältigung werden für die nächsten Jahre bestimmend sein. Mithin markiert sie erneut einen historischen Bruch in der kapitalistischen Entwicklung. Daher geht es im Sinne radikaler Realpolitik um das Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen. Diese Ausrichtung aufs Ganze ist dabei mehr als ein hübsches Fernziel, vielmehr ein notwendiges Element, um die Verengung oder den Rückfall auf korporativistische, also enge Gruppeninteressen (Poulantzas 1979), oder auf Einzelreformen, zu vermeiden, was regelmäßig zur Verschärfung der Subalternität führt, die immer dann droht, wenn Kämpfe nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden. Dann passiert, wie so oft, eben die partikuläre kompromissförmige Integration in den herrschenden Block. Das lässt sich auch schwer vermeiden. Bedingungen für zumindest partielle Schritte nach links sind jedoch günstig in Momenten wie diesen,

in denen der aktive Konsens erodiert ist und Brüche zwischen den Gruppen im herrschenden Machtblock seine Handlungsfähigkeit blockieren oder reduzieren und die Suche nach neuen gesellschaftlichen Koalitionen begonnen hat. Eine Chance und zugleich ein besonders schwieriger und gefährlicher Moment für linke Kräfte.

Literatur

- Brüggen, Willi, Grüner New Deal, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 5, Hamburg 2001, 1062-1070
- Candeias, Mario, Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin-Hamburg 2004, verbesserte Neuauflage 2009
- ders., Die Natur beißt zurück. Kapitalismus, ökologische Marktwirtschaft und Krise, in: Rosa Luxemburg Stiftung, Geschäftsbericht, Berlin 2007, 38-45; Arranca 38/sulserio 14, 2008, 7-10
- ders., Krise schlägt im Zentrum zu, Interview in: Junge Welt v. 5.05.2008a, 3, www.jungewelt.de/2008/05-06/015.php
- ders., Abhängig vom globalen Konsumenten, Berlin 2008b, www.rosalux.de/cms/index.php?id=17518&type=0
- ders., Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus, RLS policy paper, Nr. 24, 2008c, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/standpunkte_0824.pdf
- ders., Krise des Neoliberalismus – Ankunft des grünen Kapitalismus, Berlin 2009 [im Erscheinen]
- ders., Rainer Rilling u. Katharina Weise (Hg.), Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen, Reihe: Texte der RLS, Berlin 2009
- Cerra, Valerie, u. Sweta Charman Saxena, Growth dynamics: the myth of economic recovery, BIZ Working Papers Nr. 226, Basel 2007
- Davis, Mike, Wer wird die Arche bauen? Das Gebot zur Utopie im Zeitalter der Katastrophen, in: Telepolis, 11.12.2008, www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29329/1.html
- Dickhaus, Barbara, u. Kristina Dietz, Public Services under Privatisation Pressure: Consequences of Privatisation and Liberalisation of Public Services in Europe, hgg. v. Weed, RLS und ppg, Berlin 2004
- Fücks, Ralf, u. Kristina Steenbock, Die Grosse Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: böll Thema, H. 1, 2007, www.boell.de
- Gramsci, Antonio, Gefängnishefte, hgg. v. K.Bochmann, W.F.Haug, P.Jehle, Berlin-Hamburg 1991ff
- Grossmann; Henryk, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Leipzig 1929
- Huffschmid, Jörg, Dominanz globalisierter Finanzmärkte. Politische Kapitulation statt ökonomisches Gesetz, in: Zeitschrift für marxistische Erneuerung 31, 8.Jg., 1997, 30-44
- IWF, World Economic Outlook 2005, Washington DC 2005
- IWF, Global Financial Stability Report, Washington DC 2008
- Kaufmann, Stephan, Jenseits aller Naturromantik. Die G8 und die Ökonomie des Klimaschutzes, in: analyse & kritik 530, 38.Jg., 2008, www.linksnet.de/de/artikel/23444
- Keynes, John M., Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936
- Nuss, Sabine, Die Herrschenden haben erwogen. Ernsthaft. Eine Bilanz des Treffens der G8 in Heiligendamm, RLS-Text der Woche 27, Juli 2007, www.rosalux.de
- Müller, Tazio, Schafft zwei, drei, viele Klimacamps! Die Linke braucht eine eigenständige Klimapolitik, in: analyse & kritik 531, 38.Jg., 2008, www.akweb.de/ak_s/ak531/25.htm
- Poulantzas, Nicos, Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen! (1979), Interview in: Prokla, zit n. A.Demirovic, Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Berlin 1987
- Rüstow, Alexander, Diskussionsbeitrag auf der 32. Tagung des Vereins für Socialpolitik am 28. November 1932, in: F. Boese (Hg.), Deutschland und die Weltkrise, München-Leipzig 1932, 62-9
- Steindel, Charles, How Worrisome Is a Negative Saving Rate?, Federal Reserve Bank New York, www.newyorkfed.org/research/current_issues/ci13-4.pdf, New York 2007
- Sum, Ngai Lin, Ostasiatischer »Exportismus« und global-regionale Dynamiken. Von der Regulation zur (Geo-)Governance von Zeit und Raum, in: S. Becker u.a., Jenseits der Nationalökonomie, Berlin 1997, 167-214

Kontinuität und Krise

Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus

Seit mittlerweile gut zwei Jahrzehnten ist die materialistische Theorie mit der Frage befasst, ob es nach der langen Periode des Fordismus zu einer neuen Periode der kapitalistischen Gesellschaftsformation kommt (vgl. die Beiträge in Brand, Raza 2003). Diese neue Phase wurde versuchsweise als Postfordismus (Hirsch 1995) oder als High-Tech-Kapitalismus (Haug 2003; Candeias 2004) charakterisiert. In den 1980er Jahren wurde die ihn begleitende politische Programmatik vorwiegend als neokonservativ, in den 1990er Jahren eher als neoliberal gekennzeichnet. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass diese Periode, die ihren Auftakt 1973 mit dem Militärputsch in Chile hatte, in den 1980er Jahren durch die Regierungen Reagan, Thatcher und Kohl, den Aufstieg von rechtspopulistischen und rassistischen Bewegungen gekennzeichnet war, durch die Auflösung der realsozialistischen Staaten und der hegemonialen Stellung Russlands, den Aufstieg der Infocom-Industrie bzw. der New Economy, durch die Transformation der Sozialdemokratie in Parteien der neuen Mitte, die ihre klassische Verbindung mit den Gewerkschaften lockerer gestalten, den Aufstieg der Ökonomien Südostasiens, Chinas, Indiens und Brasiliens – dass diese Periode sich ihrem Ende zuneigt (vgl. Rilling 2008). In Süd- und Mittelamerika formierte sich ab Mitte der 1990er Jahre Widerstand und das Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Es kam zur Weltsozialforumsbewegung gegen den »Gott Markt«, der den Menschen Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen versprach und die Armut vertiefte. Es entstanden mit Attac oder den Mobilisierungen gegen die G8-Treffen soziale Bewegungen gegen die neoliberal dominierte Art und Weise der Globalisierung. Die sich entwickelnden sozialen Widerstandsbewegungen in China, die nicht abreißen Proteste in den islamischen Ländern gegen den Westen und die Vielzahl der Anschläge ebenso wie ein Teil der Migrationen können als Hinweis darauf genommen werden, dass die neoliberale Strategie der kapitalistischen Gesellschaftsformierung weltweit auf Ablehnung stößt.

Die Widerstände und emanzipatorischen Perspektiven einerseits, die Krise der Finanzmärkte und die sich seit Herbst 2008 vertiefende Krise der Wirtschaft andererseits legen die Frage nahe, ob die Periode der vom Neoliberalismus bestimmten kapitalistischen Akkumulation und gesellschaftlichen Reorganisation sich ihrem Ende zuneigt oder gar schon am Ende ist, ob sich aus der gegenwärtigen Krise heraus eine neue Stufe kapitalistischer Vergesellschaftung bildet, etwa ein »Green New Deal«, ein sozial-ökologischer Kompromiss, oder vielleicht sogar

Perspektiven des Sozialismus eine konkrete Form annehmen. Um sich einer Antwort auf solche Fragen zu nähern, ist es sinnvoll, sich kurz darauf zu verständigen, was Merkmale dieser Periode in den OECD-Staaten selbst waren.

Herrschaft durch Kontingenz

Aus meiner Sicht ist sie geprägt von einer Tendenz der Zerstörung eingespielter Muster in den Verhältnissen der gesellschaftlichen Klassen, also der Auflösung des Kompromisses der Kapitaleigner mit der lohnarbeitenden Klasse und Auflösung von Allianzen des Bürgertums mit der Mittelklasse. Ich begreife den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie, als eine Strategie, die es den Herrschenden erlaubt, den Staat mit dem Markt zu regieren (vgl. Foucault 2004, Demirović 2008). Es geht also nicht darum, dass überall nur noch Markt sein soll; der Neoliberalismus zielt programmatisch nicht auf Entdifferenzierung – wie es Ausdrücke wie Verbetriebswirtschaftlichung oder Vermarktlichung nahelegen. Vielmehr werden die gesellschaftlichen Verhältnisse derart organisiert, dass der Markt und der Wettbewerb funktionieren können – und deswegen sollen marktähnliche Formen der Steuerung in die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche hineingenommen werden und Berücksichtigung finden. Aber es bedarf auch eines politischen und moralischen Rahmens, der den Zusammenhalt der Gemeinschaft nicht gefährden soll (vgl. Foucault 2004, 335). Dies sind tragende Elemente eines neuen Akkumulations- und Herrschaftsmusters. Teilen der bürgerlichen Klasse geht es darum, vorhandene Kompromisse sowie die für die Absprachen und Aushandlungen notwendigen Institutionen und dem Anspruch nach relativ egalitären Lebensformen aufzulösen, um sich von diesen Kompromissen unabhängig zu machen. Neokorporatistische Absprachepraktiken mit Gewerkschaften werden geschwächt und durch andersartige Verhandlungsmuster ergänzt oder ersetzt, die als Governance-Mechanismen in den Blick kommen. Dabei handelt es sich um weniger ritualhaft und klar strukturierte Kommunikations- und Verhandlungsformen mit mobilisierungstarken und verpflichtungsfähigen Mitgliedern; vielmehr sind sie offener hinsichtlich der Teilnehmer, der Verfahren, der Gegenstände, des Grades der Verbindlichkeit der Verhandlungsergebnisse. Ein wesentliches Merkmal der neoliberal dominierten Akkumulationsstrategie ist entsprechend der Verzicht auf Konsens und Hegemonie, soweit Hegemonie heißt, dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse macht (dagegen Candeias 2007). Die neoliberal orientierten Teile der bürgerlichen Klasse zielen darauf, allein ihre partikularen Interessen der Aneignung der lebendigen Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums zu verfolgen. Der Neoliberalismus entspricht einem Alltagsverständnis dieser Fraktionen des Bürgertums, das sich – in den Worten Gramscis – auf seine bloß korporativen Interessen besinnt und diese durchsetzen will, ohne Konzessionen zu machen und Kompromisse einzugehen. Entsprechend wurde eine Politik zugunsten des Bürgertums verfolgt: massive Kritik an den Gewerkschaften und

Einschränkung ihrer Streikfähigkeit, Verweigerung von Mindestlöhnen, Förderung der Konkurrenz unter den Lohnabhängigen durch entsprechende Regelungen des EU-Binnenmarktes, Entgrenzung der Arbeitszeiten (Ladenschlussregelungen). Die Steuern für Unternehmen, Vermögen oder Börsentransaktionen wurden gesenkt und die Massensteuern (also Mehrwertsteuer oder Lohnsteuer) angehoben. Entsprechend wird der Staatshaushalt zu einem immer größeren Anteil von den subalternen Klassen getragen. Zudem werden die knapper werdenden staatlichen Mittel zugunsten der oberen Klassen eingesetzt (Rüstung, Ausbau der Polizei, Subventionen, Familienförderung, Gesundheitspolitik, die eher der medizintechnologischen und Pharmaindustrie dient als den Patienten). Demgegenüber sinken die Anteile der staatlichen Aufgaben, die auf Konsens zielen: Sozialausgaben, Bildung, Kultur. Öffentliche Infrastrukturen wie Verkehrswege oder Gebäude werden dort vernachlässigt, wo sie für die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Unternehmen oder Regionen nicht mehr benötigt werden. Das Staatsziel der Gleichheit der Lebensverhältnisse wird aufgegeben zugunsten einer Förderung von Leuchttürmen oder Exzellenzen, auf die die Ressourcen konzentriert werden. Man könnte zwar sagen, dass die Angehörigen der Mittelklassen in die Akkumulationsdynamik einbezogen wurden durch Aktienbesitz, durch höhere Verzinsung von Sparguthaben, durch Immobilienbesitz oder durch Konsumkredite. Doch es verkehrt den Begriff der Hegemonie, wenn diese Praktiken von ökonomisch bestimmter Herrschaft als Hegemonie bezeichnet werden. Denn es handelt sich nicht um eine Politik, die das Bündnis und den Kompromiss mehrerer Klassen zur Grundlage hat und vermittels des Staates zu einer Lebensweise verallgemeinert, die vergleichsweise homogen ist und die Distanz zwischen den gesellschaftlichen Klassen relativ gering hält. Vielmehr treibt die neoliberale Strategie die Polarisierung der Gesellschaft hinsichtlich Bildung, Zugang zu privilegierten beruflichen Positionen, Einkommen oder Vermögen voran. Zudem: Was oberflächlich wie ein neuer Konsensmechanismus erscheint, also ein Akkumulationsregime der Vermögensbesitzer, gibt sich in der Krise als eine besondere Form der Aneignung der Lebensarbeitszeit von Lohnabhängigen zu erkennen. Denn die Ersparnisse der Haushalte werden marktvermittelt enteignet. Durch Beschäftigtenstatus oder Versicherungsformen werden die Individuen »individualisiert«, es wird ihnen aufgezwungen, gegeneinander in ein Verhältnis der Wettbewerbsfähigkeit zu treten. Sogar im Verhältnis zu sich selbst geraten die Einzelnen in einen neuartigen Widerspruch: Wertsteigerung bei Aktienbesitz oder hohe Zinsen bei privater Altersvorsorge sind marktvermittelt verbunden mit zunehmender Ausbeutung, der Schaffung eines globalen Arbeitsmarktes und dem Risiko, Opfer von Verlagerung, Outsourcing oder Rationalisierung zu werden. Die Einzelnen sollen im Verhältnis zu sich selbst unternehmerisch denken und sich unter dem Gesichtspunkt der Employability (Beschäftigungsfähigkeit) rationalisieren.

Die Herrschaftsform ist Herrschaft durch Kontingenz (vgl. Demirović 2001). Damit meine ich eine neuartige Herrschaftstechnik, die den schon von Marx behandelten stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse systematisch herstellt

und nutzt, um den Staat von einer als politische Überlastung erfahrenen Verantwortung zu befreien. Damit meine ich, dass die Individuen in vielen Lebensbereichen mit einer Metaphysik der hergestellten Ungewissheit konfrontiert werden. Es handelt sich um eine Art Vulgärphilosophie, der zufolge alles ungewiss ist. Diese grundlegende Ungewissheit könne der Staat nicht beseitigen. Die Individuen dürften im Staat nicht länger den Garanten von Stabilität und Langfristigkeit sehen. Das mache sie bequem und passiv, sie erwarteten Absicherung vom Staat. Vielmehr müssten sie sich auf ihre Eigenverantwortung, auf ihre Verantwortung für sich selbst besinnen. Der Staat könne allenfalls unterstützend wirken, Möglichkeiten bieten und Chancen schaffen, doch hänge alles weitere von den Einzelnen ab. Der Staat habe nicht die Aufgabe und könne sie auch nicht haben, die Marktgesetze außer Kraft zu setzen, denn damit würde er sich überfordern und auch die Märkte in ihrer positiven Funktion schädigen. Vielmehr könne er nur dazu befähigen, die Marktgesetze derart zu nutzen, dass die Einzelnen in den Genuss der Vorteile gelangen. Deswegen aber müsse staatliche Politik beendet werden, die den paradoxen Effekt habe, dass Individuen sich in ihrer Armut, in ihrer Passivität oder Verantwortungslosigkeit einrichten. Was angeblich geschieht, wenn die Sozialhilfe selbstverständlich und zu hoch oder Bildung kostenlos ist und es keine Anreize mehr gibt, selbst tätig zu werden. Diese Überlegungen, deren wirtschaftsideologische Grundlage von Neoliberalen ausgearbeitet wurde, nahm z. B. die Krisendiagnose der Trilateralen Kommission auf, die ihren Widerhall in den verschiedenen führenden kapitalistischen Staaten erfuhr und besagt, dass der Wohlfahrtsstaat durch immer mehr Verbindlichkeiten gegenüber den Beherrschten nicht mehr handlungsfähig sei (vgl. Boltanski, Chiapello 2003; Offe 1979). Es geht demnach darum, die vielfachen und insbesondere neokorporatistischen Netzwerke, die während der wohlfahrtsstaatlichen Periode zwischen der Politik und Verwaltung auf der einen Seite und den Verbänden (vor allem Gewerkschaften) entstanden waren, zu durchschneiden. Die staatlichen Apparate sollen auf ihre besondere Funktion für die herrschenden Kräfte neu ausgerichtet werden. Jene eingespielten und oftmals symbiotischen Interessennetze werden aufgelöst oder geschwächt, indem mit dem Übergang zu Governance-Mechanismen ein strategisch selektiver – also von den Herrschenden bestimmter – und dynamischer Zugang zu den Staatsapparaten geschaffen wird. Es kommt zu Runden Tischen, Konsensrunden, Mediationsverfahren, an denen der Staat, die Verbände und die Zivilgesellschaft beteiligt sind. Insbesondere Nichtregierungsorganisationen entsprechen dieser veränderten Funktionsweise der Staatsapparate und der staatlichen Machtausübung. Ihre Existenz hängt teilweise von staatlichen Ressourcen ab, sie erlangen hohe Sach- und Beratungskompetenz, ihre Mitgliederanbindung und ihre demokratische Legitimität ist jedoch gering, was sie für Verhandlungen mit den staatlichen Verwaltungen zu flexiblen und durchaus gefügigen Gesprächspartnern macht. Gleichwohl können NGOs aufgrund ihres Engagements für bestimmte Themen oder Personengruppen den Anspruch erheben, ad-

vokatorisch Allgemeinwohlinteressen zu vertreten. Dies gibt die Möglichkeit, sie gegen die Gewerkschaften auszuspielen, denen von den Herrschenden vorgehalten wird, sie würden nur Partikularinteressen repräsentieren.

Herrschaft durch Kontingenz gelangt als Regierungspraxis in vielen Bereichen zur Anwendung, besonders anschaulich ist dies der Fall im Bereich der Sozialversicherung (vgl. zum Folgenden Schmidt-Semisch 2000). In einer solidarischen Versicherung wird von der Solidargemeinschaft der Schaden, den ein Mitglied erfährt, übernommen, also Krankheiten, Berufsunfähigkeit, Pflegebedürftigkeit. Die Absicherung erfolgt pauschal, auch wenn immer regelungsbedürftig und strittig ist, mit welchem Aufwand medizinische oder pflegerische Fürsorge betrieben wird. Mit der Umstellung auf die versicherungsmathematische Unterscheidung von Risikogruppen wird das individuelle Verhalten nach statistischen Normalverteilungen bewertet. Errechnet wird die Wahrscheinlichkeit, mit der eine Person zu einer bestimmten Risikogruppe gehört. Entsprechend muss sie Aufschläge oder Abschläge bei der Vorsorge in Kauf nehmen: junge, männliche Autofahrer, Raucher, Individuen mit einer spezifischen genetischen Ausstattung etc. In ähnlicher Weise ist dies der Fall bei der Einführung von Marktpreisen auf Verkehrswege. Diese gelten nicht mehr als öffentlich, so dass sie generalisiert für alle Bürger und Bürgerinnen zu jedem Zeitpunkt zugänglich sind – was tatsächlich nicht der Fall war, weil der motorisierte Individualverkehr vielfach unsolidarische, den öffentlichen Raum zerstörende Folgen hatte –, vielmehr wird der öffentliche Verkehrsraum als ein knappes Gut verstanden, für dessen Nutzung Marktpreise zu zahlen sind, je höher die Nachfrage, um so mehr. In allen diesen Fällen ist für die Einzelnen ex ante nicht mehr berechenbar, welches Handeln für sie welche Folgen hat. Es ist eine der paradoxen Folgen, dass die Zunahme von Ungewissheit gleichzeitig mit einer von außen aufgezwungenen Fixierung der Individuen an eine bestimmte Identität einhergeht. Aufgrund statistisch bestimmter sozialer oder biologischer Merkmale werden die Individuen zu Mitgliedern einer Risikogruppe und sind damit auf bestimmte quasi-natürliche Eigenschaften festgelegt. Die soziale Ungleichheit nimmt zu, da die Verfügung über Geld unabhängig von solchen marktförmigen Restriktionen macht. Die errechneten statistischen Risikoerwartungen münden schließlich in die Zumutung der Offenlegung von privaten Daten, der Vorsorge zum Zwecke der Risikominderung, der Eigenbeteiligung.

Herrschaft durch Kontingenz begreift die Gesellschaft nicht als einen Raum, der aus homogenen Lebensverhältnissen besteht. Vielmehr wird von zufallsbedingter Vielfältigkeit ausgegangen. Doch diese Zufälle bilden ihrerseits statistisch erfassbare Verteilungen. Es lassen sich Cluster bilden, die spezifischen Zufallsklassen und insofern auch wieder prognostizierbaren Regelmäßigkeiten entsprechen, an die sich Erwartungen anschließen lassen. Treten Abweichungen ein (Proteste, Krankheiten, Suchtverhalten, Migration, bewaffnete Konflikte, terroristische Aktionen, wirtschaftliche Verluste oder scheiternde Transaktionen), werden staatliche Apparate transnational aktiv und vernetzen sich (transnationale

Gefangenen- oder Migrantenlager, Militäroperationen, Polizei-, Informations- und Monitoringsysteme, ärztliche Kontrollen, hygienische Maßnahmen, Übernahme von wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen oder direkte Koordination). Bei der technischen Kontrolle und Regulierung der Abweichungen werden auch autoritär-staatliche Lösungen in Kauf genommen.

Finanzgetriebenes Akkumulationsregime und seine Krise

Dieses Herrschaftsmuster der Kontingenz formiert sich mit einem neuen Akkumulationsregime, in dem sich stabile Gewohnheiten – im Unterschied zur fordistischen Akkumulation – nur als Begrenzung der Verwertungs-dynamik erweisen. Es basiert auf der Dynamisierung der Konsumentennachfrage und einer entsprechend flexibilisierten und spezialisierten Produktion, die sich auf Instrumente der Marktsteuerung in den Unternehmen stützt. Dazu gehört die Einrichtung von Cost-Profit-Centers in den Betrieben, die Einführung von Benchmarks und sog. best practices, die Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeitszeiten, die Aufspaltung der Belegschaften in Kernbelegschaften und prekär Beschäftigte (Leiharbeit, Teilzeit, Minijobs), die als eine flexible Arbeitsmarktreserve betrachtet werden und an die die Unternehmen die Marktrisiken weiter geben. Die Informationstechniken, eine neue Logistik, die niedrigen Transportkosten und die politisch betriebene Liberalisierung der Märkte ermöglichen es, die Wertschöpfungsketten zu transnationalisieren. Dies erlaubt es, Unterschiede in der Besteuerung, den Löhnen, der Produktivität, den Sozial- und Umweltstandards auszunutzen. Dem Kapital erschließt sich für die Aneignung von Mehrarbeit ein weltweiter Arbeitsmarkt. Bereits qualifizierte Arbeitskräfte können ausgebeutet werden, ohne dass die Unternehmen die Kosten zu tragen hätten, die die Qualifikation des Arbeitsvermögens impliziert. Der globale Arbeitsmarkt selbst entwickelt sich dynamisch, weil in vielen Regionen die Landbevölkerung im Begriff ist, proletarisiert zu werden und vom Land in die Städte wandert. Dies umfasst die Binnenwanderung in Ländern wie der Türkei, China, Indien, Thailand oder Brasilien ebenso wie die Migration von der Peripherie in die Zentren der Weltwirtschaft (von Afrika nach Europa, von Mittelamerika in die USA).

Bestimmende Faktoren für die Krise der fordistischen Akkumulation waren geringer werdende Wachstumsraten und Produktivitätszuwächse sowie damit verbunden die Überakkumulation von Kapital. Die Einführung von marktnahen betrieblichen Steuerungsinstrumenten und Ausbeutungstechniken hat zwar extensiv und intensiv den Grad der Ausbeutung angehoben. Doch diese Dynamik bindet nicht in ausreichendem Maße das Geldkapital. Zum Zwecke der Kapitalverwertung werden auch neue Bereiche von Natur und Gesellschaft in Wert gesetzt, also der Kapitalverwertung unterworfen. Dies schließt ganz verschiedene Prozesse ein. Dienstleistungen, die bisher in staatlicher Hand lagen, werden privatisiert.

Das betrifft die öffentlichen Infrastrukturen wie Wasser, Straßen, Telekommunikation, Energie, öffentlicher Verkehr ebenso wie die öffentliche Daseinsvorsorge, also Kinderbetreuung, Bildung, berufliche Qualifikation, Arbeitsvermittlung, Gesundheit oder Alter. Die Argumente sind immer dieselben: Staatliche Mittel stellen Subventionen dar, sie verhindern, dass sich Institutionen dem Wettbewerb stellen müssen, Organisation sich rationalisieren und ihre Effizienz steigern, staatliche Eingriffe blockieren Innovationen und lähmen die Initiative der Einzelnen, die keinen Anreiz erhalten, sich neu zu orientieren. Entsprechend werden öffentliche Dienstleistungen verringert und umfangreich Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst entlassen oder durch Privatisierung dem kapitalistischen Arbeitsmarkt unterworfen (prekäre Beschäftigung, leistungsorientierte Entgelte, verschlechterte Arbeitszeiten, Minderung der Qualität). Doch es wird nicht nur in Wert gesetzt, was bislang unter öffentlicher Kontrolle stand und dem Markt entzogen war. Das Kapital übernimmt auch Pionierfunktion, indem es ganz neue Anlagesphären der Verwertung erschließt. Zu denken ist an den Bereich der genetischen Ressourcen für pharmazeutische, medizinische und landwirtschaftliche Zwecke, an die Reproduktionsmedizin, an die Entwicklung erneuerbarer Energien, an die Erschließung der Meere.

Das in großem Umfang umlaufende Geldkapital (Petrodollar, Sparguthaben, Pensionsrücklagen) sowie die Verringerung der Produktivitätsrate und die geringere Profitabilität haben zur Suche nach neuen Anlagesphären geführt. Um diese zu schaffen, wurde liberalisiert und dereguliert, und es wurden neue Märkte geschaffen. So wurde mit dem Argument, die umlagefinanzierte Alterssicherung sei nicht mehr sicher, die private Vorsorge politisch durchgesetzt, 12 Millionen Personen haben in Deutschland eine Riester-Rente abgeschlossen. Doch die von den Versicherungen eingeworbenen Versicherungsbeiträge müssen gewinnbringend angelegt werden, so dass Devisenspekulationen, Börsentransaktionen oder Derivatgeschäfte in großem Maßstab möglich wurden. Die paradoxe Wirkung ist, dass immer noch mehr Geldkapital zur Verfügung steht, das auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten ist. Die Senkung der Unternehmens- und Vermögenssteuern sowie der Spitzensteuersätze und die Begünstigung von Steuerflucht verringern die staatlichen Einnahmen und damit die Möglichkeiten, finanzielle Ressourcen langfristig in öffentlichen Infrastrukturen, Bildung oder Gesundheit zu binden. Die privaten Haushalte sind genötigt, Einkommensbestandteile vermehrt für Gesundheits- und Altersvorsorge oder Bildung der Kinder anzulegen. Ersparnisse und Vorsorge vor allem bei Renten sowie Geldvermögen von Privaten und Geldkapital konzentrieren sich bei institutionellen Anlegern und Fonds, die diese Gelder zinstragend anlegen müssen, gleichzeitig aber für diesen Zweck schlechtere realwirtschaftliche Produktions- und Reproduktionsbedingungen vorfinden, da langfristige Investitionen weniger lohnend sind. Sie legen Geld deswegen in Aktien, Immobilien oder Staatspapieren an und sind damit selbst von Marktprozessen abhängig. Auf der Suche nach Gewinndifferentialen durch Ak-

tien- oder Devisenspekulation tragen sie zur Volatilität der Finanzmärkte bei, es entsteht eine casinoartige Praxis (vgl. HKWM 7.1.). Volkswirtschaften wie die deutsche weisen eine Verringerung der Investitionsquote auf. Bis weit in die mittleren Unternehmen wird versucht, Profite durch die Anlage von Geldkapital in der Form von Zinsen zu vermehren. Unternehmen und ihre einzelnen Bestandteile werden nach Shareholder-Value-Gesichtspunkten bewertet. Dies bedeutet, dass Zinserwartungen zur Beurteilung der Unternehmensgewinne herangezogen werden. Da das vorgestreckte Kapital unter dem Gesichtspunkt von Kapitalkosten betrachtet wird, werden das Unternehmen und seine Bestandteile selbst in Wert gesetzt und zum Gegenstand von Transaktionen auf dem Finanzmarkt: Es wird gekauft, mit Krediten belastet, in Wertbestandteile zerlegt (Immobilien, Produktionszweige, Know how, Patente) und entsprechend der Marktdynamik verkauft. In Einzelfällen ermöglicht diese Art der Akkumulation zwei- oder dreistellige Wertzuwächse des Kapitals von Unternehmen – da jedoch die Gesamtwirtschaft im Durchschnitt nur um wenige Prozente wächst, bedeutet dies, dass diese Zuwächse nur auf Kosten anderer Marktteilnehmer erlangt werden. Das läuft auf eine Vernichtung von Kapital und dessen Anspruch auf einen Anteil am Gesamtprofit oder auf eine Enteignung der Bürger und Sparer hinaus. Veranschaulichen lässt sich dies mit der Privatisierung der Altersvorsorge (vgl. Herrmann 2009): Die Riester-Rente sollte die öffentliche Altersvorsorge ergänzen, verwaltet werden die Versicherungen von Unternehmen der Versicherungs- und Finanzindustrie. Damit sie die Erträge erwirtschaften, legen sie die Prämien laut Gesetz in Aktien, Unternehmensanleihen, Immobilien oder Staatspapieren an. Da die Aktien in der Krise an Wert verlieren, wird das Geld wie im Fall der Allianz Versicherungen zu 50 Prozent in deutschen Pfandbriefen und Staatsanleihen untergebracht. De facto garantierten hier also der Staat und mithin die Steuerzahler die hohen Erträge, die dann in die angeblich private Altersvorsorge fließen.

Im Kreislauf des Kapitals hat seit den 1990er Jahren die Geldform, also Kredit und Zins, die Vormacht über die anderen Formen des Kapitals, Industrie- und Handelskapital, übernommen; die Fraktion des Finanzkapitals setzte sich als dominante Fraktion im Block an der Macht auf einem transnationalen Niveau durch. Auch unter kritischen Wissenschaftlern bestand die Erwartung, es könnte zu einem neuen, finanzgetriebenen oder finanzdominierten Akkumulationsregime mit selbsttragendem Wachstum und neuen Formen von Teilhabe und Kompromiss kommen. Faktisch kam es zu Akkumulation durch Enteignung, jedoch nicht zu einem kohärenten Regulationsmuster. Denn die Annahme, dass die Streuung von Aktienbesitz den Konsum anreizt, Konsum wiederum zu steuerlichen Mehreinnahmen und zu Wachstum der Industrie führt, deren Gewinne wiederum investiert werden und den Wert der Unternehmen steigern, bestätigte sich nicht. Die Unternehmen haben weniger in Technologien, Forschung und Entwicklung investiert, weil die langfristige Kapitalinvestitionen weniger rentabel erschien als die kurzfristigen Operationen auf den Finanzmärkten. Die Haushalte der unteren und mitt-

leren Einkommen, die den Massenkonsum tragen, besaßen deutlich weniger Aktien als die wenigen vermögenden Haushalte. Der Konsum der US-amerikanischen Bevölkerung war in einem hohen Maße kreditfinanziert und hat durch Außenhandelsbilanzdefizite zu erheblichen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft geführt. Die Nachfrage nach Aktien vor allem durch institutionelle Anleger führte zu deren Überwertung und zur Bildung einer Spekulationsblase zu Beginn des Jahrtausends. Mit der Dotcom-Krise traf der Krisenprozess zum ersten Mal die Zentren, denen es bis zu diesem Zeitpunkt gelungen war, die Vernichtung von Kapital mittels Spekulation auf andere Regionen (Südostasien und Mittel- und Lateinamerika oder Russland) zu verlagern. Das auch nach der Krise weiterhin nach Verwertung suchende Geldkapital sah als eine Lösung an, den Konsumenten vermehrt Kredite zu geben. Zwischen 2000 und 2004 nahmen US-amerikanische Haushalte Hypotheken im Wert von drei Billionen US-Dollar auf, die Gesamtsumme der Immobilienkredite beläuft sich auf etwa 12 Bio. US-Dollar (vgl. Candeias 2008; Evans 2008). Die Erwartung war, dass die Arbeiterhaushalte durch Zinszurückzahlungen die Gewinnerwartungen der Finanzindustrie befriedigen würden. So wurde die Grundlage für die Hypotheken- und Konsumkrise gelegt, die seit Sommer 2007 die Wirtschaft auch in den Zentren selbst erschüttert und deren Folgen angesichts der im Umlauf befindlichen Eigentumstitel noch nicht absehbar sind. Billionen Dollar und Euro wurden schon abgeschrieben, die Wahrscheinlichkeit, dass in noch größerem Umfang Kapital vernichtet wird, ist nicht gering. Die führenden kapitalistischen Staaten versuchen, die von Kapitalbesitzern und Sparern aufgehäuften Eigentumstitel zu garantieren. In Deutschland versprach Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Einlagen vollständig garantiert würden. Damit soll Vertrauen zwischen den Banken geschaffen werden, sich wechselseitig Geld zu leihen, ebenso soll verhindert werden, dass die Geldvermögensbesitzer in Panik alle ihre Ersparnisse abheben und damit die Liquidität weiter verknappen; und schließlich soll eine Kreditklemme vermieden werden, die vielen Unternehmen eine Refinanzierung erschweren oder gar unmöglich machen würde, so dass sie Konkurs melden müssten. Die führenden Staaten gewährten in den Herbstmonaten 2008 zusammen zwei bis drei Billionen Dollar und Euro zur direkten Rettung von Banken und zur Stützung der Finanzinstitutionen, sie senkten die Zinsen, um Liquidität zur Verfügung zu stellen und legten Konjunkturprogramme auf. In einigen Staaten waren diese politischen Unterstützungsaktionen mit Teil- oder vollständigen Verstaatlichungen der Banken verbunden, in anderen wurden von Seiten des Staates nur Auflagen verhängt – aber nicht einmal das geschah überall (so dass sich US-Bankiers auch für 2008 insgesamt 18,4 Mrd. Dollar Boni auszahlen konnten und selbst Krisenbanken Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten konnten). Insgesamt haben sich die Staaten in einem Maße verpflichtet, Finanzmarktrisiken zu übernehmen, die auch wirtschaftlich starke Staaten in den Bankrott zwingen können.

Krisenmanagement – Verschiebungen im Staat und zwischen den Fraktionen des Kapitals

Die staatlichen Kriseninterventionen stellen, wenn nicht einen Strategiewechsel, dann doch einen Bruch mit den neoliberalen Dogmen dar (Candeias 2008). Sie werden von den Neoliberalen in Wirtschaft, Politik und Publizistik nicht gern gesehen. Das bürgerliche Lager ist uneins darüber, wie die Situation zu interpretieren ist. Die ordnungspolitisch konsequente Ablehnung jeder staatlichen Garantie und die Forderung, Banken und Fonds auch bankrott gehen zu lassen und die Warnung vor Marktverzerrungen und Wettbewerbsnachteilen, die zu einer Subventionsspirale zu drohen führen, wird zwar immer wieder geäußert, findet offenkundig keine Mehrheit. Es überwiegt die Haltung, dass der Staat in der Krise einmalig helfen soll, ähnlich wie eine Medizin während der Krankheit verabreicht wird. Doch wenn die Krise vorbei sei, solle er sich auch wieder zurückziehen. Insofern wird eine Position wie die des französischen Präsidenten Sarkozy abgelehnt, der die Verstaatlichung von Unternehmen fordert, um sie vor Finanzmarktakteuren – aus dem Ausland – zu schützen, und die Finanzmärkte stark reguliert sehen möchte. Doch auch unterhalb solcher starker Erklärungen ist die Tendenz zu erkennen, dass es zur faktischen Verstaatlichung von Banken und zur Regulierung der Finanzmärkte kommt. Unklar ist der Umfang. Bedeutet dies, dass der Staat zurück und der Neoliberalismus nun vorbei ist? Vorbei aufgrund seiner inneren Dynamik, nicht aufgrund externer, linker Gegenkräfte. Wird das bürgerliche Lager eine neue, postneoliberale Politik verfolgen? Hat die neoliberale Periode kapitalistischer Akkumulation ihr Ende erreicht und tritt der Kapitalismus in eine neue Periode ein? Kommt es gar zu einer so grundlegenden Krise des Kapitals, der kapitalistischen Produktionsweise als ganzer, dass der Linken die Aufgabe zu fallen könnte – auf die sie gegenwärtig gar nicht vorbereitet ist –, den Übergang in eine andere Produktionsweise zu organisieren? Es wäre paradox genug: Während in den Medien die gegenwärtige Krise oft mit der Krise von 1929 oder mit der Situation 1949 verglichen wird, zögert die Linke, die so oft davon gesprochen hat, dass der Kapitalismus in eine Zusammenbruchskrise gerät, solche historischen Vergleiche zu ziehen oder sie gar als eine finale Krise zu begreifen (vgl. Rilling 2008). Ohne Zweifel aber kommt eine Reihe von Krisenfaktoren zusammen: die Finanzmarktkrise, die das Risiko von Staatsbankrotten beinhaltet und zu einer tiefen und lang anhaltenden Rezession der Weltwirtschaft beiträgt; Zusammenbruch von Industriezweigen, Arbeitslosigkeit, Verschlechterung der Lebenslagen der Lohnabhängigen – mit allen Folgen auch für die Länder des Südens: Zunahme der Armut, weniger Einnahmen, weitere Migration etc.; militärische Verstrickungen, die sich als unauflösbar erweisen; eine Energiekrise, die sich noch verschärft, weil in den vergangenen Jahrzehnten wertvolle Zeit verloren wurde, trotz besseren Wissens neue, nachhaltige Energiesysteme zu entwickeln; die Klimakatastrophe; die Ernährungskrise; die Krise der Forschung, Innovation und Bildung; der Ver-

fall der öffentlichen Infrastrukturen und der Sicherheit. Die neoliberale Propaganda, Gerechtigkeit für die zukünftige Generation herstellen zu wollen, indem diese nicht durch Staatsschulden belastet würde, kehrt sich nun in ihr Gegenteil um – die Zukunft sehr vieler Menschen wird belastet. Die mit vielen Milliarden Euro und Dollar aufgelegten Konjunkturprogramme, deren Erfolg gerade wegen der Kurzatmigkeit der Maßnahmen vielfach für unwahrscheinlich gilt, führen zur Verschuldung der Staaten. Zu befürchten ist, dass es mittelfristig zu neuen Sparrunden bei den Staatsausgaben und neuen Privatisierungsschüben kommen wird, die vor allem zu Lasten der Bildungs- und der Gesundheitseinrichtungen gehen werden.

Das bürgerliche Lager ist irritiert und verunsichert. Das ist offensichtlich. Doch was die Staaten bisher unternommen haben, bewegt sich im Rahmen des Neoliberalismus und der Dominanz der Fraktion des Finanzkapitals. Zwar ist der Neoliberalismus keine *pensée unique*, sondern besteht aus verschiedenen Strömungen, die in der Krise durchaus konfliktreich verschiedene Strategien entwickeln. Doch bewegen sich diese Strategien in einem allgemeinen neoliberalen Rahmen: In den USA werden die Banken und Fonds, nicht die Konsumenten, nicht die Kreditnehmer geschützt. Präsident Obama wird weiterhin die Rüstungsindustrie stützen, aber, anders als Bush, im Sektor der Energiewirtschaft das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien verschieben. In Deutschland wurden von Bundeskanzlerin Merkel alle Einlagen garantiert. Es wurde keine Obergrenze gezogen und keine Progression eingeführt, die es erlauben würde, ab einer bestimmten Höhe tatsächlich Kapitalverluste hinzunehmen, die nur wenige Reiche und Superreiche treffen würden. Faktisch wird die Kapitalvernichtung selbst dem Markt überlassen und damit eine Verarmung von Kleinsparern und Angehörigen der Mittelklassen hingenommen. Die Krise wurde von kaltblütigen Akteuren sofort zur Aneignung öffentlicher Mittel, zur Vernichtung von Kapital und zur Monopolisierung von Unternehmen und Banken genutzt. Es spricht deswegen viel für die Annahme, dass die Finanzmarktakteure die Krise zu einer weiteren Form der Ausplünderung der öffentlichen Haushalte, der Steuerzahler und der Konsumenten genutzt haben. Das Finanzmarktsicherungsgesetz wurde ohne größere Parlamentsbeteiligung durchgesetzt, der Sonderfonds Finanzmarktsicherung (Soffin) wird von Personen geleitet, die ihrerseits eher neoliberale Positionen vertreten. Eine direkte öffentliche Kontrolle seiner Entscheidungen gibt es nicht, die Konflikte, die zwischen Vertretern der Bundesregierung und Vertretern der Wirtschaft entstanden, werden informell ausgetragen. Ob die Banken tatsächlich die Kredit- und Zwischenfinanzierungsprobleme vor allem der kleineren und mittleren Unternehmen lösen, ist nicht sicher. Der Realwirtschaft wurden auf deutlich niedrigerem Niveau gleichfalls Hilfen zugesprochen. Dies gilt für die Bauindustrie und insbesondere im Fall der Automobilindustrie mit der Abwrackprämie und den öffentlichen Mitteln für die Kurzarbeit, mit denen verhindert werden soll, dass diese Branche ihre Stammebelegschaften verliert, die sie

im Aufschwung benötigte, um sofort wieder produzieren zu können. In solchen Fällen wurden jedoch keine Bedingungen an die Subventionen geknüpft (Entwicklung neuer, nachhaltig ausgelegter Produkttypen).

Soll man sagen, dass der Staat zur Rolle des starken Regulators zurückgekehrt sei, weil er in der Krise die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten übernehmen muss? Das wäre irreführend. Der Staat war gar nicht weg (vgl. Rilling 2008). Vielmehr war der Staat maßgeblich an der Durchsetzung der Politik beteiligt, die von der dominanten Fraktion des Finanzkapitals verfolgt wurde und die zu der Vielzahl von Gesetzesänderungen und Maßnahmen führte, die die ökonomische Macht dieser Fraktion seit den 1980er Jahren sukzessive gesteigert hat: Deregulierungen, Privatisierungen, Schaffung neuer Märkte, Abbau von Verwaltungen, Verstärkung von Vollzugsdefiziten, Ausbau von repressiven Mechanismen. 2001 wird die gesetzliche Rente aufgegeben, 2002 werden mit dem vierten Finanzmarktförderungsgesetz die Anlagemöglichkeiten von Fonds erweitert und Veräußerungsgewinne frei gestellt, 2005 wird die Verbriefung von Krediten steuerlich vergünstigt, 2004 werden Hedge-Fonds gesetzlich erlaubt. Betont wird in der gegenwärtigen Krise, dass der Staat auch weiterhin nicht gegen, sondern mit den Marktgesetzen regieren wird. Dennoch ist zu vermuten, dass sich innerhalb des Staates die Kräfte verschieben werden und der Staat auf andere Weise regiert werden wird. Denn das bürgerliche Lager in Deutschland musste feststellen, dass es trotz aller anfänglichen Bekundungen, Deutschland sei von der Krise nicht betroffen, sich nicht national von der Krisendynamik schützen kann. Durch die Dynamik des Finanzmarktes selbst sah sich die Regierung gezwungen, wie andere Staaten Mittel der Krisensteuerung zu entwickeln oder von anderen Staaten zu übernehmen – weil es sich um geeignete Instrumente handelt oder weil die Konkurrenz es erforderlich macht, denn die Rettungsaktionen und die Senkung der Zinsen wirken de facto wie staatliche Subventionen. Die Tendenzen zu neuen internationalen und transnationalen Lösungen sind unverkennbar, wenn die Staaten Unternehmen und Banken anderer Staaten Sicherheiten gewähren oder mit direkten Unterstützungsmaßnahmen einspringen. Auch die Rezession macht der deutschen Wirtschaft große Sorge, die stark exportorientiert ist und der Binnennachfrage wenig Bedeutung beimisst (obwohl diese mit 55 Prozent einen höheren Anteil am BIP hat als der Export). Allerdings nimmt der Staat die Interessen der Industrie nur in Teilen auf. Davon, dass der Staat ideeller Gesamtkapitalist ist, der die Interessen aller Fraktionen berücksichtigen würde, kann keine Rede sein. Das Übergewicht des Finanzkapitals bleibt bestehen. Bedacht werden müssen allerdings die Veränderungen innerhalb des Bankensektors selbst. De facto kommt es zu Verstaatlichungen (Hypo Real Estate), zu direkter oder indirekter Kontrolle durch den Staat. Von der Politik wird eine Regulierung des Finanzmarkts gefordert. Aber nachdrücklich wird in den Medien eine Balance der Maßnahmen gefordert: Unterstützung der Konjunktur und einzelner Unternehmen und Banken soll es geben, aber nicht alle Banken und nicht alle Unternehmen sollten gerettet wer-

den. Das wird die entscheidende Frage innerhalb des Bürgertums und zwischen den herrschenden Kräften und den Subalternen sein: Wer trägt die Lasten der Krise? Kann es gelingen, dass auch mit politischen Mitteln ein Teil der spekulativ erworbenen Eigentumstitel zerstört wird? Würden alle diese Eigentumstitel bedient, würde auch ein Teil des Bürgertums selbst zugunsten von Finanzmarktakteuren ausgeplündert. Diese fraktionellen Widersprüche sind auch eine Orientierung für die Linke und bieten Möglichkeiten für Bündnisse.

Der Neoliberalismus war schon lange vor der erneuten Zunahme der Dynamik der Krise in den Sommermonaten 2008 an einem Punkt angelangt, wo er nicht mehr allein eine Politik der Zerstörung, also der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung verfolgen konnte. Es gab schon in den 1990er Jahren Bemühungen um neue Allianzen, die sogenannte Neue Mitte, doch solche Bemühungen hielten nur wenige Jahre und führten nicht zur Verstetigung eines stabilen Kompromiss- und Konsensmusters. Zu viele Krisenelemente sammelten sich an: Überakkumulation, negative Investitionsentwicklung, Arbeitslosigkeit, Verarmung der Haushalte bis weit in die Mittelklasse, Verschlechterung der Lebenslage der Beschäftigten durch niedrige Löhne, längere Arbeitszeiten, Leistungsverdichtung bei der Arbeit; der Rückgang der Ausgaben für Bildung und berufliche Bildung trug zum Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bei, es entstanden Probleme bei Forschung und Innovation. In Deutschland hat sich auf dieser Grundlage wider alle Erwartungen mit der Partei DIE LINKE ein politisch einflussreicher Akteur gebildet, der gegenwärtig (noch) viel Unterstützung aus den sozialen Bewegungen erhält. Dies macht es erstmals seit langem wieder möglich, auch in der Öffentlichkeit jenseits kleiner linker Zirkel von Alternativen zum Kapitalismus zu sprechen. Die bürgerlichen Parteien bemühen sich, Interessen von unten in einem gewissen Umfang aufzugreifen (Pendlerpauschale, Absicherung der Ersparnisse, autoritäre Maßnahmen gegen marginale Gruppen). Die Finanzkrise hat den Druck, eine Politik der Zugeständnisse zu verfolgen, noch erhöht. Gleichzeitig jedoch kann nun mit Hinweis auf die Krise jede Forderung nach Herstellung und Sicherstellung von öffentlichen Gütern für alle zurückgewiesen werden. Die Zukunft der nächsten Generationen wird noch stärker belastet. Eine Strategie des Konsenses und des Kompromisses wird nicht verfolgt. Die Krise wird zu einem Disziplinierungsinstrument und setzt die Form des Herrschens mit Kontingenz fort. Bemühungen, die unter der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders durchgesetzten Sozialgesetze zu ändern, waren bisher nicht erfolgreich. Trotz aller Rhetorik, Bildung und Qualifikation zu sichern, trotz der Niederlagen bei Wahlen, die in starkem Maße den Ungleichheitsentwicklungen im Bildungsbereich geschuldet sind, wird an der neoliberalen Bildungspolitik festgehalten. Über die Arbeitslosigkeit und die Schikanen gegenüber den Arbeitslosen und Empfängern von Arbeitslosengeld II wird weiterhin geschwiegen, die Tatsachen der Armut werden geleugnet. Auf die Reallöhne wird weiterhin Druck ausgeübt. An der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse ändert sich nichts, der Grad der Ausbeutung wächst. Die Ener-

giepolitik erfährt nicht den radikalen Wandel hin zum Aufbau einer dezentralen Versorgung mit Solarenergie, wie es nötig wäre, um die Dynamik der Erderwärmung zu stoppen und die klassischen Energieunternehmen zu entmachten. Die weltweite Armut, die in der Krise noch zunehmen wird, wird nicht mit größerer Anstrengung bekämpft. Anstatt die Finanzmärkte zu regulieren (Einführung von Steuern für Börsentransaktionen, Veräußerungsgewinne, progressive Besteuerung großer Vermögen, Währungscoordination), den Bildungsbereich auszubauen oder mit einem staatlichen Investitionsprogramm langfristig orientierte Nachfrage anzuregen und Kapital zu binden, werden auch in der Krise Anreize für überholte Formen des individuellen Konsums gegeben, die allenfalls eine kurzfristige Wirkung haben und gerade den Finanzmärkten das Geld nicht entziehen.

Dies sind provisorische Hinweise darauf, dass die Periode der neoliberalen Umstrukturierung der kapitalistischen Gesellschaftsformation noch nicht vorbei ist. Allerdings vollzieht sich ein Strategiewechsel, obwohl viele Vertreter des Bürgertums die Bedeutung der Krise nicht erkennen und glauben, sie sei in wenigen Monaten vorbei. Erst allmählich setzt sich die Einsicht durch, dass sich aus der Finanzkrise eine tiefreichende Wirtschaftskrise entwickeln könnte, deren Folgen noch lange zu spüren sein werden. Sie möchten möglichst bald die staatlich ermöglichten und gestützten profitablen spekulativen Finanztransaktionen wieder aufnehmen. Die dominanten Kapitalfraktionen und -gruppen sehen die Notwendigkeit eines gewissen Maßes an Regulierung der Akkumulation auf den Finanzmärkten, da die Zunahme der Häufigkeit der Krisen und ihrer Tiefe ebenso wenig verkannt wird wie die Tatsache, dass es nach den Krisen aufgrund ihres schnellen Rhythmus nicht mehr zu ökonomischer Erholung kommt (vgl. Candeias 2008). Herrschaft durch Kontingenz wird modifiziert und erweitert, die Krise selbst bekommt einen neuen Sinn: sie wird zu einer Regierungstechnologie, die eingesetzt wird, um strategisch Kapital zu vernichten und die öffentlichen Haushalte anzuzeigen. Dies bestimmt auch die zukünftigen politischen Kämpfe, denn es wird auch darum gehen, wer darüber entscheidet, welches Kapital auf welche Weise vernichtet wird: kleine Ersparnisse, Industriekapital, Anlagen der Mittelklasse, kleine und mittlere Unternehmen, Vermögen der Reichen; Deflation, Spekulation gegen Entwicklungsländer, Bankrott von Unternehmen, Buy-Outs. Das Verhältnis zwischen den Kapitalfraktionen, zwischen industriellem und finanziellem Kapital, wird neu ausbalanciert werden. Für die Unternehmen im herstellenden Bereich hat die Finanzkrise eine Reihe von negativen Folgen: die Kaufkraft der Konsumenten sinkt, Exporte gehen zurück, Kredite zu erlangen wird schwieriger. In welcher Weise sich produktives und Finanzkapital neu arrangieren, ist allerdings nicht sicher, krisenhafte Deindustrialisierungsprozesse sind wahrscheinlich. Im Verhältnis zu den subalternen Klassen wird es zu einer stärkeren Polarisierung kommen – also auch zu einer noch stärkeren Verleugnung der Wirklichkeit und einer energischen Behauptung von Normalität durch die herrschenden Klassen. Dies bedeutet, dass die Möglichkeiten von Politiken des Konsenses schwächer

und Politiken des Zwangs, kombiniert mit der Herrschaft der Kontingenz, zunehmen werden. Für die Subalternen bedeutet dies bei aller Verschlechterung ihrer Lebenslage auch die Möglichkeit, sich stärker als eine autonome Kraft zu begreifen, die ihre Sicht der Dinge behaupten und mit eigener Macht die Ordnung der Dinge definieren muss. Das ist keine schlechte Voraussetzung für grundlegende Transformationen der herrschenden Produktionsweise.

Literatur

- Boltanski, Luc, u. Eve Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 2003
- Brand, Ulrich, u. Werner Raza (Hg.), *Fit für den Postfordismus?*, Münster 2003
- Candeias, Mario, *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg 2004/2009
- ders., *Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus*, Rosa-Luxemburg-Stiftung standpunkte 24/2008, Berlin
- Demirović, Alex, *Herrschaft durch Kontingenz*, in: H. J. Bieling u. a. (Hg.), *Flexibler Kapitalismus*, Hamburg 2001
- ders., *Leben im Neoliberalismus. Zwischen erweiterter Autonomie, Selbstvermarktung und Unterwerfung*, in: G. Arrighi u. a., *Kapitalismus reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie*, Hamburg 2007, 305-27
- ders., *Neoliberalismus und Hegemonie*, in: Chr. Butterwegge, B. Lösch u. R. Ptak (Hg.), *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden 2008
- Evans, Trevor, *Die gegenwärtige Finanzkrise und die Grenzen der US-amerikanischen Geldpolitik*, in: *Prokla* 153, 38. Jg., 2008, 513-23
- Foucault, Michel, *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II*, Frankfurt/M 2004
- Haug, Wolfgang Fritz, *High-Tech-Kapitalismus*
- Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Berlin-Hamburg 2003
- Herrmann, Ulrike, *Die Riester-Rente ist absurd*, in: *taz* v. 24./25. Januar 2009
- Hirsch, Joachim, *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin 1995
- Offe, Claus, »Unregierbarkeit«. *Zur Renaissance konservativer Krisentheorien*, in: Jürgen Habermas (Hg.), *Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«*, Frankfurt/M 1979
- Rilling, Rainer, *Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke?*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, standpunkte 23/2008, Berlin
- Schmidt-Semisch, Henning, *Selber schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit*, in: U. Bröckling, S. Krasmann, Th. Lemke (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt/M 2000

Nicht die Krise, der Finanzkapitalismus ist das Problem

Vom »normalen« Funktionieren von Umverteilung und Instabilität

Die Diskussion über die Finanzmärkte wird seit fast zwei Jahren fast ausschließlich durch die Turbulenzen bestimmt, die Ende 2006 absehbar wurden, Mitte 2007 in den USA ausbrachen und sich schnell zu einer weltweiten Krise erweiterten, deren Ende und Folgen nicht absehbar sind. Diese Krise hat die Irrationalität der Finanzspekulation und ihre Gefahren für die Stabilität nicht nur des Finanzsektors unübersehbar verdeutlicht und eine breite Diskussion befördert. In deren Zusammenhang sind bis in konservative Kreise hinein – Internationaler Währungsfonds, Weltbank, US-Regierung, EU – Forderungen nach Regulierung, Kontrolle und Beschränkung der Spekulation laut geworden, die in einigen Fällen bis zu entsprechenden Regierungsverordnungen und Gesetzesvorhaben gediehen sind.

Kaum diskutiert wurden in diesem Umfeld jedoch die Entwicklungen der Finanzmärkte, die sich weniger spektakulär jenseits den Krisen abgespielt haben, langfristig aber von entscheidender Bedeutung für die ökonomische Funktionsweise und die politischen Machtverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus sind. Sie haben jenseits des Aufbaus und des Platzens von Spekulationsblasen wesentliche Verschiebungen bei den zentralen Akteuren und Strategien bewirkt, hinter denen die Rationalität einer erfolgreichen Strategie zur Machtausweitung des Kapitals sichtbar wird. Mit diesem Beitrag will ich mehr auf diese rationale, erfolgreiche und besonders gefährliche Seite der Finanzmarktentwicklung abstellen. Dazu präsentiere ich 1. zunächst einige wesentliche empirische Trends der Finanzmärkte und ihre Hintergründe und skizziere auf dieser Grundlage 2. das Konzept des »finanzmarktgetriebenen Kapitalismus« und 3. seiner ökonomischen Konsequenzen. Anschließend sollen 4. die Hauptgruppen der Finanzinvestoren als der zentralen Akteure dieser Konstellation etwas genauer betrachtet und gezeigt werden, wie ihre Strategien die wirtschaftliche Stabilität, die Unternehmenskulturen und die Wirtschaftspolitik in Europa beeinflussen. Den Abschluss des Beitrags bilden 5. kurze Hinweise zu den Perspektiven des Widerstandes gegen die unter dem Druck der Finanzmärkte stattfindende Transformation der verschiedenen europäischen Sozialmodelle in ein zunehmend einförmiges neo-liberales Entwicklungsmuster sowie zu Alternativen dazu.

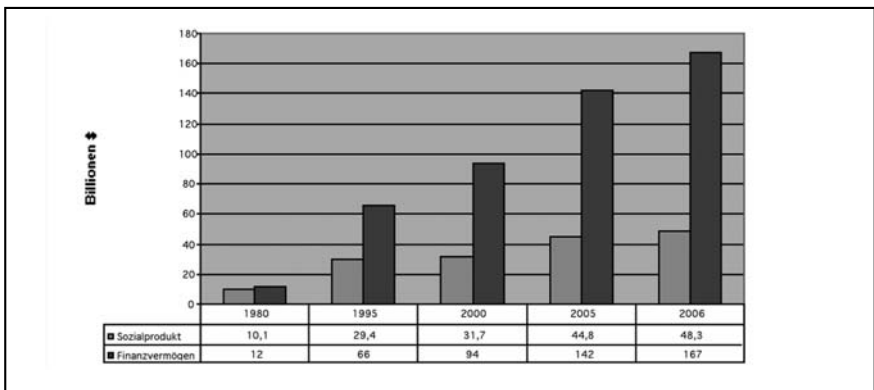
* Mitglied von PRESOM, dem europäischen Netzwerk »Privatisation and the European Social Model«

Private Finanzakkumulation und Internationalisierung – Megatrends und ihre Hintergründe

Akkumulation und Internationalisierung privater Finanzvermögen

Die gewachsene Bedeutung der globalen Finanzmärkte ergibt sich aus zwei langfristigen Megatrends: Der erste ist die enorme Zunahme privaten Kapitalvermögens – Unternehmens- und Staatsanleihen, Aktien, Derivate, Währungen, Bankguthaben. Ihr Umfang stieg von 12 Bio. Dollar in 1980 auf 167 Bio. Dollar in 2006, d. h. auf das 14-fache. In der gleichen Zeit nahm das Weltsozialprodukt von 10 auf 48 Bio. Dollar zu, also nur auf knapp das Fünffache. 1980 waren Weltsozialprodukt und Finanzvermögen ungefähr gleich groß, 2006 war das letztere dreieinhalb mal so groß wie ersteres (vgl. Schaubild 1).

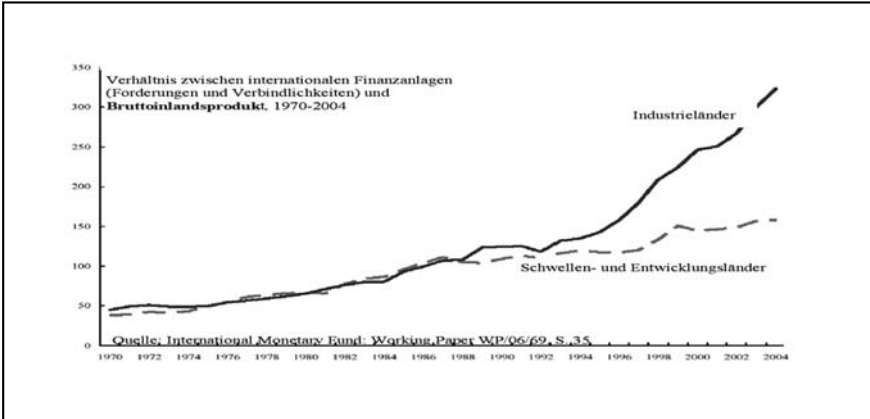
Schaubild 1: *Entwicklung von Sozialprodukt und Finanzvermögen weltweit, 1980-2006*



Quelle: Farrell/Fölsater/Lund 2008, S. 3

Der zweite Megatrend ist die Internationalisierung der Finanzvermögen, die ebenfalls viel schneller erfolgte als das Wachstum des Sozialprodukts (vgl. Schaubild 2) – und auch als der internationale Handel.

Schaubild 2: *Internationalisierung der Finanzmärkte*

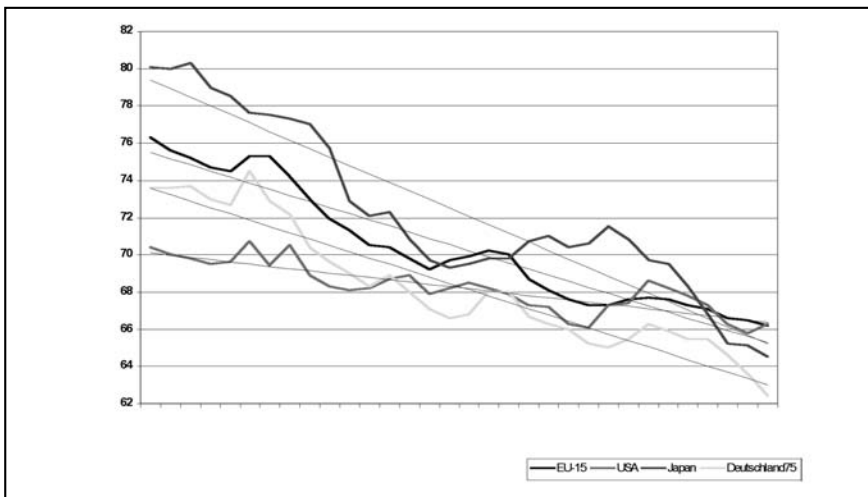


Quelle: Lane/Milesi-Ferretti 2006, 35.

Während der 1970er Jahre entsprach der Umfang der international angelegten Finanzvermögen ca. 50-70 Prozent des Weltsozialprodukts, zu Beginn des laufenden Jahrzehnts war dieses Verhältnis für die Industrieländer auf 320 Prozent und für die sog. Entwicklungs- und Schwellenländer auf 150 Prozent gestiegen. Das Verhältnis Finanzvermögen zu Außenhandel lag für die entwickelten Länder in den 1970er Jahren bei rund 180 Prozent und stieg bis 2004 auf 700 Prozent. Für die Entwicklungs- und Schwellenländer betrug die entsprechenden Zahlen 140 und 180 Prozent (vgl. Lane u. a. 2004, 35)

Diese Megatrends lassen sich auf *vier wesentliche Ursachen* zurückführen: Die *erste* und wahrscheinlich wichtigste ist die seit den 1970er Jahren anhaltende Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben, die sich deutlich im fallenden Trend der Lohnquote in den drei kapitalistischen Zentren widerspiegelt (vgl. Schaubild 3). Sie fiel zwischen 1975 und 2006 um 4 Prozentpunkte (von 70,4 Prozent auf 66,3 Prozent) in den USA, um 10 Prozentpunkte (von 76,3 Prozent auf 66,2 Prozent) in der EU 15 und um 15,6 Prozentpunkte (von 80,1 Prozent auf 64,5 Prozent) in Japan.

Schaubild 3: Lohnquoten in den USA, der EU15, Deutschland und Japan, 1975-2006

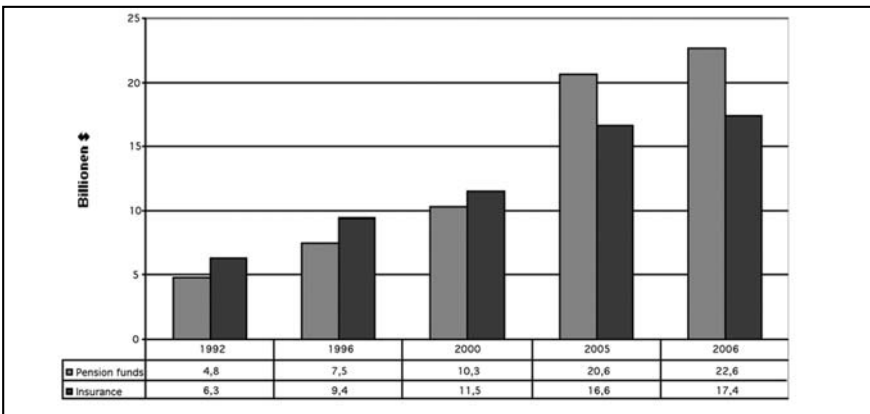


Quellen: European Economy, 6/2002 und 6/2006, jeweils Statistical annex, table 32

Diese Umverteilung hat zu einer starken Konzentration von Reichtum bei einer kleinen Zahl von Personen und Unternehmen geführt. Zugleich hat der dauernde Rückstand bei den Löhnen und Gehältern den privaten Verbrauch geschwächt und als Folge dieser schwachen Endnachfrage das Wirtschaftswachstum gebremst.

Die *zweite Ursache* für die Zunahme von Finanzvermögen ist der Trend zu kapitalgedeckten Rentensystemen. Diese waren in den USA, Großbritannien und einigen kleineren Ländern schon lange vorherrschend, aber in den meisten anderen Ländern gab es öffentliche umlagefinanzierte Systeme, bei denen die Beiträge der Versicherten unmittelbar zur Finanzierung der Renten verwendet und nicht über die Kapitalmärkte geleitet wurden. Erst im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts kamen diese Systeme unter Druck, nicht zuletzt durch internationale Institutionen wie die Weltbank und die OECD. Als Folge dieses Trends zu Rentenreformen flossen größere Teile der Versicherungsbeiträge der Beschäftigten auf die Kapitalmärkte, wo sie von Pensionsfonds und Versicherungen verwaltet wurden. Ende 2006 betrug das Finanzvermögen der Pensionsfonds 22,6 Bio. Dollar und war fast fünfmal höher als 1992 (4,8 Bio. Dollar).

Schaubild 4: In Pensionsfonds und Versicherungen angelegtes Vermögen, 1992-2006



Quelle: OECD, IFSL September 2007 a: 6

Ein *dritter* Grund für die Anhäufung von Finanzvermögen war die expansive Kreditpolitik der Banken, die ihrerseits durch die große Masse von bei Banken deponierten Finanzvermögen angetrieben wurde. Zwar erfolgte die Kreditvergabe in klaren Zyklen, aber diese Zyklen verliefen auf einem ansteigenden Trend, ihr Gesamtanstieg war stärker als der des Sozialprodukts. Der *vierte* Faktor bezieht sich auf die starke Internationalisierung von Kapitalflüssen und -anlagen. Sie wurde erst dadurch möglich, dass der internationale Kapitalverkehr politisch liberalisiert, das Regime der Kapitalverkehrskontrollen des Bretton Woods Systems durch ein Regime unbeschränkter Kapitalverkehrsfreiheit abgelöst worden war. Diese vier Faktoren, die die Wucht des Wachstums und der Internationalisierung der Finanzmärkte bestimmten, waren nicht der Ausdruck »eherner Gesetze« oder der »unausweichlichen Logik« der Kapitals. Sie waren vielmehr Resultat veränderter sozialer Machtverhältnisse (fallende Lohnquote) und politischer Entscheidungen (Rentenreformen, Liberalisierung des Kapitalverkehrs), die ihrerseits Reaktionen auf wirtschaftliche Schwierigkeiten und politischen Druck waren.

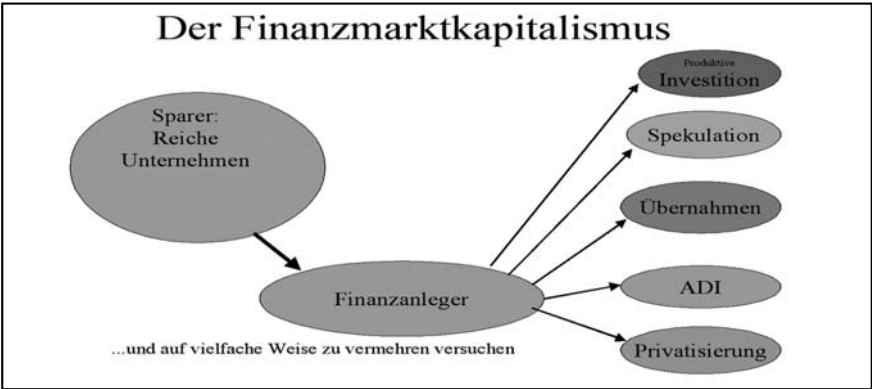
Finanzmarktgetriebener Kapitalismus – Begriff für eine neue Konstellation

Die lange Akkumulation und Internationalisierung von privatem Finanzvermögen hat allmählich die quantitativen Proportionen zwischen Finanzsektor und produktiven Bereichen der Wirtschaft – und damit auch die Beziehungen zwischen den Hauptakteuren – in Richtung auf ein finanzmarktgetriebenes Muster verschoben und damit die Engpässe kapitalistischer Entwicklung verändert (vgl. Schaub. 5 a-c).

Schaubilder 5 a-c: *Die veränderte Rolle der Finanzmärkte – von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment*



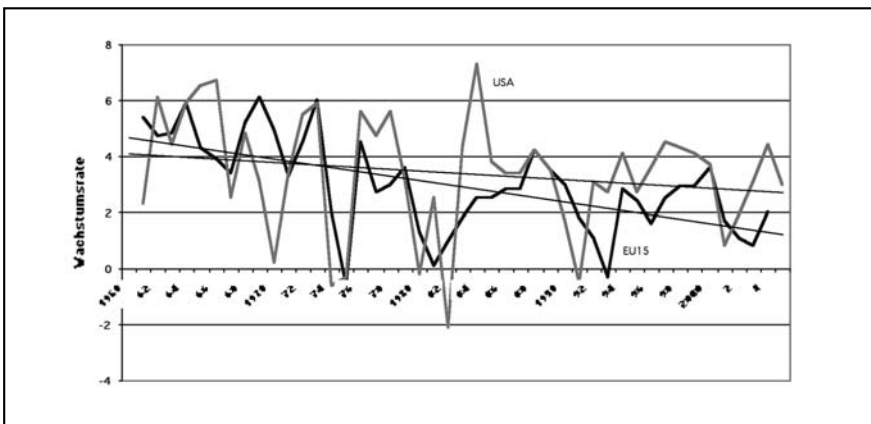
Im traditionellen Muster kapitalistischer Entwicklung waren Unternehmer oder Manager die entscheidenden Akteure, und ihre Arbeit bestand in der Organisation der Produktion und des Verkaufs. Die Finanzierung war ein Engpass für Unternehmensinvestitionen und wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Schaubild 5a). Der Engpaß wurde nicht nur durch das Sparen der Haushalte, sondern auch und primär durch die Kreditschöpfung der Banken überwunden, die politisch durch die Zentralbank gestützt wurden. Im Unterschied dazu finden wir im »reifen Kapitalismus« einen Überfluss an Finanzvermögen, für das rentable Anlagemöglichkeiten zunehmend schwieriger zu finden sind (Schaubild 5b) – während gleichzeitig die Kreditschöpfung in großem Umfang weitergeht, weil sie eine wesentliche Gewinnquelle für den Bankensektor ist. In dieser Situation *finanzieller Überakkumulation* treten Finanzinvestoren als zentrale Akteure zunehmend an die Stelle einzelner Unternehmer oder Manager. Sie sammeln Geld von den Vermögensbesitzern ein, bündeln es zu großen Beträgen und verwenden diese für ein breites Spektrum von Aktivitäten, unter denen die Produktion von Gütern und Dienstleistungen nur eine von vielen Optionen ist. Kapitalismus wird zu finanzmarktgetriebenem – genauer finanzinvestorgetriebenem – Kapitalismus, jedenfalls in den entwickelten Ländern (vgl. Schaubild 5c).



Die allmähliche Herausbildung dieser neuen Konstellation von Märkten und Akteuren verändert die Grundstruktur des Kapitalismus nicht, die darin besteht, durch Ausbeutung von Arbeitskraft Mehrwert produzieren zu lassen und als Kapitalprofit anzueignen. Die Finanzinvestoren – ursprünglich nur eine Dienstleistungsbranche zum Management und zur Vermehrung von Finanzvermögen –, die jetzt zu zentralen Akteuren werden, sind vom konkreten Produktionsprozess viel weiter entfernt als traditionelle Unternehmer und auch als technokratische Manager großer Industrie- oder Dienstleistungskonzerne. Unter diesem Aspekt ist finanzmarktgetriebener Kapitalismus eine weitere reale Mystifikation der Natur des Kapitalismus. Er eliminiert alle Zwischenstufen zwischen G und G' (Geld und mehr Geld) als dem letzten Zweck des Kapitals – wohingegen der Industriekapitalismus noch der sichtbareren Form $G - W \leftarrow P \rightarrow W' - G'$ folgt.

Der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ging einher mit einer langfristigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA und in Europa – zumindest im Vergleich zum Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Schaubild 6).

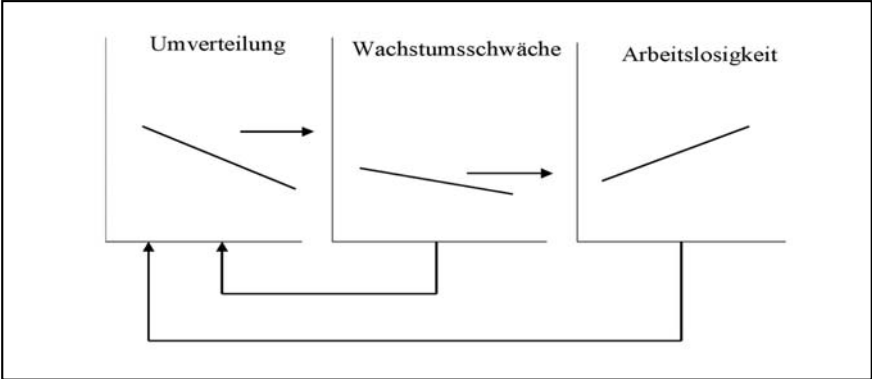
Schaubild 6: *Wirtschaftswachstum in der EU15 und in den USA, 1960-2005*



Quelle: European Economy 4/2003 und 6/2003, statistical annex, Table 10

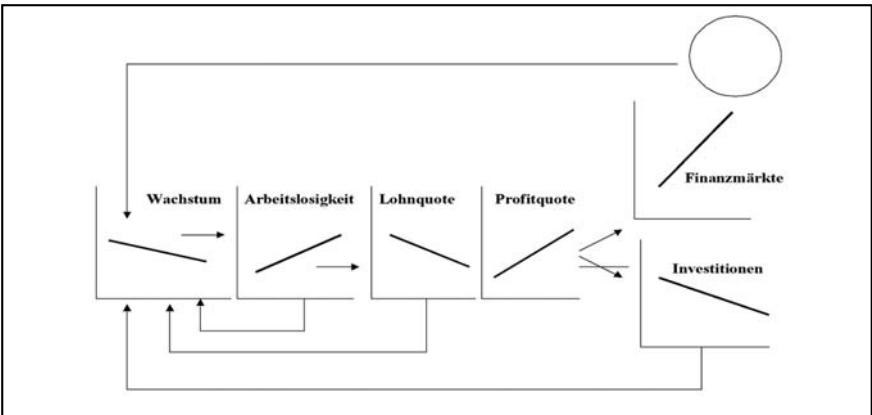
Eine Erklärung hierfür dürfte die anhaltende Umverteilung von unten nach oben sein, die einen Teufelskreis von Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und weiterer Umverteilung nach sich zog (vgl. Schaubild 7).

Schaubild 7: *Teufelskreis Umverteilung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit*



Dieses Muster treibt seinerseits das starke Wachstum der Finanzmärkte an. Die Gewinne und hohen Einkommen werden immer weniger für Konsum (jedenfalls über eine gewisse Grenze des Luxuskonsums hinaus) oder der produktiven Investition (wegen der unzureichenden Märkte für Endprodukte und Dienstleistungen) genutzt. Stattdessen werden sie auf den Finanzmärkten angelegt. In bestimmten Abständen können sie das Wirtschaftswachstum über den Aufbau massiver Finanzspekulation zeitweise hochtreiben. Aber wenn die spekulativen Blasen dann platzen, gibt es massive negative Rückwirkungen für Wachstum, Beschäftigung und den Lebensstandard der Mehrheit der Menschen (vgl. Schaubild 8).

Schaubild 8: *Die Folgen von Wachstumsschwäche und Umverteilung – starkes Wachstum der Finanzmärkte*



Der Übergang zu diesem Muster finanzmarktgetriebener Entwicklung ist ein allmählicher Prozess, der vor rund 30 Jahren begonnen hat und keineswegs abgeschlossen ist. Es ist auf der einen Seite ein Angriff auf die Erfolge und Errungenschaften progressiver Reformpolitik während der drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Auf der anderen Seite ist es der Ausdruck einer neuen Form von finanzieller Überakkumulation von Kapital, als Alternative zur traditionellen Form von Überakkumulation. Während letztere sich in Überkapazitäten bzw. der Unterauslastung bestehender Kapazitäten im produktiven Sektor zeigte, kommt erstere zunehmend in der Anhäufung von Finanzvermögen zum Ausdruck, das nicht im produktiven, sondern im Finanzsektor angelegt wird.

Finanzinvestoren – die zentralen Akteure im heutigen Kapitalismus

Genauere als die von McKinsey bereitgestellten Zahlen gibt es für das gesamte Finanzvermögen von 167 Bio. Dollar nicht, sondern nur für den Teil, der professionell betreut wird: Der Gesamtbetrag dieses Vermögens belief sich Ende 2006 auf rund 80 Bio. Dollar. Mehr als drei Viertel hiervon entfielen auf institutionelle Investoren, ein Fünftel wurde privat (durch Banken, Stiftungen etc.) verwaltet und 2 Prozent kamen auf »alternative« Anlagen, z. B. Hedgefonds und Private Equity (vgl. IFSL 2007a, 6).

Institutionelle Investoren sind die mit Abstand wichtigste Gruppe der Finanzinvestoren. In den letzten 26 Jahren haben die von ihnen betreuten Vermögen von 2,9 Bio. Dollar im Jahre 1980 auf 62 Bio. Dollar im 2006, d. h. um den Faktor 21, zugenommen. Allein in den letzten vier Jahren belief sich der Anstieg des institutionell oder »konventionell« gemanagten Vermögens auf 26 Bio. Dollar; es war 2006 um die Hälfte höher als auf dem Höhepunkt des letzten Finanzmarktbooms (2000, 40,1 Bio. Dollar, vgl. IFSL 2007b, 3).

Institutionelle Investoren unterteilen sich in drei große Gruppen: Investmentfonds, Versicherungen und Pensionsfonds. Die größte Gruppe ist die der Pensionsfonds (23 Bio. Dollar), es folgen Investmentfonds (22 Bio. Dollar) und Versicherungen (17 Bio. Dollar). Die Struktur der institutionellen Investoren unterscheidet sich von Land zu Land erheblich: Während in Frankreich nur 3,5 Prozent und in Deutschland nur 5,7 Prozent des institutionell verwalteten Vermögens in Pensionsfonds angelegt sind, entfallen auf diese Gruppe in den Niederlanden 60,6 Prozent, in den USA 49,2 Prozent und in Großbritannien 34,1 Prozent des Gesamtvermögens. In Deutschland werden mehr als drei Viertel des Vermögens von Versicherungen verwaltet, die in den USA weniger als ein Fünftel (16,6 Prozent) auf sich vereinigen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: *Institutionell verwaltetes Vermögen, Ende 2006*

	Pensionsfonds		Versicherungen		Investmentfonds		Insgesamt		
	Bill. \$	%	Bill. \$	%	Bill. \$	%	Bill. \$	%	%
USA	15,893	49,2	6,012	18,6	10,414	32,2	32,319	100	52,3
Japan	1,16	27,4	2,49	58,9	0,579	13,7	4,229	100	6,8
Großbritannien	1,686	34,1	2,469	50,0	0,787	15,9	4,942	100	8,0
Frankreich	0,133	3,5	1,863	49,5	1,769	47,0	3,765	100	6,1
Deutschland	0,116	5,7	1,571	77,5	0,34	16,8	2,027	100	3,3
Niederlande	0,827	60,6	0,428	31,4	0,109	8,0	1,364	100	2,2
Schweiz	0,456	46,3	0,368	37,4	0,16	16,2	0,985	100	1,6
Andere	2,376	19,5	2,19	18,0	7,607	62,5	12,174	100	19,7
Insgesamt	22,648	36,6	17,392	28,1	21,765	35,2	61,804	100	100

Quelle: IFSL 2007b, 6

Die Branche ist stark konzentriert: Die vier größten Unternehmen verwalten jeweils mehr als eine Billion Dollar, und auf die zehn größten entfallen 17 Prozent des Gesamtvermögens (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: *Die größten Vermögensverwalter weltweit, Ende 2006*

Nr.	Name	Land	Vermögen/Mrd. \$
1	Barclays Global Investors	UK	1 623
2	State Street Global Advisers	US	1 534
3	Fidelity Investments	US	1 300
4	The Vanguard Group	US	1 050
5	JP Morgan Asset Management	US	898
6	Capital Res. And Management	US	850
7	ING Investment Management	NL	694
8	Deutsche Asset Management	DE	662
9	UBS Global Asset Management	CH	658
10	Credit Agricole Asset Management	FR	642
11	PIMCO Allianz Global Investment	DE	642
12	Northern Trust Global Investors	US	640
13	Alliance Bernstein L.P.	US	625
14	Axa Investment Managers	FR	579
15	Prudential Investment Management	US	568

Quelle: IFSL 2007b, 6

Pensionsfonds und die Privatisierung der Alterssicherung

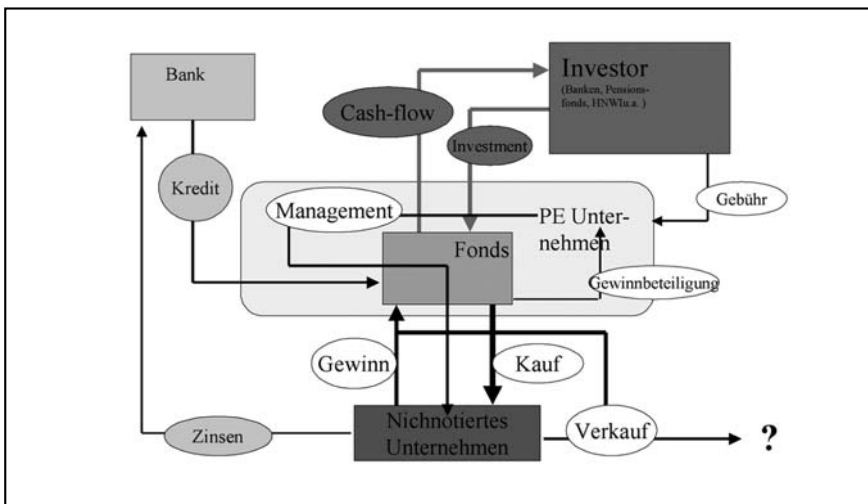
Die Entwicklung der größten Gruppe der institutionellen Investoren, der Pensionsfonds, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Struktur und den Veränderungen der Alterssicherungssysteme. Während sich in einigen Ländern wie den USA oder Großbritannien diese Systeme traditionell auf die Kapitalmärkte stützten, hat es in den meisten anderen Ländern erst in den letzten drei Jahrzehnten starke Tendenzen gegeben, die traditionellen, öffentlichen und umlagefinanzierten Systeme durch private kapitalmarktgestützte zu ergänzen oder zu ersetzen. Diese Tendenz zur (mindestens Teil-) Privatisierung der öffentlichen Alterssicherungssysteme ist eine weltweite Erscheinung, die bereits in den 1970er Jahren in Lateinamerika begann: Die ersten Schritte in diese Richtung fanden in Chile unmittelbar nach dem Putsch des General Pinochet im Jahre 1973 statt. Sie wurde dann durch internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank und die OECD weiter vorangetrieben und erreichte Kontinentaleuropa – West wie Ost – in den 1990er Jahren. Die starke Zunahme des Vermögens der Pensionsfonds kann jedenfalls nicht durch das Wachstum der immer schon privaten Systeme erklärt werden, denn das vergleichsweise schwache Wirtschaftswachstum, die noch schwächere Entwicklung der Löhne und Gehälter (als Basis für die Rentenbeiträge) und die hohe Arbeitslosigkeit dämpften vielmehr die Entwicklung der Beiträge auch zu den Pensionsfonds. Ihr Wachstum resultiert vielmehr aus der Privatisierung zunehmender Teile der öffentlichen Alterssicherungssysteme. Das entsprach den Interessen der Versicherungen und der Pensionsfonds, die – in Europa mehr als in den USA – oft Ableger der großen Finanzinstitute wie Barclays, ING, Allianz, AXA, Deutsche Bank, UBS usw. sind.

Institutionelle Investoren haben sich zunächst relativ kontinuierlich entwickelt. Erst seit Beginn dieses Jahrzehnts hat ihr Vermögen massiv zugenommen. Dieses außerordentliche Wachstum hat es schwieriger gemacht, attraktive Gewinne zu erwirtschaften, die sie brauchen, um ihre Kunden (die Beitragszahler) zu halten und ihre Marktpositionen zu behaupten oder zu stärken. Derartige Schwierigkeiten haben Raum für verschiedene Finanzinnovationen und Innovatoren geschaffen, unter deren Einfluss sich die Bedeutung und der Einfluss von Finanzinvestoren verändert hat. Die bekanntesten Finanzinnovatoren sind Private Equity Unternehmen, die *neue Bereiche* der Finanzanlage erschließen, und Hedgefonds, die *neue Strategien* und Standards im Unternehmensmanagement einführen.

Private Equity Unternehmen

Private Equity Unternehmen (PE) sind Unternehmen, die Geld von Banken, Pensionsfonds, reichen Personen (High Net Worth Individuals, HNWI) einsammeln, zusätzliche Mittel von Banken ausleihen und mit diesem Geld andere – in der Regel nicht börsennotierte – Unternehmen kaufen, diese restrukturieren und anschließend mit hohem Gewinn wieder verkaufen, entweder an der Börse oder an einen strategischen Investor oder an ein anderes PE Unternehmen (vgl. Schaubild 9).

Schaubild 9: *Private Equity – wie es funktioniert*



Die weltweiten Anlagen von PE-Firmen haben sich in den letzten 10 Jahren sehr ungleichmäßig entwickelt. Sie stiegen von 60 Mrd. Dollar in 1996 auf 200 Mrd. Dollar in 2000, fielen dann auf weniger als 100 Mrd. Dollar in 2002 zurück, und erholten sich zwischen 2002 und 2005 allmählich wieder. In 2006 sind sie geradezu explodiert und erreichten mit 365 Mrd. Dollar das Dreifache des Vorjahreswerts. Das Wachstum hielt auch im ersten Halbjahr 2007 noch an, bevor es im Zuge der aktuellen Finanzkrise abrupt abbrach. Das außergewöhnliche Wachstum im Jahre 2006 ist zumindest teilweise auf die Tatsache zurückzuführen, dass es in diesem Jahr eine Reihe von Megadeals gab, die bis dahin eher die Ausnahme geblieben waren. Von den 10 größten Transaktionen seit Ende der 1980er Jahre fanden sieben in 2006 oder 2007 statt (vgl. IFSL 2007a, 4). Nach wie vor kommt die große Mehrheit der PE-Unternehmen aus den USA, aber Europa holt auf, schnell-

ler bei den aufgenommenen Mitteln (hier stieg der Anteil Europas von 21 Prozent in 2000 auf 44 Prozent in 2006), langsamer bei den Anlagen (Anstieg von 21 Prozent auf 24 Prozent; vgl. IFSL 2007, 2).

Hedgefonds

Hedgefonds sind Vermögen, die von HNWI, Banken und – zunehmend – auch von institutionellen Investoren (besonders Pensionsfonds) stammen und von Hedgefonds-Managern in entweder riskanten, aber renditeträchtigen Wertpapieren, oder in börsennotierten Unternehmen angelegt werden (vgl. Schaubild 10). Im ersteren Fall handelt es sich um Finanzspekulation. Im zweiten Fall entwickeln die Hedgefonds-Manager einen neuen Aktionärs-Aktivismus mit dem Ziel, hohe Dividendenausschüttungen oder Kurssteigerungen zu erreichen oder die Preise für eine Übernahme in die Höhe zu treiben. Schätzungen gehen davon aus, dass es gegenwärtig 11 000 Hedgefonds gibt, die 2,25 Bio. Dollar verwalten (vgl. IFSL 2008, 1). Das ist wenig im Vergleich zu den über 60 Bio. Dollar, über die traditionelle institutionelle Investoren verfügen. Es sollte aber beachtet werden, dass Hedgefonds im Unterschied zu letzteren mit einem hohen Kredithebel arbeiten und mit 2,3 Bio. Eigenkapital leicht das Zehnfache dieses Betrages bewegen können, womit sie durchaus an die Größenordnung der institutionellen Investoren herankommen.

Auch bei Hedgefonds kommt die Mehrheit noch aus den USA, aber der US-Anteil nahm zwischen 2002 und 2006 von mehr als vier Fünftel (82 Prozent) auf gut zwei Drittel (67 Prozent) ab, während Europa auch hier schnell aufholt und seinen Anteil am weltweiten Vermögen der Hedgefonds von 12 auf 22 Prozent in der gleichen Zeit fast verdoppelte. Auch die Rolle Asiens als Herkunftsregion von Hedgefonds-Vermögen ist von 5 auf 7 Prozent gestiegen, bleibt aber zunächst noch relativ gering (vgl. ebd.). Ungefähr die Hälfte aller Hedgefonds sind offshore registriert, die meisten davon (57 Prozent) auf den Cayman Inseln. Von den Onshore-Hedgefonds haben die meisten ihren Sitz in den USA, vor allem in Delaware (ebd.).

Strategien der Finanzinvestoren und ihr Einfluss auf die Gesellschaftsmodelle in Europa

In den 1970er und 1980er Jahren folgten die großen europäischen institutionellen Investoren überwiegend einer Linie des passiven Managements, d. h. sie mischten sich weder in die strategische Ausrichtung noch in das Tagesgeschäft der Unternehmen ein, in denen sie das Kapital ihrer Kunden anlegten. Seit den 1990er Jahren wird diese Haltung jedoch durch ein aktiveres Management mit dem Ziel höherer Renditen abgelöst. Hintergrund hierfür sind der stärkere Druck der US-Anleger, der wachsende Umfang der Finanzvermögen und härtere Konkurrenz

sowie das Auftauchen neuer Gruppen von Finanzinvestoren, insbesondere von Hedgefonds. Die neuen Strategien können grob in drei Gruppen eingeteilt werden, die sich nicht ausschließen, sondern sogar ergänzen: Finanzspekulation, Aktionärs-Aktivismus und die Ausübung politischen Drucks.

Finanzspekulation und wirtschaftliche und soziale Destabilisierung

Finanzspekulation ist der Kauf oder Verkauf zukünftiger finanzieller Ansprüche zu einem in der Gegenwart festgelegten Preis in der Erwartung, dass dieser zum Zeitpunkt der Fälligkeit verändert (oder nicht verändert) sein wird. Sie wurde ursprünglich als Instrument zur Sicherung der Einkommen von Käufern oder Verkäufern von Rohstoffen gegenüber Preisschwankungen oder Wechselkursänderungen entwickelt. Im Laufe der Herausbildung von Finanzmärkten entwickelte die Finanzspekulation ihr eigenes, von der Welt der Rohstoffe oder anderer Waren zunehmend getrenntes Leben. Gefördert wurde diese Entwicklung auch durch das Ende des Regimes fester Wechselkurse und Kapitalverkehrsbeschränkungen sowie die anschließende Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte in den großen Industrieländern. Als Folge sind in den letzten drei Jahrzehnten eine zunehmende Zahl von Spekulationsblasen entstanden und geplatzt – angefangen mit Lateinamerika in den frühen 1980er Jahren bis zu der jüngsten weltweiten Finanzkrise, die vom amerikanischen Markt für zweitrangige Hypotheken ausging.

Während Finanzspekulation früher oft eine Angelegenheit von Hedgefonds war, die hier nach wie vor aktiv sind, beteiligen sich in den letzten Jahren zunehmend auch andere Finanzinvestoren, wie Investmentfonds, Private Equity Unternehmen und insbesondere auch Banken in diesen Bereichen. In der Krise haben die Banken durch ihre leichtsinnige Kreditpolitik eine wesentliche Rolle gespielt. Sie vergaben in großem Umfang Kredite nicht nur an arme Hausbesitzer, sondern auch an Hedgefonds und Private Equity Unternehmen, die billige Kredite als Hebel zur Steigerung der Gewinne ihrer Geldgeber einsetzten. Überdies umgingen die Banken die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen, indem sie Kredite in Wertpapiere umwandelten, die sie dann an spekulative Investoren verkaufen, oft an andere Banken, die keine Ahnung von den Risiken hatten, die in diesen Kreditpaketen steckten.

Wenn Spekulationsblasen platzen, beschränken sich die Wirkungen meist nicht auf den Finanzsektor, sondern führen zu gesamtwirtschaftlichen Krisen mit schwerwiegenden Folgen für Wachstum, Beschäftigung und Einkommen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Dies hat sich unübersehbar in allen Finanzkrisen in den sog. Entwicklungsländern sowie auch in der dot.com-Krise am Ende der 1990er Jahre gezeigt. Auch die aktuelle Krise beeinträchtigt die Aussichten für Wachstum und Beschäftigung in den USA massiv. Dass sich die Finanzkrise direkt etwas geringer ausgewirkt hat als in den USA, liegt auch daran, dass die

meisten Länder in Europa noch beträchtliche Barrieren gegenüber spekulativen Aktivitäten ihrer institutionellen Investoren, insbesondere der Pensionsfonds, aufrecht erhalten. Daher ist es einigermaßen alarmierend, dass die Europäische Kommission derartige Barrieren als Hindernis gegenüber einem der Grundprinzipien des Vertrags über die Europäische Union, dem Prinzip der Kapitalverkehrsfreiheit betrachtet und entschlossen ist, gegen derartige nationale Regulierungen vorzugehen. In einem »Weißbuch für den Ausbau des Binnenmarktrahmens für Investmentfonds« vom November 2006 bekundet die Kommission ihre Absicht, »die Formen der Vertriebs- und der Verkaufsbeschränkungen (zu) prüfen, die im Zusammenhang mit der Anwendung der Wohlverhaltensregeln durch die Wertpapierfirmen beseitigt werden sollten« (EU-Kommission 2006, 15). Sie scheint sich dabei auf die Empfehlungen zweier »Expertengruppen« über Hedgefonds und Private Equity zu stützen, die im Juli 2006 veröffentlicht wurden. Bemerkenswerterweise bestanden diese von der Kommission benannten Expertengruppen ausschließlich aus Vertretern von Finanzinstituten – als wären diese die einzigen, die durch die Tätigkeit von Hedgefonds und Private Equity betroffen sind. Es überrascht nicht, dass sie eine weitere Liberalisierung des Marktes empfahlen. Insbesondere propagieren sie die Aufhebung der bescheidenen Beschränkungen für Kapitalanlagen von institutionellen Investoren in riskanten Anlageklassen (wie Hedgefonds und Private Equity), »die mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit einer negativen Entwicklung der Anlagerendite behaftet sind« (ebd.). Hiermit verstärkt die Kommission den Deregulierungsansatz der »Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente« vom April 2004 (die seit November 2007 in Kraft ist), denn diese »ersetzt die strengen Beschränkungen beim Verkauf bestimmter Instrumente an bestimmte Anlegerkategorien durch ein System, das die Verantwortung auf die Wertpapierfirma überträgt, wenn es darum geht zu ermitteln, ob eine bestimmte Anlage für den jeweiligen Anleger angemessen oder zweckmäßig ist« (ebd.). Die von der EU-Kommission betriebene Aufhebung nationaler Schutzbarrieren könnte und würde aller Wahrscheinlichkeit nach einen neue Welle von Kapitalanlagen von Pensionsfonds in spekulative Hedgefonds auslösen und dadurch die zunehmend privatisierten Alterssicherungssysteme in der EU destabilisieren. Es sollte die Alarmglocken läuten lassen, dass der Anteil des von Hedgefonds angelegten Kapitals, der von Pensionsfonds stammt, zwischen 1997 bis 2006 von 5 auf 11 Prozent gestiegen ist (vgl. IFSL 2007b, 3). Dadurch werden die Renten der Beschäftigten in zunehmendem Masse den Risiken der Finanzmärkte ausgesetzt.

»Aktives Management« und Corporate Governance – die Ausrichtung am »Shareholder Value«

Die zweite und in jüngster Zeit besonders favorisierte Strategie der Finanzinvestoren besteht in der Entwicklung von mehr »Aktionärs-Aktivismus«. Das Ziel dieser Strategie ist klar: Sie soll zu schnellen und hohen Auszahlungen an die Ak-

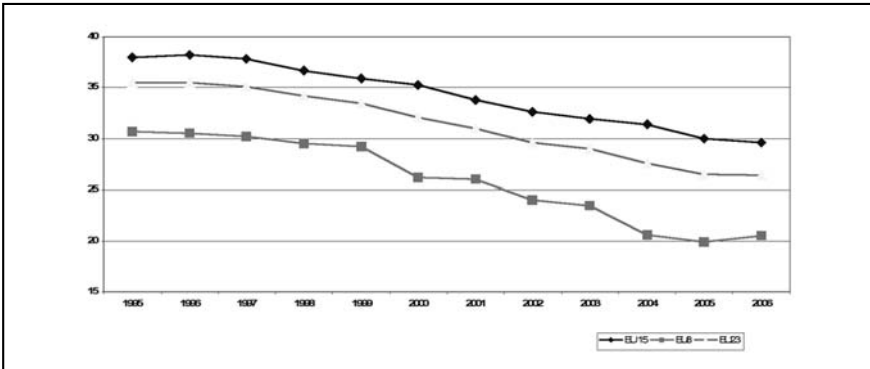
tionäre führen, oft zu Lasten des Aufbaus langfristiger strategischer Positionen und der langfristigen Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Die zugrundeliegende Philosophie läuft auf die Behauptung hinaus, dass eine Aktiengesellschaft eine Angelegenheit von Aktionären für Aktionäre ist – sonst nichts. Darüber hinausgehende Interessen unterschiedlicher Gruppen spielen keine Rolle. Diese strategische Ausrichtung unterscheidet sich wesentlich von der Finanzspekulation. Sie ist realitätsnäher, insoweit sie anerkennt, dass Gewinne nicht in der Zirkulation durch spekulative Handelsgeschäfte entstehen, sondern in der Produktion durch Restrukturierung, Kostensenkung und die Produktion eines höheren Mehrwerts – kurz: in der stärkeren Ausbeutung der Arbeitskraft. Das umfasst auch heftige Angriffe auf die Unternehmenskultur und die Rechte der Beschäftigten, die in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt worden waren.

Die Probleme, die diese aggressivere Strategie der Restrukturierung und Ausrichtung am Aktionärsinteresse mit sich bringen, beschränken sich nicht auf die vom Druck und den Maßnahmen der Finanzinvestoren unmittelbar betroffenen Unternehmen. Viel gefährlicher ist die Möglichkeit der systemischen Ansteckung. Damit ist die Übertragung der aggressiven Strategien von Hedgefonds und Private Equity auf die traditionellen institutionellen Investoren gemeint und von dort auf die Unternehmensführung in der Wirtschaft insgesamt. Dieser Übertragungsmechanismus beruht auf der Tatsache, dass institutionelle Investoren überwiegend private Unternehmen sind, die untereinander um das Geld ihrer Investoren oder letztendlichen Vermögensbesitzer konkurrieren. Der wichtigste Hebel der Konkurrenz ist das Versprechen, hohe Gewinne für die Geldgeber zu generieren. In einer derartigen Umgebung definieren Hedgefonds Mindestschwellen für Renditen und setzen Standards für die Unternehmensführung. Wenn ein institutioneller Investor einen Teil seines Kapital bei Private Equity oder Hedgefonds platziert und daraus höhere Gewinne bezieht, führt das unweigerlich zu einem Druck auf andere Investoren, einschließlich Pensionsfonds, in ähnliche Anlageklassen zu investieren, um ein Abwandern der Kunden zu verhindern.

Druck auf Regierungen zur Steuersenkungen und Privatisierungen

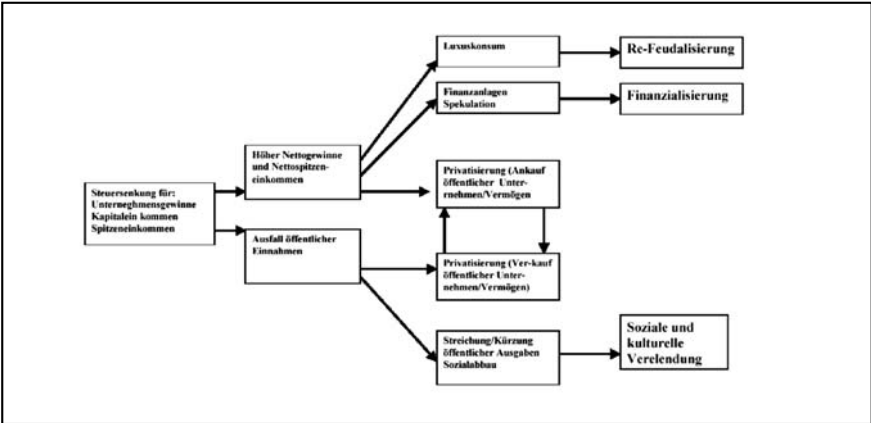
Eine dritte Strategie von Finanzinvestoren besteht darin, Druck auf Regierungen und Parlamente auszuüben, das jeweilige Land zu einem attraktiven Finanzplatz zu machen. Sie erhält durch die Drohung Nachdruck, andernorts zu investieren, falls die Bedingungen nicht entsprechend den Interessen der Finanzinvestoren gestaltet werden. Ein Resultat dieses Drucks ist der geradezu wahnhafte Wettlauf nach unten bei den Steuern auf Unternehmens- und Veräußerungsgewinne und auf Zinsen. Er hat zu einer erheblichen Senkung der Körperschaftssteuersätze (vgl. Schaubild 10) und zur Steuerbefreiung für Zinseinkommen in den meisten Ländern der EU geführt.

Schaubild 10: *Körperschaftsteuersätze in der EU, 1995-2006*



Derartige Steuerwettläufe untergraben die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte, setzen diese unter steigenden Druck und führen zu zunehmenden Schwierigkeiten, die öffentlichen Dienstleistungen im bisherigen und notwendigen Umfang aufrecht zu erhalten. Dieser Haushaltsdruck schafft ein günstiges Umfeld für die Forderungen der Finanzinvestoren nach Verkauf öffentlichen Vermögens und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. In einer Situation, in der wachsende private Finanzvermögen rentable Anlagemöglichkeiten suchen und die öffentlichen Haushalte unter steigendem Druck stehen, erscheint beides als Lösung der Probleme sowohl der Reichen als auch des Staates. Privatisierung schafft für erstere neue Anlagemöglichkeiten und vermindert zur gleichen Zeit die finanziellen Lasten bei letzterem (Schaubild 11). Steuersenkungen auf Gewinne und Vermögen steigern den Druck auf die öffentlichen Haushalte und das verfügbare Einkommen der Reichen. Diese verwenden das Geld dazu, von den Regierungen rentable Vermögen zu erwerben und sich in öffentliche Dienstleistungen einzukaufen. Netto erweist sich das Ganze als ein Geschenk an die Reichen: Die Regierungen geben ihnen über Steuersenkungen Geld, und diese kaufen dann für dieses Geld das öffentliche Vermögen – eine Verwandlung von öffentlichem in privaten Reichtum –, mit negativen Rückwirkungen für den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Entwicklung.

Schaubild 11: Umverteilung – Finanzmärkte – Privatisierung



Es bleibt allerdings die offene Frage, ob eine derartige Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen unter Haushaltsdruck wirklich den Zweck erfüllt, die finanziellen Belastungen für den Staat zu vermindern. Das ist offensichtlich dann der Fall, wenn mit der Privatisierung auch die öffentliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der zuvor in öffentlicher Regie erbrachten Dienstleistungen aufgegeben wird, unter Inkaufnahme einer Verschlechterung bei der Qualität, Erreichbarkeit und Zugänglichkeit dieser Dienste. In den Fällen jedoch, in denen die Regierung die Dienstleistungen privatisiert, aber ihre Erbringung als öffentliche Aufgabe beibehält – die durch politische Aufsicht oder öffentlich-private-Partnerschaften (PPP) organisiert werden sollen –, können die Kosten der Regulierung oder für den Kauf oder die Anmietung der Dienste vom privaten Sektor langfristig höher sein als die der öffentlichen Bereitstellung – auch wenn letztere durch öffentliche Kreditaufnahme finanziert werden muss.

Um das Ganze zusammenzufassen und in einen größeren Zusammenhang zu stellen: Aus der Perspektive der politischen Ökonomie liegt die Hauptproblematik, die mit der wachsenden Bedeutung von Finanzinvestoren und ihrer Strategien verbunden ist, in der enormen Verschiebung wirtschaftlicher und politischer Macht zugunsten des Kapitals. Finanzinvestoren fordern nicht nur immer höhere Renditen für die von ihnen verwalteten Vermögen; sie verändern die Rahmenbedingungen und Umwelt für alle wirtschaftlichen und zunehmende Teile der gesellschaftlichen Prozesse, indem sie sie unter verstärkten Konkurrenzdruck stellen und dazu zwingen, alle traditionellen gesellschaftlichen Verhältnisse dem Grundsatz schneller Gewinne unterzuordnen. Der asymmetrische Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital, der in der Nachkriegszeit die Grundlage der kontinentaleuropäischen Sozialstaaten in verschiedenen Variationen bildete, ist aufgekündigt und durch die beherrschende Rolle und die Strategien einer neuen Gene-

ration von Finanzinvestoren ersetzt worden. An die Stelle sozialer Sicherheit als unabdingbarem Bürgerrecht treten unsichere und prekäre Perspektiven, der Reichtum der »oberen« Klassen nimmt ebenso zu wie die Zahl der Armen, sogar bei denen, die Arbeit haben. Individuelle Konkurrenz – manchmal ergänzt durch individuelle Mildtätigkeit – tritt an die Stelle gesellschaftlicher Solidarität.

Gegen diese zusammenfassende Einschätzung ließe sich einwenden, dass man die Schuld für alle Übel der Welt nicht bei einer kleinen Zahl von Finanzinvestoren suchen sollte, deren Macht dadurch massiv überzeichnet würde. In diesem Einwand steckt ein wahrer Kern. In einer breiteren Perspektive kann man argumentieren, dass der allgemeine Entwicklungstrend während der letzten drei Jahrzehnte die immer machtvollere neoliberale Gegenreform gegen die während der zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzten sozialen und politischen Errungenschaften war. Aber auch dann wären die Finanzmärkte das Hauptmedium für diese Gegenreform, und Finanzinvestoren, und in jüngster Zeit insbesondere Hedgefonds und Private Equity, wären die wichtigsten und effizientesten Vollstrecker des allgemeinen sozialen und demokratischen Roll-back, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind.

Ansätze und Perspektiven für Widerstand, Interventionen und Alternativen

Entsprechend der Struktur der Probleme, die durch die Akteure an den Finanzmärkten geschaffen werden, können auch die Vorschläge für politischen Widerstand und Gegenmaßnahmen in drei Gruppen unterteilt werden: Beschränkung der Spekulation, Schutz für Beschäftigte und Unternehmen und Verminderung der finanziellen Überakkumulation.

Die *Beschränkung der Spekulation* könnte durch direkte Vorschriften für Finanzinvestoren angegangen werden, z. B. durch Transparenzvorschriften oder Beschränkung ihrer Kreditaufnahme zu Hebelzwecken. Das Problem besteht darin, dass viele der neuen Finanzinvestoren in Offshore-Zentren beheimatet sind und daher nicht direkt belangt werden können. Auf der anderen Seite haben die meisten traditionellen institutionellen Investoren aber ihren Sitz im Inland. Es kann und sollte daher unbedingt verboten werden, dass Pensionsfonds und Versicherungen in spekulative Anlagen investieren. Solche Beschränkungen existieren noch in einigen Ländern, werden allerdings von den Finanzinstituten massiv bekämpft. Derartigen Angriffen sollten die Länder widerstehen, um zu verhindern, dass die Renten den unkalkulierbaren Risiken der Finanzmärkte ausgeliefert werden.

Auch die Beschränkung der Kreditaufnahme zu Hebelzwecken ist auf dem Weg über die ausleihenden Banken möglich, durch die Festsetzung entweder direkter quantitativer Höchstwerte oder höherer – z. B. 300 oder 500 Prozent betragender Eigenkapitalanforderungen für Kredite an Hedgefonds und Private Equity.

Die Verbriefung und der Verkauf von Krediten an eigens zu diesem Zweck geschaffene Unternehmen sollten verboten oder unter besonderen Erlaubnisvorbehalt gestellt werden, denn letztendlich laufen diese Handelsgeschäfte auf eine Umgehung der Kreditbeschränkungen hinaus, die mit Eigenkapitalvorschriften verbunden sind. Weitere Instrumente sind die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen oder von Devisen- oder sonstigen Finanzmarktumsätzen – und natürlich die Schaffung eines kooperativeren (regionalen oder globalen) Wechselkurssystems.

Um *Beschäftigte und Unternehmen vor schädlichen Maßnahmen von Finanzinvestoren zu schützen*, kommt es bei Private Equity wesentlich darauf an zu verhindern, dass die Belastungen aus Krediten, die aufgenommen wurden, um eine Firma zu übernehmen, auf diese überwältigt werden, oder dass Geld in Form von Sonderdividenden oder Bonuszahlungen aus diesen Unternehmen abgezogen wird. Um schnelle hit-and-run Strategien durch Hedgefonds bei großen börsennotierten Firmen zu erschweren, könnten die Stimmrechte in derartigen Unternehmen an die Haltedauer der Aktien gebunden werden, z. B. erst ein Jahr nach dem Erwerb dieser Aktien einsetzen. Die Möglichkeiten in der geltenden Übernahmerrichtlinie, feindlichen Übernahmen entgegenzutreten, sollten gestärkt und nicht – wie von der Europäischen Kommission beabsichtigt – geschwächt werden. Sie sollten den Beschäftigten eines Zielunternehmens nicht nur Informationsrechte, sondern auch ein Vetorecht gegenüber Übernahmen geben, die die Interessen der Beschäftigten nicht ausreichend berücksichtigen.

Verminderung finanzieller Überakkumulation: Die Beschränkung von Spekulation und der Schutz von Unternehmen und Beschäftigten gegen Ausplünderung durch Finanzinvestoren sind vernünftige und – wenn sie mit genügend politischer Energie durchgeführt werden – wirksame Maßnahmen, um Finanzsysteme und wirtschaftliche Entwicklung zeitweise zu stabilisieren. Aber sie nehmen den Druck nicht aus dem System und werden nicht verhindern, dass Finanzinvestoren, die unter enormem Druck der Vermögensbesitzer stehen, neue Wege und Methoden der Profitproduktion suchen und finden, die zu Destabilisierung und Polarisierung in neuen und unerwarteten Formen führen werden. Daher muss eine umfassendere Strategie zur Verminderung des Einflusses von Finanzinvestoren in Wirtschaft und Gesellschaft die Wurzeln dieses Drucks angehen. Die wichtigsten dieser Wurzeln liegen außerhalb des Finanzsystems, nämlich in der zunehmend einseitigen Verteilung von Einkommen und Vermögen und in der zunehmenden Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme. Eine langfristige Strategie zur Zähmung der Finanzmärkte und zu ihrer Wiedereinbettung in einen Rahmen vernünftiger und sozial nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung muss diese beiden Trends daher umkehren: Sie muss zum einen eine Umverteilung von »oben« nach »unten« durch höhere (Mindest)Löhne und Sozialausgaben bei einer gleichzeitig höheren Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und hohen Einkommen auf den Weg bringen. Zum anderen sollte sie die Alterssicherung in öffentlichen Systemen

organisieren, die von der Dynamik und den Risiken der Finanzmärkte abgekoppelt sind. Beides würde die Akkumulation privater Finanzvermögen erheblich verlangsamen und daher einen großen Teil des Drucks aus den Finanzmärkten nehmen. Derartige Strategien gehen natürlich weit über Finanzmarktpolitik hinaus. Sie sind Elemente einer Politik zur umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft.

Literatur

- European Commission: Report of the Alternative Investment Expert Group, Managing, Servicing and Marketing Hedge Funds in Europe, Brüssel 2006a
- dies., Report of the Alternative Investment Expert Group, Developing European Private Equity, Brüssel 2006b
- Europäische Kommission, Weißbuch für den Ausbau des Binnenmarktrahmens für Investmentfonds, KOM (2006) 686 endg., 15 November 2006, Brüssel
- Farrell, Diana; Christian S. Fölster u. Susan Lund, Long-term trends in the global capital markets, The McKinsey Quarterly, Economic Studies, Februar 2008
- IFSL: Hedge Funds, City Business Series, April 2008 (www.ifsl.org.uk)
- dies., Private Equity 2007, IFSL Research, London, August 2007a
- dies., Fund Management 2007, IFSL Research, London, September 2007b
- Lane, Philip R. u. Gian Maria Milesi-Ferretti, The External Wealth of Nations Mark II, Revised and Extended Estimates of Foreign Assets and Liabilities, 1970-2004, IMF Working Paper WP/06/69, Washington 2006
- OECD, Institutional Investors, 1980-2001, Paris 2001, CD-Rom
- Walter, Margit, Steuerwettbewerb in der EU, in: Miren Etxezarreta u. a. (Hg.) EuroMemo 2006, Hamburg 2007

Krisenregion Ost- und Mitteleuropa – der IWF als »Retter«

Die finanziellen Turbulenzen in Ungarn und der Ukraine haben Mitte Oktober 2008 auch Osteuropa als potenzielle Krisenregion ins Blickfeld rücken lassen. Auch wenn Finanzanleger die Region oft als Einheit sehen, bestehen deutliche Unterschiede in der Verwundbarkeit gegenüber einer Finanzkrise. Besonders krisenanfällig sind jene Staaten, die eine extrem orthodoxe Währungs- und Wirtschaftspolitik betrieben haben bzw. in einer peripheren Position in der europäischen Arbeitsteilung sind. Das gilt für die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien sowie Kroatien und Serbien. In einer günstigeren Lage sind die Visegrád-Staaten Polen, Slowakei, Tschechische Republik sowie Slowenien als Mitglied der Euro-Zone. Doch nicht die EU, sondern v. a. der IWF präsentiert sich als »Retter« in der Not und setzt hier wieder jene neoliberalen Strukturanpassungsmaßnahmen und Kapitalverkehrsliberalisierungen durch, deren Folgen er im Rahmen der G20-Verhandlungen zu einer neuen globalen Finanzarchitektur beseitigen soll.

Erste Krisenfälle: Ungarn und Ukraine

Ungarn galt bereits seit Jahren wegen seines Budgetdefizits von fast 10 Prozent des BIP und – trotz wirtschaftlicher Stagnation 2008 – eines Leistungsbilanzdefizits von 4,8 Prozent des BIP (IMF 2008a, 28, Tab. 1.5) als Kandidat für eine Finanzkrise. Am 15. Oktober fiel der Kurs des Forint innerhalb eines Tages um 7 Prozent. Der Handel mit Staatsanleihen musste vorübergehend ausgesetzt werden und auch die Aktiennotierungen fielen in den Keller. Das ungarische Bankensystem ist hochgradig von Devisenzuflüssen abhängig, da Kredite an Haushalte und Unternehmen zu mehr als 60 Prozent aus Devisen (meist Euro) bestehen (FAZ 18.10.2008, 10), aber nur ein geringer Anteil der Bankeinlagen in Fremdwährung. Die Kreditvergabe ungarischer Banken war zunehmend über die Aufnahme von Auslandsmitteln finanziert worden. Der Anteil der Kundeneinlagen lag im Frühjahr 2008 nur geringfügig über dem Anteil der Auslandsmittel von 35 Prozent (Magyar Nemzeti Bank 2008a, 27, Abb. 2-4). Der Internationale Währungsfonds (IWF) erklärte rasch seine Bereitschaft zur Gewährung eines Kredits. Die EU zeigte anfangs weniger Profil, doch dann eröffnete die Europäische Zentralbank (EZB) eine Kreditlinie von zunächst 5 Mrd. Euro für Ungarn, um die Versorgung des ungarischen Bankensystems mit Euro sicherzustellen. Das letztlich vereinbarte Stützungspaket wird vom IWF angeführt. Dieser stellt mit

12,5 Mrd. Euro den größten Teil des Finanzrahmens (gegenüber 6,5 Mrd. Euro als Zahlungsbilanzstützung seitens der EU sowie einem kleineren Kredit der Weltbank) – und er stellt die vielfach aus früheren Krisen bekannte Bedingungen: So soll eine restriktive Fiskalpolitik betrieben werden, die ein Einfrieren der Gehälter und der Wegfall des 13. Monatslohns der öffentlich Bediensteten, die Deckelung der 13. Monatszahlung für Pensionäre sowie weitere Beschränkungen im Sozialbereich beinhaltet (Magyar Nemzeti Bank 2008b). Auf diese Weise soll das »Vertrauen der Investoren« zurückgewonnen werden. Die Banken sollen durch die Bereitstellung von Mitteln zur Eigenkapitalstärkung und die Schaffung eines Garantiefonds für Interbankenkredite gestützt werden (ebd.). Damit bewegt sich das IWF-Programm, das wohl als beispielgebend für weitere Fälle in Osteuropa angesehen werden kann, im Rahmen der bisherigen Logik einer restriktiven neoliberalen Fiskal- und Geldpolitik. Die spezifischen Stützungsmaßnahmen für Banken sind auf die aktuelle Finanzkrise zugeschnitten und kommen primär ausländischen Instituten zugute. Strikte Bedingungen sind hieran nicht gebunden, allein die Umschuldung von Fremdwährungskrediten der Privatkunden wird ins Auge gefasst. Das strukturelle Problem der hohen Abhängigkeit von Kapitalimporten wird durch das IWF-Programm keinesfalls angegangen. Indikator der weiter instabilen Lage war die Heraufsetzung des ungarischen Leitzinses um drei Prozentpunkte. Durch eine extreme Hochzinspolitik sollen offenbar Kapitalabflüsse verhindert werden. Allerdings sind die Zinsen Ende November und Anfang Dezember 2008 in zwei Schritten von je 0,5 Prozent-Punkten wieder leicht abgesenkt worden (FAZ 26.11.2008, 20). In der Bevölkerung herrscht große Unsicherheit. Die Finanzkrise ist das große Thema. Die in Devisen verschuldete Mittelschicht zittert wegen ihrer Kredite, die Lohnabhängigen bangen um ihre Jobs.

Noch weit dramatischer stellt sich die Lage in der Ukraine dar. Dort wird das Leistungsbilanzdefizit für 2008 vom Global Financial Stability Report (IMF 2008a, 28, Tab.1.5) auf 9,1 Prozent des BIP geschätzt, was fast das Doppelte der kritischen Größe ist. Die Auslandsverschuldung ist zu einem großen Teil kurzfristig und damit die Verwundbarkeit gegenüber ausbleibenden Kapitalzuflüssen hoch. Die sich infolge der Finanzkrise stark verschlechternde internationale Konjunktur hat die ukrainische Stahlindustrie, die ein Schlüsselsektor des Exports ist, bereits erreicht. Gleichzeitig sieht sich die Ukraine steigenden Gaspreisen gegenüber, so dass sich die Handelsbilanz deutlich verschlechtert hat. Der Konflikt mit Russland verschärft die Brisanz der Situation. Die Währung brach entsprechend rasch ein. In der Ukraine werden Erinnerungen an die Finanzkrisen der 90er Jahre wach. Bankkunden zogen daher im Herbst 2008 innerhalb von drei Wochen ca. 3 Mrd. US-Dollar von den Konten ab. Daraufhin verhängten Banken Auszahlungslimits bei Bankomaten und die Zentralbank untersagte die vorzeitige Auszahlung von Einlagen sowie die Vergabe von Fremdwährungskrediten an Kunden, die keine Deviseneinkünfte haben (Zasuf 2008a). Die Finanzkrise in der Ukraine ist in Form einer Währungs- und Bankenkrise bereits weit vorangeschrit-

ten. Sie geht einher mit einer weitgehenden Lähmung der Regierungstätigkeit, da zwischen Präsident und Premierministerin, deren Konkurrenz zum offenen Konflikt eskaliert ist, ein politisches Patt besteht. Dies erschwerte selbst die parlamentarische Verabschiedung kurzfristiger Stabilisierungsmaßnahmen wie die Erhöhung der Staatsgarantie für Bankeinlagen auf 150 000 Hryvna (ca. 20 000 Euro) oder die Schaffung eines Stabilisierungsfonds für die Banken. Trotz politischer Dauerkrise sind wirtschaftspolitische Maßnahmen, die Bedingungen für einen IWF-Kredit waren, dann doch relativ rasch beschlossen worden. Die politischen Parteien sind – mit einer partiellen Ausnahme der Kommunistischen Partei – politische Clubs von Geschäftsleuten. Diesen ist an einer wirtschaftlichen Stabilisierung gelegen. Der IWF ist mit einem Stützungskredit von 16,4 Mrd. US-Dollar aktiv geworden. Die Lage blieb aber weiter extrem labil. Das BIP fiel im November 2008 um 14,4 Prozent (Zasuń 2008b). Die Währung blieb weiter höchst instabil. Weitere Abwertungen würden die ukrainischen Devisenschuldner in starke Probleme bringen. Wie in Ungarn ist die Stabilisierung der Banken ein zentraler Punkt des IWF-Pakets. Auch hier sind die Fiskal- und Geldpolitik restriktiv ausgerichtet: Mindestlöhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sollen real eingefroren werden, allerdings ist angesichts der absehbaren Verschärfung der sozialen Krise eine leichte reale Erhöhung der Sozialausgaben um 0,8 Prozent des BIP vorgesehen (IMF 2008b, Schuller 2008). Der liberalen Standardausrichtung der Politik entspricht auch die möglichst baldige Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen. Letzteres liegt im Interesse des ukrainischen und ausländischen Großkapitals, wird aber die Verwundbarkeit in Krisen noch verschärfen. Wie bereits die Asienkrise Ende der 1990er Jahre zeigt nämlich auch die Krise seit 2008, dass Länder mit Kapitalverkehrskontrollen in der Tendenz weniger finanzkrisenanfällig sind. Im Kern zeigt sich bei beiden IWF-Krediten eine Kontinuität mit der IWF-Politik der Vergangenheit – ergänzt um eine unmittelbare Bankenstützung. Ende 2008 beantragte nach der Ukraine auch Weißrussland, das eine stark staatlich kontrollierte Wirtschaft, aber auch ein beträchtliches Leistungsbilanzdefizit aufweist, einen IWF-Kredit in Höhe von ca. 2,5 Mrd. Dollar. Offenbar im Vorgriff auf diesen Kredit wurde die belorussische Währung Anfang Januar 2009 um 20,5 Prozent abgewertet (vgl. IMF 2008e, Poczobut 2009). Die im IWF-Programm vorgesehenen Maßnahmen – wie eine restriktive öffentliche Investitions- und Lohnpolitik sowie eine restriktive Kreditvergabe – laufen der Legitimierungsstrategie der von westlichen Ländern angefeindeten Regierung Lukacenkos, die auf industriell-basiertem Wirtschaftswachstum und Elementen sozialer Wohlfahrt basiert, zuwider und dürften die soziale Basis des autoritären Regimes schwächen.

Speziell die Zuspitzung im EU-Land Ungarn führte zu einem kritischeren Blick auf die Gesamtregion. Nicht nur der Forint, sondern auch andere Währungen und Börsen in Osteuropa gaben nach. Die Finanzanleger machten zwischen Budapest, Prag und Warschau keinen Unterschied, merkte Tomasz Prusek (2008) im Aufmacher der großen polnischen Tageszeitung *Gazeta wyborzca* mit Bedau-

ern an. Tatsächlich gibt es zwischen den osteuropäischen Ländern innerhalb und außerhalb der EU beträchtliche Unterschiede in der Krisenanfälligkeit, obgleich die Gesamtregion von einer hohen Außenabhängigkeit und der strukturellen Abhängigkeit von Kapitalimporten gekennzeichnet ist.

Abhängige Finanzialisierung und extreme Krisenanfälligkeit

Unter den EU-Mitgliedsländern sind jene Länder am verwundbarsten, die eine periphere Stellung der europäischen Arbeitsteilung einnehmen und/oder eine sehr rigide Wechselkurspolitik betreiben. Das gilt für die baltischen Länder, Bulgarien und Rumänien, Estland, Litauen und Bulgarien haben schon viele Jahre ein Currency Board ähnlich wie Argentinien in den 1990er Jahren, bei dem die inländische Geldmenge an die Devisenreserven gebunden ist (vgl. Becker 2007, 263 ff.). Lettland hat eine rigide Wechselkurspolitik verfolgt, und in Rumänien ist der Lei in den letzten Jahren aufgrund hoher Zinsen und Kapitalzuflüsse real deutlich aufgewertet worden. Das Wirtschaftsmodell der baltischen Länder und Bulgariens kann als »abhängige Finanzialisierung« (Becker 2008) bezeichnet werden. Überbewertete Währungen und Hochzinspolitik haben zu starken Kapitalzuflüssen geführt. Diese haben vor allem einen Immobilienboom genährt. In Estland bspw. sind die Immobilienpreise zeitweise um bis zu 70 Prozent im Jahr gestiegen (Worlock et al. 2008, 264, Tab. 3.5). Der Wirtschaftsboom der letzten Jahre beruhte also auf kreditfinanziertem Konsum und der Herausbildung einer Immobilienblase. Die industrielle Entwicklung hingegen stagnierte, da durch die überbewerteten Währungen die Importe billig waren. Entsprechend hoch sind die Handels- und Leistungsbilanzdefizite. Für 2008 wird für Bulgarien ein Leistungsbilanzdefizit von 22,5 Prozent des BIP, für Rumänien von 14,4 Prozent, für Litauen von 12,1 Prozent und – trotz eines schweren Wirtschaftseinbruchs – für Lettland von 14,5 Prozent und Estland von 9,2 Prozent des BIP erwartet (IMF 2008a, 28, Tab. 1.5). Entsprechend schnell sind die Auslandsschulden dieser Länder gestiegen.

Die baltischen Länder sind in der Kreditwürdigkeit bereits herabgestuft worden und die Kapitalzuflüsse haben schon vor Monaten begonnen auszutrocknen. Daraufhin ist die wirtschaftliche Entwicklung in Estland und Lettland eingebrochen. In Lettland wurde die einzige nicht im ausländischen Eigentum stehende Großbank, die Parex Bank, am 8.11.2008 zu 51 Prozent verstaatlicht. Diese verhängte Anfang Dezember 2008 in Abstimmung mit den zuständigen Regierungsstellen auch Beschränkungen bei der Abhebung von Konten. Die in den baltischen Ländern stark engagierten schwedischen Banken sind in der Klemme. Sollte es wegen ausbleibender Kapitalzuflüsse (oder einem Kapitalabfluss) in Verbindung mit einbrechenden Exporten zu einer starken Abwertung kommen, würde die Währungskrise in all diesen Ländern wohl zu einer Bankenkrise führen. Denn ein Großteil der Konsumentenkredite ist in Devisen, die Kreditnehmer verdienen aber

einheimische Währung. Damit würde eine Abwertung der Währung gleichzeitig eine kräftige Aufwertung der Devisenschulden bedeuten. Viele private Schuldner wären dann kaum in der Lage, ihre Kredite zu bedienen. Als erstes der baltischen Länder suchte Lettland bei IWF und EU um Stutzungskredite nach. Wenn Lettland keine Hilfe erhält, könnte es nicht im Stande sein, Gehälter und Pensionen zu zahlen. Dem Land würde die Zahlungsunfähigkeit drohen«, erklärte der lettische Finanzminister Atis Slakteris in einer Parlamentsrede (zit. nach Baj 2008b). Ende Dezember 2008 bewilligte der IWF einen Stand-by-Kredit von 1,68 Mrd. Euro. Die Weltbank übernahm einen Anteil von 400 Mio. Euro am Stutzungspaket. Die finanzielle Hauptlast liegt aber bei der EU (3,1 Mrd. Euro), den nordischen Ländern mit Krediten von 1,8 Mrd. Euro sowie einzelnen osteuropäischen Ländern, nämlich der Tschechischen Republik (200 Mio. Euro), Polen und Estland (je 100 Mio. Euro), und der EBRD (100 Mio. Euro; IMF 2008c, IMF 2008d, Baj 2008d). Das zentrale Ziel des mit der EU-Kommission und Vertretern der Europäischen Zentralbank sowie Schwedens und anderer nordischer Länder abgestimmten IWF-Stutzungsprogramms ist die Beibehaltung der Währungsparität (IMF 2008d). Seine Erreichung ist angesichts seit vielen Jahren zweistelliger Leistungsbilanzdefizite nicht als realistisch anzusehen. Ähnlich verzweifelte Versuche, die Parität zu halten, machten vor der Finanzkrise 2001/2002 auch Argentinien und Uruguay – ohne Erfolg. Dass die Parität nicht mehr über längere Zeit gehalten werden kann, scheint auch der IWF zu sehen. Als Exit-Strategie wird ein rascher Beitritt zur Euro-Zone angestrebt. Daher ist das Anpassungsprogramm – neben der Stabilisierung des Finanzsektors – auf die Einhaltung der fiskalischen Beitrittskriterien ausgerichtet (IMF 2008d). Entsprechend drastisch sollen die Kürzungen im Haushalt, bspw. Gehaltskürzungen der öffentlich Bediensteten um 15 Prozent, ausfallen (Baj 2008d). Der IWF (2008d) erwartet für 2009 einen realen Rückgang des BIP um fünf Prozent, aber auch ein Absturz des BIP um zehn Prozent wird von Finanzexperten für möglich gehalten (Baj 2008d). Die Exit-Strategie der Euro-Übernahme wirft einige Fragen auf: Einerseits ist fraglich, ob Lettland diesen Übergang angesichts seiner extremen auenwirtschaftlichen Defizite überhaupt schafft. Andererseits ist offensichtlich, dass den produktiven Sektoren bei einem Beitritt zur Euro-Zone mit dem derzeitigen Wechselkurs langfristig Stagnation oder gar weitere Regression drohen würde. Bereits jetzt sorgt die starke Polarisierung von Ländern mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen (u. a. Deutschland, Niederlande) und -defiziten (Griechenland, Portugal, Spanien) zu starken Spannungen und strukturellen Krisengefahren in der Euro-Zone (Grahls 2008, 95). Die katastrophale Wirtschaftslage hat in Lettland auch bereits zu offener Repression gegenüber Kritikerinnen und Kritikern der amtlichen Position geführt. Handhabe gibt dafür eine im März 2007 erlassene juristische Bestimmung, welche die Verbreitung falscher Informationen über den Zustand des lettischen Finanzsystems mit Gefängnis von bis zu zwei Jahren bedroht. Als erster ist ein Dozent des Ventspils University College, der von Spareinlagen in nationaler Währung abriet, bereits für 48 Stunden inhaftiert worden (Baj 2008a).

In Estland, das ebenfalls bereits in einer Rezession ist, hofft man, dass ein IWF-Kredit nicht notwendig sein werde. Hierfür werden zwei Gründe angeführt: die auf Budgetüberschüsse ausgerichtete Politik der Vergangenheit und die angeblich stabile Position schwedischer Banken, die eine zentrale Stellung im estnischen Bankensystem einnehmen (Baj 2008c). Dies übersieht, dass das Hauptproblem in den Baltischen Ländern die private Überschuldung ist, nicht die öffentlichen Schulden. Ausserdem wird verkannt, dass die Aufbringung der Devisen ein zentrales Problem ist. Fraglich ist auch, in welchem Maß der schwedische Staat für die Verluste der schwedischen Banken im Baltikum aufkommen würde. Sehr wahrscheinlich ist, dass die schwedischen Banken eine Stützung durch die baltischen Regierungen erwarten würden. In der EU ist nicht klar geregelt, bei welchem der Länder die Stützungspflichten liegen würden.

All diese Länder – baltische Staaten, Bulgarien und Rumänien – sind extrem abhängig von Kapitalimporten und wären auch ohne die aktuelle Finanzkrise der Zentrumsländer Kandidaten für eine Währungs- und Bankenkrise, wie sie Argentinien oder Uruguay 2001/2002 erlitten haben. Allerdings sind die Leistungsbilanzdefizite und die Auslandsschulden hier schneller gewachsen als in Lateinamerika in den 1990er Jahren, da die Finanzanleger offenbar auf einen Schutzschirm der EU bauen (vgl. Onaran 2007). Tatsächlich haben die Baltischen Länder (nicht aber Bulgarien und Rumänien) als Mitglieder des ERM II-Mechanismus, der die Vorstufe zur Euro-Übernahme ist, Anspruch auf eine Stützung durch die Europäische Zentralbank. Dies würde aber bestenfalls eine Abmilderung der Krise bedeuten. Eine Abwertung und eine schwere Rezession dürften unvermeidlich sein. Das gegenwärtige Wachstumsmodell, das auf extremen Waren- und Kapitalimporten beruht, ist nicht durchhaltbar.

Krisenkandidaten außerhalb der EU: Serbien und Kroatien

Ähnlich wie in dieser Gruppe osteuropäischer EU-Länder stellt sich die Lage in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens dar, wo sich das Leistungsbilanzdefizit in Kroatien 2008 auf 10 Prozent und in Serbien auf 17,4 Prozent belaufen dürfte (IMF 2008a, 28, Tab. 1.5.). Sowohl Kroatien als auch Serbien oder Montenegro leiden noch unter den Spätfolgen der ökonomischen Desintegration Jugoslawiens und des Krieges. Hier wären die sozialen Folgen einer Finanzkrise besonders gravierend. In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sind die schweren Finanzkrisen der frühen 1990er Jahre noch nicht vergessen. Entsprechend nervös sind die Sparer. Ihrer Verunsicherung suchen die Staaten der Region durch Staatsgarantien für die Sparkonten entgegenzuwirken. Aber auch die strukturellen Probleme – wie extreme Leistungsbilanzdefizite, hohe Auslandsschulden – zeigen sich in erster Linie über den Abwertungsdruck auf die nationalen Währungen. Kroatien sieht sich im Jahr 2009 extrem hohen Fälligkeiten von Auslandskrediten ausgesetzt, so

dass das Wochenmagazin Nacional bereits den Staatsbankrott heraufziehen sieht (Šimatović 2008). Das am 12. November 2008 präsentierte Notprogramm entspricht in Ausrichtung und Rhetorik den Anti-Krisen-Maßnahmen Argentiniens in den letzten Monaten vor dem Finanzkollaps. Höchstes Ziel ist angesichts der hohen Fremdwährungsverschuldung der Haushalte und Unternehmen die Bewahrung der Währungsparität des Kuna. Dies soll über eine deflationär angelegte Wirtschaftspolitik – u. a. mit einem Einfrieren der Löhne im öffentlichen Sektor und einer extrem restriktiven Fiskalpolitik – erreicht werden (Lipovac 2008). Ergänzt wird das Paket in Kroatien durch die Forderung nach einem Sozialpakt, in den die Gewerkschaften eingebunden werden sollen. Da die Gegenleistung nicht erkennbar ist, zeigen sich die Gewerkschaften zurückhaltend und weisen einen Lohnstopp zurück. Der serbische Dinar hat bereits nachgegeben und die Regierung steht mit dem IWF in Verhandlungen. Hier waren Pensionserhöhungen und Budgetdefizit die innenpolitisch umstrittenen Themen (vgl. Milošević 2008). Mit hin ist die Anti-Krisenpolitik auch in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens auf die Erhaltung der Währungsparität ausgerichtet und gehorcht den »klassischen« restriktiven Rezepten des IWF.

Drohende Exportkrise in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik

Abgesehen vom Euro-Land Slowenien, ist die Krisenanfälligkeit auch in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei signifikant geringer als in den baltischen Ländern, Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Diese Länder haben eine Politik der abhängigen Exportindustrialisierung verfolgt (Becker 2008). In diesen drei Ländern ist das Leistungsbilanzdefizit niedriger und dürfte sich 2008 zwischen 2,9 Prozent (Tschechische Republik) und 4,6 Prozent (Polen) bewegen (IMF 2008a, 28, Tab. 1.5). Hier ist die Hauptursache des Leistungsbilanzdefizits nicht ein Handelsbilanzdefizit, sondern die hohen Gewinnrepatriierungen (sowie ggf. Zinszahlungen) ins Ausland. Die Abhängigkeit vom Kapitalimport ist nicht ganz so extrem wie bei den Ländern der abhängigen Finanzialisierung. Allerdings wird in diesen Ländern die stockende Kreditvergabe im Interbankenverkehr immer fühlbarer. Private Schuldner sind überwiegend in nationaler Währung verschuldet, so dass eine Währungsabwertung weniger weitreichende Konsequenzen für den Bankensektor hätte. Am stärksten ist bislang in dieser Gruppe der polnische Złoty unter Druck, während die Slowakische Krone in Erwartung des Beitritts zur Euro-Zone am 1.1.2009 bislang stabil ist. Auch diese drei Länder müssen mit einer stark nachlassenden Exportkonjunktur rechnen. Darauf deuten erste Daten aus dem Herbst 2008 hin. So erfuhr die tschechische Handelsbilanz im Oktober 2008 die stärkste Verschlechterung seit 1994. Im Jahresvergleich ging der Export um 10,7 Prozent zurück, wozu vor allem der Absturz des Autoexports

maßgeblich beitrug (Procházka 2008). Speziell verwundbar durch einen Rückgang der Autonachfrage ist die Slowakei, deren Exporte zu fast 40 Prozent aus Autos bestehen (Okáli et al. 2008, 42). Mit dem Absturz der Exporte werden sowohl die Leistungsbilanz als auch die Wirtschaftsentwicklung in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik unter Druck geraten. Massive Entlassungen haben bereits begonnen. Hiervon waren bislang vor allem die Randbelegschaften – Leiharbeiter und ausländische Arbeitskräfte – betroffen. Zumindest die polnische Regierung hat die Konjunktur stützende Maßnahmen angekündigt. Aufgrund des relativ großen Binnenmarkts in Polen dürften keynesianisch orientierte Maßnahmen dort wirksamer sein als in den beiden extrem exportorientierten Ökonomien der Slowakei und der Tschechischen Republik. Im Vergleich zu den Ländern mit extrem hohen Leistungsbilanzdefiziten und hoher informeller Euroisierung sind in Polen, der Slowakei, Slowenien und der Tschechischen Republik die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume insgesamt größer.

Ausblick

Eine besonders starke Verwundbarkeit bzw. Betroffenheit in der Krise weisen jene Länder Osteuropas auf, die eine Politik der abhängigen Finanzialisierung gestützt auf überbewertete Währungen verfolgt haben. Bei ihnen schlagen hohe Leistungsbilanzdefizite und eine extreme Abhängigkeit von Kapitalimporten schwer zu Buche. Dieses Wirtschaftsmodell stößt durch die globale Finanzkrise beschleunigt an seine Grenzen, wäre aber unweigerlich ohnehin in eine schwere Krise geraten. Etwas besser stehen die Länder mit einer abhängigen Exportindustrialisierung dar. Ihre Abhängigkeit vom Kapitalimport ist geringer. Allerdings macht sie ihr Entwicklungsmodell sehr verwundbar gegenüber einem Rückgang des Warenexports.

Das Finanzsystem der osteuropäischen Länder ist – mit der Hauptausnahme Sloweniens – hochgradig durch Auslandsbanken dominiert. In manchen Ländern wie Estland, Litauen, der Slowakei oder Tschechischen Republik halten Auslandsbanken fast 100 Prozent der Bankaktiva (Raviv 2008, 303, Abb. 1). Besonders stark haben sich in der Region österreichische, griechische, schwedische und italienische Banken engagiert. Hierbei sind österreichische Banken fast in der gesamten Region – mit Ausnahme der Baltischen Länder und Polens – sehr stark vertreten. Österreichische Großbanken haben in den letzten Jahren oftmals einen großen Teil ihres Profits aus Osteuropa bezogen. So entfielen bei der Ersten Bank 2005 61,4 Prozent der Nettoprofite auf Zentralosteuropa, bei der RZB-Gruppe etwa 40 Prozent (ebd., 307). Zudem ist die Auslandsverschuldung verschiedener osteuropäischer Länder z. T. hochgradig bei österreichischen Banken konzentriert. Das Engagement griechischer und schwedischer Banken ist geographisch beschränkter, dafür aber auf besonders problematische Regionen konzentriert: Süd-

osteuropa bzw. die Baltischen Länder. Es ist das Bestreben der Auslandsbanken sowie der hinter ihnen stehenden Regierungen, die Bankensysteme in Osteuropa zu stabilisieren. Von daher ist es nicht überraschend, dass die unmittelbare Stützung von Banken einer der zentralen Pfeiler der bisherigen Stützungspakete in Osteuropa ist. Ansonsten zeichnen sie sich – ganz in der Tradition der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank – durch eine sehr restriktive, z. T. sogar deflationär angelegte Ausrichtung der Wirtschaftspolitik aus. Damit unterscheidet sich die Wirtschaftspolitik in der osteuropäischen Peripherie meist von den westeuropäischen Ländern, in denen Zentralbanken und Regierung fast unbegrenzt Liquidität zur Verfügung stellen und zusätzlich eher keynesianisch-orientierte, wenngleich schwache anti-zyklische Maßnahmen ergriffen werden. Die Federführung bei den Stützungsprogrammen in Osteuropa hat bislang nicht die Europäische Union, sondern der IWF inne. Auch hierin zeigt sich eine Zweiteilung der EU sowie die Zweifelhaftigkeit der IWF-Absichten zur wirklichen Umkehr in der Reregulierung der globalen Finanzmärkte.

Literatur

- Baj, Leszek, Pierwszy aresztowany za mówienie o kryzysie, in: Gazeta wyborcza, 8.12.2008a, www.gospodarska.gazeta.pl/gospodarska/2029020,33181,6040788.html
- Ders., Upadek bałtyckiego tygrysa, in: Gazeta wyborcza, 10.12.2008b, www.wyborcza.pl/2029020,82244,6045363.html
- Ders., Estońcy uchronią się przed poważnym kryzysem?, in: Gazeta wyborcza, 14.12.2008c, www.wyborcza.pl/2029020,8244,6062003.html
- Ders., UE poratuje Lotwę, in: Gazeta wyborcza, 21.12.2008d, www.wyborcza.pl/2029020,82244,6089112.html
- Becker, Joachim, Dollarisation in Latin America, Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences, in: ders. u. R.Weissenbacher (Hg.), Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?, Marburg 2007, 223-78
- Ders., Der Drang nach Osten: wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategien, in: Kurswechsel, Nr. 4, 2008 (i. E.)
- Grahl, John, The EU and the Credit Crisis, in: Kurswechsel, Nr. 4, 2008, 94-98
- IMF, Global Financial Stability Report. Financial Stress and Deleveraging. Macro-Financial Implications and Policy, Washington D.C. 2008a
- Ders., IMF Approves US-Dollar 16.4 Billion Stand-By Agreement for Ukraine, Washington D.C. 2008b, www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr08271.htm
- Ders., IMF Statement on Latvia, Washington D.C. 2008c, www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr08310.htm
- Ders., IMF Executive Board Approves € 1.68 Billion (US\$ 2.35 Billion) Stand-By Agreement for Latvia, Washington D.C. 2008d, www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr08345.htm
- Ders., IMF Set to Lend \$ 2.5 Billion to Belarus, Washington D.C. 2008e, www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2008/CAR123198A.htm
- Lipovac, Marijan, U 2009. zamrzavanje rasta plaća?, in: Vjesnik, 13.11.2008, 3
- Magyar Nemzeti Bank, Report on Financial Stability. Update October 2008, Budapest 2008a
- dies., Stand-by Agreement, Budapest 2008b, www.english.mnb.hu/engine.aspx?page:mmben_stand-by_agreement
- Milošević, Milan, Teže je upravljati nego obećanja davati, in: Vreme, 13.11.2008, www.vreme.com/cms/view.php?print=yes&id=743694
- Okáli, Ivan, u. a., Hospodarský vývoj Slovenska v roku 2007, Bratislava 2008
- Onaran, Özlem, International financial markets and fragility in Eastern Europe: »Can it happen« here?, in: J. Becker u. R.Weissenbacher (Hg.): Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?, Marburg 2007, 129-48
- Poczobut, Andrzej, Największa dewaluacja białoruskiej waluty od 14 lat, in: Gazeta wyborcza, 2.1.2009, www.gospodarska.gazeta.pl/gospodarska/2029020,33181,6117168.html

Procházka, Martin, Krize stáhla obchod s cizinou do deficitu, in: Pravo, 9.12.2008,
www.pravo.novinky.cz/p288a18a.php
Prusek, Tomasz, Węgierski syndrom, in: Gazeta wyborcza, 18.-19.10.2008, 1
Raviv, Or, Chasing the dragon east: exploring the frontiers of Western European finance, in: Contemporary Politics,
14. Jg., 2008, H. 3, 297-314
Schuller, Konrad, Schlaflose Nächte, in: FAZ, 15.12.2008, 12
Šimatović, Mislav, Bez pomoći MMF-a država u bankrotu, in: Nacional, 11.11.2008, 10-13
Worke, Menbere T., u. a., Vývoj a perspektívy svetovej ekonomiky, Bratislava 2008
Zasuň, Rafal, Czy Ukrainie grozi katastrofa, in: Gazeta wyborza, 16.10.2008,
www.gospodarska.gazeta.pl/gospodarsak/2029020.69866.5820674.html
Ders., Bankrut Ukraina?, in: Gazeta wyborcza, 20.-21.12.2008b, 1

Die »Rückkehr« des Staates

Zur Rolle des Staates in der Krise

Die Frage, ob der Staat »zurück« gekehrt ist, unterstellt, dass er jemals weg war. Bei Globalisierung, internationalen Kapitalbewegungen und Transnationalisierung kapitalistischer Klassen geht es nicht darum, den Staat zu umgehen, zu schwächen oder ihm zu entkommen – vielmehr ist der Staat in vielfacher Weise Urheber der Globalisierung. Die Aussage, dass der Staat im Zuge der Globalisierung an Macht verloren habe, schafft einen falschen Gegensatz zwischen Staaten und Märkten.

Dieser diskursive Gegensatz ist besonders häufig in der Linken anzutreffen, insbesondere bei der sozialdemokratischen oder reformistischen Linken. Dies rührt aus einer langen Tradition reformistischer Politiken, die auf Grundlage eines historischen Kompromisses möglich wurden, seit der Aufkündigung dieses Kompromisses von »oben« jedoch ihre Basis verlor. »Reformen« gerieten unter neoliberaler Hegemonie auch zu Zeiten sozialdemokratisch orientierten Regierungen (Clinton, Blair, Schröder, Prodi) zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und zum Übergang vom Welfare zum Workfare-State. Die Formen des Staates wurden in den letzten Jahrzehnten transformiert. Es erfolgte eine Verschiebung in den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft und im Innern des Staates. Die zentrale Rolle des Staates bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der kapitalistischen Produktion ist jedoch geblieben. Der Staat hatte und hat eine entscheidende Bedeutung im Prozess der Liberalisierung der Märkte und insbesondere für die Konstitution sowie das Funktionieren von Finanzmärkten.

Daher gibt es sozusagen zwei Blickwinkel, die gegenwärtige Finanzkrise zu betrachten. Der eine meint, hier das Scheitern des Neoliberalismus, des anglo-amerikanischen Finanzkapitalismus zu sehen, mithin das Scheitern der Globalisierung. Er geht davon aus, dass die Finanzmärkte sich der staatlichen Regulierung entzogen haben. Wenn nun davon gesprochen wird, dass der Staat zurück ist, dann ist gemeint, dass die Politik nun wieder regulierend in die Finanzmärkte eingreift, weil sie annehmen, der Staat sei etwas den Finanzmärkten Äußerliches. Finanzmärkte seien daher im Sinne von Polanyi – und hier wird Karl Polanyi meines Ansicht nach falsch interpretiert – wieder gesellschaftlich einzubetten. Eine andere Sicht der Krise betrachtet weniger, wie die Finanzialisierung des Kapitals sich dem Staat entzog, sondern versucht, die Rolle des Staates bei der Liberalisierung der Finanzmärkte, in der Entwicklung einer neuen Regulationsweise und eines neuen Verhältnisses von Staat und Finanzmärkten zu begreifen.

Externalisierung der US-amerikanischen Finanzform

Die Integration der Finanzmärkte ist eine Art Externalisierung der US-amerikanischen Finanzform, eine Amerikanisierung der weltweiten Regeln zur Regulierung der finanziellen Beziehungen, die sich eher auf struktureller Macht und monetärer Anziehung stützt als auf Dominanz. Im Laufe der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Externalisierung der US-amerikanischen Finanzpraktiken und -institutionen so vielfältige enge Verbindungen zwischen den globalen Finanzmärkten und dem US-Staat geschaffen, dass letzterer eine außerordentliche Attraktivität besaß – und diese blieb auch im Zuge des Übergangs von der Ära des Bretton-Woods-Systems zum Neoliberalismus erhalten. Die globalen Finanzmärkte sind ein (nicht-territorialer) Raum, der maßgeblich von US-Institutionen und ihren Regel strukturiert wird. Die Externalisierung von Praktiken und Institutionen wirkte also zugleich als Sog der Internalisierung ausländischer Kapital- und Kreditflüsse und hatte den Aufbau wechselseitiger globaler Abhängigkeiten und Interdependenzen unter Führung des US-amerikanischen Staates zur Folge.

Diejenigen, die die Finanzkrise als Niedergang des American Empire betrachten, irren sich vermutlich. In der Tat denke ich, dass mit dieser Krise – wie bei früheren Finanzkrisen während der Zeit der finanziellen Globalisierung, der Verschuldungskrise der Dritten Welt, der mexikanischen Peso-Krise von 1994, der asiatischen Finanzkrise von 1997 – die Macht des Empires im globalen Kapitalismus weiter gestärkt wurde. Aufgrund der vergangenen Krisen übernahmen andere Staaten zunehmend amerikanische Finanz- und Regulierungsformen. Die Bearbeitung der Krisen koppelte die Zentralbanken und Finanzministerien anderer Staaten zunehmend an die US-Zentralbank (Federal Reserve Bank), und das Finanzministerium der USA veranlasste sie, ihre neoliberalen Praktiken und Regulationen zu adaptieren. Dabei übernimmt der US-Staat die Rolle des Feuerwehrchefs ein, wie Clintons Finanzminister Robert Rubin es nannte. Dies ist vermutlich die zentrale Rolle des Staates im Verhältnis zum Finanzkapital.

Eine kurze Zeit lang sah es so aus, als hätten die USA eine Minderung des Drucks der globalen Finanzmärkte auf Kosten ihrer eigenen wirtschaftlichen Gesundheit erreicht. Dies war die Blütezeit der Voraussagen über den imperialistischen Niedergang und die Vorstellung des Übergangs der Macht von den USA an die neue wirtschaftliche Macht Japan war verbreitet, Paul Kennedy vertrat z. B. diese Ansicht.¹⁸ Aber solche Einschätzungen nahmen die Flexibilität des US-Staates bei der Schaffung eines neuen Finanzregimes nicht angemessen war. Er wurde nicht nur bei der Öffnung der Märkte aktiv, sondern auch bei einer neuartigen Regulierung. In den frühen 1990er Jahren waren die Expansionsdynamiken des US-geprägten Finanzwesens in ein Regime eingebunden, dass mehr Kohärenz besaß, als die meisten Kritiker dies für möglich hielten. Im Land übernahmen ein Netz

18 Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall großer Nationen*, New York 1987

von Aufsichtsbehörden unter Führung der Fed und des Finanzministeriums die Hege und Pflege eines wachsenden Finanzsektors. Die Macht des US-Staates innerhalb von IWF und Weltbank drängte zur Neudefinition ihrer Rolle nach dem Ende des Systems der festen Wechselkurse: Sie wurden zu Vorreitern des neoliberalen Projekts sowie der imperialen Macht der USA. International wurde dieses Regime als Washington-Konsens bekannt. Bei den meisten der großen internationalen Krisen seit den 1990er Jahren spielten USA und IWF eine Schlüsselrolle als Verursacher und/oder Organisator und Finanzier von Rettungsmaßnahmen, mit denen zugleich die Regeln für eine Restrukturierung der betroffenen Staaten und Ökonomien durchgesetzt wurden.

Während der 1990er Jahre zeigte sich die finanzielle Instabilität vor allem in den Peripherien. Dies änderte sich mit der dot.com-Blase zu Beginn des neuen Jahrhunderts. Kritiker beklagten die künstliche Aufblähung von Aktienpreisen und der damit verbundenen Wohlstandseffekte als fiktive Akkumulation. Übersehen wird dabei die Verzahnung der spekulativen Funktionen, nicht zuletzt durch die Beteiligung von Risikokapitalgebern an Internetfirmen, mit den produktiven Funktionen der Ökonomie. Eine schematische Trennung von Finanz- und »Real«-Ökonomie führt hier in die Irre und verkennt die enorme Steigerung von Profiten und Vermögen sowie die Erneuerung der produktiven Basis in der Industrie. Das dramatische Anwachsen der Ungleichheit, der wachsende Verschuldung von Unternehmen und Haushalten, die Überakkumulation von Kapital, das in den Hypothekenmarkt und immer neue Finanzinnovationen drängte, bereiteten aber auch die nächste Krise vor. Die gegenwärtige Krise ist Ausdruck der Widersprüche, die sich aus dieser Form des US-dominierten Finanzkapitalismus ergeben. Sie ist eine Herausforderung nicht nur für das Finanzkapital, sondern auch für den Staat, der als zentrales Element des Finanzkapitalismus versucht, diese Krise zu begrenzen.

Die bürgerliche Ökonomie glaubt, oder behauptet dies zumindest, dass die chaotische Natur der individualistischen ökonomischen Verhaltensweisen auf kapitalistischen Märkten zum Gleichgewicht führt. Es sei die unsichtbare Hand des Marktes im Sinne von Adam Smith, die ein Gleichgewicht auf den Märkten herstellt. Linke Ökonomiekritiker versuchen zu beweisen, dass es kein Gleichgewicht gibt, Widersprüche vielmehr zu Krisen führen. Diejenigen, die in den Führungsetagen der ökonomischen Institutionen der kapitalistischen Staaten sitzen, glauben nicht einmal ansatzweise an ein Gleichgewicht. In der Tat ist dies eines der wesentlichen Momente neoliberaler Veränderung staatlicher Intervention.¹⁹

Der herrschende Block weiß, dass liberalisierte Finanzmärkte Ungleichgewichte produzieren. Ihre Dynamik macht Krisen unausweichlich. Zugleich treibt diese Dynamik kapitalistischer Finanzmärkte Innovation und Expansion an, um

19 Anmerkung d. Hg.: Neoliberale Theoriebildung kann in gewisser Weise als Kritik realitätsfremder neoklassischer Gleichgewichtstheorien interpretiert werden, vgl. Herbert Schui u. Stephanie Blankenburg, *Neoliberalismus. Theorie, Praxis, Gegner*, Hamburg 2002; Mario Candeias, *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg 2004/2008, S. 79 ff.

die gewünschten Profit- und Zinsraten zu erzielen, die Aneignung von wachsendem Mehrwert zu realisieren. Alan Greenspan, ehemaliger legendärer Vorsitzender der Federal Reserve, erklärt: »Es ist nicht mehr unsere Rolle, eine kleine ältere Frau, die eine Bank betritt, davor zu bewahren, dass sie vom Bankmanager übertölpelt wird. Es ist nicht unsere Aufgabe, auf diese Weise zu regulieren.« Wenn ein Bankberater ihr erzählt, dass sie ihr Guthaben nicht auf ein Bankkonto einzahlen sollte, bei dem sie bloß zwei Prozent Zinsen erhält, und stattdessen empfiehlt: »Seien Sie nicht töricht, legen Sie das Geld in einer Kapitalanlage an, ein Derivat auf Immobilienhypotheken. Und dies bringt Ihnen 20 Prozent ein« – und dies war in den letzten 20 Jahren tatsächlich der Fall –, wenn dann der Hypothekenmarkt zusammenbricht, liegt dies nicht in der Verantwortung der Zentralbank. Aber es liegt in ihrer Verantwortung, das Bankenwesen zu beaufsichtigen und darauf vorbereitet zu sein, bei einer Krise zu intervenieren, um es vor dem Kollaps zu bewahren. Dies ist die alte Verantwortung des kapitalistischen Staates als Kreditgeber in letzter Instanz – für das Bankensystem, nicht für die kleine alte Frau, die ihre fünf Dollar verlieren kann. Sogar große Banken können ihr Geld verlieren, sie verlieren sogar viel mehr als die kleine alte Frau, was die absoluten Summen angeht. Aber der Staat nimmt zunehmend eine systemische Verantwortung wahr. Geld und die Funktionsweise der Finanzmärkte werden durch staatliche Souveränität formalisiert und letztlich garantiert. Markt ohne Staat gibt es nicht.

Ich behaupte nicht, dass diese Finanzkrise nicht ernst sei. Das Ausmaß und die Bedeutung dieser Krise werden wir erst im Nachhinein erkennen können. Wir können dies nicht vorhersagen. Aber es ist wahrscheinlich die schwerwiegendste seit den 1930er Jahren. Die Zahl und Größe der Bankenpleiten übertrifft alles Bisherige. Billionen von Dollars und Euros wurden vernichtet. Gillian Tett von der *Financial Times* schreibt, eine ganze Art von Finanzpraktiken sei schief gelaufen. Sie meint damit nicht so sehr die liberalisierten Märkte ohne Kapital- und Preiskontrollen im Finanzsystem, sondern die Kombination verschiedener Kreditarten, welche die Banken zu neuen Anleihen zusammenbauen, wie Hypotheken, Kreditkartenschulden, Autokredite usw., Derivate, die von den ursprünglichen Schuldtiteln nur abgeleitet sind. Es besteht kein Zweifel, dass die Banken daran gut verdient haben. Dieser Derivatemarkt, diese Schaffung von Anleihen auf Basis von Anleihen, ist notwendig ist für den gegenwärtigen Kapitalismus, er kann ohne diese nicht überleben.

Dies ist eine alte Geschichte: Wenn Sie auf einem internationalen Markt agieren, mit sehr vielen unterschiedlichen Wechselkursen, sind Spekulationen wichtig. Beispielsweise für einen Bauern, der Weizen im April sät, aber den Preis des Weizens im Oktober noch nicht kennt. Insbesondere, wenn Sie Weizen z. B. aus Manitoba, Kanada – wo ich geboren wurde – nach Schanghai in China verkaufen und unterwegs nicht nur Transportkosten anfallen, sondern auch sich verändernde Wechselkurse dazwischen treten, braucht es Spekulanten, die bereit sind, eine Wette einzugehen: »Ich verkaufe Ihnen eine Wette, dass der Preis des Weizens in

sechs Monaten oder in einem Monat soundso hoch ist, angesichts der Wechselkurse, Transportkosten, usw.« Sie können Spekulation verdammen, aber sie ist für den Kapitalismus funktional, er kann ohne die Spekulation nicht leben. Es ist nicht überraschend, dass sich Derivatemärkte nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods Systems und der Wechselkurse explosionsartig entwickelten, als die Bindung des Dollar an das Gold sowie die festen Wechselkurse zwischen dem Dollar und anderen Währungen aufgehoben wurden und die Kurse extrem zu schwanken begannen.

Die Derivate wuchsen auf der Warenterminbörse von Chicago auf. Während eines Jahrhunderts wurde die Expertise zur Entwicklung dieser Arten von Termingeschäften aufgebaut, mit Optionen auf den Preis von Weizen, Mais, Schweinen, usw. Dort, auf der Chicago Mercantile Exchange Börse, die noch lange nach dem Verschwinden der Schlachthäuser aus Chicago die weltgrößte Terminbörse für Vieh ist, wurde nach dem Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse 1971 mit Hilfe Milton Friedmans die Devisenterminbörse erfunden. Und noch lange nach der Schließung der Lagerhäuser für Getreide ist das Chicago Board of Trade das globale Zentrum für den Terminhandel mit Weizen, Mais und Soja. Dort startet der Terminhandel mit US-Staatsanleihen. Leo Melamed, der Vorsitzende der CME, meint: »Ohne den Kader an Händlern, die die bekannten Risiken für Vieh, Schwein und Schweinebauch für die unbekannteren Risiken ausländischer Währungen hinter sich ließen, ... hätte die Revolution der Finanztermingeschäfte nicht stattgefunden.«

Die Finanzmacht der USA ist also nicht an eine bestimmte Periode eines neoliberalen angloamerikanischen Modells gebunden, sondern hat sich in einer langen Geschichte imperialer Expansion entwickelt, Finanzmärkte, -praxen und -regulierungen geformt, andere Staaten durchdrungen und die finanzielle Globalisierung vorangetrieben. Krisen und Instabilität sind wesentlicher Bestandteil der Dynamik, ebenso wie die Schwierigkeiten des US-amerikanischen Staates, sie zu bearbeiten. Doch Finanzkrisen allein werden die bestehende Herrschaft nicht erschüttern, es sei denn, sie erzeugen gesellschaftliche und politische Konflikte, die das System im Kern erschüttern.

Die USA als Global-Staat

Nach dem Crash der Hypotheken- und anderer Derivate (CDOs und CDS) wird es nun eine verstärkte Regulierung bestimmter Arten von Derivaten geben. Der Staat ist schon dabei, ein verbessertes Krisenmanagement zur Eindämmung der aus diesen neuen Märkten resultierenden Instabilitäten zu entwickeln. Doch angesichts dieser spezifischen »Rückkehr des Staates« sollte nicht zu früh von einem Ende des Neoliberalismus gesprochen werden. Bedeutet dies alles gar den Niedergang des American Empire, den Niedergang der US-Hegemonie, die Verdrängung des

Dollar durch den Euro, oder die Verdrängung beider Währungen durch den Renminbi, der chinesischen Währung?

Ein Teil der Linken tendiert dazu anzunehmen, die Größe des US-Handelsbilanzdefizits bedeute, dass die USA, wie Großbritannien am Ende ihres Imperiums, nur noch aus Wall Street bestünden, so wie Großbritannien nur noch aus der City of London bestanden hätte, und die Industrie als materieller Basis des American Empire verschwunden sei. Dies ist eine fundamentale Fehleinschätzung: Die Exporte der USA legten seit 1980 stärker zu als in irgendeinem anderen G7-Staat. Die Importe, insbesondere aus China, stiegen noch stärker an. Dies ist nicht überraschend, sogar notwendig, da die Reallöhne der US-Beschäftigten gesenkt wurden, um die Reproduktion der Arbeiterklasse auf einem bestimmten Lebensstandard nur durch den Kauf von chinesischen Billigwaren bzw. durch die Aufnahme von Krediten aufrecht erhalten werden konnte.

Die US-Industrie jedenfalls befindet sich an vorderster Front der kapitalistischen Innovation, in der Gentechnologie sowie in weiten Bereichen der Computertforschung und -entwicklung und vielen anderen Bereichen. Die USA sind nach wie vor die innovativste Ökonomie der Welt. Dies gilt nicht für die Automobilindustrie. Sie schneidet im Vergleich zu deutschen und japanischen Konkurrenten, aber auch chinesischen und indischen schlecht ab, nicht zuletzt auf dem nordamerikanischen Markt selbst. Dies hat erhebliche Konsequenzen für Automobilarbeiter, da insbesondere bei japanischen Autokonzernen Gewerkschaften bekämpft werden, was dazu führt, dass in der gesamten Branche, auch in den Betrieben mit gewerkschaftlicher Organisation, die Löhne gedrückt werden. Gleichwohl blüht die Industrie der USA insgesamt.

Nun glauben viele, aufgrund der riesigen Leistungsbilanzdefizite sei der Dollar nicht länger die dominierende Währung auf dem Weltmarkt. Doch es ist nicht so, dass der Rest der Welt der USA einen Gefallen macht, den Dollar im Umlauf zu halten, oder kurzfristiges Kapital nach New York fließen zu lassen um das Handelsdefizit zu decken. Vielmehr ziehen die Bedingungen für finanzielle Akkumulation an der Wall Street Kapital von überall her an, auch via London, wo US-Banken die City of London dominieren. Weil dies so ist, können sich die USA ein solches Handelsbilanzdefizit erlauben und zugleich Investitionen und Wachstum im Land finanzieren. Demzufolge wird die materielle Basis des Empire nicht untergraben. Die Abwertung des Dollar war relativ gering, blieb vergleichsweise stabil. Er fiel in erster Linie, weil die Europäische Zentralbank in den vergangenen Jahren ihre Zinssätze höher hielt als diejenigen der USA. Der US-Staat bleibt der einzige Staat – und dies ist eine der Eigenschaften eines Empire –, der sich ein solches Defizit leisten kann und dabei nicht in eine Währungskrise stürzt, sondern eine allmähliche, relativ stabile Abwertung überstehen kann.

Die Nachfrage nach US-Schatzbriefen ist auch während der gegenwärtigen Finanzkrise hoch geblieben. Auch dies ist ein Hinweis auf die Stärke des US-Staates und das Vertrauen, das in ihn gesetzt wird, obwohl die Krise in den USA ausgelöst

wurde. Doch US-Schatzbriefe boten Sicherheit, und die Menschen suchten Hände ringend einen sicheren Ort für ihr Geld. Sie suchten ihn nicht bei europäischen Anleihen, sie suchten ihn bei US- Schatzbriefen. Dies spiegelt die Geschichte der zentralen Rolle des US-Staates bei der Schaffung des globalen Kapitalismus und reicht zurück bis in die 1930er Jahre zur Zeit des New Deal, als Roosevelt vom US-Kapital als »Kommunist« beschimpft wurde, weil er den Wagner Act²⁰ einführte. Geld, dem es in den 1930er Jahren gelang, aus Europa zu entkommen, floss nach Washington und New York. So füllten sich die Depots in Fort Knox, und daher verfügten nur die USA am Ende des Zweiten Weltkrieges über Gold. Angesichts der Instabilität der kapitalistischen Staaten Europas zwischen den Kriegen galten die USA als sicherer kapitalistischer Staat. Ein Staat, der Geld der Vermögensbesitzer nicht enteignen würde – bis heute.

Aber es würde zu kurz greifen, das US-Empire nur im Interesse des US- Kapitals handelnd zu sehen. Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg übernahm der US-Staat die Rolle, Staat des globalen Kapitals zu sein. Er trägt die Verantwortung, den globalen Kapitalismus zu reproduzieren und auszudehnen. Dies führte oft zu Spannungen aufgrund dessen, dass er auch der Staat einer bestimmten gesellschaftlichen nationalen Formation ist. Daher verbinden viele, wenn sie von Imperialismus sprechen, damit ein Bild der USA, die nur im Interesse der US-Bourgeoisie handeln. Dies ist nicht der Fall. Auch wenn die USA in den Irak-Krieg ziehen, tun sie dies – und dies mag irrational oder dysfunktional sein – mit der Absicht, das Öl des Nahen Ostens zu sichern, für die Versorgung der Weltwirtschaft, also auch die europäischen Märkte, die von dort ihr Öl beziehen. Selbstverständlich suchen die USA auch ihren Vorteil. Die Vorstellung jedoch, die USA zögen in den Krieg, um Exxon zu fördern und einem französischen Ölkonzern zu schaden, ist absurd. Insbesondere die Finanzapparate des US-Staates, vor allem das Finanzministerium und die Federal Reserve, haben zunehmend eine globale Funktion inne, nicht nur eine inländische. Funktionsweise und institutionelle Struktur staatlicher Finanzapparate sowie von Finanzmärkten dehnen sich seit Ende des Zeiten Weltkrieges auch auf die Institutionen anderer kapitalistischer Staaten aus. Die USA spielen eine entscheidende Rolle bei der Koordinierung anderer kapitalistischer Staaten und ihrer Finanzregulierung.

Transnationale Koordination und Hegemonie

Die oberste Priorität der Bundesbank, welche die monetaristischste Zentralbank aller kapitalistischen Zentralbanken während der gesamten Nachkriegszeit war, so als hätten sie noch nie von Keynes, sondern nur von Hayek gehört, war stets, Inflationstendenzen zu begegnen, und der US-Staat hat – wenn man so will – dies

20 Gesetz zur Regulierung des Verhältnisses zwischen den Tarifparteien, das die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stärkte.

von der Bundesbank gelernt, als Weg, die Inflation der 1970er Jahre einzudämmen. Aber die Tätigkeit der Bundesbank seinerzeit und der Europäischen Zentralbank heute, über hohe Zinsen die Inflation niedrig zu halten, beschränkt sich nicht auf die Stabilisierung der »eigenen« Wirtschaft, sondern bezieht sich auf globalen Kapitalismus insgesamt. Dies geschieht teilweise weil – wie Poulantzas so trefflich analysierte – sich das Kapital nicht nur als Geld, sondern als gesellschaftliche Kraft über Grenzen hinweg bewegt.

Nun bewegt sich »deutsches« Kapital innerhalb der USA und »nordamerikanisches« Kapital als gesellschaftliche Kraft innerhalb Deutschlands, usw. Die Bundesbank spiegelt dies ebenso, wie auch die Federal Reserve. Dies bedeutet nicht, es bestünden keine Spannungen. Die Deutsche Bank hat ein durchaus engeres Verhältnis zum deutschen Staat als zum US-Staat. Aber zunehmend lässt sich die politisch-organisatorische Konstitution der Welt nicht mehr als Welt rivalisierender kapitalistischer Staaten beschreiben und auch nicht als entstehender transnationaler Staat, sondern als Gewebe von Nationalstaaten, die sich historisch entwickelt haben auf Grundlage der Globalisierung des Kapitalismus, den sie selbst befördert haben; Nationalstaaten, welche die Verantwortung übernommen haben, nicht nur den Kapitalismus innerhalb ihrer eigenen Ökonomien und gesellschaftlichen Formationen zu reproduzieren, vielmehr die Reproduktion eines globalen Kapitalismus und damit die Bedingungen des »eigenen« Kapitals zu befördern. Der Zwang zu finanzieller Disziplin im Neoliberalismus war keine von entpolitisierten Märkten erzwungene, den Staaten oktroyierte, sondern eine durch staatliche Institutionen und dem herrschenden Machtblock über die subalternen Klassen verhängte Disziplin.

In der gegenwärtigen Finanzkrise wird dabei einmal mehr die enge Kooperation zwischen den staatlichen Institutionen deutlich: Obwohl die Europäische Zentralbank ihre Zinssätze auf hohem Niveau hielt, während die US-Notenbank sie senkte und dies nach einer gegensätzlichen Politik aussieht, begann mit dem Krisenausbruch im August 2007 eine enge Koordination zwischen beiden. Es bestand keine wirkliche Unstimmigkeit über unterschiedliche Zinssätze, weil dies dazu beitrug, den langsamen Abwärtsgang des Dollar zu bewältigen und zugleich den Druck eines wachsenden Handelsbilanzdefizits zu lindern. Bezogen auf die Zusammenarbeit als Kreditgeber in letzter Instanz oder auf die Bereitstellung von Liquidität haben sich die Notenbanken ständig ausgetauscht und täglich ihre Interventionen als Kreditgeber in letzter Instanz koordiniert. Dies begann im August 2007, als die Federal Reserve den europäischen Zentralbanken Dollars lieh, um die Versorgung des europäischen Bankensystems mit Dollars zu sichern. Im folgenden Jahr gingen die großen Zentralbanken der Welt zu gemeinsamen Aktionen über bzw. sie folgen der US-Notenbank als Vorreiter bei der drastischen Senkung der Leitzinsen.

Die Finanzmärkte sind zu stark vernetzt, um noch national reguliert zu werden. Nicht von Ungefähr waren Landesbanken in Deutschland mit als erste betroffen:

So wird deutlich, wie eine Krise, die in Cleveland, Ohio, in armen schwarzen Wohnvierteln begann – bei dem Teil der Arbeiterklasse, der am schwersten ins Kreditsystem der USA zu integrieren war, der armen schwarzen Bevölkerung – zum Problem einer regionalen deutschen Bank wird, die zudem noch eine quasi öffentliche Funktion inne hat. Die Landesbanken investierten in diese lange Zeit hoch profitablen, aber riskanten Derivate, weil sie keine hohen Zinssätze für jene Kredite erhalten, die sie gezwungenermaßen an die regionale Wirtschaft vergeben müssen, obwohl sie doch zugleich mit anderen Banken konkurrieren müssen. Zur Stabilisierung steckt der deutsche Staat das Geld, das er von der US-Notenbank geliehen hat, in diese Landesbanken. Dieses Geld geht sofort nach London, wo sich die Interbanken-Kredite für ganz Europa befinden. Eurobonds werden in London emittiert. Die Banken leihen sich gegenseitig Geld auf dem Libor-Markt (Londoner Interbanken-Zinssatz). In London konzentrieren sich also die Märkte für Kredite zwischen Banken, und die Londoner City wiederum ist aufs engste mit den New Yorker Investmentbanken bzw. nun Großbanken verknüpft, die den dortigen Finanzplatz dominieren.

Der globale Finanzkapitalismus brachte eine transnationale Koordination und Integration von Institutionen hervor, eine Integration von gesellschaftlichen Kräften, die die Gesellschaften und Machtverhältnisse durch spezifische finanzielle Praxen und Regulierung restrukturieren. Kontakte zwischen den Institutionen waren zunächst informell, auf niedrigerem Niveau, wurden dann normalisiert und stärker institutionalisiert. Dabei nahm und nimmt die Federal Reserve die führende Rolle ein, weshalb der *Economist* (3.2.2005) sie als »Weltzentralbank« bezeichnete. Widersprüche ergeben sich dabei durchaus, weil diese Institutionen die Verantwortung sowohl für die US- Wirtschaft als auch die Weltwirtschaft tragen. Am Tag, als das Finanzministerium Ende März 2008 verkündete, dass die Federal Reserve die Verantwortung über alle Finanzaufsichtsbehörden übernehmen würde, um deren Funktionsweise und Zusammenwirken zu koordinieren, zu rationalisieren und zu kontrollieren, wurde zugleich beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Interventionen in der City of London und an der Wall Street regelt. Dies war bereits am 11. September 2001 der Fall, als das gesamte nordamerikanische Bankensystem zum Erliegen kam. Sofort wurden in einer über Telefon koordinierten Aktion von Federal Reserve und EZB ausreichend Kredite zur Überbrückung der Stockung bereitgestellt. Diese Art von Kooperation, bei der Menschen in der Bundesbank, in der Europäischen Zentralbank und dem Finanzministerium in London und den USA, mehr über einander wissen als sie über Menschen in der gleichen Abteilung wissen, die in anderen Bereichen tätig sind, ist gängige sich intensivierende Praxis. Und dies ist einer der Wege, über die die Hegemonie der Finanzpraxis der USA durch die Krise nicht geschwächt, sondern weiter gestärkt wird. Diese Hegemonie wird nicht auferlegt oder erzwungen. Es handelt sich um Hegemonie im Sinne Gramscis: Die USA oktroyieren Europa nichts auf, vielmehr werden die Schritte gemeinsam erarbeitet. Die Europäische

Zentralbank erwartet, dass ihr zugehört wird, wenn sie eine bestimmte Vorgehensweise für Washington vorschlägt und sie wäre enttäuscht, fände sie kein Gehör. Doch die Führungsrolle der USA wird nicht in Zweifel gezogen. Würde der US-amerikanische Staat in diesem Bereich unilateral handeln, wie bei der Invasion des Irak, würde dies zweifellos enorme Spannungen erzeugen. Im Gegensatz zu Fragen des militärischen Engagements gab es die Finanzwelt betreffend jedoch nur wenige Spannungen in der Vergangenheit. Trotz des Unilateralismus der Regierung Bush, betrieb letztere in Finanzfragen stets Multilateralismus. Und aus Sicht der Europäer brächte eine Konfrontation keinen Nutzen – oder wie Joschka Fischer sagte: «Es ist besser im Zelt des Imperators zu sitzen als draußen.»

Konsum, Kredit, Krise – auf dem Weg zu einem neoliberalen New Deal?

Dennoch ist die gegenwärtige Krise ernst und noch lange nicht gemeistert, trotz der wiederholten Versuche, Liquidität ins System zu pumpen, und der diversen Nottreffen zur koordinierten Senkung der Zinssätze. Ein solches Nottreffen, das erste im Januar 2008, wurde bislang noch nie zuvor einberufen, nicht während der Asienkrise und nicht nach dem Platzen der dot.com-Blase. Es galt nicht nur, einen Aktiencrash an der Wall Street zu verhindern, der unweigerlich fatale Wirkung auf die Märkte in Asien und in Europa nach sich gezogen hätte, sondern einer Kernschmelze des gesamten Finanzsystems zu begegnen. So handelte die Federal Reserve als Weltzentralbank und alle Welt erwartete und hoffte, dass sie diese Rolle übernimmt und reihenweise Zusammenbrüche von Banken durch unterschiedlichste Maßnahmen, von erpressten Zusammenschlüssen, Krediten, dem Aufkaufen von Schrottanleihen bis zur Verstaatlichung vermeidet.

Dennoch: Die Krise ist nicht vorbei. Wir werden im Laufe des Jahres 2009 weitere Konkurse von Banken erleben, egal, wie viel Geld in das Finanzsystem gepumpt wird, insbesondere von mittelständischen Banken, in kleineren Regionen, den kleineren Finanzzentren der Vereinigten Staaten. Hinzu kommt die Erkenntnis, dass diese Krise mit der Schwierigkeit begann, den armen Teil der US-Arbeiterklasse in das Finanzsystem zu integrieren. Diese Immobilienblase ging zum Teil darauf zurück, dass Geld an Menschen geliehen wurde, die kein ausreichend stabiles Einkommen aufwiesen, um ein Haus kaufen zu können. Die marginalisierten, schwarzen, afroamerikanischen Arbeiter markierten schon immer die Achillesferse der Integration des Proletariats in das US-System. Einer der Wege, mit denen sie ihren Lebensstandard trotz sinkender Löhne aufrecht erhalten konnten, und dies bezieht sich auch auf die afroamerikanische Arbeiterklasse, waren Konsumkredite. Sie hielten und erweiterten z. T. sogar ihr Konsumniveau, indem sie länger arbeiteten, alle Familienmitglieder zur Arbeit schickten, mehrere Jobs hatten und vor allem auf Pump konsumierten. Mittels Hypothekenkrediten

kauften sie Häuser, die zugleich als Sicherheit galten für Kreditkartenschulden oder Autokredite.

Dies ist kein neues Phänomen, es geht auf die Integration der Farmer in das Kreditsystem während des 19. Jahrhunderts zurück. Die weiße und Teile der schwarzen Arbeiterklasse wurde in den Kreditmarkt absorbiert, als Henry Ford begann, das Modell T auf den Markt zu bringen und zu diesem Zweck höhere Fabriklohne zu zahlen, auf deren Grundlage sich Massenproduktion und Massenkonsum entwickeln konnten. Fordismus in diesem Sinne geht auf die Zeit vor der Weltwirtschaftskrise zurück. Beim New Deal ging es v. a. darum, diese Integration in den Kreditmarkt zu stabilisieren. Die Federal Mortgage Housing Corporation, die nun so eine zentrale Rolle in dieser Krise spielt, wurde während der Weltwirtschaftskrise gegründet, um die Häuser der Arbeiterklasse zu retten oder um sie dazu zu ermutigen, Häuser zu kaufen, indem sie Kredite an Banken vergab, die dafür Hypothekenkredite ausreichen sollten.

Es fragt sich angesichts der Krise, ob die Fähigkeit, die Arbeiterklasse auf diese Weise zu integrieren, ans Ende gekommen ist? Einer der Gründe, warum die Sozialdemokratie in Europa, einschließlich der deutschen, solche Schwierigkeiten hat, besteht darin, dass sie selbst maßgeblich an der Einführung neoliberaler Prinzipien und Reformen, den sog. »Modernisierung« der Gesellschaft, der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte usw. beteiligt war. Die Agenda 2010 steht symbolhaft für eine solche Politik. Einer der Gründe warum sie politisch so wenig erfolgreich war, ist, dass der Kreditmarkt für die Arbeiterklasse in Deutschland noch nicht so stark entwickelt ist, um sie angesichts einer solchen Unsicherheit zu integrieren. Die sinkenden Reallöhne konnten nicht über Konsum via billige Kredite ausgeglichen werden, stattdessen wurde sogar noch zusätzlich für die Rente und anderes gespart, während Sozialabgaben stiegen.

Diese scheinbar erfolgreiche Integration via Kredit in den USA erweist sich nun aber als ernstes Problem. Es zeigt sich als Krise in den Haushalten des Staates und der Kommunen, wie zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise. Ein Großteil ihrer Steuern wird auf Eigentum erhoben. Die Immobilienpreise fallen in sich zusammen, die Einnahmen fehlen. Was tun sie dagegen? Da sie ausgeglichene Haushalte vorweisen müssen, oft von Gesetzes wegen, kürzen sie bei den Ausgaben. Sogar Schwarzenegger in Kalifornien hat damit begonnen, Gefängnisinsassen früher frei zu lassen, um öffentliche Mittel einzusparen und den Staatsbankrott zu vermeiden.

Die Finanzkrise spiegelt also eine gesellschaftliche Krise. Für einen neuen New Deal fehlt allerdings die soziale Basis, der Druck von unten. Die öffentliche Diskussion wird jenseits der spektakulären Meldungen über Bankenzusammenbrüche größtenteils fachspezifisch und zweckorientiert geführt, konzentriert auf das, was getan werden muss, um das Finanzsystem zu retten und zu stabilisieren – nicht bezogen auf die Verlierer der Krise, denen, die ihre Häuser verloren. In den von der Krise am stärksten betroffenen Nachbarschaften in Cleveland, den Wohn-

gebieten der schwarzen Bevölkerung, werden noch keine Häuser umzingelt, um deren Räumung und Übernahme durch die Bank zu verhindern (mit Ausnahme von ein, zwei Orten). Größtenteils erfolgt trotz massenhafter Zwangsräumungen kein Protest. Die Frage des öffentlichen oder sozialen Wohnungsbaus wurde nirgends gestellt. Selbst die Forderungen der Gewerkschaften sind trotz der Dramatik der Krise und des Ärgers in der Bevölkerung ungewöhnlich moderat. Stattdessen sendeten die Menschen per Internet viel Geld an Obama und setzen ihre Hoffnungen in ihn. Aber die Art von Mobilisierung, die den New Deal erzwang, ist nicht vorhanden. Die finanziellen Folgen der Krise erregten mehr Aufsehen als die sozialen. Inzwischen ist allein im Jahr 2008 die Zahl der Arbeitslosen um drei Millionen gestiegen. Mit einem Präsidenten Obama ist jedoch ein stärker kompensierender Neoliberalismus durchaus denkbar, schon um Unruhen zu vermeiden.

Es wird Änderungen der Regulierung geben, aber eine Fortsetzung der Finanzialisierung. Wesentlich ist die Institutionalisierung eines Musters von Erwartungen, demzufolge die US-Regierung Verantwortung für Schwierigkeiten privater Finanzakteure übernimmt als Voraussetzung für die Wiederherstellung finanzieller Dynamik und Expansion. International beraten die Staaten über strukturelle Reformen des Finanzsystems. Der Staat ist zurückgekehrt, auch wenn er nie weg war. Was sich allerdings geändert hat, zeigt die Aussage eines Unternehmers beim Treffen der OECD in Paris: «Strukturelle Reformen bedeuten mehr Umverteilung, nicht weniger, weil ein Ausgleich notwendig ist. Die Verlierer müssen einen Ausgleich erhalten. Ohne Umverteilung ist es natürlich, sich der Reform zu widersetzen.» Wir werden also möglicherweise einen *neoliberalen New Deal* erleben, wie es Mario Candeias nannte. Dabei bestünde jetzt die Chance, weitergehende Forderungen zu erheben und dafür Gehör zu finden: nach Ausbau kollektiver Dienste und Infrastrukturen, nach der Neudefinition der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, die es zu garantieren gilt, nach Schutz unserer natürlichen Umwelt, nach Demokratisierung und Kontrolle der Investitionen und der Transformation ihres Nutzens mit Blick auf das Gemeinwohl. Zuletzt wurde die Vergesellschaftung des Finanzsystems zu Beginn der 1970er Jahre diskutiert, damals um die Widersprüche des keynesianischen Wohlfahrtsstaates progressiv zu lösen.²¹ Nun müsste es darum gehen, die Widersprüche des neoliberalen Finanzkapitalismus zu lösen. Dazu ist es notwendig, die Menschen zu ambitionierteren Gedanken zu ermutigen, um ein populäres Projekt zu initiieren. Sonst fallen die Hoffnungen auf Reform auf leeren Grund und der Finanzkapitalismus wird sich erneut flexibel umbauen: *It ain't over till it's made over* (Es ist nicht vorbei, bevor es nicht dazu gebracht wird).

Aus dem Amerikanischen von *Ann Stafford* und *Mario Candeias*

21 Richard Minns, *Take Over the City. The Case for Public Ownership of Financial Institutions*, London 1982.

Debatte: Nach Bush – Profitabilität, Krise und Obama²²

Robert Brenner

Die Schwäche der »Realökonomie« ist der Schlüssel

Zur Erklärung der Finanzkrise haben sich die Experten natürlich auf den Bankensektor und die Finanzbeziehungen konzentriert, denn hier sind zunächst die eigentliche Gewalt und das Epizentrum der Krise zu verorten. Zugleich haben Finanzminister, Wallstreet und erwähnte Experten nahezu einhellig erklärt, die Krise sei außergewöhnlich hart und werde täglich schwerwiegender. Zunächst auf den Finanzsektor beschränkt, hätte sie erst im Oktober 2008 begonnen, auf die sog. Realökonomie durchzuschlagen. Damit bleibt die Krisenanalyse eine finanzzentrierte. Die sog. Realökonomie hingegen sei dynamisch und die Fundamente stark gewesen. Aus meiner Sicht führt eine solche Sicht in die Irre. Tatsächlich ist die Schwäche der sog. Realökonomie der Schlüssel für die Entstehung eines liberalisierten Finanzsektors, wie für die Krisen in den 1990er Jahren, 2001 oder seit 2007. Um diese Krisen zu verstehen, müssen wir die langfristige Entwicklung seit 1973 betrachten sowie – um die Spezifik der gegenwärtigen Krise zu klären – die Entwicklung nach dem Platzen der dot.com-Blase. Allgemein bekannt ist, dass wir – mit konjunkturellem Auf und Ab – einen langen Nachkriegsboom bis 1973 hatten, gefolgt von einer langen Periode des *downturn*, des Abschwungs, unterbrochen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre von der Börsenblase um die New Economy. Insbesondere der Zyklus 2001-7 war im gesamten Westen, v. a. in den USA, der bei weitem schwächste, gleichgültig, welche Indikatoren heran gezogen werden: Bruttosozialprodukt, Investitionen oder Beschäftigung im privaten Sektor. Die Auswirkungen auf den Lebensstandard sind beträchtlich gewesen: Das durchschnittliche Haushaltseinkommen und die Löhne stagnierten, der Konsum stieg, weil Arbeitszeit und Verschuldung ausgedehnt wurden. Diese Schwäche blieb bestehen, trotz der massiven Stimuli von Seiten der Finanz- und Steuerpolitik: der größten öffentlichen und privaten Verschuldung seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese Grundsituation erklärt auch, warum die gegenwärtigen staatlichen Maßnahmen nicht oder kaum wirken: Die Schwäche der Wirtschaft ist die Grundlage für die Anfälligkeit der Finanzwirtschaft. Die Schwäche der Wirtschaft wiederum hat zu tun – und das ist der Gegenstand der Debatte – mit einem starken Fall der Profitrate zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1970er Jahre und dem

22 Gekürzte Fassung der Beiträge auf der Konferenz »After Bush« der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10. November 2008 in Berlin.

Scheitern des Versuchs, sie wieder längerfristig anzuheben. Daraus folgte eine Verlangsamung der Investitionen, der Beschäftigung und ein Absinken der Anreize auf zukünftige Profite.

In der gesamten Zeit, die wir hier betrachten, haben die Regierungen interveniert, in erster Linie durch die Verschuldung der öffentlichen Hände, durch liberal-keynesianische Politiken u. a., um die Ökonomie zu stabilisieren und die Nachfrage zu produzieren, zu welcher der private Sektor allein nicht im Stande war. In der gesamten Periode seit 1973 bzw. schon seit 1945 ist daher fast durchgängig ein stetes Wachstum der Staatsverschuldung zu beobachten. Dadurch war es im Unterschied zu früheren Perioden möglich, Rezessionen bzw. tiefere Krisen zu vermeiden oder zu mildern. Die Stabilisierung aber hatte ihre Kosten. In der Vergangenheit hatten die Krisen des Kapitalismus zwar schreckliche Folgen, sie hatten aber auch bereinigende Effekte, indem sie die unprofitablen Unternehmen und Branchen vom Markt fegten und so die Basis für eine neue Dynamik schufen. Dies aber geschah in der Periode nach 1973 eben nicht, die Entwertung des Kapitals wurde verhindert. Stattdessen gab es eine lange Periode der Verlangsamung (*slowdown*). Die Abwärtsspirale des privaten Sektors setzte sich derweilen fort. Ein Wendepunkt der Entwicklung wurde unter Präsident Clinton zu Beginn der 1990er Jahre eingeleitet, mit der Abkehr von wachsender Staatsverschuldung hin zu einer Politik ausgeglichener Haushalte und »blühender Märkte«. In Europa nahmen die Maastricht-Verträge und der sog. Stabilitätspakt als zentraler Aspekt neoliberaler Ordnung eine ähnliche Rolle ein. Das Problem dieser Politik lag darin, dass damit die über Defizite und Verschuldung generierte Nachfrage ausblieb, und dies in einer Situation, in der die Profitabilität der Unternehmen sich noch immer nicht erholt hatte. Daraus resultieren die schweren Rezessionen in Deutschland, anderen europäischen Ländern, Japan und in den USA zu Beginn der 1990er Jahre.

Was also kann in einer solchen Situation die Ökonomie voran treiben? Es war die Verschuldung der Haushalte und der Unternehmen, welche durch den Börsenboom und steigende Aktienpreise ermöglicht wurde. Dann platzte die dot.com-Blase und die folgende tiefe Rezession stellte erneut die Frage, was den Motor der Ökonomie von neuem in Gang setzen könnte. Es war ein der vorherigen Situation analoger Mechanismus, der die Schwäche der US-Ökonomie spiegelte: ein rapider Rückgang der Zinsraten setzte ein und es wurde ausgesprochen billig, Schulden zu machen, insbesondere Hypothekenkredite – und die Menschen kauften Häuser, dank der sog. Subprime-Hypotheken auch jene, die sich eigentlich keine Hauskredite leisten konnten. So entstand eine neue Blase, diesmal auf dem Immobiliensektor. Die Preise der Häuser stiegen in einem Ausmaß – was verglichen zur Nachkriegsperiode ein ungewöhnlicher Vorgang war –, dass die Menschen wie zuvor in der Börsenblase – auf dem Papier – reich wurden (*wealth-effect*). So konnten sie weitere Schulden aufnehmen, ihre Hypotheken beleihen und immer weiter den Konsum befördern. Private Verschuldung und Verbrauch waren also

die zwei zentralen Hebel des Wachstums und der Spekulationsblase. Letztere sind keine außergewöhnlichen Erscheinungen, sondern Formen, in denen sich die Ökonomie entwickelt. Doch bis 2003 gab es trotzdem keine zentralen Veränderungen bezogen auf wachsende Investitionen, Exporte oder Beschäftigung. Preissteigerungen trieben die Inflation, worauf Zinsen stiegen und überschuldete Hausbesitzer, Konsumenten, Kommunen und Unternehmen zunehmend überfordert waren. Auf Seiten der Investoren entstand das Problem wachsender Zahlungsausfälle und eines schnell absinkenden *Returns*. In die Höhe getrieben wurden die Gewinne zuvor durch die Bündelung von Krediten in Pakete, die Hochrisikobestandteile enthielten und eine entsprechend hohe Verzinsung beanspruchten und (durch falsche oder korruptive Ratings) zugleich als sicher galten. Es waren natürlich kaum gewöhnliche Menschen, sondern Finanzmarktakteure, die sich in diesem Geschäft engagierten, Kredite kauften, bündelten, weiterverkauften. Sie trieben auch den Markt, indem sie die entsprechenden Kredite zur Verfügung stellten. Als der Immobilienmarkt massiv ins Stocken kam, geriet auch der Finanzmarkt in die Krise und damit auch die sog. Realökonomie. Das Übergang von rezessiven Tendenzen in eine veritable Systemkrise rührt von der zentralen Rolle und Aufblähung der Banken: Ihre Position wird von der Realökonomie untergraben und sie untergraben diese, so dass eine wechselseitig sich verstärkende Niedergangspirale daraus hervorging, aus der heraus zu gelangen ein schwieriges Unterfangen werden wird. Es droht ein langer ökonomischer Abschwung.

Profitabilität auf Kosten der Nachfrage?

Wandel mit Obama?

Tabb: Neben dem Problem der Hypotheken ist eine andere wichtige Frage zu diskutieren: der Wandel bei den Banken. Sie haben ursprünglich Eigenheim-Kredite vergeben, die 20-30 Jahre laufen und in dieser Zeit von den Hausbesitzern abbezahlt werden, so dass die Banken in dieser Frist ihr Geld zurückerhalten. Das neue System, das sich etwa ab 1980 entwickelte, erlaubte es den Banken, die Hypotheken zu verkaufen. Sie bündelten sie zu verbrieften Paketen und machten daraus besicherte Schuldverschreibungen. Diese Papiere, die zusammen einen Umfang von vielleicht 100 Mio. Dollar in Hypotheken haben, verkauften sie an Investoren aus dem Mittleren Osten, Europa und von anderswo.

Da viele dieser Kredite *Subprime*-Kredite waren, musste man sich gegen mögliche Verluste schützen. *Subprime*-Kredite werden von Hypotheken-Vermittlern (*originators*) vergeben, die sich nicht darum scheren, ob die Hypotheken zurückgezahlt werden können. Sie erhalten für die Aufnahme einer Hypothek einen Bonus, wollen also so viele Hypotheken wie möglich verkaufen. Die Banken konnten die Hypotheken besichern und an Banken wie die UBS verkaufen. Die Investoren, die Schwierigkeiten auf sich zukommen sahen, schlossen eine Art Versicherung ab, sog. *credit default swaps*. Sie heißen nicht »Versicherung«, denn bei Versicherungen gelten Regeln: Als Versicherer muss man Kapital vorhalten, falls die Versicherung ausgezahlt werden muss. Die *swaps* dagegen sind völlig unreguliert. Sie sind Teil der sog. finanziellen Schattenwirtschaft. Diese ist größer als die regulierte Finanzwirtschaft (vgl. Candeias in diesem Band). Es geht also nicht nur darum, dass man den regulierten Finanzsektor zu einem großen Teil dereguliert hat, sondern außerhalb dieses Sektors haben sich die Banken spezielle Anlageinstrumente (*special investment vehicles*) geschaffen. Enron war hier Vorreiter. Das ist ein Weg, Verluste aus den eigenen Büchern heraus in die Bücher von jemand anderem zu bekommen. Dieser andere ist eine Firma, die man selber aufgemacht hat. Als die Schwierigkeiten zunahmen, mussten die Firmen eine Menge dieser »Schrott«-Papiere wieder zurück in die eigenen Bücher schreiben. Das kam zu dem Problem hinzu, dass man keine Kredite an die sog. Realwirtschaft vergeben konnte, da die Investitionen im Verhältnis zum Kreditangebot stagnierten.

Die neuen Schuldinstrumente sind jung, es gibt sie seit nicht einmal 20 Jahren. Sie haben aber einen viel größeren Wertumfang. Wäre es nur die Hypothekenkrise, man könnte sie in den Griff kriegen. Was sind schon drei Bio. Dollar? Mit

der seither etablierten finanziellen Schattenökonomie sind die aus der Bilanz heraus gefallenen Posten wesentlich größer geworden. Die Vermögenswerte sind schließlich weiterverkauft worden. Deshalb hatten die europäischen Banken 2007 und in den ersten Monaten des Jahres 2008 mehr Verluste als die amerikanischen. Vielleicht hatten wir dafür noch nicht so recht ein Gespür – die Krise war schon zu diesem Zeitpunkt *global*. Die chinesischen Exporte in die USA verlangsamten sich, was Chinas Wirtschaft lähmt. Die Krise betrifft die brasilianische Wirtschaft und die Länder, die Schulden in Dollar haben und auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen sind. Wir können die ganz ausgezeichnete Analyse der bisherigen Beiträge also um Elemente erweitern, die an der Frage ansetzen, warum dies eine globale Krise ist, in ihren finanziellen wie weitreichenden geographischen Dimensionen.

Huffschmid: Eure Argumentation beinhaltet folgende Schritte: 1. Der Krise liegt ein langfristiges Sinken der Profitraten und der Wachstumsraten der Wirtschaft zugrunde. 2. Für einige Zeit konnte die Abwärtsstendenz durch Stabilitätspolitik und wirtschaftliche Anreize verschiedenster Art kompensiert werden. Das funktionierte ganz gut. Zwar gibt es, betrachtet man den Verlauf seit Beginn der 1960er Jahren oder sogar ab 1945, beeindruckend fallende Profitraten, ab Mitte der 1970er Jahre sind sie aber fast konstant geblieben. Und genau seit dieser Zeit findet – was Bill Tabbs Argumentation unterstreicht – die sog. »Konterrevolution des Neoliberalismus« statt, mit einer gewaltigen, anhaltenden Umverteilung der Einkommen von »unten« nach »oben«. Obgleich die Profitraten unter sonst gleich bleibenden Umständen eigentlich fallen sollten, gelang es, sie hoch zu halten oder zumindest ihren Fall zu verhindern, indem die Umverteilung von den Löhnen zu den Einkommen aus Aktien und den Profiten zunahm.

Tabb: Der zentrale Punkt ist, dass die Profitabilität auf Kosten der Nachfrage aufrechterhalten wurde. Wären die Löhne statt gar nicht um zwei Prozent im Jahr gestiegen, hätte dies Investitionen, Wachstum und Profite stärker befördert, eine dynamischere Wirtschaft hervor gebracht, statt einseitig die Profite zu erhöhen. Der Unternehmenssektor hat damit seinem Wachstum selbst Grenzen gesetzt. Man kann nicht isoliert auf die Profitrate schauen. Ein Grund, warum die Profitrate so zentral ist, liegt darin, dass sie der Schlüssel zur Investitions- und Konsumnachfrage ist. Und sie bestimmt, wie viel staatliche Nachfrage möglich ist. In diesem Fall hat man sie hoch gehalten und für Umsatz bei den Unternehmen gesorgt, aber auf Kosten eines Anreizes für das System als Ganzes. Das hat sich auch gegen die Unternehmen ausgewirkt, auf dem Umweg einer Verlangsamung des Nachfragewachstums.

Huffschmid: Mit diesem Problem sind wir in Deutschland vielleicht noch massiver konfrontiert als ihr in den USA. Für andere europäische Staaten, v. a. aber für Deutschland, heißt der Ausweg Exportorientierung. Wir sind da Weltmeister. Aber

natürlich kann das nicht jeder machen und v. a. nicht die ganze Zeit, auch wir nicht. Das ist nur ein zeitweise stabilisierendes Moment. Der 3. Punkt, den ich deshalb bei euch hervorheben möchte, ist die These, dass diese Stabilisierungspolitik ab einem bestimmten Zeitpunkt aufgegeben wurde, mehr oder weniger aus politisch-ideologischen Gründen (»Schluss mit der Staatsintervention in die Wirtschaft!«). Statt auf öffentliche wurde auf private Finanzierung gesetzt. Die Spitze dieses Prozesses sahen wir in der Blase der Eigenheim-Kredite: Es wurde Geld in die Portemonnaies von Leuten gepumpt, die sich das eigentlich nicht leisten konnten. Diese Blase ist nun geplatzt. Meine Frage ist, ob damit das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Stoßen die Krisenlösungsversuche der letzten drei Jahrzehnte, mit unterschiedlichen Politikmodellen und unterschiedlicher Reichweite, an eine Grenze, sind die möglichen Auswege ausgeschöpft? Warum sollte es nicht möglich sein, zu einem starken Staatsinterventionismus zurückzukehren, im schlechtesten Fall mit steigenden Rüstungsausgaben, im besten mit einem starken Anstieg öffentlicher Ausgaben, mit Investitionen in Beschäftigung und Infrastruktur? Gibt es einen Ausweg aus diesem Problem? Oder, mit Blick auf die Zukunft des Kapitalismus formuliert: Was haben wir von der Wirtschaftspolitik der Regierung von Präsident Obama zu erwarten?

Tabb: Ich möchte der Antwort auf die Frage nach den Veränderungen der Wirtschaftspolitik »nach Bush« die Anmerkung vorausschicken, dass viele auf der Linken dazu tendieren, die Bedeutung der Präsidentschaft Obamas zu unterschätzen. Obama ist jemand, der von rassistischen Analphabeten-Sheriffs im Süden Amerikas in den 1960ern verhaftet worden wäre. Viele Weiße gingen damals in den Süden, um vor Ort zu sein und zu verhindern, dass Schwarze, die versuchten, ihr Wahlrecht zu bekommen, geschlagen, getötet oder brutal misshandelt wurden. Unsere Aufgabe war es, die Fernsehkameras dahin zu ziehen. Das komplette Rechtssystem des Südens war zutiefst eingebunden in die Unterdrückung schwarzer Menschen und in die totale Kontrolle über ihre Leben innerhalb eines böartigen Systems rassistischer Unterdrückung, im Grunde Apartheid. Vor Ort sagte man damals: »Unsere *darkies* sind glücklich, unzufrieden sind sie erst, seitdem die Agitatoren von außen kommen!« Aber natürlich waren sie seit Jahrhunderten unzufrieden. Man kann sich gar nicht vorstellen, was es für uns und besonders für die Schwarzen, die das durchlebten, bedeutet, zu sehen, dass Obama Präsident geworden ist. Das ist ein mächtiger Umbruch. Ich weiß, dass viele Linke enttäuscht sein werden von dem, was er machen wird. Trotzdem ist es ein erstaunlicher geschichtlicher Moment, nicht nur für die Menschen, die diese Geschichte durchlebt haben, sondern auch für diejenigen jungen Menschen, die in einer Gesellschaft aufgewachsen sind, die an diesen Annahmen über Rasse festhielt, und die eine Last von ihren Schultern fallen spüren.

Das erste, was zum Wechsel von den Bush- zu den Obama-Jahren zu sagen ist, ist, dass Ökonomen und Politiker in den letzten zwei Jahren mit jeder Voraussage, die sie machten, hinterherhinkten. Jedes Mal, wenn der IWF eine neue Projektion

vorstellte, zeigten sie sich besorgter. Die Experten versuchten, ihre Befürchtungen zu verdrängen – doch die Lage wurde immer schlechter, auf den Finanzmärkten, bei den Banken und schließlich in der gesamten amerikanischen Wirtschaft. Die von der Bush-Regierung und der Fed veranlassten politischen Veränderungen waren zu klein, kamen zu spät, und es waren die falschen Rezepte. Der sog. Paulson-Plan umfasst zweieinhalb Seiten, mit folgendem Inhalt: »Du, Amerika, gib mir, der Politik, 700 Mrd. Dollar! Keine Aufsicht! Kein Gericht kann überblicken, was ich damit angestellt habe. Ich kann mit dem Geld alles machen, was ich will.« Auf die Frage, was er damit machen wolle, sagte er, er wolle die am stärksten vergifteten Vermögensanteile kaufen, die schlechtesten dieser besicherten Schuldverschreibungen und *credit default swaps*, um die Wall Street zu retten. Also nicht, um der amerikanischen Wirtschaft zu helfen oder den Millionen Hausbesitzern, die bis dato ihre Häuser verloren haben oder noch verlieren werden. Sein Interesse war, der Wall Street zu helfen, von der er selbst kam. Als Gordon Brown die Banken nationalisierte – wofür er sich entschuldigte, denn das sei so *Old Labour* –, stellte sich heraus, dass dies der einzige Weg ist, eine solche Krise zu bewältigen: Banken zu schließen, die im Grunde bankrott, insolvent sind (nicht nur »illiquide«, was bedeutet, dass sie nicht mehr an ausreichend Geld kommen; »insolvent« heißt, ihre Verbindlichkeiten sind größer als ihre Vermögenswerte). Das ist also, was sie tun sollten: diese Banken schließen, und den anderen helfen, indem der Staat die Kontrolle übernimmt. Ohne eine solche Kontrolle werden die Banken das Geld benutzen, um andere Banken aufzukaufen, ihren Anteilseignern Dividenden zu zahlen und dem Topmanagement Bonuszahlungen zuzuschicken. Paulson sagte, er wolle die Banken nicht abstrafen, stattdessen belohnt er sie. Auf lange Frist verschlimmert ein solches Verhalten die Krise. Die Verantwortlichen im Finanzsektor sollten nicht wieder in dieselbe Position kommen. Es sind sicher nette Leute, die nicht zu verurteilen sind – das Problem ist das System. Wir sollten dieses Finanzsystem nicht wieder aufbauen.

Obama ist nun in einer vergleichsweise unabhängigeren Position, er verfügt über mehr Kontrolle über seine Entscheidungen als John Kerry oder Al Gore, denen man sagt, wie sie sich anziehen haben und die Werkzeuge ihrer Image-Macher sind. Obama hat sich dem bisher entziehen können und im Wahlkampf eine breite Unterstützung an der Basis der Demokratischen Partei und bei modernen Internet- und Zukunftsbranchen gewonnen. Richtig ist, dass viele Mitglieder des neuen Kabinetts Clinton-Leute sind (oder gar Republikaner). Die Situation ist aber eine ganz andere als zu Beginn der 1990er Jahre, und deshalb ist ein wirklicher Kampf zwischen zwei Fraktionen entstanden. Auf der einen Seite wird behauptet, es sei kein Geld da, man könne diese Programme nicht auflegen. Das ist, was Robert Rubin damals Clinton sagte: »Du musst den Haushalt ausgleichen«, »die Zahl der Staatsbediensteten senken«, »du kannst nicht alle während der Kampagne versprochenen Programme durchführen« – und Clinton tat es nicht, er gab Rubin die Kontrolle über die Wirtschaft. Diese Stimmen gibt es wieder, doch

die Lage ist viel dramatischer diesmal. Obama muss daher mit Reformen und gigantischen Konjunkturprogrammen eine Depression vermeiden.

Robert Brenner betont, dass das gesamte Akkumulationsregime, basierend auf immer neuen Schuldtiteln, auf Pump, auf dem »Reichtumseffekt« – wenn Vermögenswerte steigen und Leute reicher erscheinen, geben sie mehr Geld aus, stützen den Konsum – nicht mehr als Grundlage für Wachstum taugt. Der Finanzsektor muss kollabieren, vielleicht auf die Hälfte des Vorkrisenniveaus. Hunderttausende von Arbeitern werden nun entlassen, sie benötigen Perspektive. Wir brauchen ein anderes Akkumulationsmuster, das wirtschaftliches Wachstum schafft. Die zwei miteinander konkurrierenden Hauptprojekte der Obama-Administration sind: *erstens* die Erneuerung der Infrastruktur – der Straßen, Flughäfen und Häfen, der reparaturbedürftigen Brücken usw. Wir brauchen Billionen Dollar, nur um zu reparieren, was ausbesserungsbedürftig ist. Für die Geschäfte der amerikanischen Firmen wäre das von Vorteil. Waren würden schneller auf den Markt, Pendler effizienter an ihren Arbeitsplatz kommen; *zweitens* alternative Energien. Sie sind ebenfalls von Vorteil für die Wirtschaft, für die Umwelt, für den Planeten, und bedeuten hoffentlich weniger Kriege um Öl im Nahen Osten. Drittens kommt wohl die Gesundheitsvorsorge hinzu. Wir geben die Hälfte des Gesamtbetrags der weltweiten Ausgaben für Gesundheit für ein Gesundheitssystem aus, das 45-50 Mio. Menschen ausschließt. Wenn man in den USA seinen Job verliert, fällt man aus der Gesundheitsversorgung heraus, da die Versicherung mit der Arbeitsstelle zusammenhängt. Investitionen in einen Umbau des Gesundheitssystems könnten auch erhebliche Mittel einsparen helfen. Die Gruppe, die den großen Durchbruch favorisiert, und sich mit umfangreichen Programmen eher an Roosevelt orientiert, hat sich wahrscheinlich gegen die vorsichtigeren, »vorkeynesianische« Fraktion (»wir haben kein Geld«, »wir können das nicht tun«) durchgesetzt. Das Staatsdefizit wird in jedem Fall steigen: entweder, weil nichts oder nicht genügend getan wird, die Menschen ihren Job oder ihr Haus verlieren, oder weil sie zum Überleben mehr Transferleistungen vom Staat benötigen, Arbeitslosigkeit und staatliche Wohlfahrtsleistungen finanziert werden müssen. Der staatliche Haushalt schwillt an, und weil mit sinkender Beschäftigung zugleich das Steueraufkommen zurückgeht, steigt auch das Staatsdefizit an; oder es wird aktiv Geld ausgegeben, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Ökonomie in Gang zu bringen.

Steuersenkungen wie bei Bush sind in diesem Zusammenhang kein geeigneter Weg: Nach Schätzung von Ökonomen wurden 80 Prozent des Volumens der Steuersenkungen gespart und nur 20 Prozent ausgegeben. Staatsausgaben dagegen schaffen statt nur 20 Cent je Dollar neue Leistungen im Wert von 1,5 Dollar je ausgegebenem Dollar, und diese lassen über die Einkommen von Arbeitern und die Profite von Unternehmen das Steueraufkommen sogar noch um 40 Cent je Dollar ansteigen. Es kostet also eigentlich weniger als einen Dollar – 60 Cent –, einen wirtschaftlichen Anreiz in der Größenordnung von 1,5 Dollar hervorzubringen. Staatsausgaben haben einen viel stärkeren Anreizeffekt auf die Wirtschaft als

Steuersenkungen (bes. für die Reichen). 30-35 Prozent der Amerikaner zahlen gar keine Einkommenssteuer. Wenn man also die Einkommenssteuern senkt, hilft man nicht denen, die Hilfe am meisten benötigen. Man hilft nur den oberen 10 Prozent bzw. dem oberen einen Prozent. Bushs Steuerpolitik verstärkte die Einkommensungleichheit massiv. Was vielleicht anstelle einer Einkommenssteuersenkung kommen wird, ist eine Steuersenkung im Bereich der Sozialversicherungen, bei der *payroll tax*. Alle Arbeiter führen von ihrem Lohn Steuern für die Arbeitslosen-, Renten-, also Sozialversicherung ab. Das ist eine regressive Steuer, d. h. je geringer das Einkommen, desto größer ist der Anteil, der abzuführen ist. Arbeiter zahlen mehr an *payroll tax* als an Einkommenssteuer. Für die Arbeiter ist also nicht eine Einkommenssteuersenkung, sondern die Senkung dieser Steuer von Interesse. Es braucht einen Wechsel zu einer progressiven Steuerpolitik und mehr Staatsaktivität.

Natürlich kommt hier die Frage auf: Welche Firmen werden davon profitieren? Halliburton wird die Flughäfen bauen, wie im Irak, und Exxon die Solarenergie bereitstellen, nachdem der Konzern kleine Unternehmen im Bereich alternativer Energien aufgekauft und die nötige Lobbyarbeit betrieben hat, um diese Aufträge an Land zu ziehen. In Obamas Politikprojekt wird also nicht die bessere Welt geschaffen. Und doch ist, verglichen mit Bush, vieles möglich. Wird es genug sein? Nein, nicht einmal ansatzweise. Es wird Druck auf die Regierung von all jenen ausgeübt werden, die seit Beginn durch die Kampagne aktiviert worden sind, denen man sagte, es wird einen »Wechsel« geben, ihr könnt »Hoffnung« haben. Nach einer Weile, nicht lange, werden sich die Anreize als unzureichend erweisen, und der Ruf nach mehr wird laut werden. Die 90 Prozent ganz unten (wir sprechen in den USA nicht von der $\frac{2}{3}$ -Gesellschaft, sondern von den 90 Prozent ärmsten Amerikanern) werden zunehmend die Augen öffnen. Zwischen 1990 und 2005 erhielt das obere Zehntel des obersten einen Prozents der Einkommen – das entspricht etwa 14 000 Haushalten – für jeden Dollar, den die unteren 90 Prozent erwarben, zusätzliche 18 000 Dollar. Das ist das Wachstumsmuster, das Robert erwähnte (siehe Wolff in diesem Band): eine gewaltig ansteigende Einkommensungleichheit, stagnierende oder sinkende Löhne für große Teile der Arbeiterklasse, eine gigantische Umverteilung von »unten« nach »oben« und wachsende Wut über die Mrd. Dollar Bonuszahlungen für Banker, die die Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Das schafft den Boden für radikalere Forderungen und den heftigen Ärger eines Teils der Arbeiterklasse, auch wenn es keine linke Partei und keine starke sozialistische Tradition in den USA gibt. Und das Verschuldungsproblem der Arbeiterklasse ist drückend: Nicht nur die Hypothekenkredite und mit Immobilienwerten (die um bis zu 50 Prozent gefallen sind) besicherten Konsumentenkredite sind bedrückend, sondern auch die Kreditkartenschulden. Die amerikanische Durchschnittsfamilie hat 8 500 Dollar Kreditkartenschulden, die sie nicht begleichen kann. Statt die Hauptschuld abzuzahlen, zahlt sie nur die Zinsen. 40 Prozent der amerikanischen Haushalte hat Kreditkartensalden, die am Ende des Monats nicht ausgeglichen werden können.

Doch die Krise ist global. Die G20 werden es nicht einfach haben mit einer neuen Finanzarchitektur. Es bestehen sehr unterschiedliche Positionen und Differenzen. Der französische Präsident Sarkozy verlangt eine neue internationale Ordnung, die die Variante des angloamerikanischen Kapitalismus ablöst (obwohl französische Banken ebenso am Desaster beteiligt waren wie amerikanische oder deutsche). Sein Kollege Gordon Brown verfolgt eine ganz andere Agenda. Der Finanzsektor war der wichtigste Wachstumsmotor in der britischen Wirtschaft. Alle großen Banken aus Europa und der ganzen Welt wurden in die Londoner City gelockt, wo sie weitgehend ohne Kontrollen agieren durften, wie sie wollten. Es handelte sich um die sog. Regulierung der sanften Hand (*light touch regulation*). Brown kann nun nicht für ein System von Regulierungen eintreten, das die Londoner City nicht nur denselben Regeln unterstellt, wie sie andernorts gelten, sondern diese sogar noch verschärft, ohne den eigenen Wettbewerbsvorteil zu nichte machen. Man wird also Kämpfe innerhalb der EU um die Art der Regulierung beobachten können. Dazu kommen die aufstrebenden wirtschaftlichen Mächte, die eine von Europa und den USA dominierte Kontrolle der Finanzmärkte – zu ihrem Nachteil – nicht akzeptieren werden. Wir haben also eine globale Krise der Regulation mit dramatischem Veränderungsbedarf. Doch Politiker bewegen sich nicht so schnell. Und es gibt starke Gegenkräfte in der Politik, dem Finanzsektor, beim Mainstream der Ökonomen. Daher werden wir sehen, wie sich die Krise global zuspitzt. Umso mehr wird es auf den Druck von außen, von den Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen, ankommen, auf fortschrittliche Kräfte, die deutlich machen, dass eine Wirtschaft, die auf Gerechtigkeit und Fairness beruht, mit dem Kapitalismus unvereinbar ist.

Aus dem Amerikanischen von *Christian Wille* und *Rainer Rilling*

Nach dem Neoliberalismus. Szenarien der Krisenbearbeitung und sozialistische Strategie

Eine US-amerikanische Perspektive

Die Krise der heutigen neoliberalen Phase des Kapitalismus ist keine Krise des Kapitalismus. Ob sich die Krise des Neoliberalismus zu einer Krise des Kapitalismus entwickelt, hängt von drei Faktoren ab: erstens vom Ausmaß des erfolgenden ökonomischen Zusammenbruchs und des davon hervorgerufenen massenhaften Leidens, des Unmuts und der Opposition; zweitens von den ergriffenen politischen Maßnahmen gegen die Krise; drittens von der Art, wie sozialistische Kräfte intervenieren, um die Widersprüche zu verdichten und Reformen voranzutreiben, die zumindest in Ansätzen über den Kapitalismus hinaus weisen, nicht nur über eine bestimmte Periode kapitalistischer Entwicklung. Diesen Unterschied zu begreifen, ist für eine *sozialistische* Strategie von Bedeutung. Viele sozialistische Kräfte reagierten jedoch auf die Krisen des Kapitalismus im 20. Jh. – Ende des 1. Weltkriegs, in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und wieder nach dem 2. Weltkrieg –, indem sie Kämpfe für staatliche Interventionen, Regulierungen und Staatseigentum bzw. staatliche Unternehmen unterstützten, ohne am Kern der Herrschaft des Kapitalismus zu rütteln, sondern die Integration oppositioneller Kräfte beförderten. Damit ermöglichten sie den Übergang von einer liberalen zu einer wohlfahrtsstaatlichen Form des Kapitalismus: sinnvolle Auseinandersetzungen innerhalb des, aber nicht gegen den Kapitalismus. Trotz der erkämpften Verbesserungen – die kapitalistische Organisation der Produktion in den Unternehmen blieb eine Betriebsweise, in der die Arbeiter einen Mehrwert erbringen, der von anderen angeeignet und gesellschaftlich verteilt wird. Veränderungen betrafen die Art der staatlichen Intervention, das Ausmaß der staatlichen Kontrolle der Unternehmen und Märkte und, in einigen Fällen, ob und wie staatliche Beamte (statt privater Unternehmensvorstände) den geschaffenen Mehrwert aneigneten und verteilten. Die kapitalistische Organisation der Produktion, die es den Arbeiter verwehrt, den geschaffenen Mehrwert selbst anzueignen und zu verteilen, änderte sich nicht. Eine sozialistische Strategie sollte durchaus jene sozialen Kräfte unterstützen, die gegen den Neoliberalismus und für einen wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus streiten. Eine eigene sozialistische Strategie konzentriert sich jedoch darauf, jenseits von Kämpfen für eine humanere Periode des Kapitalismus eine alternative Gesellschaft aufzubauen, in der die Produzentinnen und Produzenten den Mehrwert selbst aneignen und verteilen.

Pendelbewegungen zwischen liberalem und wohlfahrtsstaatlichem Kapitalismus

Der Kapitalismus pendelte stets und überall zwischen zwei Polen. Der eine Pol zeichnet sich durch relativ geringe staatliche Intervention aus; diese Perioden wurden z. B. als *laissez-faire*, liberaler, konkurrenzkapitalistischer Kapitalismus bezeichnet. Hier wird im Folgenden immer von einer (neo)liberalen Periode gesprochen. Es gab sie in eher moderaten Formen – unter Beibehaltung einer beträchtlichen staatlichen Intervention, wie in vielen Ländern des kontinentalen Europa – bis zu radikaleren Varianten, in denen das wirtschaftliche Gewicht des Staates durch Privatisierungen, großzügige Steuerkürzungen für Vermögende, Deregulierung und anderes mehr massiv eingeschränkt wurde, wie in der anglo-amerikanischen Variante der letzten 30 Jahre.

Der zweite Pol weist eine relativ stärkere staatliche Intervention durch Steuern, Regulierung, Kontrollen und mehr oder weniger direktem Eigentum an und Verwaltung von Unternehmen auf. Solche Perioden wurden mit Adjektiven wie *keynesianisch*, *wohlfahrtsstaatlich*, *staatskapitalistisch* oder *sozialdemokratisch* versehen. Wir werden in diesem Text die Bezeichnung »wohlfahrtsstaatlich« verwenden. Moderate Ausprägungen waren z. B. der *New Deal* in den USA und die sozialdemokratischen Regime in Westeuropa. Radikale Varianten schlossen staatliches Eigentum und die Verwaltung von bedeutsamen Teilen der produktiven Unternehmen einer Gesellschaft mit ein. Jede Phase währte jeweils einige wenige Jahrzehnte lang, über mehrere Konjunkturzyklen und andere gesellschaftliche Krisen hinweg, mit mehr oder weniger geringfügigen Anpassungen. Letztlich erreichten die gesellschaftlichen Widersprüche, Probleme und Zyklen jedoch zusammen ein Niveau, das die Möglichkeiten der Krisenbearbeitung mit nur geringfügigen Anpassungsmaßnahmen überstieg. Damit beginnt die Krise einer bestimmten Periode, die durch gesellschaftliche Bewegungen hin zu einer Form des Kapitalismus drängt. Früher oder später ist eine solche Transformation erfolgreich. Dann wiederholt sich der gesamte Prozess nach ein oder wenigen Jahrzehnten in umgekehrter Richtung. Transformationen in beide Richtungen weisen üblicherweise ziemlich ähnliche Kritiken und Forderungen auf. So warfen viele Kritiker bspw. in der Wirtschaftskrise nach 1929 angesichts abnehmender Beschäftigung, Produktion und Einkommen dem damals herrschenden liberalen Kapitalismus ökonomische Verschwendung und Ineffizienz vor, ebenso wie sich vertiefende soziale Ungleichheiten und die Untergrabung der Demokratie. Sie forderten einen Strategiewechsel hin zu einem staatsinterventionistischen Kapitalismus, der die Wirtschaftsleistung verbessern, Ungleichheiten reduzieren und die Demokratie stärken würde. Und sie waren erfolgreich damit. Als in den 1970ern eine schwere Stagflation (*Stagnation plus Inflation*) die zunehmenden Probleme des wohlfahrtsstaatlichen Keynesianismus verschlimmerte, verlangten die Kritiker nun eine Transformation – Gramsci würde sagen: *Restauration/Revolution* –

in die entgegengesetzte Richtung, hin zum neoliberalen Kapitalismus. Sie verurteilten die Verschwendung und Ineffizienz des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, gaben ihm die Schuld an den sinkenden Reallöhnen und griffen den Etatismus als antidemokratisch an. Und auch sie waren erfolgreich.

Die Krise des neoliberalen Kapitalismus

Bis 2005 meisterte der neoliberale Kapitalismus in den USA drei Jahrzehnte lang Konjunkturzyklen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, indem er geringfügige Änderungen an seinem Regime von Steuerkürzungen, Deregulierung der Wirtschaft und Privatisierung vornahm. Zentral war dabei die Beendigung einer langen Tradition steigender Reallöhne (1820-1970) in den USA. Die neoliberale Deregulierung und Globalisierung, die Umverteilung von »unten« nach »oben« und die Steigerung der Produktivität führten zu Erholung und Erhöhung der Profite. Während die Reallöhne fielen, stieg die Produktivität. Die Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen wuchs entsprechend. Doch steigende Reallöhne und wachsender Konsum waren kulturell tief verwurzelte Bestandteile der amerikanischen Lebensweise. Um das Ende steigender Löhne zu bewältigen und trotzdem den Konsum und Lebensstandard aufrecht zu erhalten, versuchten Arbeiterfamilien, mehr Familienmitglieder auf den Arbeitsmarkt zu schicken, mehrere Jobs anzunehmen und länger zu arbeiten, auf diese Weise Einkommensverluste auszugleichen. Im letzten Viertel des 20. Jh. stieg die durchschnittlich geleistete Stundenzahl der Beschäftigten in den USA jährlich um beinahe 20 Prozent, während sie in Kontinentaleuropa um 20 Prozent fiel. In den USA arbeitete 2004 jeder Beschäftigte im Jahr durchschnittlich 1 817 Stunden, in Deutschland hingegen nur 1 446 Stunden, ein sozial folgenreicher Unterschied von über 25 Prozent. Da ihre zusätzlichen Arbeitsstunden jedoch kein ausreichendes Nettoeinkommen bewirkten, bot sich noch ein zweiter Weg an, um den Konsum zu halten oder sogar zu steigern: Die US-Arbeiterklasse verschuldete sich (über Hypotheken und Kreditkarten) stärker als jede nationale Arbeiterklasse zuvor. Die durchschnittliche Schuld eines Haushaltes betrug 1984 laut US-Notenbank Fed (Federal Reserve) 60 Prozent des jährlich verfügbaren Einkommens; bis 2007 stieg sie auf 120 Prozent. Im Vergleich dazu lagen die Haushaltsschulden 1929, auf dem Höhepunkt der Spekulationsblase, die zur Großen Depression führte, bei nur 30 Prozent des verfügbaren Einkommens. Letztlich versorgten die Unternehmen seit Mitte der 1970er Jahre ihre Arbeiter also mit steigenden Krediten statt steigenden Löhnen. Eine lohnende Substitution fürs Kapital: niedrigere Lohnkosten plus Schuldendienst und Zinsen, ohne Rückgang von Nachfrage und Konsum.

Ergebnis: Die amerikanische Arbeiterklasse leidet sowohl an physischer Überarbeitung und Erschöpfung wie an psychischen Angstzuständen aufgrund enor-

mer Schuldenlasten. In den letzten Jahrzehnten wurde ihr auch deutlich gemacht, dass weder Gewerkschaften noch die Demokratische Partei den Verlust von Sicherheiten und der während der wohlfahrtsstaatlichen Periode institutionalisierten Errungenschaften verhindern konnten oder wollten (die Sozialprogramme des New Deal von Franklin Roosevelt, die zusätzlichen Maßnahmen unter Kennedy-Johnson u. a. m.). Verlassen oder verraten, kehrten Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen der politischen Partizipation den Rücken, interessierten sich nicht mehr für Gewerkschaften, die Demokratische Partei, für Politik oder lokale Belange im Allgemeinen (vgl. Putnam 2000). Sie konzentrierten sich auf die individuelle Sicherung von Arbeit, Einkommen, Konsum und die unmittelbaren Familienbeziehungen. Einige ersetzten gewerkschaftliches Engagement oder Mitgliedschaft und politischen Aktivismus ihrer Eltern und Großeltern durch fundamentalistischen religiösen Fanatismus. Für einige Zeit zähmte die Bush-Regierung die Wut der Arbeiterklasse erfolgreich durch das Schüren der Angst vor dem Terror. Da diese Kampagne jedoch nichts am Niedergang der Arbeiterklasse änderte oder ihn auch nur verlangsamte, verlor sie ihre ablenkende Wirkung. So begann der Abstieg der Bush-Regierung, ihre Beliebtheit verfiel, und in dieser Situation konnte sich Obama als charismatischer Führer für »Wandel und Hoffnung« präsentieren. In der Krise verschlimmert sich das Elend der Arbeiterklasse nun dramatisch: stagnierende Löhne, rasant steigende Erwerbslosigkeit, untilgbare Schulden, sowie zeitweise (und künftig wieder) steigende Energie- und Nahrungspreise. Ein vielleicht aufrüttelnder oder lähmender Schock für die Arbeiterklasse. Ein Ende des sinkenden Lebensstandards scheint nicht in Sicht.

Für das Kapital realisierte die neoliberale Periode des Kapitalismus einen Traum. Der Zusammenbruch der Ökonomie während der letzten liberalen Periode in der Krise der 1930er Jahre ermöglichte eine Transformation zu einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus (den New Deal), der dem Kapital alle möglichen Regulierungen, Steuern und Beschränkungen auferlegte. Vom ersten Tage an versuchte das Kapital diese wo möglich zu umgehen – akzeptierte sie aber zeitweilig. Langfristig war jedoch das Ziel des Kapitals, den New Deal, diesen Kompromiss sobald es politisch möglich wäre, wieder aufzukündigen (sobald die US-amerikanische Arbeiterklasse und ihre Institutionen nicht mehr willens oder fähig waren, dies zu verhindern). Von den 1930er bis in die 1970er Jahre war die Strategie des Kapitals darauf aus, die wohlfahrtsstaatlichen Interventionen zu beschränken und zugleich die politische Kraft und die ideologische Unterstützung dafür aufzubauen, sie ganz zu beenden. Die Krise des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus in den 1970ern ermöglichte es, Letzteres in die Tat umzusetzen. Dies war der Inhalt der Reagan- Revolution ab 1980. Mit der Senkung der Löhne und der Globalisierung der Märkte setzte die Profitabilität zu einem historischen Höhenflug an.

Die Aktienpreise rasten als Anrechte auf schnell wachsende Unternehmensprofite in die Höhe und erfreuten sich eines 20jährigen Booms bis 2000. Wie immer förderten die Höhenflüge an der Börse eine wahnwitzige Spekulation (die

»dot.com Blase«) und zunehmende Korruption (Enron, Tyco u. a.). Der Boom trieb die Kurse weit über das hinaus, was selbst hohe und steigende Profite an Betriebsergebnissen erwarten ließen. Die Blase platzte. Die Erholung blieb bis heute aus. Die Verluste weiteten sich durch die üblichen Verstrickungen eines kapitalistischen Systems aus und führten in die Rezession. Großkonzerne baten den Staat um Hilfe. Sie wollten keinen Übergang zu einem wohlfahrtsstaatlichen, staatsinterventionistischen Kapitalismus, forderten aber die republikanische Regierung dazu auf, eine ernsthafte Rezession zu verhindern. Die Fed reagierte mit der bis dahin größten Zinssenkung der US-Geschichte und überflutete die Wirtschaft mit frischem Geld. Das Ziel war, Unternehmen und Haushalten enorme Summen bereit zu stellen, damit sie diese wieder ausgeben, auf die Weise Nachfrage und Investitionen stützen. Kurz: ein schwerwiegender Abschwung in der neoliberalen Periode des Kapitalismus bewirkte eine erhebliche Anpassung, die darauf ausgerichtet ist, eine schärfere Krise und insbesondere einen Wechsel zu einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu vermeiden.

Für die Jahre von 2001 bis 2006 funktionierte die Korrektur. Es erfolgte eine massive Kreditaufnahme, die hauptsächlich in Immobiliengeschäfte floss. Die Immobilienpreise zogen an und Sektoren, die Dienstleistungen oder Zulieferungen für den Immobiliensektor verrichteten (Finanzwirtschaft, Bauwesen, Möbelproduktion, Haushaltsgeräte, Wohninfrastruktur, Gebäudeversicherungen usw.), erlebten einen Boom. Banken und Börsenhändler erwirtschafteten enorme Gewinne, indem sie unterschiedlichste Kredite zu Wertpapieren zusammen schnürten (Hypotheken, Autokredite, Unternehmenskredite, Studienkredite und insbesondere Kreditkartenschulden), den neuen Asset Backed Securities (ABS). Letztere wurden profitabel rund um die Welt vermarktet, oft mit zu niedrigen Risikobewertungen. Wie immer lockte dieser kapitalistische Boom Spekulanten an, die z. B. Immobilien kauften, um sie innerhalb weniger Monate wieder gewinnbringend zu verkaufen; der Boom rief auch Korruption hervor (falsche Risikobewertungen auf ABS, die betrügerische Anpreisung von Krediten an Kreditnehmer, die eigentlich den Schuldendienst nicht leisten konnten u. ä.). Steigende Immobilienpreise erhöhten den (Buch)Wert der Immobilien als Sicherheit für weitere Kredite in einer schwindelerregenden Spirale von Schulden. Der Immobilienboom schob die 2001 befürchtete tiefe Krise für einige Jahre auf. Als die Spekulationsblase schließlich 2007 platzte, wuchs sich die »Kernschmelze« des Finanzsystems zur Krise des neoliberalen Kapitalismus aus. Die Enthüllung, dass in den ABS Milliarden fauler Kredite enthalten waren, die niemals von den Schuldnern zurückgezahlt werden konnten, verwandelte die kredit-getriebene Expansion in eine Kontraktion: Die Preise fielen. Immense Verluste bei Banken und Finanzinstitutionen untergruben deren Fähigkeit und Willen, selbst an kreditwürdige Kunden Kredite zu vergeben. Da die Kreditvergabe allgemein eingeschränkt wurde, bedroht dies die gesamte Wirtschaft. Es ist nun kein neuer Sektor für einen weiteren Boom in Sicht, der das Platzen der Immobilienspekulationsblase auf-

schieben könnte. Die sich seit den 1970er Jahren entwickelnden Widersprüche der neoliberalen Periode des US-Kapitalismus – erschöpfte und überschuldete Arbeiterhaushalte, Banken mit großen Beständen an faulen Krediten, eine Regierung ohne Ideen für den Problemen angemessene Korrekturen (nur konventionelle monetäre Maßnahmenbündel) – führten zur Großen Krise. Diese bringt entsprechendes Leid: Alle Daten zu Zwangsvollstreckungen, Konkursen, Erwerbslosigkeit usw. steigen seit August 2008 dramatisch an. Ausländische Unternehmen, Individuen und Regierungen reagieren auf die offensichtliche Schwäche und den Niedergang des neoliberalen Kapitalismus in den USA, in dem sich selbst schützen. – Drei Szenarien sind nun denkbar: 1) Der Neoliberalismus findet einen Weg, um einen Umschwung zu einer wohlfahrtsstaatlichen Periode zu verschieben. 2) Der neue US-Präsident sieht sich gezwungen, einen neuen New Deal einzurichten, also den Übergang zu einem neuen wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus einzuleiten. 3) Die US-amerikanische Arbeiterklasse akzeptiert weder das erste noch das zweite Szenario, wendet sich gegen den Kapitalismus und setzt sich für eine Alternative ein.

Die neoliberale Strategie: Die Transformation zum Wohlfahrtsstaat verhindern

Wie zuvor in Krisenzeiten, als Pendelbewegungen zwischen den Typen des Kapitalismus möglich wurden, versucht der herrschende Block an der Macht der gegenwärtigen Form des Kapitalismus, alles zu tun, um eine Transformation zu einem neuen Wohlfahrtstyp zu verhindern. Dabei hilft ihnen, dass Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Alltagsverstand sich im letzten Vierteljahrhundert scharf nach rechts bewegten. Die grundlegenden Ideen und das Vokabular, um eine effektive Kritik der neoliberalen Orthodoxien zu denken und zu artikulieren, ist weitgehend aus den Augen verloren worden (McCarty, Poole u. Rosenthal 2008). Die von neoliberaler Seite finanzierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, Think Tanks und politischen Kräfte, sowohl demokratische wie auch republikanische, werden die Wiedereinführung von Regulierungen, Steuern und andere Beschränkungen der Aktivitäten des Kapitals bekämpfen. Da schließlich der linke Flügel der Demokratischen Partei, die Gewerkschaften und die Mehrheit der weiteren US-Linken nun organisatorisch schwächer sind als zu irgendeinem Zeitpunkt im vergangenen Jahrhundert, können sie nur wenig Einfluss auf die Bemühungen nehmen, die Restauration des Neoliberalismus zu verhindern.

Hinzu kommt, dass in den USA die größten Banken und Finanzinstitutionen die massive staatliche Intervention an führender Stelle mit organisieren, mit dem Ziel, die schwerste Krise des neoliberalen Kapitalismus zu »lösen«. Finanzminister Paulson, zuvor bei der Investmentbank Goldman Sachs, und der Präsident der US-Notenbank, Ben Bernanke, zuvor ein neoliberaler Wirtschaftswissen-

schaftler, repräsentieren die Strategie der Bush-Regierung. Sie wollen eine zwar beeindruckende, aber beschränkte staatliche Intervention, die, so hoffen sie, gerade ausreichend sein wird, um die Krise zu überwinden, ohne eine Transformation zu einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu benötigen. Zu diesem Zweck werden auch ungewöhnliche Maßnahmen unternommen: die staatliche Beteiligung an Banken, die Verstaatlichung der großen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, die Akzeptanz dubioser Sicherheiten wie ABS-Papiere für Kredite der Zentralbank, Konjunkturprogramme und Steuerschecks, weitere Zinssenkungen etc. Die sich im Jahre 2008 verschlimmernden ökonomischen Bedingungen, die selbst die Prognosen der pessimistischsten Analysten übertrafen, erzwingen ständig weitere staatliche Interventionen, die hastig von hochrangigen Köpfen der neoliberalen Finanzwelt zusammen mit führenden Politikern aus beiden Parteien organisiert werden. Die Krise wird bisher von Neoliberalen gemagt, doch Hartnäckigkeit der Krise und die sozialen Kosten legen zunehmend eine Transformation zu einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus nahe, der zugleich mit allen Mitteln verhindert werden soll. Sie werden scheitern, falls die Ergebnisse ihrer Interventionen zu gering ausfallen und zu spät kommen und/oder falls sich die US-amerikanische Arbeiterklasse aktiv den leidvollen Zumutungen widersetzt, die ihnen durch die Krise des Neoliberalismus auferlegt werden. Dann werden die Befürworter des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus trotz ihrer relativen Schwäche möglicherweise ihre Chance erhalten.

Die wohlfahrtsstaatliche Strategie: Die Transformation aus dem Neoliberalismus vollziehen

Der kleine linke Flügel der Demokratischen Partei, Teile der Gewerkschaftsbewegung, sowie lose Gruppierungen und Netzwerke der kulturellen, sozial und politisch Aktiven, die sich links der Mitte verorten, sind die organisierte Basis für eine Transformation zu einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus als Möglichkeit zur Lösung der Krise des Neoliberalismus. Ihre Strategie zielt darauf, die Masse der Arbeitenden für einen Wandel zu mobilisieren. Zugleich wollen sie jene Unternehmen gewinnen, die sich vom Neoliberalismus abkehren und soziale Kompromisse als notwendig anerkennen – auch um die Verwertungschancen des eingesetzten Kapitals zu verbessern. Schon in der Vergangenheit haben sich Unternehmensvorstände mit einem wohlfahrtsstaatlichen Etatismus arrangiert, wenn sie überzeugt waren, dass eine Krise sonst die Grundlagen kapitalistischer Akkumulation bedroht und eine wie auch immer geartete antikapitalistische Bewegung provoziert. Unter den Unterstützern einer wohlfahrtsstaatlichen Strategie finden sich auch zahlreiche ehemalige Sozialisten und Kommunisten verschiedenster Couleur. Viele von ihnen definieren sich noch immer als solche. Mit dem Ende des keynesianischen Wohlfahrtsstaates in den 1970ern und der Verschiebung des

politischen und kulturellen Spektrums der USA nach rechts verwandelte sich ihr früherer Antikapitalismus oft in einen Antineoliberalismus. Die theoretische Begründung ihrer Positionen verlagerte sich von Marx zu Keynes. In Opposition zum Neoliberalismus plädierten diese Gruppen für wohlfahrtsstaatliche Interventionen, legen dabei im Unterschied zum alten New Deal ein größeres Gewicht auf demokratische Prinzipien. Die gegenwärtige politische Schwäche dieser Gruppe bedeutet, dass ihr Erfolg weniger von ihnen selbst als von der Entwicklung günstiger Bedingungen durch die Entwicklung der Krise und ein mögliches Versagen der liberalen Elite beim Eindämmen der Krise abhängt. Dies könnte zu Verschiebungen auch innerhalb der Regierung Obamas führen, die mehrheitlich von den alten Vertretern des Neoliberalismus unter Clinton geprägt ist.

Das größte Problem für alle Varianten der wohlfahrtsstaatlichen Strategie ist die weit verbreitete Skepsis in der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer Aktivisten: »Das hatten wir schon einmal.« Ein Blick in die Geschichte: Während der Großen Depression, der letzten Krise eines liberalen Kapitalismus in den USA, nahm die Opposition der Massen zwei Formen an: eine Bewegung für eine Transformation zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, und eine Bewegung zur Überwindung des Kapitalismus. Der Kampf zwischen »Reformisten« und »Revolutionären« in den 1930er Jahren bescherte letzteren eine Niederlage. Die meisten Gewerkschaften (die gesamte CIO und der größte Teil der AFL), die große Massenbasis der Demokratischen Partei, die meisten Berufsverbände und Mehrheiten in den sozialistischen und kommunistischen Parteien stimmten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, einem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus als notwendiges und/oder erreichbaren Ziel zu. Lang andauernde Massenkämpfe während einer zehnjährigen Wirtschaftskrise überzeugten einen beträchtlichen Teil der US-Unternehmen, Roosevelts widerwillige Annahme einer wohlfahrtsstaatlichen Strategie zu unterstützen (nachdem klassische liberale Strategien gescheitert waren). Soziale Mindestsicherungen, Arbeitslosenversicherung, massive öffentliche Beschäftigungsprogramme, Kapitalverkehrskontrollen und andere Regulierungen von Geschäftspraktiken wurden institutionalisiert. Die Freiheiten des Kapitals wurden eingeschränkt. Für die Kosten des New Deal wurden Vermögende und Unternehmen in die Pflicht genommen. Die politische Spaltung der Kapitalfraktionen ermöglichte es Roosevelt, den Übergang zum wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu bewerkstelligen.

Zur Überzeugung der entscheidenden Fraktionen musste er jedoch auch Zugeständnisse machen. Das wichtigste Zugeständnis: die uneingeschränkte Machterhaltung von Vorständen und Managern bei der Leitung der Unternehmen. Sie wählten sich weitgehend selbst, rekrutierten ihre Mitglieder aus den eigenen Reihen und verwiesen die Eigentümer des Unternehmens, die Aktionäre meist in die Rolle von »Couponschneidern«, die auf ihre vom Vorstand genehmigten Dividenden warten. Fast alle wichtigen Unternehmensentscheidungen wurden vom Management gefällt (und von bei von ihnen straff organisierten Aktionärsver-

sammlungen ratifiziert). In diesem »Managerkapitalismus« entschieden die Unternehmensvorstände über die Art der Mehrwertproduktion, -aneignung und -reinvestition. Die wohlfahrtsstaatlichen Einschränkungen akzeptierten sie nur solange wie notwendig, unternahmen zahlreiche Versuche, sie zu umgehen, abzubauen, umzudefinieren oder perspektivisch ganz zurück zu drängen. Der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus beließ also die Manager an der entscheidenden Machtposition. Spätestens mit dem Taft-Hartley-Gesetz von 1947 zur Stärkung gewerkschaftlicher Rechte begannen konservativere Kapitalfraktionen Projekte zur Untergrabung der Hegemonie des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus. Alle Arten von Think Tanks, rechte Publikationen und Politiker, neoliberale Ideologen in der Wissenschaft usw. wurden großzügig gefördert (Burch 1997). Als der wohlfahrtsstaatliche Kapitalismus in den frühen 1970ern in eine schwerwiegende Krise geriet, ermöglichte seine bereits geschwächte Verankerung in der Öffentlichkeit, die reduzierte Stärke und Kohäsion seiner organisierten Basis, den Übergang zum Neoliberalismus. Die Folgen sind bekannt.

Reformismus und New Deal wiesen also eine entscheidende Schwäche auf: Sie ließen eine Gruppe von Leuten *in situ*, die sowohl über die Anreize wie auch die Ressourcen verfügten, die Grundlagen des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus zu unterminieren. Die Reformen der 1930er Jahre konnten ihr eigenes Überleben und Fortwirken nicht sichern. Dies gilt in unterschiedlichem Maße und zeitversetzt für alle wohlfahrtsstaatlich verfassten Länder. Die Sozialdemokratien Europas erlebten ebenfalls verheerende Niederlagen und Spaltungen. Daher verspricht die Geschichte des Reformismus in den Augen vieler nicht, nun eine adäquate Antwort auf die gegenwärtige Krise des neoliberalen Kapitalismus zu liefern. Die drängende Frage ist daher, ob sich eine überzeugende Alternative anbietet, ein Projekt, das über einen unsicheren wohlfahrtsstaatlichen Etatismus hinaus weist?

Eine sozialistische »Reform Plus«

Die Frage von Reform oder Revolution wurde meist in falscher Entgegensetzung diskutiert. Statt der Frage: Reform »oder« Revolution sollten wir mit Blick auf die Geschichte wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismen die Option »Reform plus« in Betracht ziehen. Um wohlfahrtsstaatliche Reformen wirklich über zeitweilige Kompromisse mit dem Kapital hinweg abzusichern, müssen sie von zusätzlichen Maßnahmen begleitet werden: von einer Reform, der kapitalistischen Betriebsweise und Leitung in den Unternehmen, einer Reform die Manager und Aktionäre aus ihrer privilegierten Position der Macht vertreibt. Die Strategie der Linken sollte ihr Streben nach klassischen wohlfahrtsstaatlichen Reformen dahingehend erweitern, die Transformation der internen Organisation der Produktion einzuschließen, dem entscheidenden Kern der kapitalistischen Produktionsweise und der Macht des Kapitals. Ziel ist, dass die Beschäftigten in jedem Betrieb ihre kapitalistischen

Unternehmensvorstände absetzen und ihre eigenen, kollektiven Unternehmensvorstände bilden. Ähnlich, wie einst Könige entthront wurden und die Menschen das Wahlrecht erkämpften, können Arbeiter die Vorstände entthronen und die Leitung des Betriebes in die eigenen Hände nehmen, unterschiedliche verantwortliche Kollektive wählen. Diese Demokratisierung der Unternehmen zielt auf eine Transformation der Produktion und Aneignung des Mehrwerts durch die Produzenten. Die erforderlichen Fähigkeiten müssen erlernt werden und gehören zur alltäglichen Arbeit.

Die Pendelbewegungen zwischen den neoliberalen und wohlfahrtsstaatlichen Perioden des Kapitalismus erfolgten, weil Arbeiter sie ermöglichten oder zumindest unterstützten. Auf diese Weise akzeptierten sie implizit die Konstante in beiden Perioden, die betriebsinterne Spaltung in jene Mehrheit der Arbeitenden, die den Mehrwert produzieren, und in jene Minderheit, die ihn aneignen. Diese Konstante hat in jeder Periode die Schranke markiert, die Grenze der Reform bestimmt bzw. die Gegenreform eingeleitet. Diese Konstante hat stets die Unterordnung der Arbeitenden zementiert, sowohl politisch und kulturell wie auch ökonomisch. Mit der Beseitigung dieser Konstante würde die Demokratisierung von Unternehmen auch deren sozialen Folgen beseitigen.

Historisch gesehen sind die Bemühungen, den Unternehmen eine soziale und demokratische Verantwortung gegenüber den Kommunen und Gesellschaften aufzuerlegen in denen sie agieren, aus dem gleichen Grund gescheitert wie die wohlfahrtsstaatlichen Reformen. Die Kapitalisten nutzen ihre Ressourcen, um politische Macht zu entfalten und »die öffentliche Meinung zu formen«, Politiker zu kaufen, Gewerkschaften zu bekämpfen, Kommunen zur Steuersenkung zu erpressen etc. Im Kapitalismus blieb die politische Demokratie mehr eine formale als substantielle. Die politische Demokratie blieb formal, weil sie nicht mit einem ökonomischen Pendant verbunden wurde, einer Wirtschaftsdemokratie. Die Fähigkeiten, Einstellungen, das Selbstwertgefühl und das Denken und Fühlen, dass Arbeiter erwerben würden, wenn sie selbst im Betrieb (mit)entscheiden, würden auch ihr Interesse und ihre Beteiligung an demokratischer Politik in der Gesellschaft stärken.

Viele ökonomische Vorteile würden aus einer solchen Transformation der Unternehmensleitung resultieren. Arbeitende, die selbst über die Produktion und Aneignung des Mehrwerts entscheiden, wären auch persönlich mehr an der Qualität ihrer Arbeit interessiert, als sie es in entfremdeten Produktionsformen sein können. Arbeitende, als die große Mehrheit in jedem Betrieb, und die Menschen in den jeweiligen Kommunen, werden mehr gemeinsame Interessen teilen als kapitalistische Konzernchefs, die sich mit ihrem Vermögen in Steueroasen zurück ziehen. Beispielsweise würde die Verschmutzung von Wasser, Luft oder Boden durch einen solchen Betrieb weniger wahrscheinlich, denn die meist lokal ansässigen Beschäftigten und ihre Familien sind selbst Leidtragende der Zerstörung ihrer unmittelbaren Umwelt. Auch (Betriebs)Kindertagesstätten für die Kinder der

Arbeitenden wären wahrscheinlicher und besser. Arbeitende, die kollektiv die Leitung ihres Unternehmens übernehmen, werden die Kosten und Vorteile aller unternehmerischen Aktivitäten, wie Restrukturierungen und Dienstleistungen an die umliegenden Ortschaften anders berechnen und bewerten als kapitalistische Konzernbosse. Ihre veränderten »Effizienz«-Rechnungen werden entsprechend andere Entscheidungen bewirken, welche die Jobs und Kommunen der Arbeitenden gestalten. Sie würden ihre Entscheidungen als zugleich Produzierende des Mehrwerts und Aneignende bzw. Verteilende desselben abwägen.

Selbstverständlich bestünden in demokratisierten Unternehmen noch immer Widersprüche und Konflikte untereinander sowie mit den politischen Institutionen (lokal, regional, national, und international) der ansässigen Bevölkerung. Die komplexen Beziehungen zwischen demokratisierten Unternehmen und den kommunalen Organisationen müssten immer noch ausgehandelt werden. Konsumenten und andere sog. Stakeholder des Betriebs könnten beteiligt werden und Stimmrecht erhalten. Auch die Ansprüche der Arbeit und des restlichen Lebens müssten noch immer mittels Auseinandersetzungen und Kompromissen miteinander in Einklang gebracht und angepasst werden. Aber diese Beziehungen, Ansprüche, Auseinandersetzungen und Kompromisse würden anders ausgehandelt werden. Statt kleiner kapitalistischer Konzernleitungen, welche die konzentrierte gesellschaftliche Macht in ihren Händen gemäß ihren partikularen Interessen ausüben, würden die Arbeitenden dies kollektiv tun, um ihren Interessen zu dienen. Mit demokratisierten Unternehmen würde das Übergewicht der engen ökonomischen Anliegen einer kleinen sozialen Minderheit dem sozialen Übergewicht der ökonomischen Anliegen der großen Masse der Arbeitenden weichen. Das Fehlen wirtschaftlicher Demokratie innerhalb der Unternehmen würde nicht länger die politische Demokratie außerhalb der Unternehmen systematisch untergraben.

Ein konkretes Modell für eine »Reform Plus«-Agenda

Die Widersprüche des Kapitalismus bieten uns Beispiele einer Demokratisierung von Unternehmen, wie sie von der »Reform Plus« Agenda angestrebt werden. Im Silicon Valley geben seit Jahrzehnten immer wieder Gruppen von Softwareentwicklern in großen kapitalistischen Konzernen (IBM, Cisco, Oracle, usw.) ihre Stellung trotz hervorragender Bezahlung auf. Sie verabscheuen, dass ihnen Abteilungsleiter und Chefs sagen, woran sie wie zu arbeiten haben. Sie lehnen die Arbeit in Anzug mit Krawatte, in öden Konzerngebäuden, in Hierarchien usw. ab. Sie sind der Meinung, dass solche Bedingungen ihre Kreativität, ihre Arbeitsproduktivität und ihr physisches Wohlergehen einschränken. Nach der Kündigung sammeln sich kleine Gruppen mit ihren Laptops in der Garage von irgendjemandem und bauen einen neuen Betrieb auf Basis strenger Gleichberechtigung auf: Alle Entscheidungen, woran und wie gearbeitet werden soll, werden kollektiv ge-

fällt. Alle Einkünfte aus dem Verkauf der Software, die sie entwickeln, werden kollektiv verwaltet und verteilt (ein Teil an sie selbst als individuelles Einkommen). Die Nettogewinne nach dem Abzug der individuellen Einkommen und aller anderen Kosten – der Profit – wird mittels gemeinsamer Entscheidungen verteilt, jeder Programmierer verfügt über eine Stimme. Die Stellenbeschreibung aller Programmierer in solchen Betrieben beinhaltet zwei Teile: 1) Montag bis Donnerstag kollektiv definierte Arbeit an Software; 2) Freitags Teilnahme an der kollektiven Entscheidungsfindung, was wie produziert wird und wie die Einkünfte des Betriebes verteilt werden. In solchen Betrieben sind Arbeitende ihre eigene kollektive Konzernleitung geworden und haben das ausbeuterische Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital in Zellenform überwunden. Marxistisch gesprochen haben sie die kapitalistische Klassenstruktur in ihrem Betrieb durch eine kommunaristische (oder kommunistische) Struktur ersetzt. Weil marxistische Ideen in den USA weitgehend aus der Öffentlichkeit und der Lehre verdrängt worden sind, können diese Programmierer und jene Journalisten und Wissenschaftler, die sie beschreiben, keine marxistischen Klassenbegriffe verwenden. Stattdessen sprechen sie von »innovativem Unternehmertum«, einer veränderten *corporate governance*, um die zahlreichen Durchbrüche in der Software- und Computertechnologie zu erklären, die von solchen Betrieben ausgehen. Es handelt sich im Sinne der nicht mehr vorhandenen Fremdausbeutung um nicht-kapitalistische Betriebe – die aber immer noch in einem Umfeld kapitalistischer Marktkonkurrenz agieren müssen.

Eine sozialistische Strategie könnte solche grundsätzlichen Transformationen der Produktionsweise von Betrieben als Keime der von ihr angestrebten weitgehenderen gesellschaftlichen Veränderung anerkennen und das Wissen darüber verbreiten. Dies würde die notwendigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen bereiten, um solche Produktionsweisen zu verbreiten und erfolgreich abzusichern. Eine sozialistische Strategie könnte für alle Arbeitenden fordern, dass sie frei zwischen der Arbeit in kapitalistischen oder solchen nicht-kapitalistischen Betrieben entscheiden können. Eine parallele Forderung könnte für Verbraucher erhoben werden, so dass diese frei entscheiden könnten zwischen Waren, die von traditionellen kapitalistischen Betrieben hergestellt wurden und jenen Waren aus demokratisierten Betrieben. Eine staatliche Finanzierung sollte einen realen Wettbewerb zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Betrieben ermöglichen, um zu sehen, welche Mischung dieser beiden eine demokratische Gesellschaft wählen könnte.

Sozialistische Kräfte stehen vor einer historischen Gelegenheit. Die wiederholten Pendelbewegungen zwischen einem (neo)liberalen und wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismen haben die fatale Anfälligkeit auch des Letzteren vor Augen geführt. Auch die staatssozialistischen bzw. staatskapitalistischen Regime (Resnick/Wolff 2002) sind am Kern einer Demokratisierung von Wirtschafts- und Betriebsleitung vorbei gegangen. Viele Menschen sind bereit und geneigt, Veränderungen zu un-

terstützen, die diese Anfälligkeit überwinden würden. Sie könnten deshalb bereit sein, auf Argumente einzugehen, die für eine Transformation der Unternehmen in der genannten Weise plädieren. Die Große Krise bietet die einmalige Chance, den Alltagsverstand und die eigene Vorstellung von den Begrenzungen der Vergangenheit zu befreien, Fantasie und Projekte zu entwickeln, die weiter treiben, über eine wohlfahrtstaatliche Restauration des Kapitalismus hinaus, Elemente einer anderen, sozialistischen Gesellschaft verankern.

Aus dem Amerikanischen von *Ann Stafford* und *Mario Candeias*

Literatur

- Ackroyd, Stephen, On the structure and dynamics of some small, UK – based information technology firms, in: *Journal of Management Studies*, 32. Jg., H. 2, 1995
- Baker, Dean, *The United States Since 1980*, Cambridge/Mass. 2007
- Berle, Adolphe A., u. Gardiner C. Means, *The Modern Corporation and Private Property*, New York 1932 (verw. Aufl. 1968)
- Burch, Philip H., *Reagan, Bush, and Right-Wing Politics: Elites, Think Tanks, Power and Policy*, New York 1997
- Edwards, Chris, *Entrepreneurial dynamism and the success of U.S. High-Tech*, U.S. Congress, Joint Economic Committee Staff Report, Office of the Chairman, U.S. Senator Connie Mack (October), Washington D.C. 1999
- Freiberger, P., u. M. Swaine, *Fire in the valley: The making of the personal computer*, Berkeley 1984
- Leicht, Kevin T., u. Scott T. Fitzgerald, *Postindustrial Peasants: The Illusion of Middle-Class Prosperity*, New York 2007
- Manley, John, *Marx in America: The New Deal*, in: *Science and Society* (Spring), 2003, 9-38
- McCarty, Nolan, Keith T. Poole u. Howard Rosenthal, *Polarized America: The Dance of Ideology and Unequal Riches*, Cambridge/Mass u. London 2008
- Putnam, Robert D., *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000
- Resnick, Stephen, u. Richard Wolff, *Class Theory and History: Capitalism and Communism in the USSR*, New York u. London 2002
- Saxenian, Annalee, *Regional advantage: Culture and competition in Silicon Valley and Route 128*, Cambridge 1994
- United States, Bureau of Labor Statistics: www.bls.gov
- Westra, Richard, *Globalization and the Pathway to Sociomaterial Betterment*, in: *Review of Radical Political Economics*, 36.Jg., H. 3, 2004, 381-90
- Willis, Jonathan L., u. Wroblewski, Julie, *What Happened to the Gains from Strong Productivity Growth?*, in: *Federal Reserve Bank of Kansas City Economic Review*, 92.Jg., H. 1, 2007, 5-23

Politik und Transformation

Philipp Hersel, Axel Troost

Keynes global – Neuordnung der Finanzmärkte

Die Idee einer International Clearing Union

Angesichts der gewachsenen Akzeptanzprobleme des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus muss die parlamentarische und außerparlamentarische Linke mit einem Zungenschlag auftreten, der sich vom Pseudo-Regulierungsdiskurs der Regierenden erkennbar unterscheidet. Wann, wenn nicht jetzt, ist der geeignete Moment, um eine grundlegende Neuausrichtung und Neuordnung des Finanzsystems zu fordern? In einer solchen Situation braucht die Linke ein griffiges Konzept, um aus dem Nebel der vermeintlichen Handlungsbereitschaft der »Herrschenden« sichtbar herauszustechen. Entsprechende Vorschläge sollten zugleich möglichst konkret sein. Besonders hilfreich sind Vorschläge, die nicht nur die Dominanz der Finanzmärkte zurückdrängen, sondern zugleich wichtige Lösungen für andere Problembereiche aufzeigen, wie z. B. die dramatischen Ungleichgewichte im Welthandel (Stichwort Leistungsbilanzdefizit der USA) und die weltweit ungleiche Verteilung innerhalb der einzelnen Länder und im globalen Maßstab.

Aus all diesen Gründen erscheint uns die Zeit reif und geeignet, über die bisher von der Partei DIE LINKE entwickelten Regulierungsvorschläge hinaus das Modell einer alternativen Finanzordnung vorzuschlagen, das sich in wesentlichen Teilen am Vorschlag von Keynes für eine »International Clearing Union« aus den 1940er Jahren orientiert. Unser Konzept versteht sich nicht als Ersatz oder Alternative zu den vielen wichtigen Einzelforderungen, die wir in der Partei seit längerer Zeit entwickelt haben. Im Gegenteil: Die Grundidee der Clearing Union hat den Charme, dass sie viele unserer Forderungen zu einem stimmigen Gesamtkonzept verbindet, langfristig auf ein gemeinsames Ziel orientiert und damit die Notwendigkeit der kurz- und mittelfristigen Einzelforderungen noch unterstreicht.

Was hat Keynes vorgeschlagen?

1940 wurde John Maynard Keynes von der britischen Regierung beauftragt, ein Modell einer Weltwirtschaftsordnung für die Nachkriegszeit zu entwickeln²³. Durch die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und den Zweiten Weltkrieg war der

23 Keynes hat seine Pläne zwischen 1941 und 1944 auf Anfragen und Bitten v. a. des britischen Schatzamtes (Finanzministeriums) und der Bank of England mehrfach verändert und relativiert (für eine historische Rekon-

internationale Warenverkehr mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Das internationale Finanzsystem war schon wesentlich länger, nämlich seit dem Zusammenbruch des Goldstandards 1914, von Instabilität geprägt und nach dem Ersten Weltkrieg nur notdürftig wieder hergerichtet worden. Basierend auf den Erkenntnissen seiner wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit entwickelte Keynes das Modell einer International Clearing Union (ICU), die auf drei Grundelementen beruhen sollte.

Verrechnung in Weltwährung: Jedes Land sollte bei einer neu geschaffenen internationalen Clearing Stelle ein Konto unterhalten, über das alle seine Zuflüsse und Abflüsse im Rahmen der Außenwirtschaftsbeziehungen abgewickelt und registriert würden. Als Verrechnungseinheit dieser Konten sollte eine neue internationale Währung namens Bancor dienen, die eigens als von den nationalen Währungen unabhängige Weltwährung geschaffen worden wäre. Damit wäre eine wichtige Schwachstelle aller bisherigen Weltwährungssysteme überwunden worden, die immer unter der Vorherrschaft der Währung des jeweils dominierenden Landes (bis dahin v.a. des Pfund Sterling, seitdem der US-Dollar) standen bzw. stehen.

Freier Handel, kontrollierter Kapitalverkehr und Spielräume für die Wirtschaftspolitik: Das System sollte den Welthandel beleben, aber zugleich den nationalen Regierungen wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume lassen. Um mehr Planungssicherheit im Außenhandel zu gewährleisten, sollten die Wechselkurse aller Währungen in einem festen, aber mittelfristig anpassungsfähigen Verhältnis zum Bancor fixiert werden. Im Sinne wirtschaftspolitischer Spielräume sollte jedes Land zugleich die Souveränität über die eigene Geld- und Fiskalpolitik behalten, um nach eigenem Ermessen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung fördern zu können. Bei festen Wechselkursen und unterschiedlichen nationalen Geldpolitiken, d. h. Zinssätzen, durfte internationaler Kapitalverkehr nur stark eingeschränkt zugelassen werden. Andernfalls hätten die Ersparnisse aller Länder immer im Land mit den höchsten Zinsen angelegt werden können, was zu dramatischen Kapitalbewegungen bei Veränderungen der Zinssätze geführt hätte. Die ICU war damit das genaue Gegenteil des Goldstandards, bei dem zwar freier Kapitalverkehr herrschte, dafür aber das Geldangebot nicht von der Geldpolitik einer Zentralbank abhing, sondern sich ausschließlich aus dem Import und Export von Gold ergab.²⁴

struktion vgl. Keynes 1980). In seinen ersten »Proposals for an International Currency Union« (vgl. Keynes 1980, 33 ff.) vom 8.9.1941 waren für die Gläubigerstaaten noch stärkere Sanktionen vorgesehen als in dem ab Ende Januar 1942 als offizielles Diskussionspapier des Schatzamtes kursierenden »Plan for an International Currency (or Clearing) Union« (108 ff.). Dieser Plan wurde ab August 1942 in leicht veränderter Form als Vorlage Großbritanniens in die Verhandlungen mit den USA eingebracht (168 ff.), bei denen Keynes als Verhandlungsführer Großbritanniens jedoch in wichtigen Punkten den USA unterlag. Die Verhandlungen wurden schließlich bei einer Konferenz in amerikanischen Bretton Woods 1944 abgeschlossen und endeten mit der Gründung des IWF und der Weltbank, dem sog. System von Bretton Woods.

24 Beim Goldstandard muss das umlaufende Geld in einem bestimmten Verhältnis durch Gold gedeckt sein. Um die Geldmenge auszuweiten, musste vorher Gold importiert werden. Da im internationalen Geschäft mit Gold bezahlt wurde, konnten sich Goldimporte nur aus einem Handelsbilanzüberschuss ergeben. Eine genauere Darstellung des Goldstandards und viele Hintergründe zur Rolle von Wechselkursen für die wirtschaftliche Entwicklung finden sich in Hersel/Craffonara (2006).

Sanktionen für Überschussländer: Als drittes – und mit Blick auf das in Deutschland dominierende Leitbild vom »Exportweltmeister« besonders wichtiges – Grundelement war ein Sanktionsmechanismus für Handelsbilanzungleichgewichte vorgesehen. Ein Land mit lang anhaltenden Handelsbilanzdefiziten landet unweigerlich in einer Schuldenkrise. In der jüngeren Geschichte, und insbesondere seit Beginn der Internationalen Schuldenkrise der sog. Entwicklungsländer Anfang der 1980er Jahre, mussten sich die Schuldnerländer den sog. Strukturanpassungsprogrammen des IWF unterwerfen. Dazu gehörten in der Regel eine scharfe Sparpolitik des Staates, eine Abwertung der heimischen Währung zur Förderung des Exports und ein Ausverkauf der inländischen Industrie ans Ausland, um damit Devisen einzunehmen. Im Zentrum des Krisenmanagements standen ausschließlich die Schuldner, nie die Gläubiger. Die Handelsüberschüsse der Gläubigerländer sind aber zwangsläufig die Handelsbilanzdefizite der Schuldner, denn die Summe aller Handelsbilanzsalden auf der Welt ist definitionsgemäß null. Wenn also die Schuldner ihre Schulden zurückzahlen sollen, dann müssen auch die Gläubiger bereit sein, auf Handelsüberschüsse zu verzichten. Genau in diesem Sinne sah die ICU ein symmetrisches, auf den Ausgleich beider Seiten gerichtetes System vor. Das System der ICU »unterscheidet sich in einem wichtigen Aspekt vom Vorkriegssystem, denn es bürdet sowohl dem Gläubiger- als auch dem Schuldnerland einen Teil der Verantwortung für die Anpassung auf. [...] Das Ziel besteht darin, dem Gläubiger nicht zu erlauben, einfach passiv zu bleiben. Denn wenn er dies tut, wird dem Schuldner, der ohnehin schon aufgrund der Schulden in einer schwächeren Position ist, eine untragbar große Last auferlegt« (Keynes 1980, 117, Übersetzung d. Verf.). Die Länder mit einem Handelsüberschuss hätten am Jahresende auf ihrem Konto bei der ICU ein Guthaben, die Konten der Länder mit Handelsdefizit ein Soll ausgewiesen. Statt aber, wie allgemein üblich, ein Guthaben mit Habenzinsen und ein Soll mit Sollzinsen zu belegen, sollte genau das Gegenteil der Fall sein. Überschüsse, d. h. Guthaben bei der ICU, wären ebenso wie die Defizite durch eine progressive Strafsteuer entwertet worden, so dass im System eine Tendenz zum Gleichgewicht eingebaut gewesen wäre. Außerdem wollte Keynes Obergrenzen für die Guthaben bei der ICU festlegen. Ein Land hätte auf diese Weise bei der Clearing Union maximal Guthaben bis zur Summe seiner durchschnittlichen jährlichen Im- und Exporte ansammeln dürfen. Darüber hinausgehende Guthaben wären automatisch enteignet und den Währungsreserven der ICU zugeführt worden. Natürlich wäre es nur extrem selten soweit gekommen, denn solche Handelsgeschäfte hätten für das exportierende Land ökonomisch keinen Sinn gemacht. Extreme Gläubigerpositionen hätten so gar nicht erst entstehen können und die Summe der weltweiten Auslandsschulden (d. h. der Defizite bei der ICU) wäre zugleich begrenzt worden.

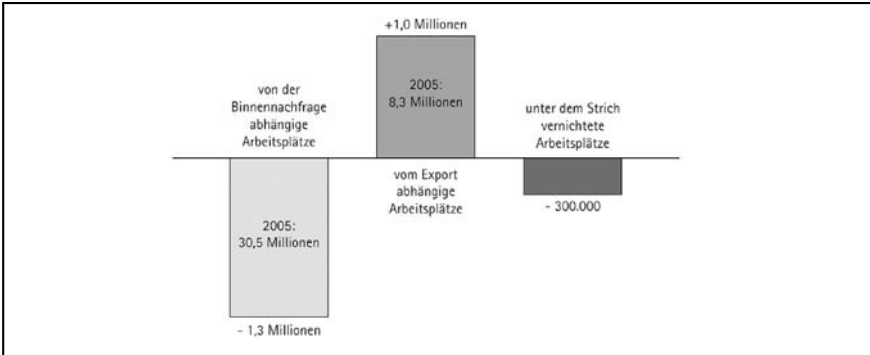
Keynes hatte darüber hinaus ein Bündel von wirtschaftspolitischen Sanktionen vorgesehen, die je nach Umfang der Abweichung eines Landes vom Gleichgewicht zur Anwendung gekommen wären. Die Sanktionen für die Schuldner wären

den oben beschriebenen Strukturanpassungsprogrammen teilweise ähnlich gewesen. Keynes hatte aber auch, ganz im Sinne eines gleichgewichtigen Systems, Strukturanpassung auch für die Gläubiger vorgesehen. So hätte ein Überschussland z. B. durch Fiskalpolitik die Gesamtnachfrage und damit auch die Nachfrage nach Importen steigern sollen. Eine andere Maßnahme wären deutliche Lohn-erhöhungen gewesen, denn auch sie stärken die Nachfrage (nicht nur) nach Importen und senken die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf ein für den Rest der Welt erträgliches Maß.

Die Clearing Union im globalen Kapitalismus denken

Um die Tragweite der ICU zu begreifen, muss sich nochmals vor Augen geführt werden, dass ein Exportüberschuss nicht anderes als der Export von Arbeitslosigkeit ist. Ein Land strebt einen Exportüberschuss an, weil es dann mehr produzieren (und damit Menschen beschäftigen und Einkommen erzielen) kann, als es aus eigener Kraft konsumiert. Das ist vor allem für die Unternehmen attraktiv. Sie müssen nicht so hohe Löhne zahlen, wie nötig wären, damit Lohnabhängige gesamtwirtschaftlich betrachtet auch das kaufen können, was sie selbst produzieren. Deutschland ist ein Paradebeispiel für diese Strategie. Die Binnennachfrage in Deutschland ist wegen der extrem langsam steigenden und real (d. h. um die Inflation bereinigt) teilweise sogar fallenden Löhnen sehr schwach. Dennoch konnte die Wirtschaft (und das heißt in Deutschland v. a. der Gewinn der Unternehmen) wachsen, weil Deutschland (von den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung abgesehen) immer einen riesigen Exportüberschuss erwirtschaftet hat. Die abhängig Beschäftigten haben davon wenig gehabt. Zwar schafft der Exportüberschuss Arbeitsplätze in der Exportindustrie, dafür ist aber immer weniger in der Lohntüte. Niedrige Löhne wiederum bedeuten niedrigen Konsum und kosten so in der Binnenwirtschaft Arbeitsplätze. Hunderttausende Arbeitsplätze sind in Deutschland seit den 1990er Jahren durch die Exportorientierung bzw. die Lohnzurückhaltung im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland verloren gegangen. Vorsichtige Schätzungen gehen allein für den Zeitraum 2000-2005 von netto 300 000 vernichteten Arbeitsplätzen aus (vgl. Abbildung 1).

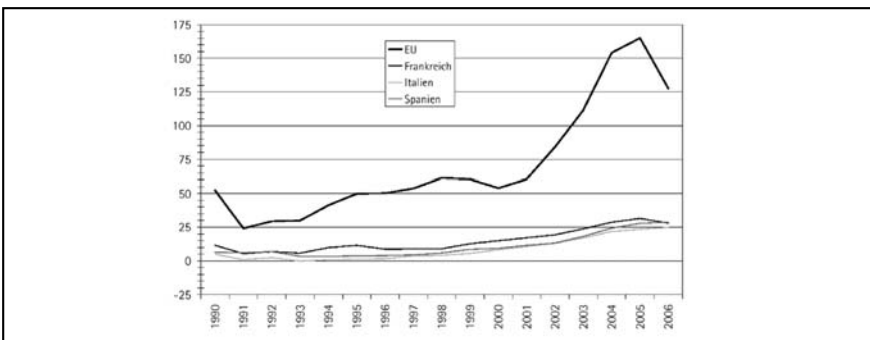
Abbildung 1: *Exportboom – Minus für Arbeitsplätze*



Quelle: Statistisches Bundesamt: Konjunkturmotor Export, Mai 2006, Grafik: ver.di

Die dadurch entstandenen Arbeitsplätze in der Exportindustrie bedeuten zugleich mehr Arbeitslose im Ausland. Da Deutschland seinen Exportüberschuss hauptsächlich gegenüber anderen europäischen Ländern erzielt, fallen auf diese Weise vor allem Arbeitsplätze in Frankreich, Italien und Spanien weg (vgl. Abbildung 2). Gegenüber vielen Entwicklungsländern verzeichnet Deutschland ebenfalls einen Exportüberschuss. Gegenüber Lateinamerika belief sich der Überschuss 2006 auf über 6,4 Mrd. Dollar²⁵, gegenüber Afrika auf 5,6 Mrd. Dollar (siehe Abbildung 3). Den größten Überschuss gegenüber einer Entwicklungsregion erzielt Deutschland gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (13,7 Mrd. Dollar).²⁶

Abbildung 2: *Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Europa 1990-2006 (in Mrd. Dollar)*

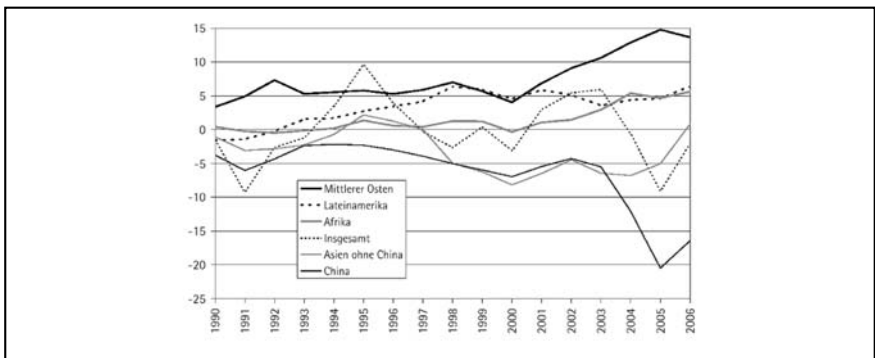


25 Die Überschüsse sind hier in US-Dollar angegeben, da die für einen internationalen Vergleich notwendigen Statistiken des IWF in Dollar geführt werden. Alle Zahlen zu Handelsbilanzen IWF (2007).

26 Das würde man zwar aufgrund von Ölimporten kaum erwarten, die Mehrheit der deutschen Ölimporte kommt aber aus Russland, Großbritannien, Norwegen und Libyen.

Deutschland ist allerdings nicht das einzige Industrieland mit Überschüssen gegenüber Peripherieländern. Frankreich hat ebenfalls große Überschüsse gegenüber Afrika (7,2 Mrd.), Japan hat noch größere gegenüber Lateinamerika (14,9 Mrd., alle Zahlen für 2006). Ein fast ebenso großes Handelsbilanzdefizit hat Lateinamerika auch gegenüber China (13,7 Mrd. im Durchschnitt 2004-2006). Das afrikanische Defizit gegenüber China betrug durchschnittlich knapp zwei Mrd.

Abb. 3: Handelsbilanz der Bundesrepublik gegenüber Peripherien 1990-2006 (in Mrd. Dollar)



Im Hinblick auf die Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts und die Herausforderungen der Entwicklungsfinanzierung hat der Vorschlag der Clearing Union nicht nur aufgrund ausgewogenerer Handelsströme und einer Besserstellung der Schuldnerländer großen Charme. Mit einer wachsenden Weltwirtschaft entsteht notwendigerweise Bedarf nach mehr internationaler Liquidität. Eine ICU müsste, wie eine nationale Zentralbank, regelmäßig zusätzliches Geld in Umlauf bringen, um Deflation zu verhindern. Die ICU könnte zu diesem Zwecke z. B. regelmäßig den Peripherieländern nach einem bestimmten Schlüssel die neu zu schaffende Geldmenge als Guthaben auf ihren Konten gutschreiben, die Seignorage-Gewinne²⁷ kämen somit der Entwicklungsfinanzierung zugute. Das Geld käme in Umlauf, indem die Peripherieländer in entsprechendem Maße z. B. zusätzliche Investitionsgüter importieren, um eine nachholende Industrialisierung zu befördern.

27 Als Seignorage-Gewinne bezeichnet man die Gewinne von Zentralbanken, die aus der Ausgabe (dem »Drucken«) zusätzlichen Geldes entstehen.

Zu den Realisierungschancen einer Clearing Union

Eine ICU bedeutet zweifellos einen radikalen Bruch mit der Praxis des heutigen Weltwirtschaftssystems und scheint von daher natürlich weit weg von jeglicher Realisierungschance. Sie liefert aber – im Gegensatz zu den im etablierten Raum diskutierten Reformvorstellungen²⁸ – eine Antwort auf zwei der dringendsten Probleme: auf das notorische US-Handelsbilanzdefizit und auf den Entwertungsdruck des Dollar. Nicht von ungefähr gilt das US-Haushaltsdefizit als schwerwiegendes weltwirtschaftliches Risiko. Die USA selbst dürften v. a. ein Interesse daran haben, ihr massives Handelsdefizit gegenüber China zu begrenzen. China betrachtet seinerseits den fallenden Dollar als eine große Bedrohung seiner in den vergangenen Jahren aufgehäuften Devisenreserven. Das exportorientierte Deutschland ist zweifellos an einem Stopp des Dollarverfalls und stabileren Wechselkursen gelegen, während die anderen europäischen Länder im System einer Clearing Union deutlich bessere Chancen hätten, ihr Handelsdefizit gegenüber Deutschland zu verringern. Gerade die Eurozone wäre daher gut beraten, sich Alternativen zum derzeitigen Wachstums- und Stabilitätspakt unter dem monetaristischen Diktat der Europäischen Zentralbank zu überlegen. Denn die Handelsbilanzungleichgewichte, gerade innerhalb der Europäischen Währungsunion, und die mit ihnen einher gehenden Arbeitsplatzverluste in Frankreich, Italien und Spanien stellen eine ernsthafte Bedrohung für die weitere politische und wirtschaftliche Annäherung und Integration in Europa dar. Auch innerhalb Deutschlands kann es Gewinner geben: Eine ICU auf europäischer Ebene würde den Lohnabhängigen in Deutschland, die in den letzten 15 Jahren von »Lohnzurückhaltung« gebeutelt wurden, endlich wieder ernsthafte Reallohnzuwächse in Aussicht stellen.

Diesen Vorzügen stehen in den betreffenden Ländern natürlich auch entgegen gesetzte Anreize und Interessen gegenüber, die die Chancen einer Realisierung eher gering erscheinen lassen. So müssten z. B. China und Deutschland ihre Exportorientierung deutlich bremsen und die USA den Dollar als »ihr« Weltgeld aufgeben. Nicht nur die deutsche Exportindustrie und die US-Finanzwirtschaft werden sich daher mit aller Kraft gegen eine Clearing Union stemmen, auch zwischen den Beschäftigten des Exportsektors und denen der Binnenökonomie in Deutschland gibt es Zielkonflikte, die wir nicht kleinreden dürfen. Gerade das Szenario einer möglichen Ablösung des Dollars durch den Euro als Weltleitwährung oder die Konkurrenz von Leitwährungen enthält aber auch ein gutes Argument: Wenn die USA in eine multilaterale Weltwährung Bancor einwilligen, bleibt ihnen der Euro als Weltgeld oder Konkurrent erspart, auf den sie noch viel weniger Einfluss hätten als auf den Bancor. Gleichzeitig scheut Euroland die Übernahme der Welt-

²⁸ Leider hat sich daran seit April 2008, als wir diesen Vorschlag formulierten, nichts geändert. Die Probleme notorischer Leistungsbilanzungleichgewichte und der Währungsinstabilitäten sind auch beim Weltfinanzgipfel der G20 im November 2008 nicht einmal angesprochen worden, obwohl seit Oktober auch von offizieller Seite gelegentlich von der Notwendigkeit eines »Neuen Bretton Woods« gesprochen wurde.

geldfunktion durch den Euro, denn zum jetzigen Zeitpunkt wäre damit zweifellos eine noch viel weitergehendere Aufwertung des Euro verbunden. – Als nicht zu verachtendes Moment für die Chancen einer ICU sei noch darauf hingewiesen, dass aus zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kreisen die keynesische Clearing Union in den letzten Jahren wieder verstärkt ins Gespräch gebracht wurde, so z. B. von George Monbiot (2003), Susan George (2007), Herbert Schui (2007), Lilia Costabile (2007), Jörg Bibow (2008) und Pietro Alessandrini und Michele Fratianni (2008).

Sich auf den Weg machen – Katalysatoren der Veränderung

Auch wenn die ICU aufgrund der genannten weltwirtschaftlichen Turbulenzen und Ungleichgewichte ein schon beinahe realpolitischer Vorschlag ist, wird es wohl bestenfalls zu einer graduellen Entwicklung in diese Richtung kommen. Dabei könnten viele der in den vergangenen Jahren immer wieder ins Spiel gebrachten Vorschläge wie z. B. die Tobin-Steuer, Wechselkurs-Zielzonen, Kapitalverkehrskontrollen und ein internationales Insolvenzrecht wichtige Katalysatorfunktionen übernehmen. Die *Tobin-Steuer* ist eine Umsatzsteuer auf Devisentransaktionen. Bei jedem Umtausch von Geld von einer Währung in eine andere würde eine geringe (z. B. 0,5-1 prozentige) Steuer auf die umgesetzte Summe fällig. In den letzten Jahren wurden pro Börsentag durchschnittlich Devisen im Wert von ca. 2 000 Mrd. Euro umgetauscht. Die meisten dieser Umsätze sind kurzfristiger Natur, ca. 70 Prozent werden schon innerhalb einer Woche wieder zurück getauscht oder in eine dritte Währung gewechselt. Je häufiger ein Anleger sein Kapital von einer Währung in eine andere wechselt, desto stärker wird er von der Tobin-Steuer betroffen. Einmalige oder langfristige Aktivitäten wie z. B. die Abwicklung des Welthandels oder internationaler Direktinvestitionen hingegen werden nur relativ unerheblich durch die Tobin-Steuer beeinflusst. Die Tobin-Steuer würde im Ergebnis die Umsätze auf den Devisenmärkten deutlich reduzieren und damit Kapitalbewegungen und Wechselkursveränderungen erheblich entschleunigen.²⁹ Das würde es den Zentralbanken erleichtern, durch abgestimmte Devisenmarkt eingriffe die Wechselkurse zu stabilisieren.

Letzteres könnte in einem System von *Wechselkurs-Zielzonen* umgesetzt werden. Dabei würden sich Zentralbanken, beginnend mit den Zentralbanken der wichtigsten Währungen US-Dollar, Euro und Yen, auf bestimmte Zielkorridore einigen, innerhalb derer die Währungen untereinander schwanken dürften. Sobald eine Währung an den Rand des Korridors stößt, müssten die Zentralbanken gemeinsam durch An- bzw. Verkauf der jeweiligen Währung dafür sorgen, dass der

²⁹ Weitere Hintergründe zur Tobin-Steuer finden sich z. B. bei Spahn (2002), Jetin/Denys (2005), Spratt (2006). Die Idee der Tobin-Steuer ist inzwischen mit Vorschlägen zur Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer kombiniert und zur Forderung nach einer umfassenden »Finanztransaktionssteuer« integriert worden.

Wechselkurs innerhalb des Korridors bzw. der Zielzone bleibt. Die Zielkorridore könnten dabei entweder als gleitender Durchschnitt der Vergangenheit (z. B. Abweichung von maximal drei Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen drei Monate) oder durch politische Vereinbarung definiert werden. Paul Bernd Spahn hat den Vorschlag der Tobin-Steuer dahingehend weiterentwickelt, dass er ähnlich wie eine Zielzone wirkt. In seiner für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verfassten Studie schlägt er vor, dass ab einer bestimmten prozentualen Schwankung des Wechselkurses (d. h. bei Verlassen eines Zielzonenkorridors) die Umsatzsteuer drastisch bis auf 100 Prozent ansteigen sollte (Spahn 2002). Sobald der Wechselkurs dann an den Rand dieser Schwankungsbreite käme, fänden praktisch keine Umsätze mehr statt, bis sich die Lage wieder entspannt habe.

Die Tobin-Steuer (inkl. Spahn-Erweiterung) und Wechselkurs-Zielzonen sind also gleichermaßen gut geeignet, einer ICU den Weg zu bereiten. Ähnliches gilt für den Vorschlag eines Internationalen *Insolvenzrechts für Staaten*. Da die Clearing-Union Ober- und Untergrenzen für die Verschuldung der einzelnen Länder vorsieht, müssten die Auslandsschulden (und damit auch die Guthaben der Gläubigerländer) zuvor auf ein ökonomisch verträgliches Maß reduziert werden. Mit diesem Ziel wird von UN-Institutionen, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen aus Nord und Süd seit Jahren ein Internationales Insolvenzrecht für Staaten gefordert. Statt bislang der Willkür der Gläubiger ausgeliefert zu sein, soll ein paritätisch von Gläubiger- und Schuldnerseite besetztes Schiedsgericht über die notwendige Entschuldung entscheiden. Ähnlich einer Verbraucherinsolvenz dürfte das zum Überleben und für die Gewährleistung der politischen und sozialen Menschenrechte notwendige Existenzminimum eines Schuldnerlandes dabei nicht angetastet werden. Die Legitimität der Schulden müsste ebenfalls geprüft werden. Ziel muss es sein, dem Schuldnerland einen wirtschaftlichen Neuanfang zu ermöglichen (vgl. Fritz/Hersel 2002). – Tobin-Steuer, Wechselkurs-Zielzonen und Internationales Insolvenzrecht wären natürlich auch für sich selbst genommen wichtige Beiträge zu einem stabileren und gleichgewichtigeren Finanzsystem. Keynes Vorschlag der ICU indes bietet die besondere Chance, all diese sinnvollen Bausteine als Etappenziele und Katalysatoren zu begreifen, die mit einer Internationalen Clearing Union in ein ökonomisch stimmiges und zugleich sozial verträglicheres Finanz- und Handelssystem münden.

Resümee: Eine verbindende und längerfristige Perspektive

Die Linke muss auf die aktuelle Finanzkrise über Einzelforderungen hinaus eine längerfristige Perspektive für ein grundlegend anderes internationales Finanzsystem entwickeln. Der Vorschlag von Keynes für eine Internationale Clearing Union bietet dafür eine hervorragende Vorlage. Das Konzept der Clearing Union

bietet Lösungsansätze für eine Vielzahl von Problemen, nimmt bestehende Forderungen auf und verdichtet sie.

Die ICU

- ist geeignet, die Macht der liberalisierten Finanzmärkte deutlich zurückzustützen;
- bietet einen globalen Rahmen für den schon lange geforderten Paradigmenwechsel von der Export- zur Binnenorientierung in Deutschland; sie widerlegt die ewigen Vorwürfe, eine Orientierung auf den Binnenmarkt sei angesichts der Globalisierung ökonomisch von gestern und beweist die internationalistische Dimension der Binnenorientierung;
- leistet durch feste Wechselkurse, eine unabhängige Weltwährung und ihr symmetrisches Sanktionssystem für Überschuss- und Defizitländer einen großen Beitrag zu weltwirtschaftlicher Stabilität;
- schafft durch diese Stabilität, durch die Sanktionen für die Gläubiger und durch die Seignorage-Gewinne des Bancor ökonomische und finanzielle Spielräume für Peripherieländer und leistet so einen Beitrag zur Überwindung des Nord-Süd-Konflikts;
- ermöglicht durch die gesteigerten wirtschafts- und fiskalpolitischen Spielräume eine aktive Umverteilungspolitik von »oben« nach »unten«;
- bietet – als Europäische Clearing Union (ECU) auf EU-Ebene gedacht – eine Alternative zum Europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt und entgeht daher von vornherein dem Argument, die USA würden bei einer ICU ohnehin nicht mitspielen. Als ECU könnte sie ein schlagkräftiges gemeinsames Projekt der europäischen Linken werden und sich im Fall der Umsetzung auf der europäischen Ebene als globales Modell durchsetzen;
- bringt bestimmte Interessen vieler Menschen in den Peripherieländern mit den Interessen der abhängig Beschäftigten in Deutschland zusammen;
- hat mit Keynes als gedanklichem Vater ein erhebliches Maß an ökonomischer Seriosität im Rücken; kaum jemand wird sich trauen, die Idee kurzerhand als Hirngespinnst ökonomischer Spinner vom Tisch zu wischen;
- ist trotzdem übersystemisch angelegt und keineswegs auf einen Verbleib im Kapitalismus angewiesen; sie hat daher Chancen, von einem breiten Spektrum innerhalb der Linken unterstützt zu werden.

Die weitere Entwicklung der Krise wird zeigen, ob und wo sich die Idee einer International Clearing Union in die Reformdebatte einspeisen lässt. Sicher aber ist, dass dies nur durch ein Zusammenspiel verschiedenster Akteure innerhalb und außerhalb des Parlaments, und nur durch ein gleichzeitiges Vorantreiben in einer Vielzahl von Ländern, gelingen kann. Der Problemdruck ist da – nutzen wir ihn.

Literatur

- Alessandrini, Pietro, u. Michele Fratianni, Resurrecting Keynes to revamp the International Monetary System, 2008, <http://dea.univpm.it/quaderni/pdf/310.pdf>
- Bibow, Jörg, Global Imbalances, Bretton Woods II, and Euroland's Role in All This, in: J. Bibow u. A. Terzi (Hg.), Euroland and the World Economy: Global Player or Global Drag?, New York 2007
- Costabile, Lilia, Current Global Imbalances and the Keynes Plan, Working Paper Series Nr. 156, PERI, University of Massachusetts, Amherst 2007
- Fritz, Thomas, u. Philipp Hersel, Das Kartell der Gläubiger aufbrechen. Faire und Transparente Schiedsverfahren. Neue Wege zur Lösung von Schuldenkrisen, BLUE 21/Misereor, Berlin-Aachen 2002
- George, Susan, Zurück zu Keynes in die Zukunft, in: Le Monde Diplomatique vom 12.1.2007
- Hersel, Philipp, u. Daniel Craffonara, Wenn der Peso purzelt. Die Auswirkungen des internationalen Währungssystems für die Entwicklungsländer, BLUE 21, Berlin 2006
- IWF, Direction of Trade Statistics, Washington D.C. 2007
- Jetin, Bruno, u. Lieven Denys, Ready for Implementation – Technical and Legal Aspects of a Currency Transaction Tax and its Implementation in the EU, hgg. v. Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (weed), Berlin 2005
- Keynes, John Maynard, Activities 1940-1944: Shaping the Post-War World: The Clearing Union, in: The collected writings of John Maynard Keynes, Vol. XXV, London-Cambridge 1980
- Monbiot, George, United People – Manifest für eine neue Weltordnung, München 2003
- Schui, Herbert, Mit Keynes gegen den Klimawandel, in: Financial Times Deutschland vom 10.7.2007
- Spahn, Paul Bernd, Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer, Gutachten im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn 2002
- Spratt, Stephen, An Euro Solution – Implementing a levy on euro transactions to finance international development, Intelligence Capital Limited, 2006

Realistischer Radikalismus

Positionierung emanzipatorischer Politik in der kommenden Reformperiode

Es zeichnet sich ein Konsens ab: Der Zusammenbruch des Finanzsystems markiert den Bankrott des herrschenden ökonomischen Paradigmas. Wenngleich es immer schwer ist, Fehler einzugestehen – besonders für Politiker –, geben diese in der Praxis die neoliberalen Konzepte zunehmend auf. Im Zuge der Krisenbewältigung manifestiert sich eine grundlegende Wende. Über Nacht werden geheiligte Prinzipien über Bord geworfen, als hätten sie nie existiert. Der Staat muss die Märkte retten. Kaum jemand beschwert sich über weitreichende Staatsinterventionen, bis hin zur Frage der Leitung der Banken und der Gehälter des Topmanagements. Großbritannien hat die Hälfte seines Bankensystems verstaatlicht, die USA große Teile der Immobilienfinanzierung. Niemand redet mehr von *moral hazard*, dem Risiko, dass Unternehmen, die vom Staat herausgehauen wurden, sich darauf dann auch in Zukunft verlassen. In der EU fielen die Dogmen der Maastricht-Kriterien in sich zusammen, als hätte es sie nie gegeben. Der IWF vergibt Rettungspakete fast ohne Auflagen. Die Zentralbanken der westlichen Staaten beginnen, ihre Politik zu koordinieren. Im Fall der gemeinsamen Zinssenkung war sogar die chinesische Zentralbank einbezogen. Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft, die kurz zuvor noch als altmodischer und unwirksamer Keynesianismus abgetan worden wären, blühen überall auf. Der Staat ist zurück, Regulierung hat ihr Comeback. Ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch eine andere Art der Wohlstandsverteilung wieder auf die politische Agenda rückt?

Kosmetik oder substanzielle Reformen?

Noch im November 2008 lud der scheidende US-Präsident Bush die Staatschefs der G-20 zu einem Treffen nach Washington. IWF-Chef Strauss-Kahn, der französische Präsident Sarkozy und der britische Premierminister Brown wollen eine Art Bretton Woods 2.0. Neben den G-7 sind Länder wie China, Indien, Brasilien, Indonesien, Argentinien, Mexiko, Russland und Südafrika Mitglied der G-20. Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt in diesen Schwellenländern – und die Hälfte der absolut Armen. Es wäre daher vereinfacht, würde man mit den G-20 genauso umgehen wie mit den G-7. Dennoch haben Teile der globalisierungskritischen Bewegungen gegen das Treffen demonstriert. Sie argumentieren, der IWF

sei in den letzten 30 Jahren ein Schlüsselakteur bei der Durchsetzung des neoliberalen Projekts gewesen. Die Brandstifter der Vergangenheit sollten jetzt nicht Leitung der Feuerwehr sein, noch die Architekten einer neuen Finanzordnung. Schließlich ist wahr, dass die Debatten um eine neue Finanzarchitektur bereits nach der Asienkrise aufgekommen waren – und nichts ist geschehen. Viele Vertreter der zivilgesellschaftlichen Bewegungen argumentieren auch, die Eliten würden nur nach kosmetischen Veränderungen suchen, um das Kasino nach einer Weile weiter zu betreiben. Wir sollten uns jedoch daran erinnern, dass auch der von Roosevelt initiierte und unter der Hegemonie der US-Eliten durchgesetzte New Deal eine substantielle Reform darstellte, die zwar nicht den Kapitalismus als solchen abschaffte, aber doch eine von der vorherigen und nachfolgenden Periode deutlich unterschiedliche Form des Kapitalismus hervorgebracht hat. Die Krise der 1930er Jahre war, ebenso wie die gegenwärtige Krise, nicht so sehr der Effekt von Protest, des Drucks sozialer Bewegungen oder von Klassenkämpfen, sondern Ergebnis innerer systemischer Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie im allgemeinen und des Finanzsystems im besonderen. Mit seinen Reformen »von oben« reagierte Roosevelt auf diese Krise und veränderte die Gesellschaft – mit weit reichenden geschichtlichen Folgen. Eine wichtige politische Motivation war dabei, die Sowjetunion und die starken linken politischen Kräfte Europas daran zu hindern, noch größeren Einfluss zu gewinnen. Zu Beginn des 21. Jh. ist ein ähnlicher Faktor wirksam: Das chinesische Modell des Kapitalismus dient, ob es uns gefällt oder nicht, vielen Ländern der Peripherie als Vorbild.

Der New Deal kam für die Arbeiterbewegung und die Linke in Europa völlig unerwartet. Während sie darauf hoffte, dass der Kapitalismus unter seinen eigenen Widersprüchen zusammenbrechen würde oder für die Revolution kämpften, hatten sie die Fähigkeit der Eliten zu substantiellen Reformen, die Regenerations- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus an die neue Situation vollkommen unterschätzt. Es geht nicht darum, den New Deal zu verklären oder sich die Vergangenheit zurück zu wünschen, sondern darum, die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit des Kapitalismus nicht zu unterschätzen. Es ist zu früh, um einschätzen zu können, ob Obama der Roosevelt des 21. Jh. sein wird. Aber wir können diese Möglichkeit nicht ausschließen. Wenn er klug ist, wird er wissen: Die einzige Chance der USA, ihren Status als führende Supermacht nach dem politischen, wirtschaftlichen und moralischen Niedergang der Bush-Ära zu halten, besteht in substantiellen Reformen, nicht nur des Finanzsektors.

Determinanten des Wandels

Niemand kann die Zukunft voraussagen. Insofern sind weder substantielle Reformen noch bloße Augenwischerei sicher vorherzusagen. Aber wir können die gegenwärtig wirkenden Faktoren unter die Lupe nehmen, die mögliche Pfade in die

Zukunft beeinflussen. Die Zukunft ist nicht vollständig kontingent. Einige starke Determinanten weisen in Richtung auf substanziellen Wandel. Blicken wir auf wichtige Umbrüche des Kapitalismus in der Vergangenheit, auf den New Deal oder Bismarcks Reformen am Ende des 19. Jh., die Periode der Volksfront in Frankreich, dann war der Druck neuer und weitreichender Probleme die entscheidende Triebkraft dieser Umbrüche. Dieser Druck vermag traditionelle Denkweisen und Einstellungen, selbst der Eliten, zu verändern. Normalerweise ist dieser Prozess begleitet von einem Bruch zwischen den Fraktionen der herrschenden Kräfte und einem Kampf um die Hegemonie über die Reformen. Genau solche Brüche sind zu Beginn des 21. Jh. aufgebrochen, nicht nur zwischen Neocons und eher Reformbereiten innerhalb der USA. Vielmehr gibt es auch vielfältige Bruchlinien zwischen der EU oder zumindest *Old Europe* und Bushs USA, zwischen China sowie anderen aufstrebenden Märkten einerseits und dem Westen andererseits.

Das Versagen des neoliberalen Akkumulationstyps

Das Hauptproblem der westlichen Eliten ist, dass das neoliberale System eine geordnete und stabile Akkumulation nicht zu gewährleisten vermag. Es hat sich als langfristig unmöglich erwiesen, ein Wachstum zu generieren, das durch stetig wachsende Schulden, mittels zahlreicher ausgefeilter Tricks – von »innovativen« Instrumenten wie den CDSs (*credit default swaps*, Absicherungen gegen Kreditausfallrisiken) und den CDOs (*collateralised debt obligations*, besicherte Schuld-Anleihen) über unbeschränkte Hebel im Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital, Baisse- und andere Arten von Spekulation bis zu neuen Institutionen wie den Hedge Fonds usw. – stimuliert wird. Das Ponzi-Spiel funktioniert nicht mehr und einige seiner größten »Spieler«, die Investment-Banken, sind bereits Geschichte. Die Eliten hätten, zumindest einige Zeit, mit den negativen Auswirkungen ungleicher Verteilung, mit einem gewissen Grad an Unruhe im Zentrum des Systems, besonders in Europa, mit Streiks, mit dem Aufstieg sozialer Bewegungen, mit Protest und mit der Niederlage der ultraliberalen europäischen Verfassung leben können. All das war nicht wirklich bedrohlich für sie. Was sie aber nicht hinnehmen können, ist eine so umfangreiche Vernichtung ihrer Vermögenswerte, schrumpfende Profite, Instabilität, Unsicherheit, Finanzturbulenzen und Rezession. Die USA kann zudem die weitere Erosion des Dollars nicht länger hinnehmen, der Leitwährung, die eine der wichtigsten Stützen ihrer hegemonialen Position ist. Die Krise hat die USA wirtschaftlich und moralisch geschwächt.

Anforderungen an eine neuen Ordnung

Nicht minder als der Druck durch das Versagen des neoliberalen Akkumulationstyps werden die Anforderungen an eine neue Ordnung die Eliten in eine be-

stimmte Richtung zwingen. Folgende Themen – hier skizzenhaft und unsystematisch dargestellt – werden auf uns zukommen:

a) Da die Blase geplatzt ist, stellt sich die zentrale Frage: Woher sollen neue Wachstumsanreize kommen? Wenn kein Wunder geschieht, sind die einzigen Kandidaten die Nachfrageseite, d. h. die Löhne, und der Staat.

b) Die großen Leistungsbilanzdefizite werden verschwinden müssen. Die Welt, so ist zu erwarten, wird besonders das Absaugen von zwei Dritteln der globalen Ersparnisse durch das US-Leistungsbilanzdefizit nicht mehr hinnehmen.

c) Um die Inflation zu kontrollieren, werden die Regierungen die Kontrolle über die Wechselkurse zurückgewinnen müssen. Die Reduzierung der Wechselkursschwankungen ist daher auf der Tagesordnung.

d) Das globale Geldsystem wird sich in Richtung auf mehrere Leitwährungen bzw. Währungsblöcke, weg von der Hegemonie des Dollar, bewegen müssen.

e) Mit Blick auf die Ansteckungsgefahren durch die Krise werden Kapitalkontrollen eine Wiedergeburt erleben.

f) Die multilaterale Kooperation von Zentralbanken, Regulationsinstanzen und Aufsichtsorganen wird institutionalisiert werden müssen. Entweder werden neue Institutionen entstehen oder die bestehenden, besonders der IWF, werden beträchtlich umgebaut. Es wird stark von der Haltung Chinas und der anderen BRIC-Staaten abhängen, welche Möglichkeit umgesetzt wird. Wenn ihre Option zugunsten der Bretton Woods-Institutionen ausfällt, werden diese nicht länger ausschließlich das Instrument der USA sein. Ein IWF mit substanziellem Einfluss der G-20, der einem neuen Denkmuster folgt, ist nicht mehr der, den wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben.

Der Einfluss bestehender Alternativen

Eine andere wichtige Determinante substanziellen Wandels ist die Existenz einer erfolgreichen Alternative in Gestalt des chinesischen Modells, des autoritären Staatskapitalismus. Auch hier besteht kein Grund zur Schwärmerei. Es ist fraglich, wie nachhaltig dieses Modell ist. Doch in einer zugespitzten Krisensituation, in der jeder verzweifelt nach Rettung sucht, ist es schwer, wählerisch zu sein. Dies gilt besonders für die Peripherien. Während jene Länder, die den Rezepten des Washington Konsenses folgten (bzw. folgen mussten), keinen wirtschaftlichen Erfolg hatten, brachten es China, einige asiatische Länder, in gewissem Grade Indien und zuletzt Russland, die nicht blind liberalisierten und privatisierten, zu erstaunlichen Wirtschaftsleistungen. Von besonderer Bedeutung sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und den USA. China finanziert über die Anhäufung riesiger Währungsreserven in Höhe von 1,5 Bio. US-Dollar einen großen Teil des US-Defizits. Andererseits sind die USA Hauptimporteur der chinesischen Exporte. Die wechselseitige Abhängigkeit verleiht China großen Einfluss auf die künftigen Umriss der Weltwirtschaft. Auch in Lateinamerika hat

sich die Akzeptanz des neoliberalen Modells in Nebel aufgelöst. Venezuela, Bolivien, Ecuador und Paraguay setzen auf mehr oder minder starke Staatseingriffe in die Wirtschaft und versuchen, mehr soziale Gleichheit zu schaffen. Sogar in den sehr unterschiedlichen Fällen von Argentinien, Brasilien und Chile spiegelt die Wahl von Kirchner, Lula und Bachelet einen anti-neoliberalen Trend wider.

Die zunehmende wirtschaftliche Pluralität Asiens und Lateinamerikas überträgt sich auf die politische Ebene. Eine Rekonfiguration des internationalen Systems ist im Gange. Das Zeitalter einer unipolaren Welt, das nach dem Kalten Krieg begann, war, in historischen Kategorien gedacht, kurz. Eine multipolare Welt entwickelt sich, in der die USA weiterhin eine herausragende Rolle spielen werden. Mit ihrer ausschließlichen Dominanz jedoch ist es vorbei. Auch das nicht zuletzt als Ergebnis des Zusammenbruchs des »angelsächsischen Kapitalismus«.

Der Druck der dreifachen Krise

Integrales Moment der gegenwärtigen geschichtlichen Konjunktur ist der Druck, der von Klimawandel und Energiekrise ausgeht. Beides setzt die westlichen Eliten gehörig unter Druck, und nicht nur sie, sondern die ganze Welt. Zusammen mit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise verbinden sie sich zu einem dreifachen Krisenkomplex. Obwohl durch gesellschaftliche Prozesse ausgelöst, folgt die Klimakrise jetzt doch stark der Logik von physischen und chemischen Prozessen. Anders als bei gesellschaftlichen Prozessen kann es hier einen Punkt geben, hinter den man nicht zurück kann, der zu irreversiblen Katastrophen führt. Dies stellt eine neue Qualität von Herausforderungen an den Zeitfaktor in der Politik dar. Ein (Green) New Deal des 21. Jh. mit massiven Investitionen in eine Wende hin zu den erneuerbaren Energien würde zur Stabilisierung der Wirtschaft, zu neuen Wachstumsperspektiven und zu Antworten auf die Umweltveränderungen beitragen. Denkt man alles zusammen, sind die westlichen Eliten und besonders die neue US-Regierung mit neuartigen Anforderungen konfrontiert, die ein »weiter so« unmöglich machen. Zu erwarten, nach der Krise ginge alles weiter wie zuvor, wäre ein Fehler. Die Frage ist nicht, ob es Veränderungen geben wird, sondern welche, wie weit sie reichen und unter wessen Hegemonie sie sich vollziehen.

Realistischer Radikalismus in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen

Für die zivilgesellschaftlichen Bewegungen und all jene, die gegen den neoliberalen Typ der Globalisierung kämpfen, ist der Zusammenbruch die Bestätigung ihrer Argumente. Ihr Ansehen und ihr Einfluss sind (zumindest teilweise) gestiegen und können noch weiter steigen. Für sie eröffnet sich eine historische Chance. Sie können in die Offensive gehen. Insbesondere in den USA, wo die zivilgesell-

schaftlichen Bewegungen nach dem Schock des 11. September gelähmt waren, ist in Folge von Obamas Wahlsieg eine Freisetzung schöpferischer Energien zu erwarten. Dennoch: Der Beitrag der zivilgesellschaftlichen Bewegungen zur neuen Situation ist bisher nicht die entscheidende Kraft des Wandels. Deshalb muss man realistisch bleiben. Am Ende gelangt ein bestimmter Typ des Kapitalismus, nicht der Kapitalismus als solcher. Wir stehen vor einer Übergangsperiode, in der eine Fraktion von aufgeklärten Eliten die Wirtschaft wieder politisch regulieren möchte. Einige von ihnen, wie Strauss-Kahn, Sarkozy oder Obama, sind zumindest rhetorisch radikaler als manche NGO. Daher muss die Strategie der zivilgesellschaftlichen Akteure auf der Höhe der Radikalität der Krise sein. Sie können ihre Strategie nicht auf technische Fragen beschränken, etwa ob die Eigenkapitalanforderungen an Banken acht oder zehn Prozent betragen sollen, ob es Transparenz bei den Ratingagenturen gibt usw. Sie müssen die Chance ergreifen, die Grundrichtung des Reformprozesses zu beeinflussen, auf einen New Deal zugunsten globaler Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit hinarbeiten.

Systemische Transformation auf dem Weg zu sozialer Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit

In der nächsten Zeit werden zwei Prozesse parallel ablaufen:

1. Maßnahmen und Programme zur Abfederung der Finanzkrise und der Rezession in der »Realwirtschaft«, die zu einem großen Teil auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen werden, z. T. vielleicht regional;

2. Schaffung einer neuen Finanzarchitektur – dies wird multilateral vor sich gehen, und sich über Monate, wenn nicht Jahre hinstrecken. Schon bei den Notmaßnahmen wird das neue Paradigma berücksichtigt werden müssen. Sie sollten eingesetzt werden, um einem neuen Denkmuster den Weg zu bahnen.

Progressive Notmaßnahmen

Alle Notmaßnahmen sollten unter folgenden Basiskriterien bewertet werden:

a) Tragen sie dazu bei, die Dominanz des Finanzkapitals über die »Realwirtschaft« zu brechen? b) Tragen sie zu einem Umschwung im Kräfteverhältnis zugunsten der Nachfrageseite, der Arbeit, der sozialen Gleichheit bei, sowohl national als auch im Nord-Süd-Verhältnis? c) Tragen sie zur ökologischen Wende bei? Im Lichte dieser Kriterien sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die Rettungspakete der Regierungen zur Gewährleistung finanzieller Stabilität sind unvermeidbar. Um jedoch nicht einfach die Verluste zu sozialisieren, während die Gewinne weiter in private Taschen fließen, ist unbedingt das Verursacherprinzip zu befolgen. Jene, die von dem Kasinosystem profitiert haben, müssen jetzt zur Kasse gebeten werden.

- Eine progressive Einmalabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 100 000 US-Dollar (außer Altersrückstellungen) zur Bekämpfung der Krise.
- Zwangsanleihen für Banken und anderen institutionellen Investoren als Rückversicherung für vom Bankrott bedrohte Institutionen.
- Die Gewinner der Globalisierung müssen über progressive Besteuerung von Personen und Unternehmen ihren Beitrag zu den Rettungspaketen leisten.
- Das Verursacherprinzip ist differenziert anzuwenden. Bei Pensionsfonds und Krankenversicherungen für die Bevölkerung sollte Stabilität an erster Stelle stehen. Hedge Fonds, Private Equity Fonds, REITs (*real estate investment trusts*) u. a. hochgradig hebelverstärkt operierende Institutionen sollte hingegen nicht geholfen werden. Es ist gut, wenn sie verschwinden.
- Wenn Rettungsaktionen für Banken unvermeidlich sind, muss sichergestellt werden, dass öffentliches Geld nicht für Managerbezüge oder Dividenden eingesetzt wird. Um Fehlanreize zu vermeiden, müssen die Bezüge von Managern bei Banken, die staatlicher Prüfung unterliegen, auf das Niveau maximal des Zwanzigfachen des Durchschnittseinkommens heruntergeschraubt werden.
- Den Opfern der US-Subprime-Krise, überschuldeten Hauseigentümern und Konsumenten muss geholfen werden.
- Aktuelle und zukünftige Profite von Banken, die gerettet werden, müssen an den Staat zurückfließen.
- Das Verbot von Baissespekulation und Leerverkäufen muss auf Dauer gelten.
- Programme zur Stimulation der »Realwirtschaft« müssen die soziale Infrastruktur stärken und auf ökologische Erneuerung, besonders erneuerbare Energien, zielen.
- Rettungsfonds des IWF und der Weltbank dürfen keine Auflagen beinhalten, wie das bei der Ukraine und Ungarn der Fall war.

Bausteine für eine neue Finanzarchitektur

Ein neues System muss sich auf folgende vier Hauptprinzipien stützen:

- a) Die Dominanz der Finanz- über die »Realwirtschaft« muss gebrochen werden. Das Finanzwesen muss die Rolle eines Dienstleisters für die Wirtschaft und für die Gesellschaft als Ganze spielen.
- b) Das neue System muss stabil und vorhersagbar sein. Es muss für die Wirtschaft ein verlässliches Umfeld zur Verfügung stellen.
- c) Die negativen Verteilungseffekte des Finanzkapitalismus müssen umgekehrt werden. Wir brauchen eine Umverteilung von »oben« nach »unten«. Löhne müssen zur Haupttriebkraft der Akkumulation werden.
- d) Die Finanzmärkte brauchen demokratische Kontrolle. Der Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie (Finanzwirtschaft als »fünfte Macht«) muss Einhalt geboten werden. Insbesondere die Peripherien müssen genügend politischen Spielraum haben, um über ihren eigenen Entwicklungspfad zu entscheiden.

Es gibt zahlreiche Maßnahmen, die zwei oder drei dieser Kriterien zugleich erfüllen. Die Aufhebung von Offshore-Zentren³⁰ z. B. stellt eine Verbesserung der Systemstabilität dar und schafft einen positiven Verteilungseffekt, da sie Steuergerechtigkeit fördert, Kapitalabwanderung stoppt und den politischen Spielraum der Regierungen vergrößert. Deshalb ist die folgende Klassifikation nicht zu eng zu sehen.

a) Maßnahmen, um die Dominanz der Finanz- über die »Realwirtschaft« zu brechen

- Besteuerung aller Kapitaltransfers, nicht nur der Devisengeschäfte, um die Hypertrophie und die Macht des Finanzsektors zu reduzieren, den Renditedruck abzubauen, der von der schier unermesslichen Kapitalmasse ausgeht, den Finanzsektor zu entschleunigen und die Kurzfristorientierung abzubauen.

- Errichtung eines starken öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektors nach dem Modell der deutschen und österreichischen Sparkassen und Raiffeisenbanken, sowie von öffentlichen Entwicklungsbanken. Die gegenwärtigen Verstaatlichungen sollten von Dauer sein, wobei die Institute über einen öffentlich-rechtlichen Status einer größtmöglichen demokratischen Kontrolle unterworfen werden müssen.

- Bevorzugung (z. B. durch günstigere Besteuerung) des öffentlichen und Genossenschaftssektors.

- Entflechtung der großen Privatbanken. Wenn sie zu groß sind, um scheitern zu können (*too big to fail*), müssen sie verkleinert bzw. aufgespalten werden, bis von einem Zusammenbruch keine systemischen Folgen mehr ausgehen.

- Anreize für Privatbanken, sich (wieder) stärker in der Unternehmensfinanzierung zu engagieren. Alle Finanzmarktakteure müssen unter die Kontrolle der Regulators- und Aufsichtsorgane gestellt werden.

- Das Geschäftsmodell von Private Equity Fonds, einem der wichtigsten Transmissionsriemen der Logik und Dynamik der Finanzialisierung der »Realwirtschaft«, muss verboten werden. Stattdessen sollten öffentliche Entwicklungsbanken Beteiligungskapital bereitstellen. Privatbanken müssen durch geeignete Anreize ihren Schwerpunkt auf Unternehmensfinanzierung, besonders kleiner und mittlerer Unternehmen, legen.

- Alle Länder sollen nationale Kapitalverkehrskontrollen einrichten können, wenn sie es für notwendig halten, um der Ansteckungsgefahr durch Krisen zu begegnen.

30 Offshore-Zentren oder auch Steueroasen unterliegen keiner oder kaum einer Kontrolle und Regulierung und bieten legale und halblegale Schlupflöcher, sich der Steuer oder staatlichen Auflagen zu entziehen. Es handelt sich dabei nicht nur um die bekannten Inseln in der Karibik oder im Ärmelkanal, sondern auch um Länder wie Liechtenstein, Österreich, Luxemburg und die Schweiz oder auch in bestimmten Fällen die USA.

b) *systemische Stabilität*

Finanzielle Stabilität ist ein globales öffentliches Gut. Deshalb ist sie, zusammen mit Gerechtigkeit und demokratischer Kontrolle des Finanzsektors, wesentlicher Bestandteil einer emanzipatorischen Reform des Finanzsystems. Die wichtigsten Eckpfeiler einer neuen Ordnung wären:

- Transparenz als Voraussetzung jeder effizienten Aufsicht und Regulation. Deshalb sind alle Marktteilnehmer verpflichtet, alle Daten und Informationen offenzulegen, die die Aufsichtsbehörden benötigen.

- Offshore-Zentren müssen geschlossen werden. Banken u. a. Marktakteure verlieren ihre Lizenz, wenn sie Zweigstellen in Offshore-Zentren unterhalten oder mit ihnen Bankgeschäfte abwickeln.

- Um Kapitalflucht zu Institutionen und Ländern zu verhindern, die sich weigern, das Bankgeheimnis auf Anfrage der Aufsichtsbehörden eines anderen Landes zu lüften, sollte durch Extra-Zölle Druck ausgeübt und in schweren Fällen – entsprechend dem Helms-Burton-Gesetz – ein Embargo verhängt werden.

- Die außerbilanzlichen Geschäfte, die eine wichtige Rolle für die gegenwärtigen Krise gespielt haben, müssen sofort verboten werden.

- Die aktuellen Buchhaltungsstandards haben die Undurchsichtigkeit eher noch gefördert. Deshalb sollte ein internationales System eingerichtet werden, das die Schlupflöcher stopft.

- Die Eigenkapitalanforderungen für die Banken müssen erhöht werden. Basel II war hier ein Schritt in die falsche Richtung.

- Die Offenlegung von Gefährdungspotenzialen muss verbessert werden.

- Das Emissionsgeschäft (investment banking) muss von anderen Finanzdienstleistungen (wieder) abgetrennt werden.

- OTC- (over-the-counter, außerbörslich gehandelte) Derivate müssen verboten werden. Nur noch standardisierte, amtlich lizenzierte Derivate sollten gehandelt werden dürfen und dies ausschließlich an öffentlichen Börsen. Auch die Ausgabe und der Handel von CDOs, CDS und ähnlich riskanten und überkomplexen Produkten muss gestoppt werden.

- Hedge Fonds und andere hochgradig fremdkapitalfinanzierte Institutionen haben keine nützliche makroökonomische Funktion und sollten verboten werden.

- Die Fremdkapitalfinanzierung und entsprechende Hebelgeschäfte im Kreditgewerbe sollten beschränkt und unter strenge Aufsicht gestellt werden.

Die Stabilisierung der Wechselkurse ist auf Dauer ein entscheidendes Instrument der Systemstabilität. Freie Wechselkurse liegen vielen Problemen des Finanzsystems zugrunde. Deshalb sollte zunächst die Stabilisierung der Wechselkurse, auf lange Frist ihre Ersetzung durch regionale Währungen nach dem Beispiel des Euro und langfristig eine Weltwährung angestrebt werden. Schritte zur Lösung des Wechselkurs-Problems sind:

- Eine zweistufige Steuer auf Devisengeschäfte (CTT, *currency transaction tax*), wie sie in den frühen 1990ern bereits vom damaligen IWF-Berater Paul

Bernd Spahn vorgeschlagen wurde. Die Steuer ist an einen variablen Wechselkurs-Korridor gekoppelt. Solange der tatsächliche Wechselkurs innerhalb des Korridors verbleibt, ist die Steuer niedrig (z. B. 10 Basispunkte). Sobald die Schwelle überschritten wird, tritt der zweite Steuersatz in prohibitiver Größenordnung in Kraft; so wird der Wechselkurs immer wieder in den Korridor zurückgeführt. Technisch ist die Steuer einzelstaatlich umsetzbar. Wie neue Untersuchungen zeigen, ist die Wahrscheinlichkeit, sie zu umgehen, niedriger als bei den meisten anderen Steuern.

- Einführung regionaler Währungen, wie des Euro.
- Politische Abkommen zur Stabilisierung der Wechselkurse (wie beim Bretton Woods-System).

Genauso grundlegend wie das Wechselkursproblem sind die Leistungsbilanz-Ungleichgewichte. Besonders das US-Defizit auf der einen und die Überschüsse großer Volkswirtschaften wie der deutschen, japanischen und chinesischen auf der anderen Seite sind nicht nachhaltig. Sie bedrohen permanent die Stabilität.

c) Die Ungleichheitsdynamik im Finanzsystem zurückdrängen

Eine post-neoliberale Akkumulationsweise wird die Nachfrage, die Löhne und die Arbeit stärken müssen.

- Ein Schlüssel zur Stärkung der Nachfrage ist eine stark progressive Einkommensbesteuerung. Der Trend zu degressiver Besteuerung (Senkung der Unternehmens- und Vermögenssteuern, Erhöhung der indirekten Steuern etc.) muss gewendet werden.

- Die Privatisierung der Sozialsysteme und wichtiger Infrastrukturbereiche, wie Energie und Transport, muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Das ist nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Rationalität und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch vom Standpunkt der Demokratie von besonderer Bedeutung. Die sozialen Probleme, auf die diese öffentlichen Güter antworten – Alter, Gesundheit, Bildungs- und Qualifizierungsanforderungen, Klima- und Naturschutz, Wasser- und Stromversorgung oder Mobilität usw. –, sind so existenziell, dass es sich die Welt nicht leisten kann, sie unter kommerzieller Herrschaft zu belassen. Als moderne Form der Allmende bedürfen sie öffentlicher Leitung und Verwaltung.

- Reformen der Unternehmensführung sind notwendig, etwa vielfache Stimmrechte bei langfristigen Kapitalbeteiligungen.

- Arbeitsrechte müssen gestärkt, internationale Standards in Übereinstimmung gebracht werden. Für Industrieländer sind die gegenwärtigen Kernbestimmungen internationaler Arbeitsstandards zu schwach. Sie müssen der Situation in den Industrieländern angepasst werden. Gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebungen wie in Großbritannien (unter Thatcher) und in den USA müssen rückgängig gemacht werden.

- Beschäftigten, Gewerkschaften, Konsumenten und anderen »stakeholdern« müssen verbindliche Mitbestimmungsrechte bei unternehmerischen Entscheidungen

gen verliehen werden, Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie gegangen werden.

Es muss ein nachhaltiges Schuldenregime errichtet werden. Der bevorstehende Rückgang des globalen Wachstums wird neue Verschuldung mit sich bringen. Für die Gruppe der hochverschuldeten armen Länder (HIPCs, *highly indebted poor countries*) ist die Schuldenkrise der 1980er immer noch nicht zu Ende. Ihre Situation wird sich verschlechtern. Sogar einige Schwellenländer könnten in eine problematische Schuldensituation zurückfallen. Deshalb muss die Schuldenfrage wieder auf die Agenda:

- Die HIPCs brauchen eine bedingungslose und sofortige Streichung ihrer Auslandsschulden, die sie am nachhaltigen Wirtschaften hindern.
- Es sollte ein Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten ermöglicht werden.
- Neue Gläubigerländer wie China oder Indien sollten in ein multilaterales Schuldenregime einbezogen werden.
- Solch ein Regime sollte nicht länger einseitig von den Gläubigern und deren Interessen bestimmt sein. Der Club von Paris muss in eine Körperschaft unter der Kontrolle einer vergrößerten G-20 (G-23) verwandelt werden.

d) Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte

- Multilaterale Kooperation zwischen den Regierungen muss an die Stelle nationaler Konkurrenz treten. Es sollte eine Art Bretton Woods 2.0, natürlich an die Situation des 21. Jh. angepasst, etabliert werden. Die Zentralinstitution zur Leitung des neuen Finanzsystems sollte eine vergrößerte G-20 sein, mindestens eine G-23, die wenigstens je eines der am wenigsten entwickelten Länder (LDC, *least developed countries*) Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einschließt.

- Es sollte dabei eine internationalisierte Beteiligung von Gewerkschaften, Konsumentenorganisationen und anderer »stakeholder« geben, mit dem Recht, offizielle Erklärungen abzugeben und Vorschläge zu unterbreiten.

- Die G-23 sollten in das UN-System eingebettet sein. Der IWF wird in ein Exekutivorgan der G-23 verwandelt. Wahlrechte werden auf der Grundlage gewichteter Verfahren vergeben, die die Bevölkerung und das Bruttosozialprodukt berücksichtigen; Entscheidungen sehen kein Vetorecht und ein hohes Quorum, nahe dem Konsens, z. B. 75 Prozent, vor. Die WTO muss die Kompetenz für Finanzdienstleistungen (Annex zum GATS) an die G-23 abgeben.

- Auf nationaler Ebene muss die Regulation gestärkt werden und an erste Stelle auf der Agenda der Parlamente und der öffentlichen Debatte rücken.

- Die Aufsichtsorgane müssen gestärkt und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Darüber hinaus muss die Aufsicht internationalisiert werden.

- Die Ratingagenturen haben sich als Teil des Problems, nicht der Lösung entpuppt. Sobald eine neue Architektur das System stabiler und kalkulierbarer ge-

macht hat, wird die Rolle des Ratings ohnehin kleiner werden. Das Rating muss entkommerzialisieren und zu einem Teil der öffentlichen Aufsicht werden.

Die Weltbank sollte dezentralisiert, in kooperierende regionale Entwicklungsbanken überführt werden. Ihr Mandat sollte neu bestimmt werden, Armutsbekämpfung, soziale Gleichheit und allgemeiner Wohlstand Priorität erhalten. Sie sollte(n) durch ein ausgewogenes System von Stimmrechten, das automatische Mehrheiten von Geber- und Industrieländern verhindert, demokratisiert werden, ohne jedoch einfach einem Land eine Stimme zuzusprechen. Entscheidungen sollten nach dem *stakeholder principle*, also unter Beteiligung aller betroffenen Interessengruppen, einschließlich zivilgesellschaftlicher Akteure, von Konsumenten, Gewerkschaften und indigenen Interessen, getroffen werden.

Der besondere Beitrag der EU

Es gibt praktisch kein Regulations- und Aufsichtssystem der EU im Bereich der Finanzmärkte. Ein weiteres Problem ist der Graben zwischen der Euro-Zone und den anderen EU-Staaten. Eine politische Koordination ist kaum entwickelt bzw. marginal (z. B. der Rat für Wirtschaft und Finanzen, ECOFIN). Der französischen Präsidentschaft gelang es zwar, das Krisenmanagement auf einer Ad hoc-Basis zu koordinieren. Auch die EZB übernahm schließlich die Rolle eines Kreditgebers letzter Instanz und war unter dem Druck der Realität gezwungen – viel zu spät –, die Leitzinsen für die Euro-Zone zu senken. Als Lehre aus dem Zusammenbruch muss sich die EU also von den Dogmen des monetaristischen Paradigmas verabschieden und einen stärker kooperativen, auf Nachfrage setzenden Ansatz entwickeln. Ein System gemeinsamer Regulation und Aufsicht muss etabliert werden.

Die finanziellen Dimensionen des Lissabonner und der anderen Verträge sind nach neoliberalen Glaubenssätzen der härtesten Sorte gestaltet. Art. 50 des Lissabonner Vertrags, der jede Beschränkung des Kapitalflusses verbietet und somit perfekte Bedingungen für den überwältigenden Einfluss des Finanzsektors auf die Gesellschaft schafft, muss gestrichen werden. Art. 48 zur Niederlassungsfreiheit stellt es dem Kapital frei, dorthin abzuwandern, wo die Bedingungen am günstigsten sind, und ermöglicht Finanzinstitutionen, »Asyl« in Steuerparadiesen und Offshore-Zentren ihrer Wahl zu suchen. Notwendig ist auch, den Status der EZB zu verändern. Ihre Geld- und Zinspolitik ist den neoklassischen Dogmen ergeben. Die monetaristische Ideologie muss fallen und eine demokratische Kontrolle dieser Institution ermöglicht werden. Eine Lehre aus der Krise sollte sein, dass die Inflation der Vermögenswerte genauso bedeutsam ist wie die der Konsumpreise. Der Auftrag der EZB sollte auch Wachstum und Beschäftigung umfassen. Beide sind genauso wichtig wie Preisstabilität. Auch das Steuerdumping innerhalb der EU muss beendet, die Steuerpolitiken harmonisiert werden. Außerdem müssen alle Offshore-Zentren in der EU geschlossen werden. Und schließlich könnte ein

gesellschaftlicher Dialog zwischen der EZB und den Gewerkschaften, den NGOs und anderen *stakeholdern* institutionalisiert werden. Priorität sollte ein soziales Europa erhalten.

Interventionsmöglichkeiten nutzen

Die kommenden Monate oder sogar Jahre werden von einem intensiven Ringen um Reformen geprägt sein. Gegenwärtig liegt die Hegemonie bei einer Fraktion der Eliten unter der Führung der Vereinigten Staaten mit ihrem Präsidenten Obama. Dies stellt, ohne in Illusionen zu verfallen, eine dramatische Verbesserung dar, verglichen mit dem dunklen Zeitalter eines Bush oder der Steinzeit, die wohl mit Sarah Palin und John McCain über uns gekommen wäre. Es wird von den emanzipatorischen Kräften selbst abhängen, ob sie Einfluss über den weiteren Verlauf der Veränderungen werden nehmen können. Den Herausforderungen mit soviel Realismus wie nötig und soviel Radikalismus wie möglich zu begegnen, ist der erste Schritt.

Aus dem Englischen von *Christian Wille*

Zu den Autoren

Joachim Becker, Dr., ist Prof. an der Wirtschaftsuniversität Wien und Redakteur der Zeitschrift *Kurswechsel*

Robert Brenner ist Professor für Ökonomie an der UCLA, Director des Center for Social Theory and Comparative History

Mario Candeias, Dr., ist Referent für Kapitalismuskritik und Leiter des Rates für radikale Realpolitik – der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung – sowie Mitglied des Berliner Instituts für kritische Theorie

Alex Demirović, Prof. an der TU Berlin, lehrt Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Staats- und Demokratietheorie sowie kritische Gesellschaftstheorie. Er ist außerdem Redakteur der Zeitschrift *Prokla*

Philipp Hersel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mitglied von Blue21 und attac

Jörg Huffschnid ist Professor em. für Volkswirtschaft an der Universität Bremen und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac

Leo Panitch ist Professor für Politische Wissenschaften an der York University Toronto und Hg. des *Socialist Register*

Rainer Rilling, Prof., ist stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac

William Tabb ist Professor für Ökonomie und Politik am Queens College und am Graduate Center der New York City University

Axel Troost, Dr., ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe)

Peter Wahl arbeitet bei WEED und ist aktiv bei attac

Richard Wolff ist Professor für Ökonomie an der Universität Amherst/Massachusetts und Hg. der Zeitschrift *Rethinking Marxism*

